

Bonn, Samstag 12. Mai 1973

Sprecher: Amrehn, Barzel, [Bilke], Blüm, Dregger, Echternach, Filbinger, von Hassel, Haselmann, Katzer, Kiep, Kiesinger, Köppler, Kohl, Kraske, Langguth, Lorenz, Müller-Herrmann, [Schäfer], Schröder, Schwarz-Schilling, Seiters, Stingl, Stoltenberg, Vogel, [Weiskirch], Wex, Windelen.

Rücktritt Barzels vom Fraktionsvorsitz. Festlegung der innen- und außenpolitischen Grundsätze der CDU. Verschiedenes.

Beginn: 10.00 Uhr

Ende: 20.30 Uhr

RÜCKTRITT BARZELS VOM FRAKTIONS-VORSITZ

Barzel: Wir haben es für notwendig gehalten aufgrund des Beschlusses des Präsidiums heute¹, diese Sitzung einzurufen. Ich denke, ich brauche die Notwendigkeit nicht zu begründen, und ich hoffe, daß wir hier wenigstens in einer persönlichen Beziehung und freundlichen Stimmung sprechen miteinander, wie sie dem endlich besser gewordenen Wetter hier entspricht. Das betrifft allerdings nur die Sonne. Das Klima insgesamt in Bonn kühl, aber klar. Ich möchte gerne, und das werden Sie sicherlich verstehen, weil dies ja auch eine Lage ist, die für Ihren Vorsitzenden auch im persönlichen Bereich nicht ohne Fragen und Probleme ist, vier Vorbemerkungen, ganz persönliche Anmerkungen machen.

Zunächst möchte ich sagen, daß Sie mich als einen Mann kennen, der sich nicht dementiert, was viele kritisieren, der überlegt, was er sagt, der eher zu diszipliniert und zu kontrolliert ist.² Ich sage diesen einen Satz für die Freunde, die in der Woche nicht hier waren, weil sie nicht hier im Bundestag tätig sind oder im Parteipräsidium, damit keiner meint, hier hätte plötzlich vielleicht einer in dieser Woche sich in dem Kern seiner Anlage verändert. Ich möchte allerdings hinzufügen, daß nach dieser also wohl überlegten und gewissenhaften Entscheidung, die ich getroffen habe³, nun auch keiner meinen sollte, ich hätte mich in einer anderen Richtung etwa geändert. Mein

1 Protokoll der Sitzung vom 9. Mai 1973 in ACDP 07–001–1406.

2 Ein vorhandenes Transkript der Rede (ACDP 07–001–933) entspricht nicht in allen Teilen dem tatsächlich gesprochenen Wort.

3 Barzel hatte in der Fraktionssitzung am 9. Mai 1973 seinen Rücktritt vom Amt des Fraktionsvorsitzenden erklärt (Protokoll in ACDP 08–001–1032/1). Zu den Reaktionen in der Presse vgl. CDU Bundesgeschäftsstelle Presseschau 10. Mai, 11. Mai und 14. Mai 1973 (ACDP Dokumentation AO Barzel/Rücktritt).

Temperament erlaubt Resignation nicht, und meine politische Verantwortung gegenüber 45 % der Wähler erlaubt nichts anderes als Kampf für die Politik, für die ich in ihrem Auftrag angetreten bin.

Das zweite: Es soll niemand unterschätzen, und deshalb bitte ich das zu verstehen, wenn ich vielleicht in diesen Fragen etwas deutlicher reagiere, als ich dies sonst in zehn Jahren Amtszeit getan habe, daß mir dieser Rücktritt vom Fraktionsvorsitz, in dem ich immerhin zehn Jahre Arbeit geleistet habe, nicht leicht gefallen ist. Diese Arbeit ist mir ans Herz gewachsen, und alles, was in ungehöriger Weise nun etwa ohne die Kollegialität, die wir einander schuldig sind, jetzt gesagt, geschrieben, hintenrum gesagt wird, wird eine kämpferische Antwort bekommen. Ich habe bisher dazu den Mund gehalten. Wenn aber jemand öffentlich schweren Schaden für die Union zufügt, indem er behauptet, ich hätte den zugefügt, dann habe ich hier heute nicht die Absicht, mich dagegen zu verteidigen, weil meine Arbeit für sich spricht. Ich hoffe, daß andere mir dies abnehmen werden aus dem Kreis der Kollegen, denn sonst müßte ich es ja selber tun und da tun, wo dies – der Vorwurf von Herrn Dregger⁴ – erhoben worden ist, nämlich in der Öffentlichkeit.

Das dritte: Das Präsidium war so freundlich festzustellen, daß der Vorsitzende der Fraktion die Interessen seiner Person hinter der Sache habe zurücktreten lassen. Ich glaube, dies war eine richtige Feststellung. Man hat erkannt, daß dieser Rücktritt ein Dienst an der Sache sein soll, und ich möchte hinzufügen: Ich will hier nichts für mich. Ich will hier aber alles für die Richtung und den Inhalt der Politik. Diese Union muß sich weiter zur Mitte hin entwickeln und für die Mitte öffnen, da liegt unsere Zukunft.

Das letzte aus dem persönlichen Bereich: Ich habe immer, wie jeder hier bezeugen kann, die persönlichen Beziehung getrennt von sachlichen Meinungsverschiedenheiten. Es hätte mir eigentlich mehr entsprochen auch der Art, in der ich die Geschäfte geführt habe und führe, wenn man etwa über Parteitagstermine mit mir zunächst gesprochen hätte. Ich habe von mir aus hierzu erklärt – nachzulesen in der „Saarbrücker Zeitung“⁵ –, daß von mir aus ein Parteitag über Personalentscheidungen morgen stattfinden kann oder übermorgen, wenn die Technik dies ermöglicht, daß das aber auf gar keinen Fall ein Vorwand werden darf, den Herbstparteitag zu verschieben. Denn von diesem Parteitag in der Sache hängt die gesamte Oppositionsstrategie ab. Wir haben, um dies mit einem Satz zu wiederholen, die Bundestagsfraktion gebeten, von Alternativen wichtiger Art Abstand zu nehmen, sie erst im zweiten Jahr der Periode einzubringen, weil wir zuvor Parteitagsbeschlüsse bräuchten. Das heißt, dieser Sachparteitag muß auf jeden Fall stattfinden und darf nicht etwa durch andere Dinge verschoben werden. Wenn das klar ist, kann man mit mir, von mir aus, für einen Parteitag, wenn die Ladungsfristen das zulassen, am nächsten Samstag reden.

Ich würde es für falsch halten, obwohl das in solchen Situationen sehr üblich ist, jetzt nur lange über Verfahren zu sprechen, nicht weil ich da irgendwas nicht zu ver-

4 Vgl. „Kölner Stadt-Anzeiger“ vom 12. Mai 1973 „Dregger attackiert Barzel“.

5 Interview mit der „Saarbrücker Zeitung“ vom 12. Mai 1973 „Ich werde in der CDU für meine Prinzipien weiterkämpfen“.

teidigen bereit sei. Ich möchte gerne heute mit dieser Einführung in ein Gespräch in einer ernstesten Situation, wo wir uns hoffentlich alle auf der Höhe der Verantwortung zeigen werden, dartun – und das ist die Sachfrage, um die es ging und geht, weil der Bundesrat noch nicht votiert hat, weil das alles in den Zusammenhang gehört – und hinzufügen – und ich sage dies für mich wie für alle anderen –, wer jetzt glaubt, nur mit einer Personalentscheidung sei alles gelöst, der programmiert nicht nur die nächste Krise, sondern der initiiert sie geradezu. Wir haben Sachfragen zu lösen, ohne die wir nicht nach vorne kommen.

Nun zunächst zum Vorgang im engeren Sinne, nämlich dem Anlaß „UNO-Beitritt“. Nach der Bundestagswahl haben wir hier im Vorstand eine erste, eher flüchtige Diskussion gehabt über künftige Ostpolitik, Grundvertrag und damit zusammenhängende Fragen. Wir haben dann später im Präsidium, November und Dezember⁶, uns nach mehreren Debatten dahin verständigt, daß wir das machen wollten, was Herr Stoltenberg als er seine „Zwei-Phasen-Politik“ formulierte, nämlich einen ganz klaren und harten Kampf gegen den Grundvertrag ohne Karlsruhe zu führen, und wenn er gegen uns verabschiedet sei, dann möglichst – und wir hofften, es würden einige Wochen zwischen die beiden Termine treten – ein Ja zum UNO-Beitritt zu sagen, um deutlich zu machen, daß wir uns auf den Boden der gegen uns geschaffenen Tatsachen stellen, nicht um die für immer hinzunehmen, sondern um das zu machen, was in der Erschließung vom 17. Mai stand.

Dies ist nun wiederum nicht etwa eine Parteilinie oder eine Meinung des Vorsitzenden, wenn Sie das nun so formulieren wollen, die sich erst nach der verlorenen Wahl ergeben hat. Ich möchte in Erinnerung rufen, was ich erklärt habe am 12. Juni 1972 auf der Sitzung des Bundesparteiausschusses in Berlin.⁷ Es war eine sehr wichtige Instanz zwischen Mißtrauensvotum, Ratifikation der Ostverträge, Parteitag und Neuwahl. Ich zitiere aus dem Protokoll: „Nun gelten die Verträge für und gegen uns alle. Sie stehen einer Politik, wie sie unser Berliner Programm vorsieht und wie sie von der NATO, die sich ja den Bundestagsbeschluß vom 17. Mai ausdrücklich zu eigen gemacht hat, gebilligt ist, nicht entgegen. Also dürfen wir, wenn wir unsere Pflicht verantwortlich tun wollen, unsere Kraft nicht verbrauchen, indem wir vergangenen Gefechten nachtrauern, die wir z. T. gewonnen und z. T. verloren haben. Wir sollten uns keine Kraft und keine Zeit stehlen für Beckmesserei oder für Schmollwinkel, sondern allein dafür müssen wir unsere ganze Kraft einsetzen, daß wir die künftige Deutschlandpolitik bis zu einem Wahlsieg beeinflussen, um sie danach in unserem Sinne führen.“ Ich möchte uns in Erinnerung rufen, daß es in Ziffer 8 unseres Parteiprogramms wie folgt heißt: „Wir bejahen Verhandlungen und Vereinbarungen zwischen den beiden Teilen Deutschlands, die das Leben im geteilten Land erleichtern; sie sollen die Fundamente künftiger Einheit erhalten und den Weg zu einer friedlichen Ordnung in Europa ebnen.“⁸

6 Protokolle der Sitzungen am 4. und 11. Dezember 1972 in ACDP 07–001–1405.

7 Text der Rede Barzels vor dem Bundesausschuß in ACDP 07–001–609 (hier S. 12).

8 Auszug aus dem Berliner Programm 2. Fassung, Verabschiedet auf dem 18. Bundesparteitag vom 25. bis 27. Januar 1971 in Düsseldorf (CDU, 18. BUNDESPARTEITAG S. 551).

Ich für meinen Teil möchte uns einladen, der Rederei, die sich einzuschleichen beginnt von den beiden deutschen Staaten, entgegenzutreten, indem wir von den beiden Staaten in Deutschland sprechen. Das ist etwas fundamental anderes, weil das die Andersartigkeit betont. Wir sollten immer wieder auf die Vorläufigkeit des Vertragswerks – gestützt auf die NATO-Resolution⁹ – hinweisen, wie auf das noch ausstehende Selbstbestimmungsrecht. Aber wir würden uns in die Tasche lügen und unserem eigenen Programm auch, wenn wir nicht sähen, daß die DDR natürlich ein Gegenspieler ist, daß sie aber ohne unser Dazutun durch die Regierung Brandt zu einem zweiten deutschen Staat geworden ist, den wir überwinden wollen. Aber wir können nicht so tun, als gäbe es ihn nicht. Täten wir dies, würden wir uns in die Ecke stellen und würden den Weg für den Sozialismus in der Bundesrepublik Deutschland öffnen. Das kann nicht unser Ziel sein.

Wir haben, meine Damen und Herren, um den Fahrplan hier fortzusetzen, im Bundesvorstand im Januar, in jener Sitzung, mit der wir die Klausurtagungen einleiteten, einen Bericht von mir von dieser Stelle gehört, in dem ich eine mittelfristige Vorausschau gab. Darin kam die Frage des Bundespräsidenten vor, dagegen gab es Widerspruch, z. B. vom Kollegen Windelen, da kam auch die Frage des UNO-Beitritts vor, dagegen gab es keinen Widerspruch. Ich habe dasselbe dann Anfang Februar wörtlich vor der Bundestagsfraktion anlässlich der Klausurtagung in Berlin gesagt.¹⁰ Ich habe dies bei dem Bundesparteiausschuß am 12. Februar hier in Bonn gesagt.¹¹ Die Ministerpräsidenten haben im Bundesrat entsprechend votiert.¹² Das Präsidium hat mehrfach so votiert, wir haben uns in der ersten Lesung als Bundestagsfraktion entsprechend eingelassen¹³, die Mitglieder des Auswärtigen Ausschusses unserer Seite haben 9:6 votiert¹⁴. Die Ostkommission unter Vorsitz des Kollegen Marx empfahl uns mit einer überwältigenden Mehrheit von 8:2, dem UNO-Beitritt zuzustimmen. Das zur Vorgeschichte.

Es ist unbestritten das Recht und, wie ich glaube, die Pflicht all derer, die die Sorge vor einer „Fraktionspartei“ früher geäußert haben, dies besonders gut zu verstehen, daß die Pflicht einer politischen Parteiführung ist, ihre Meinung zu entwickeln und zu sagen. Und es ist das Recht und die Pflicht der Abgeordneten, das zu vollziehen oder nicht zu vollziehen. Das ist das Normale. Aber daraus einen Konflikt herzuleiten, das glaube ich, ist verkehrt. Aber das Ganze gehört in Zusammenhänge. Wie ich glaube, nicht in finstere Zusammenhänge – als ein personales Kesseltreiben betrieben, davon

9 Kommuniké der NATO-Ministertagung am 30./31. Mai 1972 in Bonn in Bulletin Nr. 81 vom 3. Juni 1972 S. 1117–1119. Vgl. auch AUSWÄRTIGER AUSSCHUSS S. 1714 Anm. 34.

10 Vgl. Nr. 32 Anm. 7.

11 Vgl. Nr. 33 Anm. 4.

12 Vgl. Sten.Ber. Bundesrat 389. Sitzung vom 2. Februar 1973 S. 18–20; dpa vom 2. Februar 1973 „Bundesrat befürwortet einstimmig UNO-Beitritt Bonns“.

13 Vgl. Sten.Ber. 7. WP 14. Sitzung vom 15. Februar 1973 S. 534–638; „Süddeutsche Zeitung“ vom 17. Februar 1973 „Bedingtes Ja der Union zum UNO-Beitritt“.

14 Vgl. BT-Drs. 7/502 vom 3. Mai 1973 „Bericht und Antrag des Auswärtigen Ausschusses zu dem von der Bundesregierung eingebrachten Entwurf eines Gesetzes zum Beitritt der Bundesrepublik Deutschland zur Charta der Vereinten Nationen – Drucksache 7/154“.

bin ich nicht überzeugt –, sondern in sachliche Zusammenhänge. Davon muß hier gesprochen werden.

Wir haben nach all den Analysen, in Klausuren und in Diskussionen uns doch eigentlich verständigt, daß es drei Punkte gibt – wenn Sie wollen drei Linien der Rechte und der Entwicklung, mit dem Zwang zu einer Antwort –, ohne deren Antwort, und zwar richtige Antwort auf diese Punkte, wir glaubten, einen künftigen Wahlsieg weder für den Bundestag noch für die bevorstehenden Landtagswahlen erreichen zu können. Wir waren uns einig, daß wir in keiner dieser Landtagswahlen etwa anders abschneiden dürfen als bisher, weil ohne die Sperrminorität im Bundesrat die Systemsprenger sich in unserem Lande durchsetzen würden. Und ich möchte uns alle erinnern an jenen fortschrittlichen Geist, der für meine Gefühle an manchen Stellen geradezu schon überuferte, den wir hier im Februar und im Januar im Bundesvorstand hatten. Die drei Punkte betreffen einmal unser Verhältnis zur CSU, zum zweiten die Gesellschaftspolitik und zum dritten die Außen- und Deutschlandpolitik.

Nun zunächst CDU/CSU. An dieser Stelle darf ich sagen, daß es nicht mich schmerzt, sondern zu meiner Erheiterung führt, wenn ich jetzt höre, daß ausgerechnet der zehnjährige Vorsitzende – und solange war das niemand, es war niemals in der deutschen Parteiengeschichte einer so lange Fraktionsvorsitzender, mein Selbstbewußtsein der Frage ist nicht gebrochen –, in zehn Jahren bewiesen hat, vielleicht eher zu viel Kompromisse mit Gruppen und mit der CSU gemacht zu haben, nun als den Mann dargestellt wird, der dieses Miteinander nicht will. Darüber kann ich nur lachen. Außerdem haben Sie einen Parteivorsitzenden, der in dieser Frage vielleicht auch zu viel Rücksicht genommen hat. Wir hatten zum erstenmal ein gemeinsames Wahlprogramm, verabschiedet von zwei Parteien. Wir hatten ein Plakat zu viert, wir hatten die Viererkundgebungen. (*Zwischenrufe.*) Gut, wollen wir das nachher erörtern. Ich will nur denen, die glauben, ich sei hier also so ein ganz finsterer Spaltpilz¹⁵, das in Erinnerung rufen. Wir haben gesehen, daß dies alles nicht genügte, um die von uns erkannte Schwierigkeit im Verhältnis CDU/CSU mit dem Blick auf die Wahlen zu überbrücken. Wir haben dann nach den Wahlen eine CSU-Wahlanalyse gehört, die immerhin den Satz enthielt, auch mit einem anderen Spitzenkandidaten der CDU wäre ein Wahlsieg nicht erreichbar gewesen. Wir haben es als die größere Partei unterlassen, mit dem Blick auf die CSU die entsprechende Frage zu untersuchen und zu beantworten, obwohl das, wie wir alle wissen, im Wahlkampf und hinterher eine große Rolle gespielt hat. Wir forschen nur über uns und nicht über andere, und es gibt kein rundes Gesamtbild.

Nun ist die CDU unterwegs nach Hamburg mit Kommissionen und Vorbereitungen, an denen die CSU beteiligt ist. Aber, meine Freunde, diese CDU unterwegs nach Hamburg darf nicht – und ich spreche das sehr deutlich jetzt aus – in die Situation kommen, daß man draußen meint – auch bei unseren Mitgliedern in Mainz –, hier bestimme etwa die CSU unseren Kurs oder sie korrigiere ihn. Ebensowenig dürfen die beiden Parteien sich programmatisch so auseinanderleben, daß eine gemeinsame

15 „Bild am Sonntag“ vom 13. Mai 1973 „Barzel: ‚Ich bin kein finsterer Spaltpilz‘“.

Politik in einer gemeinsamen Fraktion von daher unmöglich wird. Beides darf nicht geschehen. Wer mich kennt, weiß, daß ich keinen Konflikt suche. Aber ich möchte der Partei empfehlen, auch keinem auszuweichen. Wir müssen unser Programm, wie wir dies wollen, weiterentwickeln und dem Eindruck widerstehen, wir seien etwa eine fremdbestimmte, von außen gesteuerte Partei. Auf diesem Wege ist eine Majorität dort, wo sie uns gefehlt hat, uns um das Ganze gebracht hat, nämlich in der jungen Generation, nicht zu bekommen.

Und nun möchte ich all denen, die Ursache und Wirkung gerecht würdigen wollen, in Erinnerung rufen, daß nicht wir von der vierten Partei angefangen haben zu sprechen, daß nicht wir die Auflösung der Fraktionsgemeinschaft in die Debatte geworfen haben, daß nicht wir die de-facto-Bestimmung der Führer der Schwesterpartei vorgenommen haben. Und deshalb, meine Freunde, brauchen wir vor der Wahl eines neuen Fraktionsvorsitzenden – und die Wahl sollte bald sein, ich gedenke das nicht zu verzögern, ich sehe die Lage der Union – ein sachliches Gespräch mit der CSU über sachliche Fragen, damit nicht ein neugewählter Vorsitzender jetzt schon weiß, daß die nächste Explosion aus der Sache bevorsteht.

Und ich füge hinzu, meine Freunde, es wird keine Wahl zu gewinnen sein – bestimmt nicht im Bund, wie in den Ländern –, wenn den Wählern die Lage der CDU und der CSU und ihrer Gemeinsamkeit weiterhin so erscheint, wie sie ihnen im Herbst 1972 erschienen ist. Wir würden dann selbst bei 12 % Inflation eine solche Chance nicht haben. Wem dies nicht genügt, der möchte einen sachpolitischen Zusatz mir noch erlauben an dieser Stelle. Es besteht doch die Gefahr, daß der CDU-Parteitag in irgendeiner der anstehenden Sachfragen mit 60:40 einer Mehrheit entscheidet. Daß das dann, ut exempla docent, in die Fraktion kommt zur Verwirklichung und es dort eine 40:60 Mehrheit gegen dieselbe Sache gibt. Das ist doch das, was sich jetzt abzeichnet, wenn wir die Zahlen der letzten Woche uns durchrechnen, und das wäre natürlich verheerend. Nun können Sie sagen, das kann nicht passieren, weil doch der Vorsitzende daran gedacht hat, indem er nicht nur die gemeinsame Fraktion beteiligt, sondern beide Parteien aufgefordert hat, diese Kommissionen zu machen. Dies ist ein Irrtum, weil erstens die Delegierten des Parteitages frei sind, beider Parteitages, und zweitens wir bei dem zweiten fertigen Bericht, nämlich dem der beruflichen Bildung, drei Alternativmodelle den Delegierten zuschicken sollen. Ob wir dies machen werden, werden wir Ende Mai, wenn wir uns in Ruhe über diese Frage unterhalten, entscheiden, aber ganz sicher wissen wir vorher nicht, für welches dieser Modelle der Parteitag sich entscheiden wird. Wenn wir dann nicht wissen, wie sieht das bei der CSU aus, meine Freunde, dann ist dieses Stück eines notwendigen Kernpunkts der Oppositionsstrategie obsolet, und ich nehme berufliche Bildung als Beispiel für alle Fragen. Ich nenne noch gar nicht die Mitbestimmung und die anderen Dinge.

Also das ist, persönlich und sachlich keinem Kollegen zuzumuten, jetzt für den Fraktionsvorsitz zu kandidieren und gewählt zu werden ohne hinlängliche Verständigung in den wichtigsten Punkten der Sache, weil wir sonst in drei oder vier Monaten oder in sechs Monaten in derselben Situation sind.

Der zweite Punkt, in dem wir uns vorwärts bewegen müssen, betrifft die Gesell-

schaftspolitik und dort den Fortschritt. Ich glaube, daß wir uns hier bewegen müssen. Ich weiß nicht, ob wir alle mit derselben Konsequenz die Erinnerung noch haben, als wir hier im Januar und Februar sprachen, wo ganz leicht aus manchem Munde kam, nun die Parität ist für uns kein Tabu. Ich weiß nicht, ob alle daran noch erinnert werden wollen. Ich habe damals eher etwas gebremst. Ich möchte hinzufügen, daß wir die junge Generation, und da haben wir ja die Wahl eben nicht gewonnen, mit dem Ausmaße gewinnen werden, wie wir eine reformerische Partei sind, reformerisch natürlich nicht im Sinne des Sozialismus, sondern aus unserer Substanz. Und dazu muß nun einiges gesagt werden.

Zunächst zur Mitbestimmung. Ich hatte, wie Sie wissen, ungefähr 30 Einzelgespräche mit führenden Männern der Arbeiterschaft, Wirtschaft, der Partei und von anderen Seiten. Niemand verkannte die Notwendigkeit, unseren Standpunkt zu überprüfen. Es gibt allerdings einige – mehr aus zweiten oder dritten Gliedern –, die meinen – die sagen dies nicht –, die CDU dürfe sich in dieser Frage auf gar keinen Fall bewegen, weil sie so eine Bremswirkung auf die FDP habe. Das Entscheidende sei ja, daß die FDP die SPD bremse. Ich hoffe nicht, daß irgend jemand unter uns sich von diesem Gedanken leiten läßt. Denn als zweiter Hilfsbremsen der gegenwärtigen Regierung ist eigentlich die Union zu schade. Ob die Koalition hier zu einem Entwurf kommt oder nicht, wissen wir nicht. Wir wissen nur, daß sie einheitlich handeln wird, weil sie eine Absprache hat: keine wechselnden Mehrheiten. Und jetzt gibt es so viele, die sagen, jetzt bräuchten wir uns nicht neu zu bewegen. Denen kann ich nur sagen: Laßt euch den Gedanken Mitbestimmung nicht stehlen. Dies ist unser Gedanke, wer dazu nicht mit einer neuen, passenden, richtigen, sachgerechten, die modernen Probleme aufarbeitenden Antwort kommt, ist aus der Diskussion, nicht nur in dieser Frage.

Ich will der Sitzung vom Ende des Monats nicht vorgreifen, ich werde Ihnen dann empfehlen, eine Kommission einzusetzen. Die neue Aussage, die wir suchen, muß ausgehen von den Grundsätzen unseres Programms, vom Gleichgewicht der Partner, von der Notwendigkeit, eine Antwort zu geben auch auf die Zusammenhänge zwischen Mitbestimmung und der von uns gleichfalls erstrebten Beteiligung der Arbeitnehmer am Produktivkapital. Diese Kommission sollte auf der Grundlage der bisherigen Aussagen und der bisherigen Vorschläge, einschließlich des Vorschlags der Sozialausschüsse¹⁶, sich an die Arbeit zu machen, um einen neuen Vorschlag auszuarbeiten. Wir werden uns zu unterhalten haben, inwieweit wir – und da werden die Meinungen zunächst auseinandergehen, aber ich glaube, wir werden uns da auch finden – dem Parteitag einen richtungsweisenden Beschluß für diese Kommission geben. Eine bloße Vertagung an eine Kommission wäre ganz sicherlich unzureichend, würde dem Problem nicht entsprechen, da wir hier auch noch Empfehlungen der Mittelstandsvereini-

16 Beschluß der Sozialausschüsse auf ihrer 15. Bundestagung vom 19./20. Mai 1973 in Bochum in „Informationen der Sozialausschüsse der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft“ vom 28. Mai 1973; WAZ vom 21. Mai 1973 „CDU-Sozialausschüsse: Mitbestimmung künftig im „Unternehmensrat““. – Zusammenstellung der verschiedenen Vorlagen zur Mitbestimmung vom März 1973 in ACDP Dokumentation 23/01/6-1 (CDU Bundesgeschäftsstelle Dokumentation).

gung zu erwarten haben und der Jungen Union.¹⁷ Ich würde Sie einladen, der Formel des „Gleichgewichts der Partner“ Ihr Augenmerk zuzuwenden. Sie ist aus meiner Sicht so erwogen wie damals die der „funktionsgerechten Mitbestimmung“, über die man zuerst lachte und die heute in allen Programmen steht.

Was das Bodenrecht betrifft, so will ich nicht wiederholen, was ich dazu vor dem Bundesparteiausschuß sagte.¹⁸ Die Kommission steht unmittelbar vor dem Abschluß. Ich glaube, daß ihre Ergebnisse den Kreisparteien zugeleitet werden können, damit sich die Delegierten auf dem Parteitag, auch in Kenntnis der Meinung der Basis, orientieren können.

Dasselbe gilt für die berufliche Bildung. Auch dazu will ich nicht wiederholen, was ich vor dem Parteiausschuß sagte. Hier werden wir zu entscheiden haben, ob wir drei alternative Modelle den Kreisparteien geben oder nicht. Ich meine eigentlich, daß ein Vorstand – und ich habe nie einen Vorstand anders geführt – dazu eine Meinung haben sollte. Wir können zwar die alternativen Modelle herausgeben, aber gleichzeitig sagen, das ist das Modell, für das hat sich der Vorstand der CDU, mit welcher Mehrheit immer, entschieden hat. Das sollten die Delegierten wissen.

Und nun stellen sich noch einige grundsätzliche Fragen, weil ich natürlich spüre und auch mir habe sagen lassen, daß in der Fraktionsvorstandssitzung nach meinem Rücktritt, an der ich verständlicherweise nicht teilgenommen habe¹⁹, doch auch gleich gesprochen worden ist, nun müssen wir uns unterhalten, in welche Richtung gehen wir hier nun eigentlich. Also will ich dazu einige Worte mehr sagen. Und ich setze alles das voraus, was ich in letzter Zeit nach der Wahl in Bonn und in Kassel und an anderen Stellen vor Parteigremium, Bundesausschuß usw. dazu gesagt habe.

Wir bekennen uns – und ich sage dies noch mal, weil natürlich der Eindruck erweckt wird, als seien hier einige von uns dabei, Sozialisten zu werden – zu dem Leitbild der Gesellschaft, das geprägt ist von den Zielen der Freiheit des Einzelnen, der sozialen Gerechtigkeit, der Chancengerechtigkeit, der sozialen Partnerschaft und der Solidarität aller Bürger. Fundament für diese freie und partnerschaftliche Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung ist die Soziale Marktwirtschaft. Sie ist ein gesellschaftspolitisches Programm für alle. Ihre Grundlagen sind Leistung und soziale Gerechtigkeit, Wettbewerb und Solidarität. Sie verfolgt das Ziel, dem einzelnen immer mehr Teilhabe am gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Fortschritt zu ermöglichen und damit seinen persönlichen Freiraum zu erweitern. Die Dynamik der Sozialen Marktwirt-

17 Der Mittelstandsvereinigung war es auf ihrem 18. Bundeskongreß nicht gelungen, sich in der Frage der Mitbestimmung zu einigen. Die Vorlage wurde nach Überarbeitung durch den Bundesvorstand erst am 4. Juli 1973 verabschiedet. Vgl. Mittelstandsvereinigung der CDU/CSU (Hg.): Dokumentation. 18. Bundeskongreß Mittelstandsvereinigung der CDU/CSU. Hannover 17. Juni 1973. Bonn o. J. S. 56–58; „Süddeutsche Zeitung“ vom 19. Juni 1973 „Keine Einigung über Mitbestimmung“. – Die JU hat auf ihrem außerordentlichen Deutschlandtag in Herford (1. bis 3. Juni 1973) einen Beschluß zur „Mitbestimmung in der Wirtschaft“ gefaßt. Vgl. „JU informiert“; „Westfälische Nachrichten“ vom 4. Juni 1973 „Eigenes JU-Modell zur Mitbestimmung“.

18 Ergebnisprotokoll der Sitzung vom 2. April 1973 in ACDP 07–001–612.

19 Protokoll der Sitzung vom 10. Mai 1973 in ACDP 08–001–1032/1.

schaft beschränkt sich nicht auf die ordnungspolitische Regelung der Leistungsbeziehungen zwischen den einzelnen Wirtschaftssubjekten, sondern erstreckt sich in gleichem Maße auf die Sicherung und Weiterentwicklung des sozialen Fortschritts aus eben diesem Leistungsprogramm heraus. Wenn wir aber den Angriffen der Sozialisten und anderer erfolgreich widerstehen wollen, müssen wir die Soziale Marktwirtschaft ernst nehmen und zurückkehren zu einer prinzipiellen Radikalität aus unserer Substanz heraus. Wir müssen mit der Sozialen Marktwirtschaft wieder angreifen. Nicht warum Soziale Marktwirtschaft gut war, zählt heute, wichtig ist allein, ob es uns gelingt, für die Probleme von heute und morgen bessere Antworten zu finden und die Wirklichkeit der Sozialen Marktwirtschaft durch bessere Konzeptionen weiterzuentwickeln und humaner zu gestalten. Und dazu gehört, daß wir neben dem Blick auf die Zukunft, die Haut der Regierungspartei, die wir immer noch in uns tragen, abstreifen und endlich einmal sehen, daß 1976 die Sozialdemokraten zehn Jahre Regierungspartei sein werden. Also müssen wir wirklich erkennen und offen aussprechen, wo es heute Unzureichendes, Unmenschlichkeiten, Verkrustungen, Vorherrschaften, neue Obrigkeiten und Zwänge gibt. Die Kritik am Bestehenden dürfen wir nicht denen überlassen, die jetzt regieren, sondern das müssen wir tun, weil dies ja Widersprüche zu unseren Prinzipien und z. T. auch zu den Wirklichkeiten sind, die wir in 20 Jahren geschaffen haben.

Weil wir Soziale Marktwirtschaft auch morgen wollen, sind wir aufgerufen, die sozialen Ungerechtigkeiten, die einer vollen Verwirklichung der realen Freiheit und sozialen Partnerschaft entgegenstehen, zu beseitigen. Dieses Feld dürfen wir nicht anderen überlassen. Dabei müssen wir deutlich machen, daß im Mittelpunkt dieser freien und partnerschaftlichen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung der einzelne Mensch steht. Wir wollen zugunsten des einzelnen Bürgers mehr Wettbewerb. Da dürfen wir uns nicht an einer falschen Seite verkämpfen. Also: Mehr Wettbewerb zur Sicherung der Freiheit des Bürgers gegen wirtschaftliche Marktmacht und autoritäre Vorausbestimmung seiner Bedürfnisse. Wir wollen für den arbeitenden Menschen mehr Mitbestimmung, mehr Teilhabe an den Entscheidungen der Wirtschaft, um seiner Würde, seinen Rechten und seiner Verantwortung gerecht zu werden. Wir wollen für jeden Bürger mehr privates, persönlich verfügbares Eigentum und mehr Teilhabe an Wachstum und Ertrag der Wirtschaft zur Sicherung und Erweiterung seines Freiheitsspielraums. Dabei muß deutlich sein, daß wir für das Eigentum in der Hand der Bürger sind, und zwar aller Bürger dieses Staates. Wir sind gegen eine Zusammenballung des Produktivkapitals in Händen weniger, seien es Private oder Funktionäre oder Beamte. Hierzu haben wir bisher als einzige Partei ein gesetzesreifes Konzept vorgelegt, den Beteiligungslohn, der das Fundament dieser Politik bleiben muß. Ich möchte aber hier heute einen Schritt weitergehen und sagen, daß es darauf ankommt, über die technische Ausgestaltung unserer vermögenspolitischen Gesetze hinaus klarzumachen, um was es im Kern geht. Und hier erwarte ich viel in der künftigen gesellschaftspolitischen Auseinandersetzung. Wenn wir Vermögenspolitik der Sozialen Marktwirtschaft sagen, dann gehört dazu für uns zunächst das Bekenntnis zum privaten Eigentum, aber auch das Bekenntnis zum Gewinn, den wir brauchen. Allerdings halte ich es für den

Fortbestand unserer freiheitlichen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung für eine entscheidende Frage, ob wir bereit sind, auch bei der Zuordnung von Gewinnen und Eigentumstiteln in der Wirtschaft unsere Zielvorstellung von Sozialer Marktwirtschaft und Partnerschaft radikal zu verwirklichen. Gewinn und Kapital der Wirtschaft sind das Ergebnis partnerschaftlichen Zusammenwirkens von Arbeitnehmern, Unternehmern und Kapitaleignern. Deshalb soll jeder seinen gerechten Anteil am Erfolg, am Wachstum und Ertrag der Wirtschaft bekommen. Diese Maxime gilt es, viel stärker als bisher und überzeugender als bisher durch konkrete Lösungsvorschläge glaubhaft zu vertreten. Wir werden dabei, ich wiederhole dies, nicht nur unser Programm weiterzuführen haben, sondern den Zusammenhang zwischen Miteigentum, das wir wollen, und Mitbestimmung, die wir wollen, zu berücksichtigen haben. Dies zum gesellschaftspolitischen Punkt.

Der dritte Punkt, von dem wir überzeugt waren, daß er neue Antworten von uns verlangt, wenn wir in eine neue Zukunft wollen, ist die Außenpolitik. Und ich möchte hier, ohne auch dies zu verheimlichen, mit der Deutlichkeit wie in den anderen Punkten, sagen, wir müssen nach Verabschiedung des Grundvertrages gegen uns den Anschluß an die Weltpolitik finden. Wir werden, meine Freunde, so fürchte ich, keinen Wahlsieg erringen, und denken Sie an all diese Einwirkungen auf die letzte Bundestagswahl, wenn der Eindruck entsteht – ob der stimmt oder nicht, ist nicht wichtig –, die Union sei außenpolitisch isoliert. Die Deutschen wünschen – und wer ihre Geschichte und ihre Geographie kennt, kann das verstehen, ich verstehe dies und teile diese Meinung – sich anzulehnen, nicht isoliert im Herzen Mitteleuropas zu sein. Wir müssen sehen, daß in dem Ausmaß, in dem wir etwa auch noch nach den Verträgen vordringlich die Außenpolitik der Bundesregierung bekämpfen, dies aus der Sicht befreundeter Regierungen so aussehen könnte, als würden wir zugleich deren Politik bekämpfen. Wir können uns das mit Blick auf die Konferenzen in Wien und Helsinki und angesichts der Tatsache, daß unsere ausländischen Freunde und Partner mehr als früher mit uns zusammenzuarbeiten und uns zuzuhören bereit sind, auch im Interesse der Bundesrepublik Deutschland einfach nicht leisten.

Was die UNO betrifft, will ich nicht wiederholen. Ich kann es hier kurz machen, weil ich denke, wir verstehen uns da, da wir die Probleme kennen. Wir haben nicht nur ein multilaterales Unternehmen UNO, in dem die DDR nun ist, wir haben ein multilaterales Unternehmen Helsinki (Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa)²⁰, bei dem die DDR ist, und wir haben ein multilaterales Unternehmen Wien (Abrüstung/MBFR)²¹, bei dem die DDR ist. Europäische Nachbarn fragen mich – ich habe denen natürlich widersprochen –, ob wir etwa prinzipiell nicht bereit seien, dort zu sein, wo multilateral auch die DDR aufträte, weil dann natürlich die Sorge nicht nur bestünde, wir träten nicht auf den Boden von Verträgen. Bei unseren Freunden entsteht die Sorge, ob sie Democrazia Cristiana oder sonst wen nehmen, als sei hier diese Union die einzige Gruppe in Europa, die diese Konferenzen prinzipiell

20 Vgl. Nr. 26 Anm. 9.

21 Vgl. Nr. 34 Anm. 14.

nicht wollte. Ich kann deshalb nur empfehlen, den Versuch zu machen, nicht durch lauthalse Interviews, sondern durch unser Verhalten und unsere Aussagen in der Außenpolitik, nach Verabschiedung des Grundvertrages, eine Kooperation mit der Regierung zu versuchen, um gestützt darauf mit Freunden im Ausland besser kooperieren zu können. Dies müssen wir tun, weil es drei Gefahren gibt. Die Hauptgefahr, die ich sehe, kommt aus Wien. Da ist nun der Kreis der Länder in Mitteleuropa, in denen Abrüstungsmaßnahmen durchgeführt werden sollen, bezeichnet worden. Alle Welt hofft, daß es da mindestens zu einer prozentualen Abrüstung kommt. Und die USA sind ja vital interessiert wegen des Drucks des Parlaments auf den Präsidenten. Das ist sicher gut, und das will jeder. Nur hier ist eine Gefahr involviert, die größer ist als die meisten, die wir bisher hatten. Wenn einmal dieser Kreis der Teilnehmer festgelegt ist und wir, wie die Polen und die DDR und die Tschechen, dazugehören, da können Sie mit der Automatik geschichtlicher Abläufe die Uhr danach stellen, wann die Frage auftaucht, nachdem nun die beiden Großen ihre Truppen verdünnt haben, warum geschehen nicht besondere Maßnahmen in dieser besonderen Zone. Das wäre das Ende der Sicherheits- und NATO-Politik, für die wir einstehen. Wenn wir in dieser Sache Einfluß nehmen wollen, müssen wir von dieser Sache sprechen können und nicht von Problemen, die andere gegen uns entschieden haben. Denn in dieser Sache finden Sie in allen Hauptstädten, vor allen Dingen in London und in Paris, volle Unterstützung.

Zweiter Punkt: Wir müssen darauf achten – und ich kann dies kurz machen, ich verzichte hier auf den Bericht, es sei denn, er ist gewünscht, über meine Reise in die USA²² –, daß die Europäer sich nicht übernehmen, indem sie so tun, als könnten sie schon ein partnerschaftliches Verhältnis mit den USA, sei es Handel, sei es verteidigungspolitisch, begründen, ohne sich selbst instandgesetzt zu haben, dies auch zu tun. Der innere Ausbau der Gemeinschaft bleibt ja weit hinter den Notwendigkeiten zurück. Ich brauche dies nicht zu wiederholen. Dieser Runde Tisch ist notwendig. Und wenn Sie heute draußen das Wort „Westpolitik“ als unsere Marke sagen, finden Sie von höchsten Stellen offenen Beifall. Hier tragen wir eine besondere Verantwortung, denn hier sind die Erwartungen in besonderem Maße auf uns gerichtet.

Und das dritte ist Helsinki. Da besteht die Gefahr, daß schlußendlich Erklärungen abgegeben werden, die in Fragen von Grenzen, von Status, endgültigere Rechtstitel schaffen, als sie durch unsere Entschließung vom 17. Mai, die immer wichtiger wird, für die deutsche Seite möglich sind. Das werden wir nur verhindern können, wenn wir in diesen Fragen unsere Kraft aufwenden. Ich will mich nicht wiederholen, ich habe dazu vor dem Bundesparteiausschuß mehr gesagt.²³ Ich glaube deshalb, und ich möchte dies so deutlich sagen, daß es pflichtvergessen und unverantwortlich wäre, von gestern zu träumen und dadurch an falschen, verhinderbaren Entwicklungen für morgen mitschuldig zu werden. Ich warne, hinter unser Programm zurückzufallen. Wir haben die Konferenzen von Wien und Helsinki prinzipiell positiv gewürdigt. Wir haben uns bekannt zu Frieden und Zusammenarbeit mit der Sowjetunion und den anderen ost-

22 Vgl. Nr. 34 Anm. 11.

23 Vgl. Anm. 7, hier S. 5–10.

und südosteuropäischen Staaten, und wir haben Verträge mit der DDR ausdrücklich als erwünscht bezeichnet. Ich hoffe, daß niemand von uns versucht, sich eine Welt zu malen, die es nicht gibt. Das heißt nicht, daß ich Ihnen rate, sich einzurichten in der Welt, wie sie ist, denn sie ist voller Unrecht. Aber es heißt hier auch auf die Schwerpunkte abzuheben. Und da ich gerade so deutlich spreche, möchte ich hinzufügen, daß vor der Wahl mich ernsthafte Besucher aufsuchten und sagten, ich kann euch leider nicht wählen, denn ihr seid wegen eurer Außenpolitik nicht regierungsfähig wegen der mangelnden Anschlußfähigkeit an die Welt. Und ich möchte hinzufügen, daß in diesen Tagen das viel gesagt wird. Wir müssen diese Sachen, auch die personellen und die sachlichen, sehr schnell beenden, aber nicht um den Preis von Wunschvorstellungen oder von Beteuerungen, sondern um den Preis konkreter Aussagen. Und von Koalitionsfähigkeit will ich in diesem Augenblick dann auch gar nicht sprechen.

Das sind die drei Punkte. Ich möchte nun, damit sich der Kreis schließt, zu den Eingangsgedanken zurückkehren. Im Inland und im Ausland wird der Schritt, der mir schmerzlich war, der aber konsequent und notwendig war, verstanden als ein Signal. Genauso in der Partei, deren Basis gesund ist. In der Basis aber, und das geht uns alle an, gewinnt der Gedanke an Boden, daß die in Bonn uns um die Früchte unserer Arbeit bringen. So ist mein Schritt, meine Freunde, ein Schritt ohne persönliche Rücksichten, zugleich gemeint als ein Dienst an dieser Union. Es soll, um dies hier deutlich zu sagen, den Zwang verstärken, von Erneuerungen nicht nur zu reden, sondern sie zu vollziehen. Wir müssen uns entscheiden, ob wir recht behalten oder künftig bestimmen wollen.

Welche Gefahren innen- und außenpolitisch drohen, wie ernst und wie hochgradig abenteuerlich die Koalitionspolitik ist, brauche ich nicht erneut zu betonen. Vor dem Bundesparteiausschuß im April habe ich das ausgeführt und belegt, daß die Fundamente in Gefahr sind und habe dies im Bundestag am 6. April 1973 in einer freien Rede, von der ich nicht wußte, daß sie meine letzte als Vorsitzender der CDU/CSU-Fraktion sein würde, erneut belegt.²⁴ In dieser Sicht sind wir einig. Aber die Frage ist, ob wir in der Konsequenz einig sind. Meine Freunde, wir wollen und dürfen nicht nur abwehren, verteidigen, bewahren, Prinzipien halten, recht haben, recht behalten wollen. Wir haben nämlich Deutschland verändert, den Staat und die Gesellschaft. Wir sind als eine reformerische Partei angetreten. Die Erneuerung tut not durch Wort und Tat. Die Jugend muß das sehen. Wir sind die einzige Volkspartei. Das „C“ verpflichtet nicht nur zum Antikommunismus und zu anderen Antis, sondern zunächst zu weiteren Pros, nämlich weitere Veränderung zu wollen. Das ist die Frage, um die es geht, dabei, ich wiederhole dies, nicht Veränderungen hin auf den Sozialismus. Und dazu gehört, erstens, mit mehr Geduld, mit mehr sichtbaren Grundsätzen, mit mehr Erkennbarkeit unserer großen Ziele und unserer Weltvorstellung. Aber all das dürfen wir nicht nur erklären, sondern müssen wir in praktischer Politik durch Konsequenz

²⁴ Rede zur ersten Beratung des 16. Rentenanpassungsgesetzes (Sten.Ber. 7. WP 28. Sitzung am 6. April 1973 S. 1405–1410).

bekunden. Zweitens gehört dazu, der Gesellschaftspolitik mit nachdrücklichem Ernst, mit den Inhalten unserer Volkspartei, Vorrang zu geben und die vor uns liegenden objektiven, von uns selbst formulierten, Fragen zu beantworten.

Wir müssen – und ich sage dies hier freimütig, weil ich dies spüre – der Tendenz rechthaberischen Beharrens, die sich wegen der so offenbaren, schnellen und fundamentalen Fehler der Koalition als leichtere Lösung so verführerisch anbietet, widersetzen und uns zu entschlossenen Schritten nach vorne entscheiden, d. h. Veränderungen herbeiführen.

Drittens, wir müssen, ausgehend von den gegen uns geschaffenen außen- und deutschlandpolitischen Realitäten, auch in diesen Fragen nicht mit verständlicher rückwärtsgewandter Bitternis, sondern mit dem aus der Geschichte geborenen Auftrag nach vorne gerichteter Entschlossenheit handeln. Es gilt die Realität dieses einen deutschen Volkes zu stärken, das Selbstbestimmungsrecht zu erstreben, durch Kontakte und Verträge zu mehr Austausch zwischen den Menschen und den Staaten in Deutschland, durch mehr Austausch zu mehr Freizügigkeit und durch mehr Freizügigkeit zu mehr Selbstbestimmung zu kommen. Es gilt weiter, der Westpolitik Vorrang einzuräumen, die europäische Vereinigung unter den veränderten Bedingungen zu vollziehen, den Runden Tisch mit den USA und Kanada zu schaffen, die Konferenzen in Wien und Helsinki positiv zu sehen und sie, was möglich ist, zu beeinflussen, wie ich dies verschiedentlich definierte, und der Sowjetunion und den Ländern Ost- und Mitteleuropas deutlich zu machen, daß Frieden und Zusammenarbeit unsere Ziele sind.

Viertens und letztens. Wir müssen über diese Prinzipien, Ansätze, Notwendigkeiten untereinander diskutieren und auch mit der CSU sprechen. Ich will diese gemeinsame Fraktion. Ich will die in unserer Satzung vorgesehene Arbeitsgemeinschaft beider Parteien. Nichts darf stärker sein als der Gedanke der Christlichen Union. Nur: Diese Christliche Union wird so stark sein, wie sie sich aus ihrer Substanz heraus zu einer klaren und zukunftsgerichteten Politik bekennt und keiner Minderheit das Recht gibt, allein den Kurs zu bestimmen. Mit allgemeinen Beteuerungen und lediglich der Wahl eines neuen Fraktionsvorsitzenden, dem ich helfen werde, wäre nur die nächste Krise und der nächste Konflikt vorprogrammiert. Das können wir keinem wünschen und auch keinem mehr zumuten.

Meine Freunde! Dies ist eine ernste Stunde für die Union. Es ist aber auch eine gute Gelegenheit, gute Worte durch konsequente Taten zu belegen und zur Wirklichkeit werden zu lassen. Wir müssen den Wettbewerb um die Mitte gewinnen. Da liegt das Problem. Und wenn wir den nicht gewinnen, werden wir auf die Dauer verlieren. Dann wird – vielleicht halten Sie dies für anmaßend, aber dies meine ich – Deutschland insgesamt auf Dauer verlieren.

Das ist die Einführung, die ich heute geben wollte. In einer besonderen Lage der Union hielte ich es für unter unserer Würde, uns nur zu unterhalten – was auch sein muß – über einen Mißklang hier, ein falsches Wort dort, ein Zunahetretan dort, über Verfahrensvorschläge. Auch das Wort wird nötig sein. Wir müssen sehen, daß wir aus der Lage, die entstanden ist, dadurch nicht herauskommen, daß wir vorhandene Probleme unter den Teppich kehren, sondern sie lösen, einvernehmlich lösen, mit der

CSU lösen, und dann zu neuen Ufern kommen, die ich auf der Basis, die ich vortrug, möglich halte, auf einer anderen nicht. Ich danke Ihnen. (*Beifall.*)

Kohl: Herr Vorsitzender, bevor wir jetzt in die Debatte kommen, dies ist ja ein in jeder Weise ungewöhnlicher Vorgang, ist es schon wichtig zu wissen, haben Sie die Absicht, diese Rede, die Sie eben gehalten haben, zu veröffentlichen? Denn dann wird auch die Einlassung, die einige hier zu machen haben, natürlich auch so zu sehen sein, daß sie auch veröffentlicht wird. Ich frage nicht gänzlich ohne Grund.

Barzel: Herr Kollege Kohl, es wird ganz sicherlich notwendig sein, eines auf jeden Fall zu machen, und das andere muß sich jeder frei lassen, je nach Entwicklung in den nächsten Wochen. Es wird ganz sicherlich notwendig sein, einen Presseauszug, der nicht erstellt ist – ich habe zwar nach Notizen, aber doch frei geredet – einen Presseauszug natürlich zur Verfügung zu stellen, einen Auszug, der irgendwann jetzt in den nächsten zwei Stunden erstellt wird, das ist sicherlich richtig. Im übrigen kann der so mager oder so reich ausfallen, wie Sie das für richtig halten. Machen wir uns nichts vor, in Verfahrensfragen sind die Punkte, um die es heute geht, nicht gelöst. Daß hier auch Meinungen eine Rolle spielen, die man soll sagen können, das, glaube ich, ist vernünftig. Wenn der Vorsitzende auf all die öffentlichen Einwürfe nicht geantwortet hat in der Öffentlichkeit, sondern sagt, hier haben wir jetzt einen Vorstand, der soll die Sachen entscheiden, und er kommt und sagt das, was er in diesem Augenblick mit dem Blick auf die Zukunft für fundamental hält, dann ist dies sein gutes Recht, und ich meine, man sollte eher sagen, es ist gut, daß Sie das hier gesagt haben. Ich würde mich eigentlich freuen, Herr Kohl, wenn Sie gleich sagten, ich stimme dem vollkommen zu, darüber brauchen wir gar nicht zu debattieren. Das wäre eigentlich doch die leichteste Lösung, würde ich sagen.²⁵

Kohl: Darf ich aus Ihrer Antwort entnehmen, das klar jetzt auszuführen, weil das natürlich die Diskussion ganz erheblich beeinflussen muß? Ich glaube, darüber gibt es doch gar keinen Zweifel, das ist ja auch ein Novum in unseren Zusammenkünften, wenn dieser Text veröffentlicht wird.

Barzel: Aber ich habe das Gegenteil eben gesagt. Es wird einen Presseauszug geben, den ich mir hier gleich ansehen werde. Aber, lieber Herr Kohl, ich bin ja nun nicht erst seit heute in einem Amt. Ich weiß doch, wie dies geht. Ich erinnere, nehmen wir mal ein anderes Gremium, an die Berliner Fraktionssitzung. Da hielt ich meine Rede, und draußen standen die Journalisten, und es war nicht mehr so, daß die einzelnen Kollegen nur sagten, was sie erklärt haben. Sie brachten gleich die Zettel mit, mit all den Sachen, die dort gesagt worden sind.²⁶ Also, wenn ein Vorsitzender sagt, wir haben

25 Veröffentlichung als Broschüre „Rainer Barzel. Zur Sache“. Hg. von der CDU Bundesgeschäftsstelle. Bonn 1973.

26 Vgl. „Süddeutsche Zeitung“ vom 5. Februar 1973 „CDU setzt Klausurtagung fort“; „Die Welt“ vom 6. Februar 1973 „CDU/CSU-Beratung überschattet durch Personaldiskussion“; NZZ vom 7. Februar 1973 „Die Selbstbesinnung bei der CDU/CSU“; „Die Welt“ vom 7. Februar 1973 „... aber der Hesse Dregger hielt die zündende Rede“. – Die Rede Barzels am 5. Februar 1973 wurde vom Pressereferat der CDU/CSU-Fraktion des Deutschen Bundestages noch am 5. Februar 1973 veröffentlicht.

eine Vorstandssitzung und er dann die Absicht hat, einen Teil seiner Ausführungen auch herauszugeben, dann ist das ein Verfahren, das, glaube ich, in keiner Weise beanstandet wird.

Kohl: Aber das hat doch auch gar niemand beanstandet. Ich habe danach gefragt, ob das beabsichtigt ist, denn das bedeutet doch für Diskussionsbeiträge, daß man auf Punkte eingeht, wo man kontrovers ist, und das bedeutet in anderen Punkten, daß man Punkte unterstreicht, die nicht kontrovers sind. In Ihren Ausführungen sind eine ganze Menge Punkte, die beispielsweise, was mich persönlich betrifft, was meine Ansichten betrifft, überhaupt nicht kontrovers sind. Da sind einige drin, die kontrovers sind, aber das muß man doch vorher wissen, wenn das veröffentlicht wird, weil es ja dann umgekehrt ein ganz falsches Bild wird. Nicht mehr und nicht weniger wollte ich wissen.

Katzer: Ich finde die Frage von dem Kollegen Kohl ganz vernünftig. Ich hoffe, daß das alles mit auf Band aufgenommen worden ist. Ich würde sagen, das ist eine bemerkenswerte Rede gewesen, die sollte doch bitte geschrieben werden, dann sollte sie uns hier ausgeteilt werden und wenn einer eine andere Auffassung hat, soll er sie dazu sagen. Das gehört doch zu dem, was wir jetzt brauchen. Ich würde also den Antrag stellen, daß das geschrieben wird, hier verteilt wird und daß wir darüber diskutieren können. (*Unruhe.*)

Barzel: Zur Geschäftsordnung Herr Müller-Hermann!

Müller-Hermann: Herr Bundesvorsitzender, ich bedaure eigentlich, daß wir in dieser schwierigen Situation öffentlich tagen. Nichts gegen die Mitarbeiter, aber daß wir hier in einem so großen Kreis völlig freimütig sprechen sollen, halte ich für etwas bedenklich und würde bitten, daraus Konsequenzen zu ziehen.

Barzel: Das können wir alles machen, Herr Müller-Hermann. Im Verfahren habe ich immer eine große Liebenswürdigkeit gehabt, aber es soll sich niemand täuschen, was diesen Text hier betrifft.

Kraske: Herr Langguth zur Geschäftsordnung?

Langguth: Ich bin nicht der Ansicht, daß hier führende Mitarbeiter dieser Bundesgeschäftsstelle ausgeschlossen sein sollten. Wir haben bei einer früheren Vorstandssitzung erlebt, daß dann diese führenden Mitarbeiter das, was hier gesagt wurde, der Presse entnehmen mußten, das halte ich nicht für würdig. (*Kohl:* Der hat ja keinen Antrag gestellt.)

Schwarz-Schilling: Ich würde den Antrag stellen, daß Veröffentlichungen dieser Sitzung nur Beschlüsse des Vorstands sein dürfen, keine Redebeiträge.

Barzel: Das würde auch bedeuten, daß Einleitungsworte des Vorsitzenden nicht veröffentlicht werden dürfen?

Schwarz-Schilling: Ich halte es für ein Novum, daß Redebeiträge seitens des Vorsitzenden und seitens des Vorstandes als Presseerklärung des Vorstandes herausgegeben werden. (*Zwischenruf:* Nicht als Presseerklärung!) Ich bin der Auffassung, daß ein Vorstand tagt, jeder seinen Redebeitrag hat, und dann kann ein Vorschlag des Pressesprechers herausgegeben werden, wobei selbstverständlich Teile von Reden enthalten sein können. Aber ich halte es für ein unmögliches Verfahren, daß ein Vorstand tagt und eine Rede als solche als Vorstandsbeschluß nach draußen gegeben wird.

Barzel: Das ist doch nicht die Absicht! (*Zwischenruf:* Das will doch keiner!) Das ist überhaupt nicht die Absicht, Herr Schwarz-Schilling.

Echternach: Ich möchte den Vorschlag von Herrn Dr. Schwarz-Schilling unterstützen. Ich meine, Herr Dr. Barzel, Sie sollten darauf verzichten, Ihre Rede zu veröffentlichen. Niemand kann Sie zwar hindern, das der Öffentlichkeit zu erklären, was Sie für richtig halten. Aber ich meine, wenn diese Rede veröffentlicht wird, würde die Führungskrise, die wir heute haben, nicht gelöst werden, sondern sie würde in ganz neue Dimensionen hineintreten und würde als ein Richtungskampf um alle möglichen Fragen gedeutet werden. Und das würde der Union nicht nützen, sondern nur weiter schaden.

Ich sehe diesen Antrag auch vor dem Hintergrund Ihrer Ausführungen. Sie hatten im Zusammenhang mit bestimmten Punkten gesagt, hierüber sei berichtet worden, auch im Vorstand, aber dem sei nicht ausdrücklich widersprochen worden und daraus wurde dann also Zustimmung geschlossen (*Barzel:* Nein, so weit bin ich nicht gegangen.) Sie haben gesagt, in der Bundespräsidenten-Frage hat Herr Windelen etwas gesagt, in der anderen nicht. Daraus muß man doch entnehmen, daß das als Zustimmung oder mindestens Tolerierung gewertet wird. Ich möchte an sich einer solchen Methode der Meinungsbildung doch widersprechen. Wenn das also impliziert ist, würde ich das auch nicht für gut halten.

Barzel: Das ist nicht die Absicht.

Blüm: Das sind doch formale Streitigkeiten. Eins ist klar, daß wir jetzt auch inhaltliche Festlegungen brauchen und ein Versuch gemacht wird, möglichst viele Positionen auch öffentlich deutlich zu machen. Auf welchem Wege dies wird, ist eine zweitrangige Frage, was von der Bedeutung her keinen Unterschied macht. Was anderes ist, was Herr Schwarz-Schilling sagt, ob diese Rede ein Vorstandsbeschluß gewesen ist. (*Barzel:* Nein, kein Vorstandsbeschluß!) Aber daß wir etwas öffentlich – auch an inhaltlichen Diskussionen – machen, das halte ich für unerläßlich.

Kiesinger: Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren, erlauben Sie mir als dem Ältesten in Ihrer Runde, Ihrem ehemaligen Bundeskanzler, Ehrenvorsitzenden und zur Zeit amtierenden Fraktionsvorsitzenden ein Wort. Ein Wort, das nicht dazu dienen soll, salbungsvoll Konflikte zu verkleistern, sondern mit dem ich versuchen will, dieser Partei in einer sehr schweren Krise weiterzuhelfen. Darf ich zunächst mit dem beginnen, was ich in der Fraktion gesagt habe.²⁷ Ich habe in der Fraktion Rainer Barzel, der glaubte, diesen schweren Schritt, ersten Schritt für ihn wie für uns alle, tun zu müssen, gedankt. Gedankt für eine zehnjährige hingebende Tätigkeit mit all seiner Kraft, d. h. seiner physischen Kraft, seiner intellektuellen Kraft, seiner Führungs- und Willenskraft. Ich wiederhole diesen Dank ausdrücklich hier, weil ich in der Fraktion gesagt habe, daß wir in der CDU bei allen Gegensätzen, die uns manchmal trennen mögen, uns daran gewöhnen müssen, Loyalität, Dankbarkeit und Respekt, auch in kritischen Stunden, einander zu bezeugen. (*Beifall.*)

Dies zum Zweck dieser Sitzung. Die Geschäftsordnungsdebatte, diese kurze, die

27 Protokoll der Fraktionssitzung vom 9. Mai 1973 in ACDP 08–001–1032/1.

wir eben gesehen haben, zeigt mir die Gefahr. Kohl hat recht! Wenn der Fraktionsvorsitzende seine Rede veröffentlichen würde, dann würde das doch wahrscheinlich ... (*Barzel*: Wollen Sie Ihre veröffentlichen) jedem Mitglied dieses Gremiums freistehen, auch die seinige zu veröffentlichen. Und das würde ein Tohuwabohu schaffen, welches für unsere Partei eine Katastrophe wäre. Das heißt nicht, Herr Blüm, daß selbstverständlich auch nach außen etwas vertuscht werden soll, wenn es Meinungsgegensätze gibt. Wir wollen ja das, was der Parteivorsitzende vorgetragen hat, diskutieren. Und das Ergebnis dieser Diskussion, und darin steckt ja dann auch sein Beitrag, das kann und soll hinaus. Auch unsere Mitglieder haben ein Recht darauf, das zu wissen. Ich würde Sie also bitten, finden wir ein Verfahren, das für uns alle und für diese Partei erträglich ist und das auch dem Interesse des Parteivorsitzenden gerecht wird, der natürlich nun vor der Öffentlichkeit die Gründe seiner Entscheidung deutlich machen will. Ich habe diese Parteivorstandssitzung wie alle Bemühungen, die wir jetzt miteinander machen, angesehen als einen Versuch zu verhindern, daß diese Partei sich auseinanderlebt. Es ist ja nicht ein Konflikt zwischen CDU und CSU. Da gibt es ja Gegensätze, natürlich, die hat es immer gegeben. Niemand weiß das besser als ich, denn niemand hat eine längere Erfahrung als ich. Sondern es handelt sich natürlich auch um Meinungsgegensätze innerhalb der CDU. Diese Entscheidung, an der zuletzt Rainer Barzel glaubte, sein Signal setzen zu sollen, diese Entscheidung ist ja gefällt worden von, glaube ich, 38 CSU-Mitgliedern und etwas über 60 CDU-Mitgliedern. Die Frage „Beitritt zur UNO oder nicht“, das ist etwas, was wir uns klarmachen müssen. Ich persönlich habe mir seit langem meine Gedanken gemacht darüber, wie schwer es ist, in der jetzigen Zeit gegenüber früheren Jahren eine große Volkspartei zusammenzuhalten. Das ist nicht nur die Frage, die an die CDU gestellt ist. Sie ist noch viel, viel radikaler, wie wir wissen, an die SPD gestellt worden. Es tut mir leid, daß gerade in einer Zeit, in der sich die SPD und ihre Regierung in wahrlich keiner beneidenswerten Situation befinden, wir nun diesen Konflikt bekommen haben. Damit mache ich niemandem einen Vorwurf.

Ich würde also meinen, daß wir, das sage ich ganz klar, die Pflicht haben – wir, die wir es gut mit der CDU meinen – zu verhindern, was da und dort ausgesprochen worden ist. In vergangenen Jahren gelegentlich aus den Reihen der CSU und anderen und nun von anderer Seite, daß die Fraktionsgemeinschaft CDU/CSU im Bundestag aufgelöst werden soll.²⁸ Ich bin Ihnen dankbar, daß Sie erklärt haben, daß Sie diese Fraktionsgemeinschaft wollen, Herr Parteivorsitzender. (*Barzel*: Ist das eine Überraschung

28 Nach dem Rücktritt Barzels vom Fraktionsvorsitz wurden Stimmen von seiten der Sozialausschüsse laut, die sich für eine Trennung von der CSU aussprachen. Vgl. „Stuttgarter Zeitung“ vom 12. Mai 1973 „CDU-Sozialausschüsse für Trennung von der CSU“; „Mannheimer Morgen“ vom 12. Mai 1973 „Die CDU bleibt auf ihren Problemen sitzen“; „Kölnische Rundschau“ vom 14. Mai 1973 „Vor dem CDU-Vorstand wurde Barzel bitter“; DUD Nr. 91 vom 15. Mai 1973 S. 1. – Strauß hatte im März 1973 erklärt, er stünde für das Amt des Fraktionsvorsitzenden bereit. Vgl. „Frankfurter Rundschau“ vom 5. März 1973 „CSU-Chef zur Führung bereit“; FAZ vom 6. März 1973 „CDU-Abgeordnete kritisieren Strauß“. – Vgl. auch Nr. 31 Anm. 5 sowie hier Anm. 55.

für Sie?) Natürlich nicht, sondern daß Sie das hier erklärt haben. Es ist sicher die Überzeugung von uns allen, die an die Zukunft der Union glauben, daß eine solche Auflösung keinem helfen würde, weder der CDU noch der CSU noch der Fraktion noch auch diesem Volk und diesem Land. Wenn nämlich das geschieht, dann erweist es sich, daß wir nicht mehr die Kraft haben, als eine integrierende Volkspartei dieser Komplexität der Problematik und der zunehmenden Komplexität der politischen Problematik unserer Zeit gerecht zu werden. Daß eben diese Komplexität uns in eine solche Lage gebracht hat, darüber gibt es keinen Zweifel. Und deswegen müssen wir das, was Rainer Barzel hier vorgetragen hat, sehr ernsthaft diskutieren. Das ist ganz selbstverständlich. Es fällt gelegentlich die Formel, der ich zustimme: „Man kann ein Bündnis nicht schlechthin um jeden Preis aufrecht erhalten.“ Nämlich nicht um den Preis der Selbstaufgabe. Das ist ganz selbstverständlich. Daran wird niemand zweifeln. Aber ich behaupte mit Entschiedenheit, daß diese Frage gar nicht gestellt ist, sondern daß es sich darum handelt, Klarheit zu schaffen. Wenn man nämlich nicht Klarheit schafft unter uns und zwischen uns und der CSU, dann haben solche Spekulationen überhaupt eine Chance, (*Beifall.*) nur dann können sie kommen. Und so sollte diese Parteivorstandssitzung dazu dienen, diese Klarheit anzubahnen. Wir werden dann ein Gespräch mit der CSU führen. Die Parteispitzen tun das schon am Montag. Wenn Sie mir das so abnehmen, wie ich es meine, ohne Pathos, aber mit der ganzen Leidenschaft, die ein Mann spürt, der nun ein Vierteljahrhundert seines Lebens in guten und in schlimmen Tagen dieser großen Partei gedient hat, und wenn Sie den Appell, den ich an Sie richte, diesen Appell so wie ich ihn meine, aufnehmen, dann wäre ich Ihnen tief von Herzen dankbar. (*Beifall.*)

Barzel: Meine Damen und Herren, es gibt also drei geschäftsordnungsmäßige Punkte. Der eine ist von Herrn Kohl hinsichtlich der Publizierung, der andere ist von Herrn Müller-Hermann hinsichtlich der Anwesenheit von Mitarbeitern, und der dritte – verzeihen Sie, die Reihenfolge war anders – von Herrn Katzer, den Text ausschreiben und allen geben zu lassen.

Wenn ich Ihnen einen Rat geben darf, dann verzichten wir in diesem Augenblick auf die weitere Verfolgung aller Geschäftsordnungsanträge, denn der Ausschluß von Mitarbeitern kann doch nur dann in Frage kommen, wenn es sich um delikate persönliche Dinge handelt. Das kann man dann immer noch machen. In der Frage der Veröffentlichung oder nicht wird doch alles vom sachlichen Konsensus, den wir finden, oder nicht finden, abhängen. Das ist doch ganz klar. Das wäre ein vernünftiger Rat, und ich würde deshalb empfehlen, daß wir in die sachliche Debatte eintreten. Das ist ein Versuch, eine sachliche Debatte zu eröffnen.

Schwarz-Schilling: Ich hatte den Antrag gestellt, daß aus dieser Sitzung nur Vorstandsbeschlüsse herausgehen, die hier von der Mehrheit des Vorstands beschlossen worden sind. Persönliche Erklärungen sind dann anschließend von jedem als seine Einzelerklärung – nicht hier als im Vorstand gemacht – nach draußen zu vertreten. Das war mein Antrag.

Barzel: Ich bin da vielleicht ein bißchen drüber weggegangen, weil ich den Eindruck hatte, es hatte jemand erwidert, daß Sie gegen eine Gefahr votiert haben, die es gar

nicht gibt, nämlich die Gefahr etwa, eine Rede zur Beschlußvorlage zu machen. Die Gefahr gibt es gar nicht. Ich würde in der Tat glauben – wir wissen ja nicht, wie das hier verläuft –, daß wir in ein, zwei Stunden uns über die Geschäftsordnungsfragen erneut unterhalten, das würde ich für richtig halten.

Kohl: Ich möchte diesem Verfahren ausdrücklich widersprechen. Ich muß noch einmal an das anschließen, was Kurt Georg Kiesinger hier gesagt hat. Ich habe volles Verständnis, gerade in der konkreten Situation, wenn ein jeder von uns und schon gar der Parteivorsitzende das, was er für Politik richtig hält, in dieser Situation draußen sagt. Es ist völlig klar, das ist nicht nur legitim, das ist selbstverständlich. Aber es ist doch eine andere Sache, wenn hier eine Rede gehalten wird und Rede erzeugt Gegenrede, erzeugt auch Zustimmung selbstverständlich, und dann ein Teil dessen hier herausgegeben wird. Ich bin mit Schwarz-Schilling der Meinung, daß das jetzt geklärt werden muß, denn die Diskussion verläuft doch ganz anders, ob die Diskussion sozusagen de facto öffentlich ist oder ob wir hier im Bundesvorstand tagen. Was die Mitarbeiter betrifft, bin ich ganz anderer Meinung. Man soll nicht glauben, daß Indiskretionen aus dem Bundesvorstand über die Mitarbeiter herauskommen. Das läuft doch ganz anders, und da haben wir so lange Erfahrungen, daß wir wirklich sagen können, dann können wir die Sitzung schließen, wenn wir Indiskretionen vermeiden wollen. Das ist, glaube ich, eine völlig andere Frage. Aber hier geht es konkret darum, daß vor Beginn der Generalaussprache klar sein muß, ob die Generalaussprache quasi öffentlich ist. Das ist doch der Punkt des Antrags Schwarz-Schilling, und das muß man jetzt entscheiden.

Barzel: Ich sehe zwar, ich will mich da gar nicht querlegen, den Punkt nicht, den Herr Kollege Kohl sagt, es sei jedem unbenommen, seine persönlichen Beiträge einschließlich derer, die der Parteivorsitzende für richtig hält, natürlich öffentlich zu sagen. Wenn das die Basis ist, können wir ruhig Kohl plus Schwarz-Schilling beschließen, weil es dann an den Fakten, die sich eingeschlichen haben, ohnehin nichts ändert. Also, wollen wir so verfahren? Von diesem Vorstand wird nur herausgegeben, was der Vorstand mit Mehrheit beschlossen hat. Natürlich sind, wie Herr Kohl gesagt hat, alle frei, vor allem der Vorsitzende selbst, auch ihre Auffassung zu begründen und darzutun, dies ist ganz selbstverständlich klar. Zur Frage des Ausschlusses ist kein Antrag vorgelegt, ich habe dazu eine Bemerkung gemacht, die dem Rang der Mitarbeiter, die ja auch sonst alles von uns hören, gerecht wird. Wenn hier das Bedürfnis besteht, in irgendeiner Frage mit kollegialer Offenheit etwas zu sagen, was wir wirklich nur unter Kollegen sagen, dann kann man das immer machen, sonst würde ich dies nicht machen. Die Anregung, daß der Text ausgeschrieben wird, ist selbstverständlich. Alle Vorstandssitzungen der Partei, so lange es sie gibt, sind mit Wortprotokollen gesegnet. Also, was hier gesagt wird, wissen Sie. Was jeder sagt, steht in Wortprotokollen, die übrigens sich erfreulicher Geheimhaltung bisher erfreuen, mit Ausnahme weniger Auszüge, die Konrad Adenauer allerdings spät genug in seinem Memoiren dann verwendet hat. Ich glaube, wenn wir uns so vertagen, können wir jetzt in der Tat in die sachliche Debatte einsteigen.

Dregger: Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren, unser Vorsitzender hat zu

Beginn einige Sachüberlegungen vorgetragen zur Innen- und Außenpolitik, wie Herr Kohl teile ich sie weitgehend. Ich bin vor allem der Auffassung, daß Personalentscheidungen Sachentscheidungen nicht ersetzen können. Aber ich bin der Meinung, daß Sachentscheidungen um so besser vorbereitet werden können, wenn die Personalentscheidung gefallen ist. Wenn ich den Vorschlag, den Parteitag als Sonderparteitag einzuberufen, gemacht habe, dann deshalb, um deutlich zu machen, daß dieses Vorziehen nicht bewirken darf, daß bis dahin nicht vorbereitete Sachthemen nachher ausfallen und etwa nicht entschieden werden. Das muß auf einem weiteren Parteitag geschehen. Was das Verhältnis von CDU/CSU angeht, kann ich nur das unterstreichen, was unser Ehrenvorsitzender dazu ausgeführt hat. Es gibt keine festen Blöcke, die sich gegenüberstehen, sondern es gibt Meinungsunterschiede, die quer durch die Parteien gehen. Wenn die CSU solidarischer auftritt, dann liegt das einfach daran, daß dort ein besserer innerer Zusammenhang vorhanden ist, aber keineswegs etwa daran, daß dort die Meinungen nicht unterschiedlich seien. Das gilt auch für den UNO-Beitritt.

Nun muß man auch diese UNO-Frage erörtern, denn das war ja der auslösende Moment für den Rücktritt des Parteivorsitzenden vom Amt des Fraktionsvorsitzenden und die dadurch eingetretene Führungskrise in Fraktion und Partei. Ich meine, man muß zwei Dinge scharf trennen bei der Betrachtung. Einmal die Sachentscheidung. Und zum anderen die Methoden, wie es zu dieser Entscheidung kam und die Konsequenzen, die daraus gezogen wurden. Ich glaube, wir alle sind uns darüber einig, daß der UNO-Beitritt zumindest nicht ganz unproblematisch ist, weil er ja sachlich und taktisch eng mit der Deutschlandpolitik der Regierung verbunden war, die wir ablehnten. Taktisch insofern, als die Koalition im Bundestag darauf bestand, beide Themen nicht zu trennen, sondern in der Debatte und in der Abstimmung gemeinsam zu behandeln. Die damit verbundene taktische Absicht war ganz offensichtlich zu sagen: Die CDU ist unglaublich, die sagt zu der einen Sache nein und zu der anderen Sache ja, obwohl beide Dinge zusammenhängen. In der Fraktion hat es über die Frage des UNO-Beitritts eine sachliche und faire Debatte gegeben unter der fairen Leitung unseres Vorsitzenden, der zu Beginn einen Rat erteilte. Nicht mehr und nicht weniger. Die Debatte war fair, die Befürworter des Beitritts haben die anderen nicht als unredliche Ignoranten bezeichnet. Und die Gegner des Beitritts waren nicht der Meinung, daß die Befürworter in der Deutschlandpolitik Grundsätze aufgaben, sondern es war eine Wertung, eine Abwägung gegeneinander, und wir sind zu unterschiedlichen Ergebnissen gekommen. Nach der eingehenden und fairen Debatte in der Fraktion wurde die Sitzung eine Stunde unterbrochen bis zur Abstimmung. In dieser Zeit sind die Beratungen weitergegangen, teilweise in den Landesgruppen. Die hessische Landesgruppe hat mit einer einzigen Ausnahme einmütig den UNO-Beitritt abgelehnt. Und es wäre völlig absurd zu behaupten und zu meinen, daß die hessische Landesgruppe einmütig gegen unseren Vorsitzenden sei. Das gilt sogar für die Frage, Herr Dr. Barzel, der Wiederwahl zum Parteivorsitzenden. Und meine persönliche Entscheidung in dieser Frage war zumindest bis jetzt völlig offen, das weiß der Herr Hasselmann, mit dem ich mich darüber unterhalten habe, als ich kürzlich in Hannover gewesen bin. Davon kann keine Rede sein. Dann kam es zu einer Abstimmung. Unser Vorsitzender hat

erklärt, die Union müsse sich daran gewöhnen, Sachfragen streitig zu erörtern und dann mehrheitlich zu entscheiden. Das ist ein durchaus demokratisches Prinzip, das ich nur unterstreichen kann. Und diese Abstimmung kam dann zu einem Ergebnis, Mehrheit für nein, wobei es mehr CDU-Abgeordnete für ein Nein gab als CSU-Abgeordnete.

Das war an diesem Tag. Am nächsten Tag trat unser Vorsitzender vor die Fraktion, erklärte seinen Rücktritt und gab dabei eine Sacherklärung ab. Ich meine, daß die Entscheidung des Vorsitzenden zu respektieren ist, genauso wie seine Meinung zu respektieren ist. Keinen Respekt, meine Freunde, verdient aber der nachträgliche Versuch, eine Sachentscheidung in eine Personalentscheidung umzudeuten. Wenn der Vorsitzende eine Vertrauenserklärung von uns will, dann muß er eine Vertrauensfrage stellen. Entweder, und das ist das Beste, unabhängig von einer Sachfrage, oder im Zusammenhang mit einer Sachfrage, das ist auch üblich. Aber zu Beginn einen Rat zu erteilen, in die Debatte kaum noch einzugreifen und nachher zu sagen, das war eine Personalentscheidung, ist falsch und geht nicht. Dann haben es andere gesagt, insbesondere der Generalsekretär, das ist nämlich der nächste Punkt. Scharfe Kritik verdient der Brief, den der Generalsekretär an die Amts- und Mandatsträger unserer Partei bis herunter zum Kreisgeschäftsführer versandt hat.²⁹ In diesem Brief ist die Mehrheitsmeinung der Fraktion völlig verzeichnet worden. Ich möchte mich, wenn ich in meinen Landesverband zurückkomme, nicht vor meinen Kreisgeschäftsführern rechtfertigen. Ich möchte vor allem nicht, daß solche Briefe, die natürlich nicht vertraulich bleiben, von den sozialdemokratischen Gegnern in meinem Lande gegen die hessische CDU verwandt werden können, nicht nur gegen ihren Vorsitzenden, sondern gegen die hessische CDU, weil ja meine Landesgruppe einmütig, mit einer Ausnahme, diesen Beschluß gefaßt hat. Es geht nicht an, daß Querelen hier in Bonn sich auf die Landesverbände ausdehnen. Wir haben im nächsten Jahr Landtagswahl³⁰, genauso wie Niedersachsen und Bayern, und wir möchten gesund in diese Wahl gehen und nicht mit diesen Belastungen, die hier aus Bonn kommen. Das also zu der Sachentscheidung. Ich betone also noch einmal, selbstverständlich respektiere ich die politische Auffassung derjenigen, die den Beitritt bejaht haben. Ich erwarte nur, daß auch meine Auffassung umgekehrt respektiert wird.

Nun zum Brief des Herrn Kraske, der ja in den Unterlagen liegt. Ich möchte zu einzelnen Punkten etwas sagen, da es ja auch mit der Methode der Entscheidungsfindung zusammenhängt. Vorweg eine Bemerkung zu der letzten Seite. Da schreibt er: „Der Entscheidung, die gestern in der Bundestagsfraktion zu treffen war, kam und kommt um so größere Bedeutung zu, als es hier nach den Erklärungen führender Repräsentanten unserer Partei“ – ich weiß nicht, wer das war, ich nehme an, daß der Herr Windelen, der mit mir nein gestimmt hat und Herr Amrehn und ich auch zu den führenden Repräsentanten gehören – „zum ersten Mal um die Frage ging, ob die Union

²⁹ Brief Kraskes vom 9. Mai 1973 in ACDP 01–347–267. Vgl. „Neue Osnabrücker Zeitung“ vom 11. Mai 1973 „Erhard schüttelt nur noch den Kopf“.

³⁰ Vgl. Nr. 30 Anm. 9.

nach ihrem Nein zum Grundvertrag bereit ist, die gegen ihren Willen geschaffenen Realitäten anzuerkennen und ihre künftige Politik daran zu orientieren“. Verehrter Herr Kraske, nehmen Sie bitte zur Kenntnis, daß auch die Leute, die nein gesagt haben, selbstverständlich, wenn die Frage entschieden ist und wenn die Verträge rechtsverbindlich sind, sich auf den Boden dieser Tatsache stellen, das gilt übrigens auch für Franz Josef Strauß, der das bei jeder Gelegenheit deutlich gemacht hat. Ich bin allerdings der Meinung, daß man das tut, nachdem die Entscheidung gefallen ist und daß es die parlamentarische Pflicht der Opposition ist, die Gegenposition zu bilden, bis die Entscheidung gefallen ist, auch deshalb, damit Kritik sich nicht außerhalb der demokratischen Parteien ansiedelt und zu Neubildungen im Parteiwesen führt.

Nun das Entscheidende, auf Seite 2 unten beginnend. Herr Kraske schreibt: „Die Entscheidung, die die Bundestagsfraktion gestern abend mit knapper Mehrheit getroffen hat, widerspricht in der Tat der im Präsidium unserer Partei vereinbarten Politik der Union.“ Meine verehrten Mitglieder des Präsidiums, ich habe großen Respekt vor unserem Präsidium. Aber ich möchte doch feststellen, als Abgeordneter, daß die parlamentarische Verantwortung nicht vom Präsidium zu tragen ist, sondern von der Fraktion. Das Präsidium kann seine Politik mit der Fraktion vereinbaren. Aber das Präsidium kann es nicht unter sich vereinbaren und Vollstreckung von der Fraktion verlangen. Ich lehne das imperative Mandat ab, gleichgültig, ob die Juros es in Anspruch nehmen oder das Präsidium unserer Partei. Erste Feststellung!

Ich habe ferner außerordentlichen Respekt vor unseren Ministerpräsidenten im Bundesrat.³¹ Aber auch die Herren Ministerpräsidenten können uns nicht präjudizieren, genauso wenig wie wir die Herren Ministerpräsidenten präjudizieren können.

Das dritte: Auch der Vorsitzende kann die Fraktion nicht präjudizieren. Ich selbst bin Vorsitzender, es heißt hier nämlich weiter, „von unserem Vorsitzenden bei vielen Gelegenheiten im Inland wie vor allem auch im Ausland vertreten worden ist“. Ich selbst bin Vorsitzender eines Landesverbandes, ich war Vorsitzender einer Fraktion. Ich habe es mir nie erlaubt, meinen Landesvorstand oder meine Fraktion zu präjudizieren. Wenn ich es tun würde, würden die wahrscheinlich gegen mich Konsequenzen gezogen haben. Ich kann als Vorsitzender einen Rat erteilen, ich kann auch meine persönliche Auffassung mitteilen, aber ich muß meinen Kollegen im Vorstand und in der Fraktion ermöglichen, nach eigenem Wissen und Gewissen eine Entscheidung zu treffen. Ich möchte in diesem Zusammenhang bedauern, daß der Antrag meines Kollegen Pfeffermann³² von den Sozialausschüssen, übrigens aus Hessen, vor Ihrer Amerikareise, daß die Fraktion nun eingehend den UNO-Beitritt debattiere und eine Entscheidung treffe, nicht angenommen worden ist. (*Barzel*: Von der Mehrheit nicht?) Von der Mehrheit nicht angenommen worden ist. Das Ganze hatte das Ergebnis – Sie haben es auch nicht unterstützt, Herr Vorsitzender –, daß die Fraktion einen Tag

31 Vgl. Anm. 12.

32 Gerhard O. Pfeffermann (geb. 1936), Ingenieur; 1955 CDU, 1969–1994 Vorsitzender des KV Darmstadt-Stadt, 1973–1993 MdB, 1993–1997 Staatssekretär im Bundesministerium für Post und Telekommunikation. – Pfeffermann stellte seinen Antrag in der Fraktionssitzung am 5. April 1973 (Protokoll in ACDP 08–001–1032/1, hier S. 5).

vor der Abstimmung im Bundestag erstmals diese Frage eingehend debattiert hat, um zu einer Entscheidung zu kommen.³³ Schließlich hat Herr Kraske hier hingewiesen auf die von unserem Sprecher³⁴ bei der ersten Lesung im Bundestag vorgetragenen Bedingungen: „Es ist richtig, daß unser Sprecher sechs Bedingungen vorgetragen hat, die erfüllt sein müßten, wenn die Union ja sagen soll.“ Ich darf dazu feststellen, daß unser Berichterstatter im Plenum, nämlich Professor Carstens, der selbst ein Befürworter des UNO-Beitritts ist, erklärt hat, die Bedingungen seien, soweit es Berlin angeht, zu 80 % erfüllt.³⁵ Und unsere Kollegen im Rechtsausschuß des Bundestages, zu dem solche Leute wie Carl Otto Lenz gehören, der ja kein Rechtsextremist ist, haben übereinstimmend erklärt, die Bedingungen sind nicht erfüllt und haben daher übereinstimmend im Rechtsausschuß gegen das Votum zum UNO-Beitritt gestimmt. Daraus geht eindeutig hervor, daß man zumindest unterschiedlicher Meinung sein kann, ob diese sechs Bedingungen erfüllt worden sind.³⁶

Nun zu unserem Vorsitzenden selbst und zu seiner Erklärung. Herr Vorsitzender, bei allem schuldigen Respekt und bei aller schuldigen Hochachtung vor Ihrer Leistung, die ich immer anerkannt habe und auch immer anerkennen werde, bitte ich Sie doch, einmal mit uns gemeinsam diese Sätze auf Seite 2 oben zu überdenken. Sie schreiben: „Nachdem die Bedingungen erfüllt sind, die unser Sprecher in der ersten Lesung des Gesetzes über den Beitritt der Bundesrepublik Deutschland zu den Vereinten Nationen im Auftrag der Fraktion verbindlich im Deutschen Bundestag genannt hatte,“ – daß das nicht zutrifft oder daß man zumindest unterschiedlicher Meinung sein kann, habe ich dargelegt – „hielt ich es für ein Gebot der Redlichkeit“ – für ein Gebot der Redlichkeit, nicht der Zweckmäßigkeit, sondern für ein Gebot der Redlichkeit – „mit ja zu stimmen“. Das impliziert den Vorwurf, daß die Mehrheit der Fraktion das Gebot der Redlichkeit verletzt hat, und ich möchte ausdrücklich betonen, daß ich ein redlicher Mensch bin und daß das sicherlich auch für Herrn Windelen und Herrn Amrehn und die anderen Kollegen im Deutschen Bundestag zutrifft, die mit nein gestimmt haben.

„Zumal“, geht es dann weiter, „ein Nein niemand in der Welt, schon gar nicht unsere Freunde verstehen würden.“ Da wir auch auf der Welt sind, darf ich versichern, daß ich es also verstehe, warum ich mich so entschieden habe und daß ich mit meiner Gewissensentscheidung durchaus bisher zufrieden bin. Im Zusammenhang bedeutet das ja praktisch, ihr seid unredliche Ignoranten. Und dann kommt ein ganz toller Satz: „Immerhin stand am Beginn der Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland Konrad Adenauers feste Zusage, Inhalt und Prinzipien der Charta der Vereinten Nationen zu achten und zu befolgen.“ Ich frage, was soll dieser Satz hier in diesem Zusammen-

33 Protokoll der Fraktionsitzung vom 8. Mai 1973 in ACDP 08–001–1032/1.

34 Werner Marx in der Bundestagsdebatte am 16. Februar 1973 (Sten.Ber. 7. WP 15. Sitzung S. 671–678). Vgl. „Die Welt“ vom 17. Februar 1973 „CDU/CSU stellt Bedingungen für Zustimmung zum UNO-Beitritt“.

35 Vgl. Sten.Ber. 7. WP 29. Sitzung am 9. Mai 1973 S. 1439–1443.

36 Vgl. „Münchener Merkur“ vom 5. April 1973 „Ausschuß billigt UN-Beitritt. Ablehnung durch CDU/CSU-Mitglieder kein ‚grundsätzliches Votum‘“.

hang? Soll das etwa bedeuten, daß aus dieser Erklärung Konrad Adenauers und der Bereitschaft, die Prinzipien und den Inhalt der Charta der Vereinten Nationen zu achten, zwangsläufig die Zustimmung zum Beitritt zur UNO folgt? Ja, entschuldigen Sie mal, der Satz muß doch einen Sinn haben! Das kann doch nur sein einziger Sinn sein! Und er impliziert damit den Vorwurf, daß die Mehrheit der Fraktion offenbar Inhalte und Prinzipien der Charta der Vereinten Nationen nicht zu achten und zu befolgen bereit ist. Meine Damen und Herren, wir alle achten und befolgen sie, das ist die erklärte Politik nicht nur unserer Partei, sondern der Bundesrepublik Deutschland. Obwohl wir auch schon vor zehn Jahren der UNO beitreten konnten, wenn wir dem Beitritt der DDR zugestimmt hätten, hat doch wohl bisher, unter uns jedenfalls, niemand daran gezweifelt, daß wir die Charta und den Inhalt der UNO-Satzung bejahen. Meine Freunde, wenn das dann, versehen mit einem Kommentar des Generalsekretärs in unsere Kreisparteien, Vereinigungen, bis zum Kreisgeschäftsführer hin verschickt wird, ohne daß mit einem Wort die Mehrheitsmeinung der Fraktion dargestellt und erklärt wird, dann bin ich allerdings der Meinung, daß das schädlich ist, daß das nicht geht, daß das zu kritisieren ist und daß das in Zukunft anders werden muß, gleichgültig, wer Vorsitzender und Generalsekretär der Partei oder der Fraktion ist.

Ich möchte zusammenfassen: Was ich zu kritisieren habe, ist erstens die nachträgliche Umdeutung von Sachentscheidungen in Personalentscheidungen – ich darf noch einmal versichern, daß die hessische Landesgruppe nicht die Absicht hatte, sich einmütig gegen Dr. Barzel auszusprechen –, zweitens, gegen den ständigen Versuch, die Fraktion zu präjudizieren und sie damit vor die Alternative zu stellen, entweder auf eigenes Nachdenken und Entscheiden zu verzichten oder irgend jemanden zu desavouieren. Das ist nämlich die Alternative, wenn das geschieht. Und schließlich, was ich vermieden wissen möchte für die Zukunft, ist, daß die Mehrheitsmeinung der Fraktion nachträglich gescholten wird, insbesondere in Schreiben, die ins Land hinausgehen. Es ist ja übrigens so gewesen, daß bei der Abstimmung im Bundestag sich diese Mehrheitsmeinung erhöht hat von 101 auf 130, wenn man die Berliner Abgeordneten miteinbezieht. Das ist ja ein wunderbarer Stoff für unsere politischen Gegner, wenn mit den Worten des Vorsitzenden hier diese Mehrheitsmeinung in Frage gestellt werden kann. Daß mit den Worten des Vorsitzenden, des Generalsekretärs diese Mehrheitsmeinung politisch oder moralisch in Frage gestellt werden kann, das darf nicht sein!

Was ich für notwendig halte, ist erstens, daß die Führungsorgane der Partei und Fraktion besser koordiniert werden. Statt die Mehrheitsmeinung der Fraktion zu beschimpfen, wäre es Aufgabe des Generalsekretärs in Verbindung mit dem Vorsitzenden, dafür zu sorgen. Ich bin der Meinung, daß bei solchen fundamentalen Entscheidungen wie die, die hinter uns liegen, es notwendig gewesen wäre, daß Fraktion, Fraktionsvorstand und Bundesvorstand, nicht nur das Präsidium, sich so treffen und so aufeinander in einer Reihenfolge tagen, daß wirklich ein Konsensus in der Partei hergestellt wird. Ich bin der Letzte, der sich dann einer Mehrheitsmeinung nicht fügen würde. Dann ist klar, daß wir eine solche Mehrheitsmeinung mitzutragen haben. Je höher einer in der Hierarchie dieser Partei steht, um so mehr muß er Mehrheitsent-

scheidungen, sei es in der Partei oder in der Fraktion, respektieren. Und was ich zweitens für notwendig halte, ist, daß wir die Gewissensentscheidungen einzelner respektieren, wie z. B. die meines Kollegen Kiep. Ich hatte eine ganz andere Meinung, ich war gestern abend in seinem Wahlkreis, habe dort eine Rede gehalten und wurde von Journalisten gefragt, wie ich denn nun zu Herrn Kiep stünde. Da habe ich gesagt, es gibt hier bei uns keine Schelte hinsichtlich der Sachentscheidung einzelner Kollegen. Dann wurde ich gefragt nach den Konsequenzen. Ich sagte, ich habe keine politischen Konsequenzen daraus zu ziehen, das wird Herr Kiep mit seinen Delegierten zu besprechen haben. Wir müssen also die Gewissensentscheidung einzelner respektieren, wir müssen allerdings auch die Gewissensentscheidung vieler respektieren, nämlich der Mehrheit. Ich glaube, wenn wir diese Methode anwenden würden, dann wären alle diese Dinge zu ersparen gewesen, die uns jetzt nicht erspart worden sind. Und noch ein letztes: Daß gerade in diesem Augenblick die Sache ausgelöst worden ist, ist natürlich sehr traurig. Und unsere Freunde draußen, die an der Basis – wie das so schön heißt – arbeiten und etwas leisten, sind traurig über das, was hier geschieht. Ich möchte nur feststellen, wir, die Mehrheit der Fraktion, haben die Führungsfrage nicht aufgeworfen, sondern die Führungsfrage hat Herr Dr. Barzel aufgeworfen dadurch, daß er zurückgetreten ist. Wir, Herr Dr. Barzel, haben Sie nicht dazu gezwungen, wir wollten Sie nicht dazu zwingen. Wir respektieren nicht nur Ihre Meinung in dieser Sachfrage, sondern auch Ihren Entschluß. Aber bitte respektieren Sie auch unsere Überzeugungen, Gedanken und Entscheidungen als freie Abgeordnete, die einmal vor der Geschichte die Verantwortung für das zu übernehmen haben, was sie getan haben. Ich könnte mir vorstellen, daß über diese Entscheidung man noch in fünf oder zehn Jahren reden wird und auch über die Frage, wie wir uns entschieden haben. Danke, daß Sie mir die Zeit eingeräumt haben.

Barzel: Herr Kollege Dregger, ich werde darauf gleich etwas sagen. Mir tritt zu nah, wer auch nur andeutungsweise unterstellt, ich respektiere nicht abweichende Meinungen einzelner, von Minderheiten oder von der Mehrheit. Dafür steht als Ausweis meine politische Arbeit. Ich würde Sie bitten, wenn wir schon in einen sorgfältigen Gang der Hergänge eintreten wollen, dann auch hier mitzuteilen, und zwar anhand der – wie ich höre – vorbereiteten Texte von Ihnen, was Sie am Abend vor meinem Rücktritt in der hessischen Landesgruppe gesagt haben und was Sie nach meinem Rücktritt im Fraktionsvorstand anhand vorbereiteter Zettel gesagt haben.³⁷ Dann haben wir erst ein volles Bild. (*Dregger:* Darf ich?) Ich habe Sie in Ruhe angehört, der Vorsitzende spricht jetzt in Ruhe!

Erster Punkt: Mir zu unterstellen, ich hätte eine Sachentscheidung umgemünzt in eine Personalentscheidung, ist vollkommen falsch, durch keinen Text und durch keine Haltung gedeckt. Diese Fraktion weiß, vom ersten Tag an, daß der Vorsitzende immer erklärt hat, er führt gern, er arbeitet gern, daran hängt sein Herz, aber niemals so weit, daß, wenn er in einer wichtigen Frage keine Mehrheit findet, er verbleibt. Ich erinnere an einen Tatbestand: Zweimal in meiner zehnjährigen Amtszeit habe ich von mir aus

37 Protokolle des Fraktionsvorstands nicht vorhanden.

eine Wahl des Vorsitzenden auf die Tagesordnung gestellt, weil ich eine Gesamtpolitik zur Abstimmung zu stellen wünschte, die Einzelabstimmungen betraf; das war nicht ganz durchgängig. Ich bin gerne bereit, meinen ganzen Text hier erneut vorzulesen, ich denke, Sie kennen ihn. Er gibt zur Umdeutung überhaupt keinen Anlaß. Er gibt keinen Anlaß, hier etwas hineinzulesen, was nicht drin steht. Ich schildere doch im ersten Absatz den Vorgang. Im zweiten Absatz fasse ich in fünf Sätzen meine Meinung zusammen, die ich an vielen Stellen gesagt hatte. Ich sage immer „ich“, denn ich muß doch erklären, warum das für mich wichtig ist, wenn ich dann im dritten Absatz die Konsequenzen ziehe und im vierten Absatz erkläre, damit es gar keine Meinungsverschiedenheiten gibt, daß und wie ich im Kreis der Kollegen für Politik zu kämpfen die Absicht habe.

Ein zweiter Punkt, dem ich nicht folgen kann, und der, wenn dieser Vorstand ihm folgen würde, fundamentale Fragen aufwerfen würde: Wir haben vor Saarbrücken die Diskussion gehabt „Parteierteil/Fraktionspartei“. Jetzt sagt der Kollege Dregger: „Das Präsidium kann nur Politik mit der Fraktion vereinbaren“. Dem Satz kann keiner folgen. Jeder Abgeordnete ist frei, niemand hat ein imperatives Mandat versucht. Das Präsidium hat eine eigene Führungs- und auch Koordinierungsfunktion, insbesondere mit unseren Freunden in den Ländern. Wenn Sie sagen, der Vorsitzende kann nicht präjudizieren: Es gibt keinen Fall in zehn Jahren Fraktionsvorsitz und keinen Fall in 20 Monaten Parteivorsitz, in dem ich präjudiziert hätte. Es gibt im Gegenteil die Kritik von Kritikern von mir, daß ich zu viel mit Kommissionen, Gremien, Vorbereitungen usw. arbeite. Und wenn Sie diese Auffassung haben, Vorsitzende dürfen nicht präjudizieren, dann will ich Ihren hessischen Kollegen ja nicht vorgreifen. Aber ob Sie mit Ihrem Vorstand, Landesvorstand – der allein befugt ist nach der Satzung, einen Antrag zu formulieren für die Vorverlegung eines Parteitages oder die Einberufung eines Parteitages – auch nur gesprochen haben, das ist eine Frage, die von Ihren hessischen Kollegen mit Ihnen erörtert wird und nicht etwa ich hier zu erörtern habe. Der Vorwurf, die Fraktion habe erst einen Tag vor der Entscheidung schlußendlich votiert, ist unberechtigt. Aber es ist üblich, daß selbst dann, wenn wir ein Votum vorbereitet haben – Musterbeispiel Grundvertrag –, wir vor der Abstimmung eine schlußendliche Meinungsbildung herbeiführen. Es kann niemand übersehen, daß in dem Streit, den wir zuletzt aus vergleichbarem Zusammenhang hatten hinsichtlich des Gangs nach Karlsruhe oder nicht, die Ostkommission der Fraktion sich mit der Frage befaßt hat. Sie kam zu einer mehrheitlichen, oder starken Meinung für Karlsruhe und zu einem Ergebnis mit 8:2 in den Prozentsätzen hinsichtlich des UNO-Beitritts.

Wenn Sie sagen, Herr Kollege Dregger, die Gegner münzen meine Argumentation nun gegen die Union, ist das bisher nicht geschehen, weil ich alles unterlassen habe, was also etwa in der Presse diesen Eindruck hätte entstehen lassen können. Ich stehe zu der Politik, die ich hier gemacht habe im Einvernehmen mit dem Präsidium. Oft genug, nicht beschlossen, Herr Windelen, von mir vorgetragen. Kein Mensch tut etwas anderes, als die Meinung der Mehrheit zu respektieren, dies ist ganz selbstverständlich. Ich bitte Sie nur, auch zu respektieren – dies ist ein wichtiger Punkt –, wenn er dann sagt, ich ziehe daraus die Konsequenz. Und da Sie erst seit diesem Mal in der

Fraktion sind, möchte ich Sie an einen Satz erinnern: Hier und noch an einer anderen Stelle habe ich von mir aus gesagt, anders als was in der Presse gestanden hat, ich bin bereit, in dieser schwierigen Situation nicht zu kneifen, für ein Jahr mich wählen zu lassen zum Vorsitzenden der Fraktion, weil ich in beiden Ämtern ebenso frei sein will wie meine Kolleginnen und Kollegen zu entscheiden, wie die Frage weitergeht. Also das sollte hier, glaube ich, so nicht behandelt werden. Ich würde es für einen fundamentalen Fehler halten, wenn wir uns jetzt heute nur mit dieser Frage befassen, aber sie muß wohl vom Tisch. Denn der Vorwurf schädlichen Verhaltens an den Vorsitzenden kann so nicht bleiben. Das möchte ich hier mit aller Deutlichkeit sagen und appelliere in dieser Frage an die Solidarität der Mitglieder des Präsidiums, sich wenigstens hier zu äußern, wenn sich schon nicht alle – vor allen Dingen die, von denen man es erwarten mußte – im Plenum der Fraktion deutlich genug geäußert haben.³⁸

Kraske: Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren! Ich neige nicht zu übertriebenen persönlichen Empfindlichkeiten, darum geht es auch gar nicht, aber Herr Dregger hat hier grundsätzliche Fragen aufgeworfen, die die Amtsführung des Generalsekretärs betreffen und die nicht nur seine Amtsführung in den letzten Tagen betreffen, sondern die, weil sie prinzipieller Natur sind, natürlich auch die Amtsführung in den wahrscheinlich gar nicht so vielen Wochen betreffen, die ihm für dieses Amt persönlich noch zugemessen sind. Und deswegen werden Sie es mir nicht verdenken, wenn ich in dieser Vorstandssitzung auf eine Klarstellung dieses Vorstands Wert lege. Aber bevor ich zu mir selber spreche, erlauben Sie mir, Sie zu verweisen auf den Ihnen vorliegenden Text einer von der hessischen CDU veröffentlichten Erklärung oder eines Briefes von Herrn Dregger an seine Mandatsträger, in dem wörtlich dem Parteivorsitzenden „Unverantwortlichkeit, Ungeheuerlichkeit und beträchtliche Parteischädigung“ vorgeworfen wird.³⁹ Nicht nur der persönlich betroffene Parteivorsitzende ist der Meinung – auch ich selbst –, daß, wenn wenige Stunden nach dem Brief eines Landesvorsitzenden ein Bundesvorstand tagt, er zu dieser Frage Stellung nehmen muß. Das kann nicht offen bleiben, wer hier recht hat oder nicht. Der Vorwurf eines Bundesvorstandsmitgliedes öffentlich erhoben an den Bundesvorsitzenden, er habe sich parteischädigendes Verhalten zu Schulden kommen lassen, ist etwas, was so oder so ausgeräumt werden muß.

Nun zu meinem Brief: Unsere Partei im Ganzen, Ihre Landesverbände, unsere Kreisverbände beklagen seit Jahr und Tag, und manchmal mit Recht, daß wir in wichtigen Entscheidungen hier in Bonn sie zu sehr alleine lassen, sie zu sehr auf die Mitteilungen der Presse verweisen. Deswegen habe ich es nicht nur für mein Recht, sondern sehr viel mehr für meine Pflicht gehalten, unmittelbar nach dem Rücktritt unseres Parteivorsitzenden als Fraktionsvorsitzender, und zwar in der nächsten Stunde, in einem Fernschreiben an die Landesvorsitzenden – was dann als Brief an die Kreisvor-

38 Anspielung auf die in der Fraktionssitzung am 10. Mai 1973 vorgetragene Kritik von Lieselotte Berger und weiteren Abgeordneten (Protokoll in ACDP 08–001–1032/1, hier S. 86–94).

39 Brief Dreggers vom 11. Mai 1973 in ACDP 01–347–275. Vgl. „Frankfurter Rundschau“ vom 12. Mai 1973 „Schwere Differenzen in der CDU/CSU“.

sitzenden gegangen ist – folgendes zu tun: Erstens, die Erklärung unseres Parteivorsitzenden im vollen Wortlaut zur Kenntnis zu bringen, da zu dieser Stunde nicht abzu-sehen war, ob sie, wie es nachher der Fall war, in einigen Zeitungen im vollen Wortlaut abgedruckt würde. Zweitens, klarzumachen, daß nach seiner Meinung – und ich be-kenne mich dazu, daß ich mich dieser Meinung angeschlossen habe und anschließe – sein Rücktritt eine konsequente Haltung war, daß ihm nach seinem Verständnis keine andere Wahl blieb. Herr Dregger hat zu meinem Brief ein paar Behauptungen jetzt eben und in seinem Brief an die hessische Partei aufgestellt, die ich einfach zurück-weisen muß, weil sie nicht stimmen. In seinem Brief sagt er, es sei unverständlich, und es müsse zurückgewiesen werden, wenn ich behauptete, die Entscheidung der Mehrheit der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag für ein Nein zum UNO-Beitritt widerspreche der im Präsidium und von den Ministerpräsidenten regierten Bundesländern vereinbarten Politik der Union. Meine Damen und Herren, da kann man nicht widersprechen oder dafür sprechen, dies ist einfach eine Tatsache, die sich anhand dissentierender Voten im Präsidium, im Bundestag, Bundesrat einerseits und in der Bundestagsfraktion andererseits aktenkundig machen läßt. Ich frage also Herrn Dregger, wieso er es zurückweist, wenn der Generalsekretär der Partei Feststellungen trifft, die einfach nötig sind, um klarzumachen, welche Konsequenzen der Bundesvor-sitzende aus einer so entstandenen Situation dann gezogen hat.

Zweitens, Herr Dregger hat in seinem Brief an seine Kreisvorsitzenden sich gegen den Versuch von mir gewandt, im Nachhinein die Sachentscheidung in eine – wörtlich zitiert – „unfaire Personalentscheidung umzufälschen“. Und er hat hier gesagt, ich hätte die Mehrheitsmeinung beschimpft. Meine Damen und Herren, Ihnen allen liegt dieser Brief vor. Ich möchte Sie alle um ein Votum bitten, ob in diesem Brief ein ein-ziges Wort der Beschimpfung drin steht, ein einziges Wort, was anderen Kollegen un-ehrenhafte Motive unterstellt, ein einziges Wort, was auf ein imperatives Mandat hin-weist. Ich habe mich im Fraktionsvorstand unmittelbar nach dem Rücktritt von Herrn Barzel entschieden und entschlossen gegen die Mißdeutung von Motiven von Kolle-gen ausgesprochen. Ich stehe dazu, ich habe mich immer und zu allen Zeiten gegen ein imperatives Mandat ausgesprochen, und ich bin nicht der Meinung, daß der Präsi-diumsbeschluß etwa irgendeinen in der Fraktion hätte verpflichten können, aber es ist doch eines, eine solche Verpflichtung und ein imperatives Mandat zurückzuweisen und ein anderes festzustellen, daß sich aus einem solchen Dissens für Fraktion und Partei und damit auch für den Parteivorsitzenden die Frage nach Konsequenzen er-gibt.

Letzter Punkt in diesem Zusammenhang: Herr Dregger hat mir und anderen vor-geworfen, wir wollten die Fraktion präjudizieren. Meine Damen und Herren, ich finde es geradezu grotesk, daß der legitime Kampf gegen den Parteivorsitzenden im Vorfeld einer neuen Personalentscheidung von vielen unserer Freunde mit dem Argument ge-führt wurde und wird, er hätte die Partei zu einer Fraktionspartei degeneriert, und deswegen müsse es zu einer Ämtertrennung kommen. Und im selben Augenblick, nach derselben nachprüfbaren Amtstrecke dieses Vorsitzenden, dieses Präsidiums, wird jetzt darüber geklagt, daß das Präsidium selbständig politische Beschlüsse gefaßt

habe. Ich habe mich schon entsprechend gewundert über die Reaktion auf einen ähnlichen Beschluß im Bundesausschuß.⁴⁰ Ich meine, es geht nur das eine oder das andere. Der Entscheidung unseres Parteivorsitzenden kam und kommt, wie ich meine, in meinem Brief sehr deutlich zum Ausdruck, nicht, um irgend jemand anzugreifen, sondern um der Partei seine Motive klarzumachen.

Und zwei Dinge, von denen ich nicht weiß, ob wir sie alle eigentlich deutlich genug gesehen haben: Unser Parteivorsitzender ist nicht, um irgend jemanden zu präjudizieren, sondern in Ausübung seiner Pflichten unmittelbar vor dieser Entscheidung z. B. in Amerika gewesen und hat den führenden Repräsentanten der Vereinigten Staaten diese Politik klargemacht.⁴¹ Daß ein abweichendes Votum der Fraktion, so berechtigt es ist, so wenig man die Legitimität bestreiten kann, für ihn die Frage ernster Konsequenzen aufwirft, daran kann niemand zweifeln. Und, Herr Dregger, was die führenden Repräsentanten angeht, so will ich dabei weder den Generalsekretär nehmen, der sich gar nicht so ernst nimmt, noch den Bundesschatzmeister, der, wie Sie dargestellt haben, in dieser Frage eine weitergehende eigene Meinung hat, sondern ich nenne den Parteivorsitzenden selber, ich nenne meinen Nachbarn, Herrn Katzer. Ich kann nur sagen, die Reaktion der Öffentlichkeit auf die Erklärung unserer Ministerpräsidenten im Bundesrat war die, nach dem Nein zum Grundvertrag ist das Ja zum UNO-Beitritt der erste Schritt einer konsequenten Politik, die sich nun auf diese Realitäten stellt.

Ich lasse wieder offen, Herr Dregger, und es ist Ihr gutes Recht, anderer Meinung zu sein, ob das so ist oder ob das nicht so ist. Ich verurteile keine andere Entscheidung und keine anderen Motive. Mir geht es darum, die Schlüssigkeit einer Entscheidung klarzumachen, und ich berufe mich dabei auf eine Erklärung, die in einer sehr eindrucksvollen und sehr würdigen Form unser amtierender Fraktionsvorsitzender unter großem Beifall der Fraktion, unmittelbar bevor ich dieses diktiert habe, abgegeben hat und die heißt: Die CDU/CSU-Fraktion und unsere Parteien sollten sich ein für alle Mal daran gewöhnen, den Männern, die sie führen und die sich für sie eingesetzt haben, im Glück und im Unglück, und ich meine, vor allem im Unglück, jene Loyalität und jenen Dank zu zollen, die sie verdienen. Dieser Brief war ein Stück Loyalität des Generalsekretärs gegenüber dem Parteivorsitzenden. Und ich wehre mich dagegen, wenn etwa, wie dies leider in der Fraktion geschehen ist, alleine die Tatsache, daß ich es gewagt habe, die Erklärung des Parteivorsitzenden im vollen Wortlaut der Partei zu übermitteln, zum Gegenstand eines Scherbengerichts gemacht wird. Herr Dregger, Sie waren bei der Diskussion nicht da, Sie konnten es nicht, das war ein Vorwurf! Mir wurden die Passagen aus der Barzelschen Erklärung persönlich vorgeworfen. Ich habe gar nichts dagegen, ich verteidige sie, soweit sie meiner Überzeugung entsprechen,

40 Der Bundesausschuß hatte in seiner Sitzung am 2. April 1973 beschlossen, den Bundesvorstand aufzufordern „vor jeder Sitzung des Bundesausschusses den Delegierten konkrete Beschlußvorlagen zuzustellen“. Allerdings sei dadurch nicht ausgeschlossen, „daß auf den Sitzungen des Bundesausschusses aktuelle Fragen diskutiert und entschieden werden“ könnten (Protokoll in ACDP 07-001-612).

41 Vgl. Nr. 34 Anm. 11.

aber die Tatsache, daß ich es gewagt habe, das an die Kreisvorsitzenden zu schicken, war ein Punkt in der Fraktion, und ich meine, das geht nicht.

Zum letzten: Meine Damen und Herren, ich bin für eine große Solidarität in unserer Partei und in unserer Fraktion, und das ist das Gegenstück zu der Loyalitätsforderung von Herrn Kiesinger. Deswegen kann niemand von uns daran liegen, unnötig Wunden aufzureißen oder zusätzliche Probleme zu erfinden. Aber wir werden über diese kritische Situation hinwegkommen, wenn wir jetzt wirklich über die Probleme diskutieren und wenn wir nichts unter den Teppich kehren. Und deswegen erlauben sie mir zum Schluß, auf einen Punkt von Herrn Dregger einzugehen, der ein solches Problem ist. Ich meine ein Problem, was uns nunmehr seit einem ganzen Jahr belastet. Herr Dregger schreibt nämlich in seinem Brief an seine Partei: Außerdem solle sich Kraske daran erinnern, in welchem Maße er selbst die Fraktion vor der Entscheidung des 17. Mai über die Ostverträge zu präjudizieren versucht habe, außerdem solle er daran denken, daß damals insbesondere die Ministerpräsidenten im Bundesrat ihr Votum gegen die Verträge abgegeben hätten, daß die Fraktion die Parteiführung nicht daran gehindert hätte, sich darüber hinwegzusetzen und zu einem anderen Ergebnis zu kommen. Herr Dregger: Nicht nur Fraktion und Partei, auch die Ministerpräsidenten sind in einer anderen Situation zu einem anderen Ergebnis gekommen miteinander, sonst wären nämlich die Verträge am Bundesrat damals gescheitert.

Aber zur Sache, meine Damen und Herren, ich finde es in unserem Verhältnis und im Verhältnis zur CSU eine unglückselige und eine gefährliche Entwicklung, wenn wir uns in jeder kommenden Meinungsverschiedenheit wieder wechselseitig irgendwelche Sünden aus den Tagen des 17. Mai vorhalten. Wir haben im Fraktionsvorstand durch ein sehr offenes Wort von unseren Kollegen Katzer und Kiep unsere Freunde von der CSU zu erstenmal nach einem Jahr – so zurückhaltend sind wir – daran erinnert, daß die Verhandlungen mit der Bundesregierung unter voller Zustimmung der CSU zustandekamen und daß die CSU daran maßgeblich in vorderster Front und aktiv beteiligt war. Wir haben sie daran erinnert, daß Herr Strauß der Fraktion die Stimmenthaltung empfohlen hat. Aber in diese Wahrheitsklärung gehört nun auch das hinein, zur Kenntnis zu nehmen, und wozu ich, nachdem Herr Dregger das jetzt wieder aufrührt, Sie bitten muß, was Ihre Meinung ist zu dieser Haltung Ihres Generalsekretärs.

Dieser Bundesvorstand hat am 8. Mai 1972 eine nahezu einstimmige Erklärung verabschiedet, in der die Verhandlungen von Rainer Barzel gebilligt wurden, in der er gebeten wurde, den eingeschlagenen Weg konsequent fortzusetzen. 8. Mai! Am 10. Mai hat Herr Dregger an Herrn Barzel folgendes Telegramm gerichtet: „Der erzielte Resolutionstext kann die Verträge zwar nicht ungeschehen machen, das wäre auch bei einer Ablehnung nicht möglich, die Resolution verändert aber den politischen Charakter der Verträge grundlegend, sie ist nach Lage der Dinge optimal und ein ganz ungewöhnlicher Erfolg der Fraktion, ihrer Verhandlungskommission und ihres Vorsitzenden. Dieser Erfolg darf jetzt nicht Brandt, er muß der CDU zugute kommen, wenn wir die nächste Wahl gewinnen wollen. Der Vorsitzende und die Verhandlungskommission dürfen jetzt nicht desavouiert werden, die Fraktion muß sich geschlossen hinter sie stellen. Ich appelliere an alle Freunde, insbesondere aus den

Kreisen der Vertriebenen, denen ich meine volle Solidarität auch für die Zukunft zusichere, das bei ihrer Entscheidung zu bedenken. Vor einer definitiven Entscheidung der Fraktion sollte der Bundesvorstand gehört werden, ich beantrage seine sofortige Einberufung. Wenn es der Sache dient, bitte ich, diesen Text in der Fraktionssitzung zu verwenden.“⁴² 10. Mai! Am 13. Mai habe ich in einer öffentlichen Rede, und dies war meine einzige Präjudizierung in dieser Frage, folgendes gesagt: „Wenn das schlimme Wehner-Wort vom Tisch kommt, wenn dagegen Brandts Erklärung, die Resolution werde ein Instrument der Vertragspolitik sein, Regierung und Koalition wirklich binde, wenn unsere sachverständigen Kollegen bei ihren Beratungen zu dem Ergebnis kommen usw., dann komme ich bei einem sorgfältigen Abwägen aller Umstände zu dem Ergebnis, daß unsere wesentlichen Bedingungen für ein Ja erfüllt sind und daß daher ein Scheitern der Verträge nicht mehr zu verantworten ist usw.“ Dann kam wiederum zwei Tage später, am 15. Mai eine Entschließung des Bundesvorstands, die ursprünglich eine klare Empfehlung an die Fraktion zum Ja enthalten sollte und wo auf Wunsch von einigen, der CSU und Helmut Kohl, aus guten Gründen eine Formulierung geändert wurde und es hieß, die CDU kennt weder ein imperatives Mandat noch einen Fraktionszwang, daher liegt die letzte Entscheidung bei der Bundestagsfraktion, aber – haben wir damals verabredet diese Formulierung hier – der Text ist ein klares Votum für diese Entscheidung. Meine Damen und Herren, ich möchte Sie fragen, ob der Generalsekretär dieser Partei es sich eigentlich ein Jahr danach gefallen lassen muß, daß er in einem solchen veröffentlichten Brief von einem Mitglied dieses Kreises, von einem Landesvorsitzenden, als ein Mann dargestellt wird, der entgegen Ihrer aller Meinung aus völlig eigenem Antrieb Fraktionen präjudizieren wollte und eine alleinige Politik gemacht hat, oder ob dieser Generalsekretär ein Mann ist, der sich bemüht in seiner Amtsführung, sicher mit allen Mängeln, die wir alle haben, die Entscheidungen und die Politik dieses Gremiums in der Partei zu vertreten.

Von Hassel: Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren! Ich bedauere, daß wir den größten Teil des Tages damit verbrauchen müssen, über Vergangenes zu reden und Vergangenes aufzuräumen. Ich möchte daher das Meine dazu beitragen, daß wir diesen Teil der heutigen Sitzung doch zeitlich etwas begrenzen können und möchte daher nur zwei Punkte aufnehmen. Das eine ist der Vorwurf, der Vorsitzende präjudiziere und habe das öfter getan. Herr Kollege Dr. Dregger, ich gehöre dem Präsidium seit 1956 ohne Pause an, habe sämtliche Organisationsformen, die die CDU erfunden hat, mit vier Stellvertretern, mit zwei, mit Geschäftsführern und einem Stellvertreter und, was weiß ich alles, erlebt. Ich kann Ihnen nur sagen, es gab eine einzige Zeit im Präsidium, in der der Vorsitzende uns zuweilen präjudizierte, das waren die Jahre mit Konrad Adenauer, der uns dann in seiner unnachahmlichen Form sagte, er habe folgendermaßen beschlossen, Doppelpunkt, und dann kam etwas, was er uns dort mitteilte. In den Jahren danach, und dazu zählt auch die dichte Folge der Sitzungen unter

⁴² Vgl. dpa vom 13. Mai 1972 „Dregger: Ja zu den Verträgen ‚bei völkerrechtlicher Verbindlichkeit‘“; „General-Anzeiger Bonn“ vom 12. Mai 1972 „Doch breite Mehrheit für die Verträge?“.

diesem Vorsitzenden, unter Dr. Rainer Barzel, kenne ich keinen einzigen Punkt, an dem der Vorsitzende uns präjudizierte, in dem er sich nicht bemühte, mit uns gemeinsam Lösungen anzustreben. Und wenn wir feststellten, daß das irgendwie nicht nur das Präsidium tangierte, sondern auch andere Bereiche, dann wurden z.B. die Ministerpräsidenten hinzugebeten oder die Wirtschafts- und Finanzsachverständigen oder die Sozialpolitiker oder andere, um im Präsidium mit deren Sachverstand und deren Verantwortungsbereich, nämlich Bundesrat, eine Lösung zu finden.

Das zweite: Herr Kollege Dr. Dregger, Sie gehören dem Bundesvorstand auch seit längerem an und wissen, wie oft im Bundesvorstand und im Parteiausschuß der Partei, dem Vorstand und dem Parteiausschuß, wie lange und wie oft dort den führenden Damen und Herren der Fraktion der Vorwurf gemacht worden ist, daß die Fraktion entscheidet und die Partei praktisch selber nachher vor vollendete Tatsachen gestellt wurde. Ich glaube also, daß hier daran erinnert werden muß, daß die Mitglieder des Vorstandes oft genug selbst moniert hatten, daß nicht die Partei als solche eine stärkere Führungsfunktion übernahm, als sie es übernehmen konnte, angesichts der Tatsache, daß sie nicht alleine, sondern die Fraktion im Deutschen Bundestag gemeinsam mit der CSU zu entscheiden hat. Ich möchte auch erklären, daß auch im Vorstand gemeinsam mit Landesvorsitzenden, wenn es sich um besondere Bereiche handelte, immer ein einvernehmliches Votum zustande kam, bei dem vielleicht mal dieser oder jener anderer Meinung war. Ich erinnere nicht einen Fall im Bundesvorstand, in dem der Vorsitzende uns präjudizierte.

Das dritte: Niemand, der nicht im Präsidium bei Beschlüssen, die wir faßten und mit denen wir an die Fraktion herantraten, hat etwa die Meinung vertreten, es gäbe ein imperatives Mandat. Wir sind leidenschaftliche Kämpfer dagegen. Wir leiden aber, Herr Dr. Dregger, unter einem: Wenn Sie vorschlagen, die drei Gremien, nämlich Fraktion, Vorstand und Präsidium müßten mehr kooperieren, da kann ich Ihnen nur sagen, daß das sicher nicht am Präsidium liegt, sondern an der allgemeinen Terminalsituation, die entsetzlich ist und die vor allen Dingen auch, wenn man die Fraktionsseite sieht, dort zu jenen Schwierigkeiten führt, daß wochenlang einmal durch Pausen oder durch Arbeitspausen innerhalb der Parlamentszeit die Fraktion nicht zusammengerufen werden kann. Wenn in der Bundestagsfraktion z. B. ein Antrag gestellt wird, eine Frage gleich zu behandeln oder sie zu verschieben auf einen späteren Tag, dann ist leider die Art der Fraktion – und das würde ich in der Fraktion genauso deutlich sagen – die, es dann möglichst zu verschieben, weil man in der Zwischenzeit nämlich glaubt, Zeit zu gewinnen, um seine anderen Dinge in der Zwischenzeit zu erledigen. Zum ersten Mal, wo es ein musterhaftes Beispiel gegenteiliger Auffassung gab, war jetzt am vergangenen Dienstag, als wir abends um 17.00 Uhr darüber befanden, ob wir den § 218 weiter beraten oder ob wir uns vertagen.⁴³ Wir haben verlangt, daß weiter bera-

43 Im Fraktionsprotokoll für Dienstag, den 8. Mai 1973, ist eine Unterbrechung von 17.40 Uhr bis 19.30 Uhr vermerkt. Die Fraktionssitzung am 9. Mai 1973 ging mit Unterbrechung von 9.15 Uhr bis 12.50 Uhr und am Donnerstag, dem 10. Mai 1973, wurde von 19.15 Uhr bis 1.05 Uhr getagt (Protokolle in ACDP 08–001–1032/1).

ten wird und haben das zwei Stunden gemacht und haben uns dann am Donnerstagabend noch einmal zusammengesetzt und von 19.15 Uhr bis 1.15 Uhr zusammengesessen in erstaunlich starker Besetzung – zum erstenmal, daß einfach ein Antrag, sich zu vertagen, nicht durchging, weil man sagte, jetzt wird endlich mal gearbeitet. Aber das etwa dem Vorsitzenden oder dem Fraktionsvorsitzenden anzulasten, wenn draußen diese Stimmung sehr schnell vorhanden ist, etwas zu vertagen, weil man dann, ich wiederhole es, Zeit gewinnt für andere Dinge, das ist leider ein Vorgang und eine Eigenart der christlichen Demokraten aller Schattierungen. Die kann man uns nicht anlasten, wenn etwa eine solche Aussprache – wie von Ihrem Freund aus Hessen beantragt – zu dem Gesetz zum Vertrag zum Beitritt zur UNO nicht hat verabschiedet werden können. Man muß uns einmal das Kunststück zeigen, wie man genügend Zeit findet, um wirklich so miteinander zu kooperieren, daß Friktionen, wie wir sie gehabt haben, nicht entstehen können. Das ist eine Frage unserer Terminkalender und nicht des schlechten Willens etwa des Präsidiums oder seines Partei- oder Fraktionsvorsitzenden bisher.

Das letzte in dieser Folge ist dieses: Sie sprechen von der Frage, wie weit eigentlich wir isoliert wären in der Welt, wenn wir den bisherigen Kurs der Ablehnung, beispielsweise des Beitritts zur UNO, fortsetzen. Herr Dr. Dregger, diejenigen bei uns, die den Kontakt zu befreundeten Parteien halten – das ist bei mir zu den christlichen Parteien, als Vizepräsident der EUCD oder zu den Konservativen, siehe nächste Woche die Konferenz in Luxemburg⁴⁴ – oder die etwa in den Vereinigten Staaten, in Lateinamerika oder sonst wo sind, haben ungeheure Mühe, den eigenen Freunden unseren Standpunkt klarzumachen. Das ist gar kein Zweifel, daß das zwar gelingt, aber meistens nur acht Tage vorher. Die Situation, in der sich die CDU in der Welt befindet, ist leider genau so, wie sie der Fraktionsvorsitzende geschildert hat. Das kann Ihnen jeder bestätigen, der die Verhältnisse draußen kennt. Deshalb meine ich, daß diese Vorwürfe, die hier gegen die Führung erhoben worden sind, nicht zu Recht bestehen, und es hat mich tief getroffen, heute morgen die Nachrichten über die dpa-Verbreitung von Ihnen zu lesen.

Verehrter Herr Dr. Dregger, Sie kritisieren den Generalsekretär. Der ist, wie wir eben gehört haben, nun weiß Gott in der Lage darzustellen, was ihn eigentlich geleitet hat in diesem einen Jahr, und was er getan hat. Darf ich daran erinnern, Herr Dr. Dregger, daß wir, als wir in Braunschweig uns entschlossen, aus den Erfahrungen der Vergangenheit einen Generalsekretär als eine Institution einzurichten, wir diesem Generalsekretär große Vollmachten gegeben haben. Ganz bewußt größere Vollmachten als früher dem Bundesgeschäftsführer. Aus gutem Grund! Mir klingt noch im Gehör, wie Sie bei dieser Frage selber leidenschaftliche Plädoyers für den Generalsekretär gehalten haben. Und deshalb meine ich, daß Sie an diesem Punkte doch bitte auch einmal korrigieren, was Sie hier über die Arbeit des Generalsekretärs Dr. Kraske ausgeführt haben. Wenn wir dort nur Kreaturen haben wollen, die das tun, was vielleicht

44 Der Exekutiv Ausschuß der EUCD traf sich am 24. Mai 1973 in Rom (DUD Nr. 97 vom 23. Mai 1973 S. 7).

den geometrischen Mittelpunkt sämtlicher Meinungen der CDU darstellen könnte, dann können wir uns nachher einen Mann nach BAT VI suchen, brauchen keinen Generalsekretär. Was dabei dann herauskommt, werden Sie verstehen. Ich bin deshalb sehr getroffen über das, was ich heute morgen, Herr Dr. Dregger, gelesen habe, und ich wäre sehr dankbar, wenn wir das heute hier bereinigen könnten, damit wir wirklich sowohl in der Fraktion als auch in der Partei nach vorne schauen können und uns mit der Vergangenheit, weder mit dem 17. Mai damals, noch mit dem 11. Mai jetzt, noch in Zukunft damit weiter zu befassen brauchen, sondern das ausräumen können.

Lorenz: Herr Vorsitzender, Sie haben zu Beginn in umfangreichen Ausführungen zu wesentlichen Punkten unserer auch künftigen Politik Stellung genommen. Ich habe volles Verständnis dafür angesichts der Tatsache, daß es auch, gerade in den Wochen, die vor uns liegen, aber auch in den Auseinandersetzungen der Fraktion, die unmittelbar hinter uns liegen, um wesentliche Sachprobleme geht bzw. gegangen ist. Aber ich bitte zu verstehen, daß wir nicht – mindestens ich nicht – in der Lage sind, nun zu dem ganzen Tableau hier abschließend Stellung zu nehmen. Ich stimme in vielem dem zu, was Sie hier gesagt haben, soweit ich es mir notieren konnte und noch im Ohr habe. Aber ich bin nicht in der Lage, nun die einzelnen Formulierung zu prüfen, von denen Sie ja selbst gesagt haben, daß sie ganz wesentlich seien für unsere künftige Marschroute. Ich möchte deshalb nur sagen, vieles von dem, was Sie z. B. zur Gesellschaftspolitik gesagt haben, findet nicht nur meine, sondern auch die Zustimmung des Landesverbandes Berlin. Beispielsweise was die Gleichgewichtigkeit von Kapital und Arbeit bei der Mitbestimmungsfrage betrifft. Aber ich kann mich abschließend erst äußern, wenn wir das Manuskript vorliegen haben. Ich glaube, daß das dann vielleicht nicht nur eine Angelegenheit dieses Vorstandes ist, sondern vielleicht des Bundesausschusses oder letzten Endes wahrscheinlich des Bundesparteitages in Hamburg, hier Antworten zu finden.

Das gilt auch für Ihre außenpolitischen Ausführungen. Hier möchte ich einen Moment verweilen. Sie wissen, daß die Berliner Ihre Politik in bezug auf die Ostverträge unterstützt haben. Ich bin auch der Auffassung, daß es notwendig ist, nachdem das alles abgeschlossen ist, auf den Boden der völkerrechtlich wirksamen Tatsachen zu treten und von da aus Politik nach vorn zu machen. Nur muß man natürlich sehen, daß das eine Erklärung ist, die im Detail zu Schwierigkeiten führen kann. Es gibt eben Probleme dabei, wie das zu machen ist und von wann ab das zu machen ist. Ich darf mal ein Beispiel sagen: Würde es bedeuten, daß zu dieser neu zu formulierenden Politik auch schon gehört, daß dem Atomsperrvertrag zugestimmt wird oder nicht? Darüber kann man mindestens unterschiedlicher Auffassung sein. Man konnte auch, Herr Dr. Barzel, in bezug auf den UN-Beitritt dazu unterschiedlicher Auffassung sein. Ich habe eigentlich immer zunächst den UN-Beitritt unmittelbar im Zusammenhang mit dem Grundvertrag gesehen. Und da es unser aller überwiegende Meinung war, den Grundvertrag abzulehnen, wäre es zunächst logisch erschienen, dann auch den UN-Beitritt abzulehnen, denn die Voraussetzungen für die Aufnahme zweier deutscher Staaten sollte ja eben der Grundlagenvertrag sein, und der genügte unserer Meinung nach nicht. Ich habe dann später eigentlich die Formulierung, daß dann der Grund-

vertrag schon angenommen und nun auf dieser Basis die Entscheidung neu zu fällen sei, mehr als taktische Hilfestellung empfunden, weil das UN-Gesetz ja auch zustimmungsbedürftig im Bundesrat ist und wir eigentlich nicht wollten – falls es uns gelingt, unsere sechs Bedingungen erfüllt zu sehen – nun eine neue Debatte, oder die Debatte vom Mai vorherigen Jahres erneut in der Öffentlichkeit zu führen. Das habe ich also auch verstanden. Aber ich habe immer als Voraussetzung betrachtet, daß wir eben die Bedingungen, die wir da trotzdem noch materiell an den Beitritt zu knüpfen hatten, auch als erfüllt ansehen.

Ich bitte folgendes zu verstehen und damit also auch das Votum meiner Parteifreunde in der Bundestagsfraktion: Nach unserer Auffassung waren eben – zwischen der Meinungsbildung hier im Vorstand, oder vielmehr im Präsidium, und auch mit den Ministerpräsidenten im ersten Durchgang im Bundesrat und schließlich der Abstimmung im Bundestag – bestimmte Ereignisse in Berlin geschehen, die in ihrer Summe deutlich machten, daß die Sowjetunion nach wie vor uneingeschränkt das Ziel verfolgt, Berlin von der Bundesrepublik Deutschland zu isolieren. Und es gab auch schon vor der Abstimmung über den UN-Beitritt Meinungsäußerungen in der deutschen Presse, die erklärten, es sei natürlich völlig klar, daß die Bundesrepublik Deutschland West-Berlin nicht vertreten könne. Unsere Freunde waren äußerst besorgt über die Stellung Berlins im Zusammenhang mit diesem Beitritt, was ja letzten Endes dann auch zu der Meinungsäußerung der meisten geführt hat. Es gab von vornherein welche, wie Dr. Gradl, die der Auffassung waren, daß man aus anderen, noch übergeordneten Gründen, nicht zustimmen könne. Und insofern, Herr Dr. Barzel, war natürlich der Passus in Ihrer Erklärung, es sei ein Gebot der Redlichkeit – Ihrer Auffassung nach –, nachdem die Bedingungen erfüllt waren, nun auch zuzustimmen, für viele problematisch, weil entweder die Auffassung bestand, daß die Bedingungen nicht erfüllt waren oder aber zumindest die Inanspruchnahme des Wortes „Redlichkeit“ bei der Komplexität der zu beurteilenden Gesamtlage eben doch eine starke Belastung für viele bedeutet. Ich halte mich für verpflichtet, das hier zu sagen. Daß der Herr Generalsekretär das dann mitgeteilt hat, kann ich ihm nicht übelnehmen. Man hätte möglicherweise die Gesamtdarstellung der Motive in geschickterer Form machen sollen.

Aber nun, lieber Herr Dr. Dregger, muß ich auch mal folgendes sagen: Wie Sie darauf reagiert haben, verstehe ich ehrlich gesagt nicht, und das findet auch nicht die Billigung meiner politischen Freunde. Ich habe volles Verständnis, wenn Sie das hier in der nötigen Deutlichkeit ausdrücken. Aber wir sind doch nun ohnehin schon in letzter Zeit belastet, übrigens leider auch durch die CSU, wie ich hier mal freimütig sagen will, durch öffentliche Erklärungen und Beurteilungen des Verhaltens des ein oder anderen von uns untereinander. Und viele von uns haben sich immer nur mühsam verkneifen müssen, Kommentare zu Meinungsäußerungen anderer abzugeben. Zum Beispiel, wenn ich das mal hier für meine Berliner Freunde und mich sagen darf, zu Meinungsäußerungen unseres Schatzmeisters Kiep, mit dem ich vielleicht in vielerlei Weise in der Beurteilung der zukünftigen Politik übereinstimmen mag. Bei dem habe ich aber nie verstanden, daß er formuliert hat, wir müssen umdenken, wir müssen unsere Politik völlig ändern, so daß viele unserer Leute der Meinung waren, wir müßten praktisch

alles, was wir von Adenauer an gemacht haben, nun verwerfen und eine völlig neue Basis unserer Politik finden, was wir natürlich nicht wollen.

Nun möchte ich bitte doch dringend empfehlen – und ich meine, auch die Wortwahl der Beurteilung der Meinungsäußerung des Vorsitzenden, dem man doch nun wirklich zubilligen muß, daß er einen solchen Schritt, der ihm, wie er selbst sagt, schwergefallen ist, auch in äußerster innerer Bewegung getan hat –, nicht jedes Wort, was er gesagt hat, auf die Goldwaage zu legen. Ich finde die Wortwahl nicht angemessen. Ich würde übrigens nun wirklich dringend bitten, meine Damen und Herren, liebe Freunde, daß wir von heute an auf eine Weiterverfolgung solcher öffentlichen Auseinandersetzungen des Verhaltens des einen oder anderen von uns verzichten. (*Beifall.*) Die ganze Partei ist ohnehin schon zutiefst aufgewühlt von den Vorgängen hier in Bonn und sehr betroffen aus vielerlei Gründen, daß das also weitergehen und zu einer langanhaltenden, ernsthaften Krise unserer Partei führen kann. Ich kann Ihnen deshalb nur zustimmen und allen denen, die auch dieser Auffassung sind. Es ist auch unsere Meinung, daß die weitere Diskussion und die weiteren Maßnahmen auf keinen Fall von uns aus zu einer Entwicklung führen dürfen, die etwa auf eine Trennung von der CSU in der Fraktion hinausläufe. Wir sind zutiefst davon überzeugt, daß das eine historische Entscheidung wäre, die über Jahrzehnte nicht wiedergutzumachen ist. Es gibt, ich darf das hier noch mal sagen, viele verantwortliche Persönlichkeiten, die morgen vielleicht in der deutschen Politik nicht mehr da sind oder keine Rolle mehr spielen. Es muß aber weiterhin eine Aktions- und Zusammenarbeitsgemeinschaft der CDU und CSU geben, wenn unser Volk nicht großen Schaden nehmen soll.

Diese Worte richte ich natürlich nicht nur an uns, die wir hier beisammen sind, sondern auch mit demselben Nachdruck an alle Exponenten der CSU. Ich weiß, daß da manche Schwierigkeiten sind. Ich wende mich auch ausdrücklich gegen alle, die die Diskussion innerhalb der CDU so zu führen scheinen, als ob es auf die Spaltung nicht ankäme. Ich würde also bitten – es gibt auch bei uns in Berlin die eine oder andere Gruppe – mit allem Nachdruck in den Landesverbänden darauf hinzuwirken, daß das aufhört. Wir müssen die Diskussion offensiv führen, wir müssen auch unterschiedliche Meinungen offen austragen, aber wir müssen sie mit der Grundtendenz führen, daß wir unsere Partei nach vorne bringen und daß wir die Gemeinschaft mit der CSU erhalten und wieder die führende politische Kraft in Deutschland werden.

Nun möchte ich zum Schluß noch sagen, wir sind der Auffassung, daß wesentliche Sachfragen im Herbst in Hamburg entschieden werden sollen, daß aber die Personalfrage nicht mehr mit der Entscheidung bis Oktober warten kann. Wir glauben, daß es eine Zerreißprobe für die Partei wäre, die sie vermutlich nicht durchhält, wenn jetzt in den nächsten sechs Monaten mit gesteigerter Intensität Personalausinandersetzungen in der Öffentlichkeit diskutiert werden, durch Kommentatoren abgewogen wird, ob der ein oder andere der Kandidaten nun durch den Schritt Dr. Barzels eine bessere oder eine schlechtere Ausgangslage hat und insgesamt die Führung der Partei für lange Zeit wesentlich beeinträchtigt ist. Aus diesem Grunde sind wir der Auffassung, daß es gut wäre, die Personalentscheidung über den Bundesvorsitzenden, aber, wie ich meine auch über den Bundesvorstand – denn ich halte es für unzweckmäßig, nur einen

Bundesvorsitzenden neu zu wählen, sondern ich bin der Meinung, dann sollte dieser Vorstand zurücktreten und sollte insgesamt neu gewählt werden – möglichst schon vor der Sommerpause vorzunehmen. Wenn es also irgend technisch möglich ist – und es muß eigentlich technisch möglich sein –, dann sollte man, glaube ich doch, diese Entscheidung etwa in der zweiten Hälfte oder Mitte Juni fällen. Wir glauben, daß es zur Arbeitsfähigkeit der Partei beiträgt und daß wir vor allem dann einer Entwicklung Einhalt gebieten, die noch zu größeren Differenzen innerhalb der Partei und zu der Gefahr der Spaltung der Partei führen könnte.

Köppler: Ich hatte an sich die Hoffnung – aber es ist wohl unvermeidlich, daß die enttäuscht wird –, daß wir heute den Versuch machen könnten, uns möglichst wenig mit der Vergangenheit zu beschäftigen und den Blick nach vorn zu wenden. Ich sehe ein, daß natürlich, nachdem einige Dinge angesprochen worden sind zum Thema „Vergangenheit“, das Bedürfnis besteht, das zurechtzurücken und das klarzustellen. Aber ich möchte mich eigentlich dem Appell von Herrn von Hassel anschließen, daß wir das limitieren, denn ich glaube, daß die Partei heute von dieser Vorstandssitzung etwas anderes erwartet als das protokollarische Markieren von Denkpositionen zu dieser oder jener Entwicklung der letzten Woche oder des letzten Jahres. Dennoch, Sie haben hier einiges zu diesem Thema gesagt, Herr Kollege Dr. Dregger, und Sie haben auch einiges geschrieben. Lassen Sie mich sagen, ich würde Ihnen in einem entscheidenden Punkt – ich lasse vieles weg, wo ich meine, es wäre besser nicht gesagt und nicht geschrieben worden – nicht zustimmen. Und er führt nach vorn. Ich meine Ihr Verständnis von dem Mechanismus, von Führung und Kooperation in einer politischen Kampfgemeinschaft, die Fraktionen hat, eine Bundestagsfraktion hat, die zwei Parteien hat, die eine große CDU hat mit ihren Führungsgremien. Ich glaube, das halten wir nicht durch. Wir wissen, daß wir unterschiedliche Meinungen auszutragen haben, und ich brauche auch nicht zu wiederholen, daß hier niemand dem Gedanken an ein imperatives Mandat nachhängt. Ich will auch nicht untersuchen, ob hier das Optimale unternommen worden ist, in der Frage des UNO-Beitritts, die uns in diese kritische Situation geführt hat, alle Möglichkeiten der Kooperation auszuschöpfen. Nur, einfach zu sagen, hier muß jeder für sich Meinungen bilden und unabhängig voneinander werden diese Meinungen dann in die politische Realität übersetzt, geht nicht. Wir müssen der Partei und den Führungsorganen der Partei nicht nur das Recht, sondern die Pflicht zubilligen, dann, wenn politische Entscheidungen zu treffen sind, solche zu untersuchen, solche zu entscheiden für das Präsidium, aber damit auch nicht nur für einen Kreis von elf Mitgliedern der Partei, sondern für ein Führungsorgan, und zwar für das oberste Führungsorgan der Partei, zumal wenn – wie in diesem Fall – damit auch zusammenhängt die dringend notwendige Abstimmung in beiden Häusern des Parlaments. Und hier war der Bundesrat und waren die Ministerpräsidenten als erste am Zug.

Die tragische Situation – wegen der Sachüberzeugungen in der Bundestagsfraktion –, daß hier eine legitime Funktion des Parteipräsidiums nicht zum politischen Erfolg geführt hat, will ich wiederum nicht untersuchen, das ist eine Tatsache, vor der wir stehen. Nur aus dieser Tatsache heraus jetzt etwa die Maxime abzuleiten, daß dieses

Präsidium sich gefälligst in Zukunft in solchen schwierigen Fragen seiner Verantwortung zu enthalten habe, ich glaube, das geht – vielleicht habe ich Sie mißverstanden (*Dregger*: Jawohl!) – in einer politischen Kampfgemeinschaft, die auf so vielen Ebenen kooperieren muß, wo die Länderebene dazukommen, wo in anderen, in sozial- oder gesellschaftspolitischen Fragen noch ganz andere Ebenen dazukommen, einfach nicht, wenn wir uns nicht in einen Mandatsernennungsverein auflösen wollen, dem niemand mehr die Qualität einer führungsfähigen politischen Kraft in diesem Land zubilligt. Ich würde auch davon abraten – und ich habe auch das bedauert – den Brief von Konrad Kraske hier zum Hauptgegenstand der Diskussion in dieser Bundesvorstandssitzung zu machen. Ich muß ausdrücklich sagen, ich habe volles Verständnis dafür, daß der Generalsekretär in der Qualität, die wir nach unserer Satzung dem Generalsekretär institutionell gegeben haben, in einer solchen Lage sich veranlaßt sieht, der Partei, den Mandatsträgern in der Partei erstens einmal den Wortlaut der Erklärung mitzuteilen, die der Parteivorsitzende als Begründung für den Rücktritt vom Amt des Fraktionsvorsitzenden abgegeben hat. Und ich habe auch Verständnis dafür, daß der Text, in dem der Generalsekretär diesen Brief verfaßt hat, ein Ausdruck einer hohen Loyalität zu diesem Parteivorsitzenden war. Daß die eine oder andere Formulierung dann, wenn der Brief nicht der Brief des Generalsekretärs gewesen wäre, sondern eine Vorlage an das Parteipräsidium oder an den Bundesvorstand, zu Diskussionen Anlaß gegeben hätte, ich glaube, das ist selbstverständlich, aber das ist nicht der Punkt, um den es hier geht. Ich halte den Angriff auf den Generalsekretär wegen der Tatsache, daß er einen Brief geschrieben hat und daß er darin im wesentlichen die Erklärung des Parteivorsitzenden der Partei mitgeteilt hat, für nicht gerechtfertigt.

Aber ich hatte eigentlich vor – auch nach einer, zwar nicht allzu langen, aber doch sehr intensiven Diskussion, die wir gestern im rheinischen Landesvorstand hatten⁴⁵ – mehr den Blick nach vorn zu richten, auf die Situation, die vor uns liegt. Unsere Anhänger, unsere Parteifreunde draußen, das ist wiederholt gesagt worden, diese Basis ist gesund. Ich teile diese Auffassung. Sie ist dabei und war dabei mit Erfolg, sich aus der psychologischen Belastung des 19. November freizukämpfen. Die Mitgliederbewegung läuft positiv, nach wie vor positiv, in dem Ausmaß, in dem wir das im letzten Jahr erlebt haben, sie ist gesund. Aber die Basis ist natürlich nach dem 8. Mai zutiefst erschüttert, daß in einer Stunde, in der zum erstenmal breite Bereiche der öffentlichen Meinung im Punkte der Stabilität von der Bundesregierung, die sie bisher durch dick und dünn unterstützt haben, abzurücken beginnen, daß in dieser Situation die Alternative zu dieser Politik der Bundesregierung in eine so bedenkliche Kondition geraten ist.

Es kommt ein weiteres hinzu: Auch die öffentliche Diskussion über die Schwierigkeiten dieser unverantwortlichen Stabilitätspolitik dieser Regierung – nicht seit voriger Woche, sondern seit Jahr und Tag – wird natürlich überdeckt, überlagert von den

45 Der Landesvorstand drängte auf die Lösung der Personalfragen auf einem Sonderparteitag noch vor der Sommerpause („Kölnische Rundschau“ vom 12. Mai 1973 „Die Opposition sucht nach einem Ausweg aus der Krise“).

Vorgängen innerhalb der demokratischen Alternative. Das Gleiche gilt auch für die schwierigen Probleme der Deutschlandpolitik. Wir hatten ein lebenswichtiges Interesse daran, daß unsere Argumente zu dieser Deutschlandpolitik in all ihrer Differenziertheit – und wenn ich in Klammern etwas sagen darf, dann auch das, weil mich viele Parteifreunde darauf angesprochen haben, nämlich Dank und Hochachtung an den amtierenden Fraktionsvorsitzenden für seine Rede, die er im Bundestag zu diesem Thema gehalten hat⁴⁶ – (*Beifall.*), daß diese differenziert kritische Betrachtung dieser Ostpolitik jetzt mit aufmerksamen Ohren von unseren Mitbürgern angehört wird und erwogen wird. Aber wir wissen ja alle, daß kein Mensch mehr bereit war, überhaupt noch zuzuhören, was hier an Argumenten und an differenzierenden Argumenten zu dieser Ostpolitik zu sagen ist, insbesondere von unserer Seite. Kein Mensch ist übertrieben, aber jedenfalls viele, auf die diese Argumentation hätte wirken müssen. Ich beschränke mich auf die objektive Lage, mit der wir es zu tun haben.

Nun ist hier von Gegensätzen gesprochen worden. Und diese Gegensätze sind nicht neu, aber sie sind besonders brisant im Augenblick, und ich halte es in der Tat für notwendig, daß, wenn Gegensätze in der Partei und Gegensätze in der Fraktion da sind, wir sie nicht verkleistern sollen, sondern daß wir mit dem Ziel, wie das die Union immer getan hat, aus den Gegensätzen zu gemeinschaftlichem Handeln zu kommen und die Diskussion darüber führen. Es gibt Sachprobleme, und ich frage mich, ob es – die Frage ist allerdings berechtigt nach den Vorgängen dieser Woche – auch Gegensätze in der grundsätzlichen politischen Linie gibt. Was Sie, Herr Vorsitzender, heute früh zu Beginn der Sitzung noch einmal gesagt haben, die Notwendigkeit einer Zwei-Phasen-Politik der Union in der Außenpolitik, die Notwendigkeit, durch gesellschaftspolitische Veränderungen alter Positionen diese Union mehrheitsfähig in die Mitte hinein im Meinungsspektrum unserer Bevölkerung zu machen, das bestreitet niemand. Der Punkt ist, wie wir auf dieser Linie angesichts aktueller oder kommender Schwierigkeiten im außenpolitischen wie im gesellschaftspolitischen Bereich, wie wir die aktuellen Entscheidungen in dieser Linie miteinander durchringen können oder nicht. Das ist leider in einer schwierigen Situation nicht gelungen. Vor dieser Tatsache stehen wir, aber wir müssen aus diesem Vorfall, diesem Ereignis – dieser Tragödie muß ich sagen – doch nicht den Schluß ziehen, daß jetzt eine uferlose Grundsatzdiskussion unter uns ausbricht, sondern daß wir mit doppelter Energie daran gehen, aus der von uns gemeinsam beschworenen Linie außen- und innenpolitisch jetzt in den aktuellen Schwierigkeiten zu Rande zu kommen.

Es ist von der CDU und der CSU in diesem Zusammenhang leider mal wieder die Rede gewesen. Ich erinnere daran, daß nicht wir es waren, die die Fraktionsgemeinschaft in Frage gestellt haben und die auch das Thema von der Vierten Partei aufgebracht haben. Das ist nach wie vor so. Ich bedaure auch die ein oder andere öffent-

46 Rede Kiesingers (amtierender Fraktionsvorsitzender vom 9. bis 17. Mai 1973) am 11. Mai 1973 im Bundestag anlässlich der 2. Beratung und Schlußabstimmung über den Grundlagenvertrag und den Beitritt der Bundesrepublik zur Charta der Vereinten Nationen (Sten.Ber. 7. WP 31. Sitzung S. 1637–1641).

liche Äußerung, die man nicht zu schwer gewichten sollte, die jetzt mit der ultimativen Forderung an die Auflösung der Fraktionsgemeinschaft aus unseren eigenen Reihen heraus deutlich geworden ist. Ich gehe davon aus, daß wir in den aktuellen Schwierigkeiten, auch in den mittelfristig programmierten Schwierigkeiten entschlossen sind – auch in den Gesprächen mit unseren Partnern von der CSU –, in aller Deutlichkeit und in aller Härte unseren Standpunkt zu vertreten. Daß aber niemand in diesem Kreis auch nur als *dolus eventualis* die Auflösung der Union als Arbeitsgemeinschaft der Union und damit auch als Fraktionsgemeinschaft im Deutschen Bundestag mitbetreibt oder mit in Kauf zu nehmen bereit ist. Das ist auch die Meinung bei uns weit hin im Rheinland. Ich sage das deshalb, weil Pressemeldungen vielleicht einen anderen Eindruck haben erwecken können. Es wird Spannungen zwischen der Fraktion und der Partei geben, und es gibt sie im Augenblick, die müssen überwunden werden. Nicht dadurch, daß man verkleistert, sondern dadurch, daß man sachliche Probleme wieder in den Vordergrund der Auseinandersetzung bringt.

Die Auswirkungen in der Partei – der Situation, die in dieser Woche entstanden ist – sind so, daß natürlich diese viel beschworene Basis jetzt dabei ist, sich auf regionale Wahlen vorzubereiten. Wenn wir jetzt nicht den berechtigten Unmut aller im kommunalen Bereich, im landespolitischen Bereich stehenden Parteifreunde auf uns herabbeschwören wollen, müssen wir so schnell wie möglich die entstandene Kalamität hier in Bonn beenden. Das allein ist das Motiv für eine große Mehrheit meiner Freunde in der rheinischen CDU, im rheinischen Landesvorstand gestern gewesen, hier den Vorschlag zur Diskussion zu stellen, ob es nicht besser wäre, den Wahlteil des Hamburger Parteitages vorzuziehen, um zu vermeiden, daß eine ohnehin bei uns zur Vorbereitung auf den nächsten Parteitag gegebene Führungsdiskussion – jetzt mit den Schwierigkeiten, die in dieser Woche entstanden sind – uns fünf Monate lang in eine Situation bringt, die draußen den Eindruck vermittelt, hier ist ein Zerfaserungsprozeß im Gange. Der ganze Parteitag kann nach meiner Überzeugung nicht vorgezogen werden, weil wir die Sachentscheidungen für die Bestimmung der politischen Linie der Partei und dazu natürlich auch die Vorbereitung auf die Entscheidungen des Hamburger Parteitages brauchen. Das heißt, der Sachparteitag muß im Herbst bleiben und muß in Hamburg bleiben, aber der Wahlteil des Hamburger Parteitages kann technisch vorgezogen werden. Und nach der Mehrheit meiner Freunde im rheinischen Landesvorstand spricht dafür so viel, angesichts der schweren Besorgnisse, die wir für die Auswirkung der kritischen Lage in der Partei in den nächsten Monaten haben, daß wir bitten, diesem Gedanken näherzutreten und ihn hier in aller Freundschaft miteinander zu erörtern.

Barzel: Ich stehe dem positiv gegenüber. Zu einer technischen Anmerkung nun der Generalsekretär.

Kraske: Meine Damen und Herren, die Uhr zeigt 12.40 Uhr. Die Rednerliste sieht in diesem Augenblick wie folgt aus: Schröder, Kohl, Filbinger, Amrehn, Stoltenberg, Echternach, Blüm, Windelen, Dregger, Müller-Hermann, Langguth. Ich glaube nicht, daß ich Ihnen empfehlen kann, auch nur diese Rednerliste etwa vor der Mittagspause abzuschließen. Deswegen schlage ich vor, daß wir mittendrin unterbrechen. Es ist vor-

gesehen, daß wir um 13.00 Uhr zu Tisch gehen. Ich glaube, das tut uns allen ganz gut. Außerdem haben wir heute endlich mal nicht den Druck mit Redaktionsschlüssen, wir sind also völlig frei, eine Stunde lang für ein Essen drüben im Casino zu unterbrechen. Danach sollten wir an der gleichen Stelle mit der Rednerliste fortfahren.

Barzel: Zur Geschäftsordnung Herr Stoltenberg!

Stoltenberg: Ich bin dagegen, daß wir eine Stunde unterbrechen, man kann auch in einer halben Stunde essen. (*Unruhe und Diskussion.*)

Barzel: Also, wollen wir um 13.00 Uhr unterbrechen, pünktlich um 13.05 Uhr das Essen auf dem Tisch haben, um dann um 13.45 Uhr wieder zu beginnen. (*Starke Unruhe.*)

Schröder: Mit Rücksicht darauf, daß wir in Zeitbedrängnis geraten, werde ich versuchen, mich etwas telegrammstilartig auszudrücken, auch wenn das nicht ganz leicht fällt. In einem Punkt fällt es leicht. Ich kann mich dem anschließen, was der Kollege Köppler gerade als rheinischer Landesvorsitzender ausgeführt hat. Wir haben gestern über die Sache sehr lange gesprochen, und ich glaube, daß er alles, was dazu zu sagen war, vorgetragen hat. Ich möchte das jedenfalls nachdrücklich unterstützen. Sicher ist es richtig, wenn gesagt wird und wenn wir alle meinen, daß wir möglichst nach vorne sehen müssen. Nach vorne kann man dann am besten sehen, wenn man nicht allzu viel mitschleppt aus dem Vergangenen, und deswegen ist es notwendig – so sehr das die Debatte auch auseinanderzieht –, daß doch noch etwas zur Vergangenheitsbereinigung gesagt und getan wird. Über die Erklärungen, die abgegeben worden sind und die schriftlichen Stellungnahmen dazu, sollten wir über Mittag sprechen. Ich würde es sehr begrüßen, wenn wir einen Weg fänden, nachdem nun Abstimmungen stattgefunden haben und das Ganze zu Ende ist, zu Erklärungen zu kommen, die uns in diesem Punkte nicht weiter behindern. Wir sollten mal versuchen, ob es dazu nicht eine Gelegenheit gibt.

Ich sage das deswegen: Wir sind nicht so reich, daß wir unsere Kräfte verschwenden könnten, und das gilt für jede einzelne Kraft, sondern wir müssen, wenn wir wieder erste in Deutschland werden wollen, dafür sorgen, daß unsere Kräfte zusammengehalten werden. Trotzdem glaube ich, daß zur Bereinigung und zur richtigen Betrachtung der Vergangenheit wir uns alle darüber klar sind, daß wir vielleicht – ich sage das jetzt ohne die individuelle Schuld dabei untersuchen oder ansprechen zu wollen – die Sache mit dem UNO-Beitritt nicht so gut behandelt haben, wie wir das vielleicht hätten machen können. Ich sage das eigentlich mehr, um daraus zu lernen, als um irgendeine Anklage dabei zu erheben. Es ist richtig, daß wir im Präsidium uns darauf geeinigt hatten, daß die Ministerpräsidenten eine entsprechende Linie im Bundesrat gehabt haben. Und ich habe bei der allerersten Gelegenheit, in der die Sache am Rande in der Fraktion zur Sprache kam, ausgesprochen, daß ich, um keinen Zweifel über meinen Standpunkt aufkommen zu lassen, für den UNO-Beitritt sei und daß ich ihn für gut hielte für unsere Partei, für CDU und CSU, für das Land und für unsere internationalen Bewegungsmöglichkeiten. Damit bestreite ich nicht, daß das Thema vielleicht etwas zu spröde war, um – wie ich das für möglich hielt – vom Grundvertrag getrennt werden zu können.

Der Vorsitzende hat, was den Auswärtigen Ausschuß angeht, von Anfang an diese bei uns festgelegte Linie behandelt und betrieben. Wir haben zum Schluß unter Mitwirkung des Vorsitzenden noch eine Besprechung gehabt. Wir haben dank seiner Unterstützung auch den Bundeskanzler in diese Schlußsitzung gebracht mit dem Ergebnis, daß wir dort bei unseren eigenen Leuten eine Abstimmung von 9:6 gehabt haben, im Auswärtigen Ausschuß. Und ich sage das mit einem gewissen Stolz, wenn Sie so wollen, denn es war keineswegs leicht, das zustandezubringen. Ich war stolz darauf, daß es möglich war, diesen Ausschußbericht zu machen⁴⁷, den Corterier für die SPD, Carstens für uns unterschrieben haben. Ich habe mir vielleicht ein bißchen zu viel Wirkung von diesem Ausschußbericht versprochen, jedenfalls mehr Wirkung, als er dann gehabt hat. Aber ich meine, daß wir an dem letzten Tag, ab dem die Fraktionsentscheidung gefallen ist, vielleicht ein bißchen offener hätten sprechen können. Das gilt von dem Vormittag an, wo der Fraktionsvorstand tagte. Im Fraktionsvorstand – und ich bitte die Teilnehmer der Sitzung mir das zu bestätigen oder abweichende Meinungen zu äußern – ist diese Problematik, die sich am Nachmittag oder am Abend ereignen könnte, überhaupt nicht zur Sprache gekommen. Es wäre vielleicht besser gewesen, wenn das geschehen wäre. Ich sage das ohne irgendeinen Vorwurf. Wenn das ein Vorwurf ist, dann ist es genauso gut ein Vorwurf an mich wie an irgendeinen der anderen Teilnehmer. Aber wir haben uns vielleicht ein bißchen zu sehr darauf verlassen, daß wir in der Sache eine Mehrheit haben würden, vielleicht nicht die Mehrheit im Auswärtigen Ausschuß, sondern eine Mehrheit überhaupt. Wir haben nachher vor der Abstimmung noch Schätzungen darüber abgegeben, wie hoch die Mehrheit ausfallen könnte. Das ist nun anders gelaufen. Danach sind Erklärungen abgegeben worden, über die viele hier schon gesprochen haben. Ich will das nicht weiter wiederholen. Ich habe ja schon angeregt, daß wir über Mittag versuchen, über den Weg nachzudenken, wie wir vielleicht aus diesem speziellen Punkt herauskommen.

Ich werde an späterer Stelle zu dem sprechen, was die anderen Sachfragen angeht, und zu den drei Punkten Stellung nehmen, die der Vorsitzende aufgeworfen hat. Ich möchte hier nur gerne auf zwei weitere Punkte aufmerksam machen, die wir bitte alle in den kommenden Wochen im Gedächtnis haben müssen, damit wir nicht an der nächsten oder übernächsten Ecke wieder größten Ärger bekommen. Wir müssen lernen aus dem, was passiert ist. Die zwei Dinge sind das Abkommen von Prag oder über Prag oder mit Prag⁴⁸, was wir einstweilen noch nicht kennen, über das können wir nur relativ theoretisch sprechen. Wir sollten uns aber überlegen, wie es am besten behandelt wird. Und die Sache, die ich noch für viel wichtiger halte, ist die richtige Einstellung unsererseits zu dem Atomsperrvertrag, den die Regierung uns todsicher noch im Juni servieren wird.⁴⁹ Es müßte schon etwas Besonderes passieren, der Kollege Barzel

47 Vgl. Anm. 14.

48 Der Prager Vertrag wurde am 11. Dezember 1973 von Willy Brandt und Walter Scheel auf deutscher sowie Ministerpräsident Lubomír Štrougal und Außenminister Bohuslav Chňoupek auf tschechischer Seite in Prager Czernin Palast unterzeichnet. Druck: BGBl 1974 II S. 990–993.

49 Die erste Beratung eines Gesetzes zu dem Vertrag vom 1. Juli 1968 über die Nichtverbrei-

schüttelt den Kopf, er glaubt es nicht. Na schön, wenn er etwas später kommt, ist die Sache eher leichter. Aber wir müssen uns darüber klar sein, daß wir nicht eine neue, harte, heftige Diskussion gebrauchen können um den Atomsperrvertrag. Mein Ausweg in dieser Sache ist der, daß es notwendig sein wird, gemeinsam natürlich, in den Wegen, die dafür am geeignetsten erscheinen, die deutsche Wirtschaft und Wissenschaft zu gewinnen und zwar eindrucksvoll. Ich sage noch einmal, wir müssen das irgendwie fertig bekommen, daß wir nicht diskriminiert sein werden in der Ausnutzung der zivilen Nuklearenergie. Herr Stoltenberg ist vielleicht der beste Kenner dieser Sache aus der Zeit der Großen Koalition gewesen. Ich habe mit ihm schon vor einiger Zeit darüber gesprochen. Ich hoffe, daß unsere Gedanken sich darin treffen. Wir haben einen Ausschuß beschlossen, der sich mit dieser Frage beschäftigen soll. Ich schneide sie heute nur deswegen an, weil Prag und Atomsperrvertrag sonst morgen oder übermorgen oder überübermorgen wieder Zerreißproben für uns bedeuten könnten, wenn wir uns nicht rechtzeitig auf sie einstellen. Das ist das, was ich zu diesem Teil der Sache sagen möchte.

Barzel: Ich möchte nur einen Satz zur Klärung des Tatbestandes sagen, weil das die Stelle war, an der ich anderer Auffassung war. Im Fraktionsvorstand bestand keine Zeit, den UNO-Beitritt ausgiebig zu behandeln. Im Vortrag des Vorsitzenden hat er seine gesamten Argumente vorgetragen, wie ausweislich klar ist. Als Herr Dregger, als er merkte, die Zeit wird knapp, sagte, „Wir müssen doch darüber noch sprechen“, habe ich gedacht, die Zeit wird wohl jetzt nicht langen. Das ist der Vorgang. Das ist keine bedeutende Sache, aber ich bin immer dafür, daß Tatbestände ganz deutlich auf dem Tisch liegen.

Filbinger: Ich stehe noch unter dem Eindruck einer Landesvorstandssitzung in Baden-Württemberg, die gestern abend stattgefunden hat.⁵⁰ Sie werden mir das abnehmen, daß die Freunde draußen natürlich über das, was sich hier in Bonn getan hat, außerordentlich erschrocken, ja, bestürzt sind. Und das gerade in der Situation, in der sich in unseren Landesverbänden eine Stimmung breitgemacht hatte, von der man sagen konnte, jetzt ist der 19. November bewältigt oder dabei bewältigt zu werden. Daß diese Stimmung nicht begrenzt war auf die Mitglieder unserer Partei, sondern auch getragen worden ist von der Volksschicht in ihrer Breite, das zeigen die Wahlen. Bei uns waren fünf Millionen wahlberechtigt am 8. April, wir haben noch nie eine so überwältigende Wahl zugunsten der CDU auf der kommunalen Basis gehabt wie gerade diese.⁵¹ Sie wissen, diese Wahl steht auch nicht vereinzelt da, sondern sie ist im Gefolge eines Trends von derjenigen vom vergangenen Jahr, 23. April und auch am 19. November. Auch dieses Datum kann man nicht von dieser Serie ausschlie-

—
tung von Kernwaffen (BT-Drs. 7/994) erfolgte am 8. November 1973 (Sten.Ber. 7. WP 64. Sitzung S. 3708–3724), die zweite Beratung und Schlußabstimmung am 20. April 1974 (Sten.Ber. 7. WP 81. Sitzung S. 5253–5293). Gesetz vom 4. Juni 1974 (BGBl. 1974 II S. 785, Inkrafttreten am 2. Mai 1975).

⁵⁰ Protokoll in ACDP 03–024–023/1.

⁵¹ Vgl. dpa vom 9. April 1973 „CDU gewinnt Kreistagswahl in Baden-Württemberg“; Einzelergebnisse in ACDP Dokumentation 0/04/13.

Ben. Daß jetzt gerade, wo sich sicher nicht nur in Baden-Württemberg, das beweisen die Wahlergebnisse in Westfalen und in Niedersachsen⁵², eine solche Konsolidierung zu unseren Gunsten anbahnte, dieser Schock entsteht, der hier ausgelöst worden ist, ist in vieler Hinsicht bedauernswert. Und es ist schon angeklungen, daß jetzt eigentlich der ungünstigste Zeitpunkt deshalb war, weil wir ja gegenüber der Bundesregierung in einer einmaligen Situation waren, die von den Wogen der Inflation⁵³ zugedeckt worden ist. Die Angriffsmöglichkeit war für uns in einer so exzellenten Art und Weise wie noch nie seit dem 19. November und wie nur selten auch seit dem September 1969.

Dabei gestatten Sie mir als einem Nichtfachmann eine Bemerkung, die vielleicht ein bißchen salopp klingen mag: Ich habe den Eindruck, daß jetzt es gar nicht mehr so sehr „nötig“ war, nachdem wir im vergangenen Jahr um unserer Geschlossenheit willen hier in Bonn in den Fraktionen von CDU und CSU ganz außerordentliche Anstrengungen unternommen und auch außerordentliche Opfer auf uns genommen hatten. Damals war es gelungen, die Geschlossenheit der CDU darzustellen. Jetzt, wo wir im Grunde in einem auslaufenden Stadium gewesen sind, geht das auf einmal auseinander. Ich bin der Meinung, daß diese Situation von uns eine außerordentliche Kondition jetzt verlangt. Denn das, was wir machen, von Stund an, das, was insbesondere auch bei der heutigen Sitzung herauskommt, das steht – gestatten Sie mir dieses etwas übertriebene Wort – unter dem Diktat der Erwartung derjenigen, die uns das Vertrauen gegeben haben und die wir wieder brauchen, wenn wir weiterleben wollen als Partei. Was erwarten diese Menschen draußen von uns? Sie erwarten, daß wir diese außerordentlich schwierige Situation in einer Haltung meistern, die dieser Partei würdig ist und die ihre Glaubwürdigkeit für die Zukunft darstellt, die Möglichkeit überhaupt ihr geben kann, wieder attraktiv zu werden für Wähler, von Koalitionspartnern gar nicht zu sprechen.

Ich habe Verständnis dafür, daß es der Fraktion, Fraktionsgemeinschaft schwerer gefallen ist, die jüngere Vergangenheit aufzuarbeiten, als den Landesverbänden. Ich habe gerade auch den Konflikt durchaus vor Augen, der jetzt bei dieser Verabschiedung des Grundvertrags und des UNO-Beitritts zu meistern gewesen ist. Das war sicher nicht leicht, und ich möchte hier ausdrücklich sagen, ich habe mich nie anders ausgedrückt, daß ich auch Respekt vor denen habe, zu denen ich nicht gehöre, die nein gesagt haben zum UNO-Beitritt. Denn in der Tat ist es ja so, und das spricht für diese Freunde, die das Nein gesprochen haben, daß abgesehen von allen anderen Argumenten, Besiegelung der Teilung usw., ja tatsächlich der Vollzug der Ostpolitik Dinge offenbart hat, die unsere Warnungen vor diesen Gefahren voll rechtfertigen und die nicht der anderen Seite, der Koalition, recht gegeben haben.

Aber wenn ich mit einem Wort erwähnen darf, was das Motiv seinerzeit der Abstimmung der Ministerpräsidenten gewesen ist: Ich habe das in einer Regierungserklärung im Landtag von Baden-Württemberg am 25. Januar verlautbart⁵⁴ und habe es

52 Zum Ergebnis der Kreistagswahlen am 25. März 1973 vgl. Nr. 34 Anm. 3.

53 Die Inflationsrate erreichte 1973 die Sieben-Prozent-Marke.

54 Vgl. „Stuttgarter Zeitung“ vom 26. Januar 1973 „Die CDU-Landesregierung lehnt den Grundvertrag ab“.

einen Tag lang im Landtag zur Diskussion gestellt, damit dies im ganzen Lande begriffen wird. Daß wir nach wie vor an unserer Ablehnung der Ostpolitik dieser Koalitionsregierung keine Abstriche machen, daß wir aber der Meinung sind, daß bezüglich des UNO-Beitritts ein Ja uns leichter und eher handlungsfähig machen würde, nach innen und nach außen, als wenn wir dazu nein sagen würden. Wenn ich dem gegenüber mir die andere Position ansehe, Herr Kollege Dregger, die Sie heute verlautbart haben, dann muß ich sagen, so groß ist der Unterschied gar nicht. Denn Sie haben vorhin gesagt – ich habe das mit Befriedigung zur Kenntnis genommen –, auch wir sind natürlich der Meinung, wenn die Verträge gelaufen sind, dann ist das die Basis und dann muß man darauf Politik machen, und wir können auch nicht davon absehen. Nur, Herr Kollege Dregger – und da unterscheiden wir uns –, waren wir der Meinung, daß bei einem Nein eben die andere Seite, die Koalition, uns entgegenhalten kann, was wollt ihr eigentlich Einfluß nehmen, ihr habt doch zu allem nein gesagt, auch zum UNO-Beitritt. Während diejenigen, die sagen, schön, für uns gibt es eine Entkoppelung zwischen dem Nein zum Grundvertrag und dem UNO-Beitritt, der in 20jähriger Tradition von uns erstrebt worden ist, eine leichtere Position haben, insbesondere auch eine leichtere Position gegenüber unseren Wählern. Eine Position im Wahlkampf, die wir natürlich, und der nächste Wahlkampf kommt bestimmt, vor Augen haben müssen. Aber dieses ist Vergangenheit. Ich meine, die Diskussion, die wir heute früh hatten, die naturgemäß kontrovers sein mußte, sollte ein Schlußstrich unter diesen Kontroversitäten sein.

Jetzt interessiert uns in einer ganz entscheidenden Weise die Frage, wie es weitergeht. Auch hier sage ich, steht hinter uns wieder die Erwartung unserer Wähler und unserer Mitglieder. Gestatten Sie mir, daß ich hier ein, wenn Sie so wollen, etwas pathetisches Wort sage, es ist nicht pathetisch gemeint, sondern ganz schlicht. Ich meine, einer Partei verzeiht man eine Wahniederlage. Ihr wird auch verziehen, wenn sie in eine schwere Not mit sich selbst hineinkommt. Was ihr nicht verziehen wird und was hindern würde, daß sie wieder Vertrauen gewinnt, das wäre, wenn eine solche Partei sich dann in dieser Situation, die objektiv gesehen schwer ist, zerstritte, wenn sie nicht die Geschlossenheit wiederfände und damit ihre Handlungsfähigkeit herstellen würde. Das wäre tödlich und wir würden in den nächsten zehn Jahren wahrscheinlich vergeblich danach streben, durch Sachprogramme und durch Grundsatzserklärungen wieder Boden unter unsere Füße zu bekommen.

Deshalb ist es entscheidend, wie wir uns hier und heute verhalten und was für Entschlüsse wir fassen und wie das weitergeht. Das zum ersten Punkt, der nun gelöst werden muß, in der Reihe der Probleme. Ich erinnere mich, ich glaube es war am 2. oder am 3. Dezember⁵⁵, wie wir in einer ähnlichen Situation über die Fraktionsgemeinschaft gesprochen haben, auch damals in einer äußerst schwierigen Lage. Was wir damals gesagt haben, möchte ich heute eigentlich mit dem gleichen Tenor wiederholen.

55 Am 1. Dezember 1972 fand die erste Verhandlungsrunde über die Fortsetzung der Fraktionsgemeinschaft zwischen CDU und CSU statt, vgl. „Frankfurter Rundschau“ vom 2. Dezember 1972 „CDU und CSU betonen die Tendenz zur Einigung“. Vgl. auch Nr. 31 Anm. 5.

Wir können die Fraktionsgemeinschaft, ich möchte sagen, um fast keinen Preis aufgeben, wenn wir in der Zukunft die Erwartung haben wollen, daß die CDU noch ernst genommen wird. Denn auseinandergenommen werden CDU und CSU eine ganz leichte Beute für die anderen sein, haben wir keine Chance mehr. Deshalb werden wir genau die Anstrengungen unternehmen, die uns nicht zu viel gewesen sind aus der richtigen Erkenntnis vom 3. Dezember. Das, was damals Erkenntnis war, ist meines Erachtens auch das Gebot des Handelns, diktiert das Gebot des Handelns in der jetzigen Situation. Das bedeutet nicht Willfährigkeit und Weichheit gegenüber dem CSU-Partner in der Zukunft, sondern da bin ich der Meinung, daß dieses Gespräch geführt werden muß, vielleicht noch etwas deutlicher, wie es damals geführt worden ist. Vielleicht wäre es auch geboten, daß einige institutionelle Konsequenzen gezogen werden, und die Verklammerung zwischen den beiden Partnern noch stärker dargestellt werden muß, als wir das gehabt haben. Ich brauche wahrscheinlich hier an die Adresse unserer Freunde in der Fraktion nicht deutlicher zu werden. Das wäre die Numero 1.

Die Numero 2 wäre die Frage der Wahl, Interimssituation. Ich bin davon unterrichtet worden, daß die Fraktion beschlossen hat, das Interimsstadium nicht zu verlängern, sondern rasch, ja sofort, diese Wahl zu vollziehen des neuen Fraktionsvorsitzenden. Ich bin davon unterrichtet, daß es so ist, und ich bejahe diesen Beschluß, ich halte ihn für sehr glücklich, ein anderer Beschluß würde von mir und auch von meinem Landesverband nicht mitgetragen werden können.

Die dritte Frage ist die mit einem Sonderparteitag. Wir haben darüber gestern in meinem Landesverband auch gesprochen. Was ich in bezug auf dieses Thema bedauert habe, war, daß wir hier nicht zu der Methodik übergegangen sind, uns zu konsultieren und dann einen Konsens über das, was zu tun ist, herbeigeführt haben. Ich meine, wir sollten es jetzt rasch nachvollziehen. Mein Vorstand von Baden-Württemberg ist bereit, dabei mitzuwirken, einen Sonderparteitag vorzuziehen. Ich selbst habe diesen Vorschlag gestern abend so vertreten, aber ich trage diesen Vorschlag vor, auch mit der gleichen Einschränkung wie der Kollege Köppler, nicht apodiktisch und nicht als ein imperatives Mandat, sondern in der Bereitschaft, mit allen Freunden aus den anderen Landesverbänden einen Konsens zu erreichen. (*Beifall.*)

Kohl: Lassen Sie mich mit dem letzten Punkt des Kollegen Filbinger beginnen, mit dem Thema „Parteitag“. Ich meine, wir sollten, Herr Kollege Filbinger, so war es auch gar nicht bei Ihnen gemeint – nur es wird dann, wenn es geschrieben wird, leicht mißverstanden –, das, was wir diskutieren, nicht Sonderparteitag nennen. Das ist ein normaler Parteitag. Es ist völlig in der Autorität dieser Partei, daß, was genauso notwendig ist, wir jetzt vor der Sommerpause den Parteitag machen, auf dem Personalien stattfinden, und im Herbst den Parteitag in Hamburg machen, auf dem die Sachfragen, wie gehabt, entschieden werden. Bloß wenn wir zu Themen wie „Sonderparteitag“ kommen, besteht leicht die Gefahr, daß alles Mögliche da hineingeheimnist wird, was von der Satzung her gar nicht vorgesehen ist. Ich will also entschieden sagen, daß ich dafür bin, daß wir uns so verhalten, denn auch der heutige Morgen, und ich spreche das hier offen aus, das, was wir heute früh hier verspürt haben, hat doch gezeigt, daß hier

Entwicklungen in Gang gekommen sind, bei denen man jetzt ganz einfach sagen muß, wie immer sie ausgehen, wir müssen sie jetzt in einer nahen, überschaubaren Zukunft beenden.

Zum zweiten meine ich auch, daß dies notwendig ist, um die Autorität der Parteiführung – das ist nicht nur ein Problem des Vorsitzenden, sondern der ganzen Parteiführung – entsprechend draußen wiederzugewinnen. Den Eindruck, den wir machen – und das geht ja ein bißchen dann tiefenpsychologisch nach dem Motto „Die in Bonn“, da wird nicht genau geguckt, wer im Präsidium ist, wer im Vorstand ist oder sonst wo –, ist eben so, daß wir im Augenblick praktisch führungslos wirken. In der Partei und noch mehr bei unserer Anhängerschaft, die gar nicht so genau die Details versteht, geht eine Stimmung um, die CDU tritt selbst ab. Deshalb ist es lebensnotwendig, das schnell zu beenden, weil ja doch die Situation der Auseinandersetzung mit der SPD – das muß man klar aussprechen – die Präsenz der CDU/CSU in der Bundesrepublik als lebensnotwendig für die Bundesrepublik erscheinen läßt. Was mir im Augenblick Sorgen macht, ist nicht nur die tägliche politische Entscheidung etwa an der Preisfront oder so etwas. Das alles ist vorzüglich geeignet, für die CDU Position zu beziehen. Ich beobachte an einigen, sehr zentralen Punkten, die typischerweise in unserem Lande überhaupt nicht mehr diskutiert werden, daß langfristige Umstrukturierungen stattfinden, die viel gewichtiger sind – ich weiß, was ich sage, wenn ich das so hart formuliere – als beispielsweise speziell die Frage von Löhnen und Preisen, die doch wirklich ganz lebenswichtig sind.

Etwa die Politik der Bundesregierung, inspiriert vor allem von der SPD, jetzt die KPD/ML zu verbieten, ich bringe ein Beispiel, und damit die DKP quasi zu einer staatstragenden Partei im Umkehrschluß zu machen, bringt langfristige Entwicklungen in Gang, die wir kaum mehr reparieren können. Ich will also gar nicht auf das Thema „Radikalerlaß“⁵⁶ eingehen, wie der noch haltbar sein soll, bei einer praktisch schwarz-rot-gold umprägten Zulassungsurkunde für die DKP, ist ein Fall für sich. Die Lage in den Gewerkschaften wird durch diese Entscheidung unerträglich. Wie immer einer, der eine mehr oder der andere weniger kritisch, zu diesen Bereichen stehen mag, wir leben ja davon in diesem Staat, daß die Gewerkschaften demokratische Gewerkschaften sein können und daß sie nicht auch von der Seite her über die Betriebe ausgehöhlt werden. Man kann viele Beobachtungen machen, die dementsprechend sind. Wir stehen, darüber muß man sich im klaren sein, vor einer langfristigen Strategie der Sozialdemokraten oder Teilen der Sozialdemokraten, jetzt gar nicht mehr im offenen großen Clinch und Konflikt, sondern Punkt für Punkt Details in der Bundesrepublik umzustrukturieren. Herr Kollege Filbinger, denken Sie an die ganz unverständliche Diskussion, die wir in der letzten Besprechung mit Brandt über den deutsch-französischen Jugendaustausch hatten. Hier wird ein Kernstück der politi-

56 Beschluß der Regierungschefs der Länder und des Bundeskanzlers Willy Brandt vom 28. Januar 1972, wonach die Anstellung im öffentlichen Dienst abgelehnt werden kann, wenn Zweifel am Eintreten des Bewerbers für die freiheitlich-demokratischen Grundordnung bestehen. Vgl. Nr. 21 Anm. 7.

schen Grundlage, die die CDU gelegt hat in der Ära unserer drei Kanzler, im Austausch mit Frankreich ganz bewußt mit konjunkturpolitischen Mitteln – hier ist wirklich die Unangemessenheit der Mittel spürbar – umfunktioniert. Ich könnte die Liste, was auf dem bildungspolitischen Sektor sich abzeichnet, beliebig erweitern. Ich bin sicher, wir stehen noch in diesem Jahr in einer Reihe von Ländern, vor allem in den Nachbarländern vor der Frage, wie geht das weiter mit der Anerkennung des Abiturs in bestimmten Bundesländern. Das sind Dinge, die langfristig nicht mehr reparabel sind, wenn sie so umfunktioniert sind, wie sich das jetzt abzeichnet. Das heißt also ganz konkret, wir müssen uns hier in allen Ebenen stellen der Auseinandersetzung mit der Regierung und d. h. ganz konkret für uns, daß unsere ganze Politik nach vorne weisen muß.

Dabei ist klar, daß diese Politik auch im Sachbereich, das ist das Wesen einer Volkspartei, bei uns umstritten ist. Es ist einfach eine Fama, die in diesen Tagen allerdings sehr eifertig auch in der CDU verbreitet wird, als wären die Gegensätze zu Sachfragen primär ein Gegensatz CDU und CSU. Ich komme auf dieses Thema noch. Das ist es auch. Aber, meine Damen und Herren, der Spannungsbogen in der Mitbestimmungsfrage ist innerhalb der CDU genauso groß wie innerhalb der CSU oder zwischen CDU und CSU. Das ist vielleicht auch bei anderen Bereichen so. Hier zeigt sich, wie dumm diese alten Etikettierungen sind im Zusammenhang mit dem Thema „rechts oder links“. Ich habe mit großem Interesse vermerkt, daß beispielsweise in der Frage des § 218 die in der Deutschlandpolitik als rechts Verschiedenen – ich gehe jetzt gar nicht aufs Detail ein, wer das jeweils war – sich ganz links, „progressiv“ gebärden, und die Progressiven, die bei uns sich so etikettieren lassen, in der Frage des § 218 sich völlig integral im Sinne des Heiligen Officiums gebärden. Also man kann hier ein sehr breites Spektrum feststellen. Natürlich, das Heilige Officium ist immer das einfachste, Herr Kollege Kiesinger. Da sagt man, die Welt bewegt sich nicht, und dann ist das alles gelaufen. Bloß kann das – da stimme ich Rainer Barzel völlig zu – unsere Maxime natürlich in der CDU nicht sein, denn die Menschen bewegen sich ja doch weiter.

Ich meine also, wir sollten auch daraus eine andere wichtige Erkenntnis ziehen, auch an dem, was heute früh hier deutlich geworden ist: Daß man ganz einfach aufhört, daß das überall vorrückende Freund-Feind-Verhältnis, was schon eine Katastrophe für den demokratischen Staat an sich ist, auch in unserer Partei Platz greift. Und ich muß Ihnen sagen – ich blende jetzt auf eine Szene zurück, die ich in Erinnerung habe –, wie ich zutiefst betroffen war, als bei der Wahl Brandts dieser Abstimmungsfehler unterlaufen war.⁵⁷ Und wie in breiten Kreisen der CDU es selbstverständlich für möglich gehalten wurde, daß das nicht primär vielleicht ein Abstimmungsfehler ist, sondern daß bei uns, in einer so zentralen Frage so und so viele Leute aussteigen.

⁵⁷ Am 27. April 1972 beriet der Bundestag über den von der CDU/CSU-Fraktion eingebrachten Antrag nach Art. 67 GG (BT-Drs. VI/3380 vom 24. April 1972). Das konstruktive Mißtrauensvotum scheiterte, da der Antrag statt der erforderlichen Stimmenmehrheit von 249 nur 247 Stimmen erhielt (Sten.Ber. 6. WP 183. Sitzung S. 10697–10714).

Wie die Schuldigensuche in der Sekunde angefangen hat, wie die Telefone sofort losgingen und gesagt wurde, da war doch sicher der dabei und der dabei, und wie sofort der Scheiterhaufen aufgerichtet wurde. Wenn wir in der CDU nicht lernen, in solchen Fragen – das ist nicht ein billiger Appell an Solidarität, das ist das Austragen von Gegensätzen in der Sache bei Wahrung des Standpunkts, den man selbst hat und Respektierung des Standpunkts, den der andere hat – mit etwas Diskussionskultur miteinander umzugehen, wird diese Partei überhaupt nicht mehr und in gar keinem Fall zu einer bestimmenden politischen Macht in der Bundesrepublik werden. Das gilt für alle Fragen, die jetzt vor uns stehen. Das gilt für den § 218, wo es ja ganz naheliegt, daß man diese oder jene Position einnimmt und dabei sich sozusagen je nach Gusto und Laune ein Röckchen verdient oder eine bestimmte Grundhaltung einnimmt. Das gilt für die elementar wichtige Frage der Mitbestimmung, die nach meinem Dafürhalten in diesem Jahr entschieden werden muß in den Grundlinien, nicht in allen Details. Ich kann nicht erkennen, daß wir hier vor unüberwindlichen Schwierigkeiten stehen. Ich kenne keine Stimme in unserer Partei, die sagt, daß die Beschlüsse von Düsseldorf nicht reversibel sind und daß sie mehr oder weniger Ausgangspositionen sind. Ich weiß doch auch, wie jeder hier, daß eine Reihe der Argumente sich verändert hat. Wenn ich jetzt dazu rate – da ist kein Punkt, den Rainer Barzel in diesem Zusammenhang genannt hat, den ich nicht von mir aus durchaus auch so anspreche –, daß wir diese Frage in aller Ruhe und aller Bereitschaft, einander zuzuhören, besprechen, dann doch einfach deswegen, weil hier mehr auf dem Spiel steht, als nur die Frage der Zusammensetzung des Vorstands und des Aufsichtsrats, weil ja die Frage eines neuen Konzepts des Gesellschaftsrechts insgesamt mit diskutiert werden muß, mit allen Konsequenzen, die darin stecken.

Das Gleiche gilt für die Reform der Berufsausbildung. Die Kommission hat, wenn ich es recht sehe, drei Vorschläge gemacht.⁵⁸ (*Barzel*: An einer bestimmten Stelle drei Alternativen.) Ich glaube, hier ist es legitim, einmal im Bundesvorstand der CDU zu sagen, bei dieser einen Stelle, hier geht es praktisch um die Kontrolle der Kontrolleure. Wenn ich das einmal übertrieben formulieren darf, muß es möglich sein, einen sachgerechten Vorschlag zu finden, der auch parteipolitisch nützlich ist. Ich sage ganz klar, es kann unser Interesse nicht sein in der Berufsausbildung, einen Vorschlag zu machen, der sachgerecht ist und der praktisch die Roten in eine Position bringt, daß sie die ganze Lehrlingsausbildung umfunktionieren können. Nachdem, was bisher auf dem Markt ist in der CDU – etwa die Vorschläge aus den Sozialausschüssen, aus der Jungen Union⁵⁹ –, halte ich das für eine denkbare und machbare und verständliche Position, die wir hier finden können.

58 Vgl. das Papier der Kommission „Berufliche Bildung“ der CDU/CSU-Fraktion des Deutschen Bundestages und der CDU-Bundespartei zu „Reform der beruflichen Bildung“ vom 7. Mai 1973 (ACDP 07–001–934).

59 Beschluß der Sozialausschüsse der CDA vom 19./20. Mai 1973 zur beruflichen Bildung in „Informationen der Sozialausschüsse der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft“ vom 28. Mai 1973 S. 5f. – Zu den Beschlüssen der JU zur Mitbestimmung auf dem außerordentlichen Deutschlandtag in Herford vgl. Anm. 17.

Das Gleiche gilt für das Bodenrecht. Ich bin auch der Meinung, wir müssen nach dem Hamburger Parteitag und nicht auf dem Hamburger Parteitag, weil ihn das überfrachtet, in einem eigenen Fachkongreß⁶⁰ oder etwas ähnlichem in Zusammenhang mit der Medienpolitik wichtige Fragen stellen. Wobei ich sogar der Meinung bin, daß es auch deswegen richtig ist, weil aus der Mitbestimmungs-, Mitwirkungs-, Mitverantwortungsdiskussion sich auch Konsequenzen für Medienpapiere der CDU ergeben. Das heißt ganz konkret, die Partei muß jetzt ungeachtet dessen, was in den letzten Tagen und den letzten Monaten passierte, ganz klar nach vorne operieren. Aber d.h. nicht, daß wir Anpassungskosmetik betreiben dürfen, um etwa irgend jemand, sei es links oder rechts, zu überholen. Die CDU muß unverwechselbar ihr eigenes Profil auf diesem Weg haben und nicht ein von anderen abgeleitetes Profil.

Hier ist viel über die Soziale Marktwirtschaft, über die Ordnungspolitik gesprochen worden. Ich glaube, wir haben keinen Grund, Nachholbedarf zu artikulieren. Wir sollten nur einmal den Schutt wegräumen, den wir z. T. selbst über bestimmte prinzipielle Betrachtungen aufgebaut haben. Das sollte geschehen nicht unter dem Stichwort „Richtungskämpfe“. Tiefenpsychologisch heißt das Wort „Richtungskämpfe“ für den Bürger, der dies hört, daß die unter Brüdern zerstritten sind. Eine zerstrittene Familie macht im Privatleben einen miserablen Eindruck und eine politische Partei auch. Wir sollen harte Sachauseinandersetzungen führen und sollten auch Minderheiten in dieser Partei selbstverständlich das Recht zubilligen, radikal formulierte Thesen zu vertreten. Aber auch Minderheiten, das ist das Wesen von Minderheiten, müssen unter Umständen Ergebnisse des Gesamten entsprechend aufnehmen. Ich meine, wenn wir so das Stichwort der Erneuerung aufnehmen, vollzieht sich auch etwas anderes ganz automatisch, nämlich eine Normalisierung zwischen den einzelnen Bereichen der Partei, den Gruppierungen, wo wir ja zunehmend anfangen, die Rolle der einzelnen Gruppen der Democrazia Cristiana zu übernehmen. Das ist kein leuchtendes Beispiel. Was sich in Italien abspielt zwischen den einzelnen Gruppen, sollte bei uns auf gar keinen Fall in die CDU/CSU hineingenommen werden. Denn wer den Weg der italienischen Republik, und wer die Prognosen für diese Republik in den nächsten Jahren betrachtet, der kann hier nichts besonders Überzeugendes für uns gewinnen.

Dazu gehört auch unser Verhältnis, das muß klar angesprochen werden, zur CSU. Erstens einmal behaupte ich weiterhin – auch auf die Gefahr hin, daß der ein oder andere hinterher sagt, das ist ganz klar, er hat da einen Pakt mit dem Strauß –, daß es in Bayern nicht andere Menschen gibt als in anderen Teilbereichen der Bundesrepublik. Wobei übrigens diese These mit dem Pakt früher auch mal anders galt, man nimmt ja die Argumente immer so, wie man sie gerade braucht. Nur, wer sich ernsthaft mit dem Geschäft einer Strategie des begrenzten Konflikts beschäftigt, der muß wissen, daß Bruderkämpfe immer schrecklich sind. Daß aber Bruderkämpfe, die noch heuchlerisch im Namen Christi ausgeführt werden, zum Bittersten gehören, was über-

60 Kongreß der CDU und CSU zum Thema „Presse – Rundfunk – Neue Medien“ am 30./31. Mai 1974 in München (Tagungsbericht sowie Reden und Unterlagen der einzelnen Arbeitskreise in ACDP Dokumentation 2/201/3–2–17).

haupt möglich ist. Und ich sage Ihnen ganz klar, wer über Trennung von beiden Parteien in zwei Fraktionen spricht, muß wissen, daß zu Lebzeiten der hier am Tisch Sitzenden es keine Einigung mehr geben wird. Das heißt eine klare Absage der CDU und CSU auf die Chance, in diesem Lande je wieder bestimmende Kraft zu werden. Wir werden dann vielleicht gelegentlich, der ein oder andere auf dem Weg einer solchen Entwicklung, Partner eines viel Größeren sein. Aber sehen Sie, wie bestimmte Parteien sich in Holland entwickelt haben, wie denaturiert das Bild der holländischen Demokratie geworden ist. Dann haben Sie ein Beispiel, das für uns nicht verlockend sein kann. Das gilt auch für die Erfahrungen in unserem Lande. Wenn Sie mit unseren saarländischen Freunden einmal sprechen, was das für ein Prozeß war, bis die CDU und die CVP einigermaßen wieder zusammenkamen, welch menschliches Leid, es gibt kein besseres Wort dafür, auf diesem Wege zu beobachten war, dann haben Sie das Beispiel.

Ich selber komme aus einer Landschaft, wo man heute noch nach 40 Jahren bei den alten Mitgliedern der CDU spürt, ob einer bei der Bayerischen Volkspartei oder beim Zentrum war, spätestens bei der Beerdigung, so tief sitzen solche lächerlichen Gegensätze, lächerlich vom Ablauf der Geschichte. Das können Sie auch heute noch merken, wie hier feine Nuancen deutlich werden. Ich kann Ihnen nur sagen, ich warne. Aber – wenn ich das eine sage, muß ich das andere genauso sagen: Weder ist die CDU ein Wurmfortsatz der CSU, noch umgekehrt. Was wir brauchen, ist, ein ganz normales, auch im Menschlichen ordentliches Verhältnis, was voller Probleme ist, weil Menschen eben Menschen sind und sehr unterschiedlich in ihrer Struktur. Ich meine, es muß möglich sein, mit der CSU zu einer Lösung zu kommen, erstens im Stil der Arbeit, der Kooperation, und zum zweiten auch im Inhalt. Daß praktisch unter die Maxime gestellt wird, daß keiner von den beiden dem anderen etwas zumutet, was er selbst nicht zugemutet haben möchte. Dazu gehört, das lassen Sie mich ganz offen sagen, daß wir auch untereinander mit solchen Formulierungen aufhören sollten, daß in der einen Tagung einer aufsteht und sagt, so lange der und der in der CDU/CSU tätig ist, kann man in dieser Partei sich überhaupt nicht mehr zeigen, und in einer anderen Tagung – ich sage das jetzt ganz neutral, ich könnte aus den letzten zehn Tagen ein paar Dutzend Beispiele erwähnen –, so lange diese schwarzen Kommunisten bei uns rumlaufen, ist es überhaupt nicht mehr möglich, vernünftig miteinander umzugehen. Das ist ein Prozeß der Diffamierung. Eine solche Partei ist weder attraktiv, noch ist sie moralisch legitimiert, die Führung in unserem Lande zu übernehmen. Ich meine also, wir sollten die jetzt anstehenden Fragen mit unseren Freunden und Kollegen in der CSU besprechen. Wir sollten vor allem auch jetzt in den Sachfragen – Reform Berufsausbildung, § 218, Bodenrecht, Vermögensbildung, Mitbestimmung und Medienpolitik – als den wichtigsten Fragen in diesem Jahr oder in den nächsten 1½ Jahren klare Regelungen finden.

Dann ein letztes: Das Verhältnis der Partei zu der Fraktion oder den Fraktionen. Wer die Partei kennt, muß von vornherein sagen, dies ist kein Problem von heute. In jeder Kreispartei wiederholt sich alle zehn Jahre der Streit zwischen der Kreistagsfraktion oder Stadtratsfraktion und dem Kreisverband. Was wir hier machen müssen, ist,

daß die Parteiführung ganz klar ihren Führungsanspruch wahrnimmt. Insofern, Herr Kollege Dregger, kann man überhaupt nicht von einem imperativen Mandat sprechen. Natürlich hat das Präsidium das gute Recht, ich finde auch die Pflicht, in einer konkreten Frage einen konkreten Hinweis zu geben, wobei ja das Präsidium laut Satzung Empfehlungen gibt. Das Präsidium ist ja im Sinne unseres Parteiverständnisses und Satzungsverständnisses kein Beschlußorgan. Aber es ist natürlich das Präsidium der Partei, und es ist auch dazu da, die Koordination der Politik vorzunehmen, beispielsweise zwischen Bund und Ländern, zwischen Bund, Ländern und Gemeinden auch mal gelegentlich unter Ländern. Das müßte in diesem Zusammenhang möglich sein. Deswegen soll man nicht sagen, wenn die Parteiführung, wohl verstanden bei voller Wahrung der Gewissensentscheidung des einzelnen Abgeordneten, hier eine Vorlage macht, daß da eine Pression ausgeht. Das ist ein normaler Hinweis und ein normales Stück Führungskunst. Zusammenfassend meine ich, daß es jetzt vor allem wichtig ist, daß wir nicht in einen fortdauernden Prozeß der Vergangenheitsbewältigung eintreten. Dazu gehört für mich das ganze Jahr 1972, da gibt es eine Menge bitterer Erfahrungen im einzelnen und im allgemeinen. Ich sage Ihnen aber ganz klar, helfen tut es uns überhaupt nicht. Wenn ich bloß an den Mai 1972 denke, meine ich eben, daß das, was im Mai 1972 war, bei vielen unserer Mitbürger schneller ins Vergessen geraten wäre, wenn wir nicht selber fortdauernd dieses Thema wieder in Erinnerung rufen würden. Ob das sehr klug ist, ist eine andere Frage. Ich würde es sehr begrüßen, Herr Vorsitzender, wenn wir uns vor allem im Laufe dieses Nachmittags zu der Frage des Termins des Parteitages möglichst rasch verständigen könnten.

Mittagspause.

Barzel: Sicherlich hat hier keiner die Absicht, hieraus eine endlose Sitzung werden zu lassen. Dennoch sollten wir uns auf ein bißchen länger schon einrichten, wenn wir dem Erwartungshorizont, von dem Herr Filbinger gesprochen hat, entsprechen wollen.

Zweitens, in dem Bericht eingangs ist nicht mitgeteilt worden, daß der amtierende Fraktionsvorsitzende mit dem Generalsekretär eine Verabredung für den Montag getroffen hat. Das muß man wissen, weil man sonst hier etwas Falsches machen könnte. Am Montag sieht die, was uns anbetrifft, so aus: Es gibt morgens eine Sitzung des Präsidiums⁶¹, anschließend ein seit langem vorgesehenes Gespräch mit der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft⁶², das wir nicht vertagt haben, damit wir nicht in den Eindruck kommen, das ist ein Verein, der gar nicht mehr handlungsfähig ist. Wir haben dann um 15.00 Uhr eine Begegnung des Präsidiums mit Ministerpräsidenten und einigen Experten der Fraktion, weil wir um 16.00 Uhr ein Treffen haben der beiden Par-

61 Protokoll vom 14. Mai 1973 in ACDP 07-001-1406.

62 Vgl. zum Treffen Communiqué der CDU vom 14. Mai 1973 sowie Notizen zum Kontaktgespräch in ACDP 07-001-1553; DUD Nr. 91 vom 15. Mai 1973 „CDU-Präsidium und DAG-Bundesvorstand trafen sich“.

teispitzen CDU und CSU⁶³, um Sachfragen zu erörtern und dadurch die sachliche Voraussetzung zu schaffen. Das ist ein Terminplan, der verabredet ist für alle beiden Fraktionsvorsitzenden. Der Fraktionsvorstand will am Montagabend zusammentreten, wie ich höre.⁶⁴ (*Zwischenruf*: 18.00 Uhr) Das wird sicherlich zu früh sein, das sollte man gleich auf ein bißchen später verschieben, sonst gibt es wieder Ärger. Das ist der Ablauf. Ich sagte das deshalb, weil wir uns schon – ob uns dies nun paßt oder nicht – ein bißchen von den Themen leiten lassen, die uns hier beschäftigt haben. Ich will auch gerne nicht nur meine Themenliste gelten lassen; ich sehe, daß Herr Schröder zwei andere Punkte für als mögliche Kontroverspunkte für die Zukunft bezeichnet hat, Herr Kohl hat ein paar dazu gefügt. Das kann man gerne aufnehmen. Aber das, was ich eingangs sagte, sind die Probleme, über die mit der CSU zu sprechen ist. Die kann man natürlich zu vertagen versuchen, aber dann man macht man einen fundamentalen Fehler.

Das dritte: Wenn sich hier, ich will es so formulieren, nicht etwa eine Meinung durchsetzt, einen Personalparteitag vorzuverlegen, um den anderen dann zu vertagen – ich nehme an, das hat keiner gewollt, weil das nicht geht aus den Gründen, die ich gesagt habe – möchte ich gerne uns allen den Vorschlag machen, daß wir einen Juni-Termin suchen. Wir müssen an die Kosten denken und an die Lokale und an die Satzung, ob die Delegierten schon alle gewählt sind, das muß die Organisationsabteilung feststellen. Bei dem Juni-Termin nehmen wir uns eigentlich nur einen Tag, um die Wahlen zu betreiben. (*Zwischenruf*: Genau so!) Für den Fall, daß wir dies tun, müssen wir uns auch über die Vokabeln einigen. Da muß nämlich der Parteitag, der wählt, zum ordentlichen Parteitag erklärt werden, wenn ich die Satzung richtig kenne, und der Sachparteitag zum außerordentlichen. (*Zwischenruf*: Nicht notwendig!) Na gut. Das erste ist entscheidend. Ich bitte natürlich auch dabei zu berücksichtigen, welche Erklärung dieser Vorstand abgeben will, ob er alle seiner Ämter zur Verfügung stellt. Das muß er nach der Satzung wohl ohnehin tun. Vielleicht wäre dies ein Punkt, der in der Öffentlichkeit gut ankäme. Ich erinnere an eine Situation, in der Herr Erhard in einer besonderen Situation war, wo ich damals das Präsidium gebeten habe zurückzutreten. Ich habe den Antrag selber gestellt, und das ist dann auch passiert, weil das die Geschäfte insgesamt erleichtert hat.⁶⁵ So sehr es naheläge, jetzt zunächst über das Verfahren zu beschließen – wann ist der Parteitag und treten wir alle zurück – so wenig kann ich dies befürworten. Ich würde es auch, soweit meine Kraft reicht, nicht zulassen. Denn es ist unmöglich für einen neuen Anfang, Herr Köppler, Vorwürfe hier stehen zu lassen, von denen ich eingangs sprach. Das geht ja nicht um Personen, sondern wenn das möglich sein soll in der Union, wird das ja auch für jeden anderen oder für den nächsten Vorsitzenden, ob er nun derselbe oder ein anderer sein wird, gelten. Das

63 Vgl. „Die Welt“ vom 15. Mai 1973 „Spitzen von CDU und CSU wollen künftig engeren Kontakt halten“.

64 Protokolle des Fraktionsvorstands nicht vorhanden.

65 Barzel hatte in der Sitzung des CDU-Präsidiums am 3. Februar 1967 vorgeschlagen, daß das Präsidium vor dem Parteitag geschlossen zurücktreten solle, da das Präsidium gemeinsam mit dem Vorsitzenden gewählt worden sei (Protokoll in ACDP 07-001-1401).

muß also weg. Und es muß etwas gesagt werden über die Sachpunkte, über die wir zu sprechen wünschen. Wenn wir nicht über Sachen sprechen wollen, würde ich das für falsch halten. Ich wollte dies zwischendurch sagen und dann in der Rednerliste fortfahren.

Stoltenberg: Ich möchte gerne zu dieser neuen Terminlage eine Vorbemerkung machen. Das muß dann am Montag so sein, ich will mich gegen die Veränderung nicht äußern. Nur, wir müssen heute hier noch für das Präsidium, die Kollegen Ministerpräsidenten und die Sachverständigen der Fraktion einen Termin finden, der es uns erlaubt, nun sehr bald zu einer gemeinsamen Sprache in der Stabilitätsdiskussion zu kommen und die nächste Sitzung des Bundesrates, wo wir das neue Paket bekommen, vorzubereiten.⁶⁶ Das gehört zur Generaldebatte, zur politischen Meinungsbildung unter uns. Es zeigt ja auch gleichzeitig die Schwierigkeiten, die es immer wieder geben wird. Aber wir dürfen hier nicht auseinandergehen, nachdem der Montagnachmittag-Termin jetzt verlegt wird, ohne einen neuen Termin zu finden. Ich mache im Augenblick keinen Vorschlag dazu. Zur Sache selbst will ich mich bemühen, Gesagtes nicht zu wiederholen.

Ich halte es auch für nötig, daß wir hier eine grundsätzliche Generaldebatte und eine tief angelegte Generaldebatte über die Lage der Partei führen. So wichtig die einzelnen Sachthemen sind – vom UNO-Beitritt bis zu denjenigen, die in Kommissionen behandelt werden –, wir müssen sie einordnen in die Frage der Lage der Partei und der Form, wie wir unabhängig jetzt von personellen Entscheidungen, die bevorstehen, eine wirksamere Kooperation zwischen den verschiedenen Bereichen finden. Ich sage gleich, daß dies schwierig sein wird, weil es hier gewisse Strukturprobleme gibt, die durch die Oppositionsrolle der Union nicht leichter werden. Daß dies eine tiefe Erschütterung für unsere Basis ist, will ich nur mit einem Satz unterstreichen, falls es darüber andere Meinungen im unserem Kreis geben sollte. Das mag örtlich unterschiedlich sein. Mein Eindruck ist nach den letzten Tagen, daß es uns zu einem denkbar schlechten Zeitpunkt trifft.

Aber ich will jetzt eigentlich auf die Grundsatzfragen eingehen, die hier aufgeworfen sind. Es sind verschiedene Fragen, die wir gestreift haben und denen z. T. Verschiedenes gesagt worden ist, Sachfragen künftiger Politik, die Einordnung von Einzelentscheidungen, wie diese sehr wichtige, aber nach meiner Auffassung nicht unbedingt zentrale außenpolitische Frage des UNO-Beitritts, Einordnung in eine künftige Politik insgesamt. Denn ohne diese längerfristige Perspektive werden wir aus Gründen, auf die ich noch eingehen werde, uns nach meiner Auffassung auch bei vielen anderen Detailinzelfragen der Außenpolitik und vielleicht auch der Innenpolitik auseinanderbewegen, wenn es nicht gelingt, in der Arbeitsweise der Union, aber auch in der Erar-

⁶⁶ Am 16. Mai 1973 begannen im Haushaltssausschuß des Bundestages die Beratungen über die Stabilitätsprogramme der Bundesregierung vom Februar und Mai 1973. Die CDU/CSU lehnte das Programm vorläufig ab. Vom 23. bis 25. Mai 1973 fand die Debatte im Bundestag darüber statt, danach wurde es in den Vermittlungsausschuß von Bundesrat und Bundestag überwiesen. Der Vermittlungsausschuß erarbeitete einen Kompromiß, der am 1. Juli 1973 in Kraft trat.

beitung gemeinsamer insoweit verbindlicher Gesamtperspektiven, die immer komplexen und sehr oft kontroversen Einzelfragen, mit denen wir uns im Bundestag und Bundesrat auseinandersetzen müssen, einzuordnen. Das berührt das andere Thema „Formen der Meinungsbildung“, das für uns schon in den 60er Jahren als Regierungspartei oft schwierig war. Es ist in der Opposition, vor allem nach dem letzten Wahlergebnis und seinen psychologischen Folgen, offenbar noch schwieriger geworden. Wir haben es hier mit der Partei zu tun. Wir haben es mit der Fraktion zu tun. Es ist zu Recht darauf hingewiesen, daß wir eine andere gesetzgebende Körperschaft haben, die eine besondere Rolle hat, weil wir da eine Mehrheit haben, was für die fünf Kabinette, die diese Mehrheit bilden, nicht eine Freude, sondern eine Last ist in dieser politischen Lage. Das möchte ich noch einmal sehr deutlich – ich glaube mit dem Einverständnis mit den an- und abwesenden Kollegen – sagen. Und schließlich haben wir es natürlich als vierten Faktor mit der anderen Partei, der Schwesterpartei, der CSU, zu tun.

Nun möchte ich hier in aller Deutlichkeit sagen, daß wir, wenn wir zu einem größeren Maß an Homogenität kommen wollen im Abstimmungsverhalten und in den Äußerungen, nicht umhin kommen, klarer als bisher und klarer als in dieser Frage, zu unterscheiden zwischen Ermessensfragen und Gewissensfragen. Das mag der einzelne im Grenzbereich unterschiedlich definieren, und das kann man nicht ganz festschreiben. Aber jedermann, der in einer wichtigen Einzelfrage eine andere Auffassung vertritt, wie etwa in dieser UNO-Beitrittsfrage, muß in Zukunft als Abgeordneter, als Ministerpräsident, als Vorstandsmitglied gründlicher, als es bisher manchmal geschehen ist, wirklich sich noch einmal prüfen, ob seine „dissenting vote“ eine Ermessensfrage ist, die man zurückstellen kann, oder ob sie eine Gewissensfrage ist, die respektiert werden muß. Und da gibt es Themen wie § 218. Das sind eindeutig – jedenfalls für die meisten – fast alles Gewissensfragen. Es gibt aber einen breiten Bereich von Ermessensfragen. Offen gesagt ist – ich würde hier die besondere Situation unserer Berliner Kollegen ausdrücklich unterstreichen – jedenfalls für die große Mehrheit der Kollegen, die ich kenne und mit denen ich gesprochen habe, dies doch wohl eine Ermessensfrage und nicht eine Gewissensfrage gewesen. Und ich möchte, weil es hier um ein außenpolitisches Thema geht, eines gerne hier sagen. Im Rückblick, jetzt nicht im Rückblick auf die Kontroversen der letzten Tage – dazu ist einiges gesagt, ich will darauf nicht weiter eingehen – im Rückblick auf die historische Perspektive der Union möchte ich eines bemerken. Ich habe zu meiner Überraschung festgestellt – hier waren natürlich solche Vorgänge, die Erinnerungen wecken, die auch weiter zurückliegen, an außenpolitischer Auseinandersetzung unter uns –, daß ich mittlerweile eines der dienstältesten Mitglieder des Bundesvorstandes bin, so an zweiter, dritter Stelle. Ich war im Alter von 26 Jahren, lieber Heinrich Köppler, als Vorsitzender der Jungen Union in diesen Kreis gewählt worden und kann jetzt auf eine fast 18jährige Dienstzeit zurückblicken.

Die Außenpolitik war in den 60er Jahren unter Konrad Adenauer das große Thema, mit dem wir neben der Wirtschaftspolitik Ludwig Erhards das Terrain gewonnen haben. Und die Außenpolitik ist in den 60er Jahren zunehmend eine Last für uns gewor-

den. Das muß man sehr klar und offen sagen. Veränderungen lagen nicht nur bei uns, sondern in den Verhältnissen in Europa und der Welt. Wenn ich an die vielen Debatten im Bundesvorstand und damals in der Fraktion zurückdenke, muß uns allen, die wir das erlebt haben und auch unseren Freunden, die hinzugekommen sind und es von außen erlebt haben, klar sein, daß viele Positionen, die damals von unseren führenden Politikern vertreten wurden, Spannungen verursacht haben. Ich nehme nur einmal das Stichwort Atlantiker und Gaullisten⁶⁷, und wir wissen, was daraus an Belastung für die Union erwachsen ist, daß das ein Stück für unseren Machtverlust schließlich gewesen ist. Freunde von uns, ich brauche sie nicht zu nennen, haben aus diesen Spannungen sich dem Gedanken der Großen Koalition sehr früh schon geöffnet. Die SPD war eine Partei der 35 %. Wir wissen heute rückblickend, wie relativ das alles geworden ist. De Gaulle hat eine andere Politik betrieben, als die deutschen Gaullisten, wie man sie nannte, unter uns meinten, und Kennedy hat auch eine andere Politik betrieben, als in der klassischen Zeit die Atlantiker meinten. Das muß uns eine Lehre und Warnung sein auf dem Feld der Außenpolitik, wo unendlich viele sich berufen fühlen. Das gilt auch für Fraktions- und Parteigremien. Das ist immer ein interessantes und schönes Feld. Ich habe – wenn auch bescheidene – Erfahrungen auf diesem Gebiet gesammelt und halte gelegentlich eine Rede, aber die Zahl derer, die sich da berufen fühlen, ist sehr groß – eine alte Tradition der Union übrigens. Da muß man sich sehr fragen, wieweit eine Einzelfrage jetzt wie der UNO-Beitritt wirklich eine Kardinal- und Gewissensfrage ist. Daß das Nein zum Grundvertrag für viele, ich sage das übrigens für mich auch, mehr als eine Ermessensfrage war, möchte ich betonen, daß das Ja oder Nein zur UNO im wesentlichen aber eine Ermessensfrage war. Ich sage noch einmal, ich sehe hier ein besonderes Problem vor allem unserer Berliner Kollegen. Das ist nach meiner Überzeugung genauso wichtig. Unser zentrales Ziel muß ja sein, und das ist die Perspektive für die Strategie, der sich alles außer den Grundsätzen unterordnen muß, die Wiedergewinnung der politischen Macht. Das ist eine Aufgabe unserer Freunde in der Fraktion, der Landesvorsitzenden, der Bundesvorstandsmitglieder, der Fraktionsvorstandsmitglieder, zu denen ich nicht mehr gehöre. Aber ich werde mir erlauben, meinen schleswig-holsteinischen Abgeordneten das auch in einem sehr eindringlichen Gespräch noch einmal zu sagen. Ich würde sehr dringend empfehlen, daß jeder der anwesenden Landesvorsitzenden gerade mit seinen Bundestagsabgeordneten noch einmal diese Bilanz unserer heutigen Sitzung und der Überlegungen durchspricht. Wir müssen erkennen, daß die Frage der Wiedergewinnung der politischen Führung überhaupt das zentrale Thema ist und alles, außer den Grundsätzen, sich hier unterzuordnen hat. In diesem Zusammenhang halte ich nun in der Tat es sachlich, aber vor allem in den politischen Wirkungen – ich habe es nicht öffentlich gesagt, weil ich auch nichts von den öffentlichen Erklärungen der letzten Tage zu dieser Kontroverse gehalten habe, obwohl bei mir sicherlich nicht weniger Journalisten waren wie bei an-

67 Vgl. Tim GEIGER: Atlantiker gegen Gaullisten. Außenpolitischer Konflikt und innerparteilicher Machtkampf in der CDU/CSU 1958–1969 (Studien zur Internationalen Geschichte 20). München 2008; Torsten OPPELLAND: Atlantiker und Gaullisten. In: SCHWARZ S. 67–84.

deren Anwesenden, die hier viele Erklärungen zu diesen Fragen ja nun hören wollten – für eine nicht richtige Entscheidung, gebe aber zu, daß man in der Argumentation des UNO-Beitritts auch andere Positionen vertreten kann. Nur hier geht es mir exemplarisch um die Frage, wie können wir zukunftspolitische Meinung bilden? Das ist das Problem. Hier habe ich ja ein Stück an der Meinungsbildung mitgewirkt.

Aber ich möchte noch einmal auf das Fundamentalproblem eingehen. Die Diskussion, der Beitrag von Herrn Dregger und auch die anders lautenden Beiträge haben ja eins klargemacht. Ich nehme nicht den anderen Punkt der Kontroverse, sondern nur einen hier. Es gibt hier ein fundamentales Spannungsverhältnis. Wir alle sind lange genug Abgeordnete im Bundestag – die einen kürzer, die anderen länger – oder in Landtagen oder sonst irgendwo. Natürlich ist jeder Abgeordnete ...

Barzel: Über den Gang dieser Debatte hier ist da also natürlich auszugsweise einiges von dem gesagt, was ich hier erklärt haben soll. Das ist fast alles korrekt. Nur es sind natürlich gerade die Punkte herausgenommen, die für eine bestimmte Interpretation des Vorgangs sehr wichtig sind. Das ist dann über den nächsten Ablauf der Debatte hier die Rede. Ich war nicht draußen, meine Mitarbeiter waren nicht draußen. Ich will hier niemand verdächtigen, vor allem nicht die Mitarbeiter der Bundesgeschäftsstelle.⁶⁸ Nur, meine Damen und Herren, daß Sie in dieser Lage den Vorsitzenden nicht als einen Mann darstellen können, der hier nur zur Verfahrensfragen des Verhältnisses zur CSU Stellung genommen hat, der überhaupt sich nur geäußert hat, wann ein Parteitag sein soll, daß er also wieder erscheint als ein Mann, der hier faktisch etwas sucht, während er eine inhaltliche Rede gehalten hat, das, meine Damen und Herren, ist doch eine Frage, die die Antragsteller von heute morgen bitte überlegen müssen. Entschuldigen Sie meine Erregung, aber das ist natürlich eine Sache, die einem die Hutschnur platzen läßt.

Stoltenberg: Ich glaube, wir sollten auf den Punkt vielleicht ... (*Barzel:* Entschuldigung, ich wollte ohnehin hier erklären, daß wir darüber eine kurze Geschäftsordnungsdebatte führen. Ich bin nämlich sachlich Ihrer Meinung, wenn solche Meldungen vorliegen, daß wir über die Form der Darstellung Ihrer Rede sprechen müssen.) Hier gibt es ein fundamentales Spannungsverhältnis zwischen dem Anspruch jedes Abgeordneten auch nach eigener Überzeugung, eigenem Ermessen zu entscheiden, in der Fraktion eine Meinung demokratisch zu bilden, und in Grenzen, die hier aus der Arbeit der Fraktion gesetzt sind, vor allem aber der Notwendigkeit, mindestens drei Partner Bundestag, Bundesrat und Partei miteinander zu koordinieren. Die Grenzen liegen in der Praxis der Fraktion. In der Zeit, in der ich ihr angehört habe – das sind immerhin 14 Jahre gewesen –, habe ich es nur bei bedeutenden Themen erlebt, daß die Fraktion pro Woche in ausreichender Präsenz länger als zwei bis drei Stunden beraten konnte. Dieser elementare Tatbestand darf aber bei einem bedeutenden Thema nicht durchbrochen werden. Dieser elementare Tatbestand langer parlamentarischer

68 Die Verärgerung Barzels beruhte auf den dpa-Meldungen über seine Ausführungen und den Verlauf der Diskussionen (u. a. dpa vom 12. Mai „CDU muß innenpolitisch wieder handlungsfähig werden“).

Wirklichkeit führt eben dazu, daß ein Plenum der Fraktion im Bundestag in der Regel gerade Mühe hat, die anstehenden politischen Dinge aus den Arbeitskreisen ordnungsgemäß zu behandeln. Sie werden oft schon bei unzureichender Präsenz behandelt, und deshalb muß ein Prinzip der Delegation von Entscheidung oder zumindest weitgehenden Entscheidungsvorbereitungen gewählt werden. Diese Sache wird verschärft dadurch, daß bei jeder Regierungsvorlage die fünf Länder der Union im Bundesrat vier Wochen vorher abstimmen müssen und daß deshalb ein Abstimmungsverfahren nur in wenigen Fällen aufgrund einer abgeschlossenen Meinung des Plenums der Fraktion erfolgen kann – in vielen Fällen dadurch, daß in Gremien Bundesvorstand, Präsidium unter Hinzuziehung der zuständigen Kollegen der Fraktion und der Benutzung der Arbeitskreisergebnisse eine gewisse Vorabstimmung erfolgt. Ich möchte dies nur sagen, weil ich auch der Meinung bin, daß von hierher gesehen es trotz der Grundrechte der Kollegen in der Fraktion, die niemand bestreiten kann, das Erfordernis eines gewissen Maßes an politischer Führung und Koordinierung geben muß, unabhängig von der Frage der satzungsmäßigen Stellung der Partei in ihrem Vorstand.

Ich hebe diesen praktischen Gesichtspunkt hervor, und unter diesem Gesichtspunkt würde ich sagen, daß vielleicht das eine oder andere noch besser hätte sein können, daß aber an sich zum Zeitpunkt des Votums im Bundesrat es eine, wenn auch auf schmalerer Ebene, erfolgte Abstimmung über das Thema des UNO-Beitritts gegeben hat, auch unter Mitwirkung von Sachverständigen der Fraktion, etwa des Kollegen Marx als Vorsitzendem des Auswärtigen Arbeitskreises. Ich möchte dafür plädieren, daß wir im Interesse der Schlagkraft und der Überzeugungskraft der Union in Zukunft intensiver als bisher den Versuch unternehmen und intensiver dafür werben, daß in solchen Fragen, in denen eine prinzipielle Abstimmung erfolgt ist, in denen es sich um Ermessensentscheidungen handelt, wirklich auch die Fraktion geschlossen und – wenn es nicht möglich ist – jedenfalls mit einer ganz großen Mehrheit dies als eine weitgehende Verpflichtung ansieht. Es sei denn, daß wirklich elementare bessere Überzeugungen oder gar Gewissensgründe dagegen sprechen. Dies scheint mir ein ganz entscheidender Vorgang zu sein. Es ist keine Theorie, meine Freunde.

Ich habe in der letzten Bundesratssitzung an sich gegen den Willen meines Kabinetts in einer Frage, die mir überhaupt nicht behagte, aus Solidarität meine Hand gehoben für den Antrag eines befreundeten Landes – in diesem Falle unserer bayerischen Freunde, die ja auch das bayerische Kabinett in der Frage des UNO-Beitritts mit uns konform bringen. Deswegen gibt es auch eine CSU-Diskussion und nicht nur eine CDU-Diskussion. Mit dem Antrag, der, wie ich höre auch in der Fraktion, starke Befürwortung fand – ich weiß nicht, ob es einen Beschluß gibt der bayerischen Staatsregierung zur vorgezogenen Kriegspopferversorgung – bin ich materiell vollkommen einverstanden, Herr Kollege Katzer. Ich war dagegen, ihn in dem Augenblick – um das offen zu sagen, das ist meine persönliche Meinung, auch die meines Kabinetts – zur Abstimmung zu bringen, in dem die Sprecher der Fraktion noch entschiedener als die der Partei oder wir Länder massiv die Senkung der Haushaltsausgaben in der Konjunkturdebatte fordern. Ich habe es (*Katzer*: Das ist ein Musterbeispiel dafür, wie es nicht gehen kann. Diesen Entwurf hat die CSU, ohne mit uns überhaupt zu sprechen,

nach einer Vorstandssitzung der Fraktion in die Presse⁶⁹ lanciert, ehe der Fraktionsvorstand überhaupt informiert war.) Die Einzelheiten waren mir nicht bekannt, aber er lag (*Katzer*: Das ist ein sehr gutes Beispiel.) als formeller Antrag vor, und ich nehme ihn deshalb als Beispiel dafür, wenn ich hier für Solidarität plädiere, um zu sagen, auch uns wird Solidarität abgefordert. Wenn wir die in dieser Wahlperiode ganz entscheidende Frage, ob die Bundesratsmehrheit bei behutsamer, aber wirksamer Handhabung eine Bedeutung hat, ob die fünf Länder solidarisch bleiben, ob wir jedenfalls in den wesentlichen Fragen im Bundestag und Bundesrat einvernehmlich abstimmen, als eine entscheidende Frage ansehen, dann stellt sich natürlich dieses Problem mit einer etwas anderen Gewichtung. Es ist ganz klar, daß wir Methoden weiterentwickeln müssen, vor allem aber eine Gesinnung entwickeln müssen, in der wir – wenn es nicht unüberwindbare Hindernisse gibt und Gründe – zunächst einmal bereit sind, das, was in einem dafür doch kompetenten Gremium – wenn auch nicht mit allen besprochen – zur Richtschnur gemeinsamen Handelns zu machen.

Meine Freunde, dies ist mehr als nur ein Appell auf Wohlverhalten, sondern der Versuch, einen gewissen Mechanismus aufzuweisen. Die Opposition hat es hier schwerer als eine Regierung. Eine Regierung handelt oft auch in einem Zwang und manchmal für das geringere Übel, aber sie kann ihre Vorlagen selbst bestimmen. Wir werden es vier Jahre erleben in der Außen- und in der Innenpolitik, daß wir permanent über Vorlagen abstimmen, die wir im Inhalt nicht bestimmt haben. Von denen wir eben sagen, 70 % sind gut, 30 % schlecht oder auch mal sagen, 51 % sind schlecht und 49 % sind gut. Das ist das Fatale einer Opposition. Und deshalb eröffnet sich auch in der Sachbewertung, weil es ja sich um nur gute oder nur schlechte Vorlagen handelt, bei uns natürlich nicht nur in der Außen-, sondern – dies sehe ich sehr deutlich, wenn sich das nicht fundamental ändert – auch in der Gesellschafts- und Innenpolitik, die Gefahr der permanenten Spaltung unserer Fraktion bei Abstimmungen. Das Feld der Außen-, Gesellschafts- und Innenpolitik wird natürlich eine wesentlich größere Rolle gewinnen in den kommenden Jahren als in der bisher von der Außenpolitik bestimmten Periode. Und deshalb ist das nicht nur eine Frage des Appells, das ist notwendig, das ist hier auch geschehen, sondern ich möchte einmal sagen des wirklichen Situationsverständnisses unserer Partei und der Dinge, die in den kommenden drei Jahren auf uns zukommen. Wenn wir aus noch so guten Gründen – wohl erwogen vom einzelnen Abgeordneten in seinem Wahlkreis im Für und Wider oder der Länder – permanent gegeneinander abstimmen, wenn das von der Ausnahme, wo es möglich wird, zur Regel wird, meine Freunde, dann haben wir nach meiner Auffassung keinerlei Ausgangsvoraussetzungen für eine Änderung der Mehrheit.

Dieses Bewußtsein der elementaren Solidarität im Verhalten müssen wir in unserer Partei wieder wecken, weil uns die institutionelle Klammer einer Regierung fehlt. Wir alle, die wir in Regierungen waren oder noch sind, wissen, daß natürlich eine Regierung in sich eine institutionelle Klammer darstellt. Es entscheidet das Kabinett. Die Minister sind daran gebunden. Es gibt jedenfalls in einer intakten Zeit ein gewisses

69 Vgl. dpa vom 13. März 1973 „CSU will auch Kriegsopferrenten zum 1. Juli anpassen“.

Maß an Solidarität von Fraktionen gegenüber der Regierung. Dies alles haben wir jetzt nicht. Das müssen wir vollkommen klar erkennen. Und dies wird in den kommenden vier Jahren, wie ich glaube, eher schwerer als in den letzten drei Jahren.

Nun sage ich dazu noch etwas Abschließendes. Es ist die Frage natürlich auch des Umgangs miteinander. Da gibt es in den 60er Jahren auch ein paar nicht sehr gute Vorgänge, die uns geschadet haben. Wir müssen diese Form der öffentlichen harten, zugespitzten Kontroverse unter uns wieder aufgeben. Das darf auf keinen Fall so weitergehen. Weil wir in einer Zeit, wo wir Vertrauen neu zurückgewinnen müssen, oder aber bei anderen erstmals gewinnen müssen – und hier sind gerade auch viele junge Menschen in ihrem Empfinden sehr sensibel –, nicht in dieser zugespitzten Form miteinander reden dürfen, wie das nun teilweise geschehen ist. Ein Problem unter uns, natürlich auch ein Problem der Diskussion mit der CSU. Ich stimme dem zu, was Helmut Kohl und andere sagten, daß das großenteils unsere Probleme sind und nicht Probleme an der Nahtstelle CDU-CSU. Einiges ist da auch in den Gewichtigungen dann unterschiedlich. Aber das möchte ich hier sehr deutlich sagen. Eine Frage muß, damit die Luft wieder klarer wird, jetzt auch mit der CSU wirklich ausdiskutiert werden. Das ist diese immer wieder aufkommende Debatte über die sogenannte vierte Partei. Ich sage das hier, was ich im Präsidium gesagt habe, was andere hier schon gesagt haben, mit allem Nachdruck: Mit dieser Hypothek können wir nicht weiterleben. Wir können auch nicht eine Konsolidierung der Union insgesamt erreichen, wenn das eine Unbekannte bleibt und man auf Anfragen allenfalls ausweichende Auskünfte bekommt. Ich will da jetzt nicht in die Einzelheiten hineingehen. Dies muß Gegenstand eines gründlichen, fundamentalen, freundschaftlichen, aber auch ganz offenen Gesprächs unter uns sein, weil dies aus der Welt kommen muß in einem Sinne, zu dem wir uns als Präsidium und Vorstand mehrfach hier ausgesprochen haben, wenn wir die klarere Luft haben und die ganze Verquickung von Sach- und Gruppen- und vielleicht auch Personalfragen, von denen hier teilweise gesprochen wird, wirklich endgültig überwinden wollen. Ich glaube, daß dies schlechthin der entscheidende Punkt ist, und ich möchte nur sagen, ich stimme dem Vorschlag des Vorsitzenden zu, einen Parteitag unter den hier genannten Voraussetzungen und nach der hier geführten Diskussion zur Frage der Neuwahl des Vorsitzenden, des Präsidiums, des Vorstandes jetzt im Juni durchzuführen.

Die Tatsache, daß der Vorsitzende hier den Vorschlag formell gemacht hat – vorher hat es Anregungen gegeben –, muß auch in der Berichterstattung festgehalten werden. Ich halte das für richtig, daß dies ein Vorschlag des Vorsitzenden ist. Dies führt dazu, daß wir eine Gesamtneuwahl des Vorstandes haben. Ich würde den Ausdruck Rücktritt allerdings auch vermeiden. Es handelt sich darum, daß wir bei einer Terminwahl die satzungsmäßige Periode um ein Vierteljahr abkürzen. Die satzungsmäßige Neuwahl erfolgt etwa ein Vierteljahr eher. Das ist, glaube ich, die richtige Form der Darstellung. Und ich unterstreiche als letztes, das wird uns dann am 19./20. hier beschäftigen, daß wir auf dem Parteitag in Hamburg wirklich eine weiterführende Diskussion über Sachfragen brauchen. Ich greife das noch mal auf aus folgendem Grunde, Herr Kollege Barzel: Zwischenbericht der Grundsatzkommission, Einzelfragen, Boden-

recht, Berufsbildung, Ankündigung über die Debatte über die Mitbestimmung, das zeichnet sich ab. Wir müssen aber bei aller Bedeutung dieser Einzelfragen und bei aller großen Bedeutung der Grundsatzkommission und ihres Berichts, uns noch einmal genau überlegen, ob wir in der programmatischen Konfrontation mit dem SPD-Parteitag in Hannover⁷⁰ nicht noch etwas stärker als nur mit Einzelthemen auch eine praktischere ordnungspolitische Diskussion über die Zukunft unserer Wirtschaftsordnung in der Bundesrepublik Deutschland führen müssen. Herr Kollege Schäfer, das scheint mir – nach der Art, wie Hannover diskutiert hat, und die Wirkungen, die ausgegangen sind, aber auch wegen bestimmter Strukturen und ordnungspolitischer Wirkungen dieser neuen Stabilitätspolitik und der Inflation nicht zuletzt – eine Sache zu sein, die wir nicht auf Einzelfragen reduzieren können, so wichtig sie sind, Bodenrecht, berufliche Bildung, Mitbestimmung. Wir müssen über diese Einzelthemen hinaus – und es ist vielleicht möglich, das in einer Einordnung dieser Einzelthemen zu tun – eine sehr konkrete anspruchsvolle, von der Bevölkerung als Alternative zu Hannover empfundene Aussage zu den ordnungspolitischen Fragen der Wirtschaftspolitik machen. Ich hebe dies als einen weiteren Punkt für die kommenden Überlegungen hervor und danke Ihnen. (*Beifall.*)

Barzel: Zur Geschäftslage Kollege Kiesinger!

Kiesinger: Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren, es ist wirklich empörend, was wir hier wieder erleben mußten. Der Vorsitzende zeigt mir eine dpa-Meldung, in der nun in Auszügen wiedergegeben ist, was er gesagt bzw. gesagt haben soll. Er hat vollkommen recht, wenn er eben sagte, vorhin wird diskutiert, ob seine Rede publiziert werden soll. Und nun muß er zusehen, wie irgend jemand die Presse mit diesen Brocken gefüttert hat. Ich mache gleich darauf aufmerksam, in diesen dpa-Meldungen steht eine Sache – nicht in dieser, sondern eine andere, habe ich eben mit dabeiliegen sehen –, wo ich in meiner Eigenschaft als amtierender Fraktionsvorsitzender angesprochen worden bin und wo ich zu Dingen Stellung genommen habe, die mit dieser Vorstandssitzung überhaupt nichts zu tun haben und wo ich ausdrücklich gesagt habe zu den Journalisten, die etwas von mir wissen wollten, von dieser Vorstandssitzung erfahren Sie von mir kein einziges Wort. Herr Neusel⁷¹ war dabei. Ich habe es nun satt, meine Damen und Herren, selbst wenn mich ein menschliches Rühren ankommen sollte, überlegen zu müssen, gehst nun raus oder bleibst du hier sitzen, damit du nicht in Verdacht kommst, aus diesem Gremium etwas auszuplaudern. Was sind das für Zustände? Ich kann nur sagen, der, der das gemacht hat, soll sich mal überlegen, ob das noch mit den Grundsätzen von Anständigkeit vereinbar ist. (*Beifall.*) Nun es sind einfach Auszüge, aber eben Auszüge. Es ist das Gesamtbild dessen, was der Vorsitzende ...

70 Vom 10. bis 14. April 1973. Vgl. Nr. 34 Anm. 4.

71 Hans Neusel (geb. 1927), Jurist; 1958/59 Tätigkeit in der Montanindustrie, 1959–1963 Mitarbeiter im Bundesministerium für Wirtschaft, 1963–1973 Referent im Bundeskanzleramt (1969–1973 Leiter des Büros von Kurt Georg Kiesinger im Bundeshaus), 1973–1979 Leiter des Büros von Karl Carstens, 1979–1984 Staatssekretär und Chef des Bundespräsidialamtes, 1985–1992 Staatssekretär im Bundesministerium des Innern.

Barzel: Eben nicht das Gesamtbild, sondern alle Sachen, die mit Verfahren, mit Taktik, mit Terminen zusammenhängen und nichts von den Sorgen, die ich habe, nichts von der Politik, nichts von den Vorschlägen, überhaupt nichts. Ich bringe das schon in Ordnung, da können Sie sich drauf verlassen. Das ist ein unmöglicher Zustand, was hier passiert, meine Damen und Herren.

Stoltenberg: Herr Kollege Barzel, Sie haben doch die Möglichkeit – es ist jetzt 15.00 Uhr –, daß Sie, Herrn Weiskirch oder jemand, der Ihren Text schriftlich hat, die entscheidenden Dinge noch einmal herausholt. Die müssen dann eben, das ist meine Meinung, nach diesem Vorgang unter Ihrem Namen herausgehen, und es muß eine anständige Berichterstattung auch über Ihre Ausführungen gesichert sein.

Barzel: Also, Herr Weiskirch, machen Sie mal was zusammen.

Katzer: Gebt doch die ganze Rede raus. Sonst kommt doch wieder ein anderer Eindruck.

Echternach: Meine Damen und Herren, ich habe mich bisher in der Öffentlichkeit zurückgehalten, was die Bewertung des Schritts von Herrn Dr. Barzel vom letzten Mittwoch angeht. Ich fühle mich deswegen legitimiert, hier dazu einiges zu sagen. Ich glaube, daß Herr Dr. Barzel es ernst gemeint hat und insofern sein Entschluß zu respektieren ist, wenn er meint, mit seinem Entschluß der Union gedient zu haben. Ich bin aber der Auffassung, daß das im Ergebnis nicht richtig ist, daß im Ergebnis mit diesem Schritt der Union nicht gedient worden ist, sondern der Union geschadet worden ist. Aus der Führungsdiskussion mit dem Parteivorsitzenden ist eine chaotische Führungssituation draußen entstanden für diese Partei, und ich meine, daß der Fraktionsvorsitzende dazu auch nicht berechtigt gewesen ist. Man muß als Fraktionsvorsitzender auch hinnehmen, gerade wenn man offene Diskussionen und offene Abstimmungen will, daß man in der Minderheit bleibt. Und wenn man selbst eine Entscheidung für so gravierend hält, daß man meint, daraus Konsequenzen ziehen zu müssen, dann muß man vorher die Abgeordneten darauf hinweisen. Denn dann muß jeder Abgeordnete abwägen, ob er in diesem Fall seiner sachlichen Überzeugung in der zur Debatte stehenden Entscheidung den Vorrang gibt oder aber ein Führungsdesaster in Kauf nehmen will, was dann die Konsequenz des Rücktritts des Vorsitzenden wäre. Ich persönlich bin selbstverständlich immer für den UNO-Beitritt gewesen. Aber wenn ich ungeklärt vor eine solche Situation gestellt worden wäre, daß der Fraktionsvorsitzende ein umgekehrtes Votum verlangt hätte, nämlich gegen den UNO-Beitritt zu stimmen, andernfalls er zurückgetreten wäre, dann hätte ich jedenfalls angesichts der Dimension dieses Ergebnisses gegen den UNO-Beitritt gestimmt, weil ich meine, daß dies die nachrangige Frage ist gegenüber der Führungsfrage, die wir jetzt und heute haben.

Ich meine darüber hinaus, daß die Führung der Opposition eine so wichtige Frage ist, daß sie nicht allein in den persönlichen Aspekten gesehen werden kann, sondern daß man hierbei auch die Konsequenzen für die Union in der Öffentlichkeit sehen muß. Das Desaster ist vollkommen und gerade im gegenwärtigen Zustand doppelt schlimm, weil wir uns hier eben als besonders konstruktive Opposition erwiesen haben in einem Zeitpunkt, zu dem die Regierung im Grunde ihre schwärzeste Stunde hat,

nämlich das Eingeständnis des Scheiterns ihrer Wirtschafts- und Stabilitätspolitik. In einer solchen Situation spricht niemand über Stabilität und über das wirtschaftspolitische Desaster, sondern es spricht alles über die Ostpolitik, über die Haltung der CDU zur UNO und über die Führungsprobleme der Union. Ich meine aus diesem Grunde, daß wir schnellstens einen Sonderparteitag brauchen, der jetzt mit Recht als ordentlicher Parteitag bezeichnet worden ist, um die Führungsdiskussion zu beenden. Ich meine auch, daß man es hierbei nicht nur reduzieren kann auf eine Frage CDU-CSU, solange wir diese Konstruktion haben – wir haben sie immerhin seit 1949, und wir werden sie vermutlich noch länger haben –, solange kann es hier nicht nur darum gehen, dieses Verhältnis institutionell zu bereinigen und auch in Zukunft immer wieder auftauchende Sachfragen zu besprechen, sondern es muß dann darum gehen, die CDU mit der notwendigen Geschlossenheit in dieser Fraktionsgemeinschaft zu führen. Ich meine, daß es hier vor allem anzusetzen gilt, wenn wir hier als Bundesvorstand der CDU zusammen sind, dazu zu kommen, daß die CDU dann in der Fraktionsgemeinschaft als geschlossener Block auftritt, wie die CSU das tut, daß es hier darum gehen muß, die CDU geschlossen in diese Diskussion zu führen und daß wir hier vor allem anzusetzen haben. Ich meine darüber hinaus, daß wir sehen sollten, daß die Führungsdiskussion auch in der Fraktion möglichst bald beendet wird. Ich weiß nicht, wozu es führt. Der Fraktionsvorsitzende, der Parteivorsitzende hat wegen des Antrags kurz angesprochen, daß man erst einmal diverse Probleme klären müßte, bevor man den Fraktionsvorsitz neu besetzt. Ich weiß nicht, ob das dazu führen soll, daß die Wahl des Fraktionsvorsitzenden in der nächsten Woche abgesetzt werden soll. Offenbar nicht, dann ist das ein Mißverständnis. Ich meine, daß auch hier so schnell wie möglich eine Klärung erfolgen sollte. Es ist dann die Aufgabe des Parteivorsitzenden und auch des Generalsekretärs, nicht Öl ins Feuer zu gießen, sondern Öl auf die Wogen zu gießen. Das heißt, dazu beizutragen, daß auch abweichenden Meinungen Respekt gezollt wird, daß nicht Gegensätze neu aufgezeigt, in neue Dimensionen hineingezogen werden. Das war vor allem auch meine eingangs geäußerte Kritik an der Rede des Parteivorsitzenden, daß ich den Eindruck hatte, daß die Gräben nicht geglättet, sondern vertieft würden. Es sollte jetzt alles getan werden, um aus der Situation nicht mit neuen Grabenkämpfen herauszukommen, sondern mit eben einem größeren Maß an Geschlossenheit der Union.

Blüm: Ich habe auch heute hier den mehrfachen Aufruf zur Einheit gehört und gegen Spaltung. Ich muß sagen, mich berühren solche Appelle gegen die Spaltung etwas makaber. Denn das scheint mir ja die Schlacht im falschen Saale zu sein. Ich kenne niemand in diesen Raum, der von einer vierten Partei gesprochen hat. Ich kenne auch niemand, der die Fraktionsgemeinschaft auflösen wollte. Aber ich kenne sehr wohl jemand, der am Mittwochabend im Westdeutschen Fernsehen wieder das Modell der vierten Partei angeboten hat, der Vorsitzende der Christlich-Sozialen Union.⁷² So et-

⁷² Interview am 9. Mai 1973 mit dem WDR-„Tagesmagazin“ (BPA Abt. Nachrichten Referat II/4).

was ist nicht auf einer Akademietagung als Beitrag zur Klärung des politischen Kräfteverhältnisses, sondern am Mittwochabend in einer ganz bestimmten Situation dieser Partei geschehen. Nur damit wir das klar haben und uns nicht nach der Melodie „Halte den Dieb“ den Problemen nähern. Das halte ich in der Tat für etwas makaber.

Zum zweiten, ich glaube nicht, daß wir die Situation, in der wir jetzt stehen, mit vordergründigen Einheitsappellen lösen. Auch nicht mit dem Appell, Herr Ministerpräsident Filbinger, Einheit fast um jeden Preis. Eine solche Einheit ist nicht glaubwürdig. Wenn wir uns in einer konzeptionellen Ratlosigkeit befinden, dann kann Integration nur durch Sachentscheidungen geschehen und nicht durch eine oberflächliche Integration, die nur formal ist. Das ist nicht die Lösung. Dann wird der Vorsitzende, wie immer er heißt, nach vier Wochen dort stehen, wo er vier Wochen früher gestanden hat, nur mit neuen Fragen. Das ist ja auswechselbar. Anstelle von UNO gibt es dann ein paar andere Fragen, die den gleichen Scherbenhaufen bedeuten. Wenn die Situation etwas Positives hat, dann daß wir jetzt die Chance haben, in der Tat prinzipiell auch mal nachzufragen, wie denn die Richtung weitergeht, an welcher Weggabelung wir uns befinden. Wir müssen dabei alle Risiken dieser Diskussion einkalkulieren. Alle Risiken, auch was das Verhältnis CDU-CSU anbetrifft, sonst ist diese Diskussion nicht glaubwürdig. Damit habe ich nicht das Modell einer Spaltung angeboten, sondern ich bin der Meinung, daß man nicht sich in die Position begeben darf, daß auf keinen Fall alles beim Alten bleiben müsse. Denn das gibt, wie die Erfahrungen zeigen, unseren Partnern immer einen Vorsprung.

Was den Parteitag angeht, Vorverlegung, nicht Vorverlegung, so warne ich nur vor einem, daß wir uns sozusagen darauf einigen, jetzt wählen wir eine Person und anschließend verpassen wir dem die notwendige Politik. Das wäre eine Mißachtung der Person, wie immer sie heißt. Es muß zumindest vor diesem Parteitag doch noch einiges programmatisch sachlich geklärt werden. Denn ich finde, daß Personen immer für eine Politik stehen und nicht umgekehrt, daß man nicht jemand wählt, der nachher mit einer bestimmten Politik ausgestattet wird. Dazu gehört – es sind ja schon einige Punkte genannt worden – Atomsperrvertrag, daß man mal an dieser Stelle klärt, wie es weitergeht. In der Gesellschaftspolitik, da brauchen wir keine neue Programmdiskussion, da müssen wir an ein paar Punkten sozusagen die Eckfahnen zeigen, wo das Spiel weitergeht. Wir werden das Spiel nicht vorwegnehmen für die nächsten zwei Jahre. Dazu gehört Mitbestimmung. Vielleicht können wir uns auch nach den Aussagen heute morgen darauf einigen, daß die Mitbestimmungslösung im Spielfeld des Gleichgewichts der Partner liegt, daß in der Mitbestimmungsdiskussion jener elende Vorwurf, daß die Mitbestimmungsanhänger Sozialisten seien, wekommt. Wenn die Mitbestimmungsdiskussion mit diesen Waffen geführt wird, kann ich nur sagen, steht am Ende – wie immer die Entscheidung ausgeht – ein Scherbenhaufen. Vielleicht können wir uns darauf verständigen, daß das ausscheidet. In der beruflichen Bildung weiß ich auch, daß wir jetzt nicht aus dem Handgelenk den Parteitag vorwegnehmen und ein perfektes Programm vorlegen können. Aber vielleicht müßte geklärt werden, ob wir so weit sind, daß wir die Kammern nicht tabuisieren und unter Naturschutz stellen. Wenn wir das tun, würde ich nämlich sagen, können wir uns die Anstrengung sparen, in der be-

rufflichen Bildung programmatisch uns festzulegen. Das wird uns nicht abgenommen werden. Das dazu.

Ich wollte keine weiteren Aufgaben nennen. Zukunftsbewältigung scheint mir die Hauptaufgabe zu sein. Nur eins hat mich heute morgen an der Diskussion doch etwas amüsiert, das will ich gerne mit Genugtuung feststellen. Was das Verhältnis Vorstand-Partei betrifft, so war ich immer der Meinung, wenn das Parteimitglied die Möglichkeit haben soll, sich an der Meinungsbildung zu beteiligen, nicht nur Plakate zu kleben, sondern auch an bundespolitischen Entscheidungen argumentativ teilzunehmen, dann müssen wir die Diskussion auch offen führen, bevor in diesem Vorstand Entscheidungen fallen. Ich habe mir von Ihnen, Herr Dregger, immer sagen lassen müssen, daß Vorstandsmitglieder zunächst ihre Meinung hier in diesem Vorstand zu sagen hätten, bevor sie auf den Marktplatz gehen. Ich muß sagen, ich habe mich dieser Empfehlung nie angeschlossen. Nur stelle ich jetzt fest, daß Sie nicht in diesem Vorstand, sondern in aller Öffentlichkeit, obwohl heute der Vorstand tagt, die Vorverlegung des Parteitages verlangt haben. (*Dregger*: Hat Herr Köppler auch getan.) Ja gut, auch Herr Köppler. (*Barzel*: Das ist nur intendiert worden vom Generalsekretär, im Gegensatz zu mir.) Ich habe nur jetzt festgestellt, daß Sie sich offensichtlich meiner Meinung anschließen, daß auch Parteivorstandsmitglieder in Vorvorstandssitzungen öffentlich auf den Marktplatz gehen dürfen. Ich wollte nur mal die Frontverschiebung hier begradien, was das Verhältnis Partei, Fraktion, Vorstand anbelangt. Wenn wir schon in institutionellen Kategorien denken – nur um da mal einen Fahrplan kundzumachen –, dann finde ich es etwas merkwürdig, daß ausgerechnet eine Landesgruppe, Herr Dregger, zur Vorverlegung des Parteitages Stellung nimmt. Auch das sind institutionelle Verwischungen. Ich wollte bloß, wenn wir das schon diskutieren, das Ganze auch auf das Schlachtfeld führen. Herr Kraske, Ihnen möchte ich Dank sagen, daß Sie diesen Brief geschrieben haben, denn auch das gehört zu meinem Verständnis von Partei, daß das ein Geben und Nehmen ist und daß das Parteimitglied aus erster Hand erfahren soll, wie die Fakten liegen, auch dann wenn diese Fakten im Gegensatz beispielsweise zur Schwesterpartei CSU stehen. Denn diese Schwesterpartei bevorzugt, solche Unterschiede nicht mit Briefen des Generalsekretärs zu klären, sondern mit hochnotpeinlichen Artikeln im „Bayernkurier“. Das ist noch eine sehr viel perfektere Bedienung der Mitglieder, als Sie es bevorzugt haben. Ich bedanke mich, daß Sie die dezentere Tour angesteuert haben. Aber notwendig war es, das wollte ich doch noch feststellen.

Kraske: Als ich meine Erklärung des Bedauerns abgegeben habe, war mir die Erklärung von Herrn Köppler nicht bekannt. Zweitens, Herr Dregger, Sie haben öffentlich bekanntgegeben einen Antrag, den Parteitag vorzuverlegen. Herr Köppler hat gesagt, dies müsse im Bundesvorstand erwogen werden. Ich glaube, auch dieses ist vor einer Bundesvorstandssitzung ein gewisser Unterschied.

Windelen: Diese Sitzung ist aufgelöst worden durch eine Mehrheitsentscheidung der Fraktion, die nach meiner Überzeugung sicher weit überwiegend aus sachlichen Erwägungen getroffen worden ist. Ich bin davon überzeugt, daß die weit überwiegende Mehrheit damit nur in einer Sache votieren, aber keinerlei darüber hinausgehenden Konsequenzen verbinden wollte. Ich habe diese meine Auffassung auch dem Vor-

sitzenden mitgeteilt. Ich habe ihn gebeten, ehe er einen weitergehenden Entschluß, eine weitergehende Konsequenz aus dieser Sachentscheidung trifft, doch die Vertrauensfrage zu stellen. Er hat aus seinen Gründen anderes entschieden. Wir haben das zu respektieren, und ich nehme das selbstverständlich auch so hin, wie es geschehen ist. Ich gehöre zu denen, die sich durch den Brief von Herrn Kraske und auch durch die Erklärung des Vorsitzenden beschwert gefühlt haben, und ich habe das beiden Beteiligten selbst mitgeteilt. Ich hätte es sonst hier zur Sprache gebracht, aber ich wäre, und das unterscheidet mich von Ihnen, Herr Dr. Dregger, damit nicht in die Öffentlichkeit gegangen, solange ich die Möglichkeiten eines internen Gesprächs nicht ausgeschöpft hätte. Ich meine, wir könnten es uns nicht leisten, solange wir die Möglichkeiten des internen Gesprächs und Ausgleichs nicht ausgeschöpft haben, an die Öffentlichkeit zu gehen mit so harten Vokabeln wie Unverantwortlichkeit, Ungeheuerlichkeit, schwerer Schaden. Denn bei aller Notwendigkeit sachlicher Klärung und auch bei aller Notwendigkeit sachlicher Entscheidungen steht im Vordergrund, daß wir uns gegenseitig bei aller Meinungsverschiedenheit achten und schonen sollten. Denn wir wissen heute nicht, wann wir uns noch einmal brauchen. Und ich muß sagen, das ist mir besonders deutlich geworden in dieser Woche bei dem großen Dienst, den uns Dr. Kiesinger in dieser Woche geleistet hat. Das war nur möglich dadurch, daß seine Position intakt geblieben und seine Autorität unangetastet geblieben war über alle personellen Entscheidungen, die wir in der Zwischenzeit getroffen hatten. Ich meine, wir sind uns diese Rücksicht auch besonders aus unserem Namen, aus dem „C“ in unserem Namen, gegenseitig schuldig. Ich möchte sehr herzlich an uns alle appellieren, daß wir diese Rücksicht in Zukunft mehr beachten als in der Vergangenheit. Wir werden es noch nötiger haben als in der Vergangenheit.

Ich bekenne mich nachdrücklich zur politischen Führungsrolle der Partei. Ich bin ein ganzes Stück länger in der Partei als in der Fraktion. Und ich bin selbst Vorsitzender einer Landespartei. Aber ich möchte das auch sehr deutlich sagen, das Präsidium ist nicht die Partei. Und, Herr Vorsitzender, nur der Klarheit wegen noch einmal, sie haben das interpretiert, aber am Anfang Ihrer Ausführungen war das wieder mißverständlich. Unwidersprochene Berichte des Vorsitzenden sind nicht mit Zustimmung oder auch nur Tolerierung oder auch nur Hinnahme gleichzusetzen. Ich warne sehr nachdrücklich vor einer solchen Interpretation. Das führt zu solchen Meinungsverschiedenheiten. Das führt dann zu den Folgerungen, die sich auch in diesem Fall ergeben haben. Ich unterstelle keinem eine Absicht, aber wir müssen erkennen, wenn wir nach vorne diskutieren, daß wir aus diesen Entwicklungen lernen müssen, damit sie sich nicht wiederholen. Der UNO-Beitritt, die Frage des UNO-Beitritts ist vom Vorsitzenden – das ist seine Entscheidung – als eine Frage angesehen worden, die so wichtig war, daß er deswegen seinen Rücktritt damit verbunden hat.

Auch die Fraktion konnte deswegen doch der Meinung sein, daß es eine so wichtige Frage sei, daß eine gründliche und rechtzeitige Meinungsbildung dazu hätte stattfinden müssen. Diese Haltung lag, meines Erachtens, auch der Entscheidung der Fraktion zugrunde, ob zu recht oder zu unrecht – Kollege Stoltenberg hat dazu ja einiges gesagt –, Gewissensentscheidung oder Sachentscheidung, in der das Gewissen nicht

gefordert ist. Ich möchte das von mir aus gern unterstreichen. Aber in diesen Tagen ging uns ja von der Bundesgeschäftsstelle zu das Interview des Vorsitzenden aus dem „Spiegel“ vom 7. Mai.⁷³ Ich bin hier auf eine Passage noch einmal hingewiesen worden, wo der Vorsitzende wörtlich, es ist sehr kurz, über die zweite Phase der Volkspartei folgendes mit meiner vollen Zustimmung – ich möchte das unterstreichen – ausgeführt hat: „Die zweite Phase der Volkspartei heißt für mich, ein Problem sachlich auf den Tisch legen, ohne Manipulation durch die Führung, dann sorgfältige Diskussion, am Schluß Mehrheitsentscheidung. Das will ich.“ Das heißt dann, das sei gefährlich für den Vorsitzenden oder für die Union. Ich sage Ihnen, es wäre gefährlicher für die Union und für den Vorsitzenden, wenn er diesen Weg nicht ginge. Wir haben gesehen, wie gefährlich das für den Vorsitzenden und die Union ist, wenn der Eindruck entsteht, daß dieser Weg in einer Einzelfrage nicht gegangen wird oder wenn man das unterstellt.

Ich möchte nicht länger bei der Vergangenheit verharren. Ich glaube, wir müssen jetzt wirklich nach vorn schauen. Ich brauche nach dem, was hier ausgeführt worden ist, nicht mehr sehr viel zu sagen und möchte nichts wiederholen. Wir haben, Kollege Köppler, uns in allen Phasen auch der Entscheidung der Landesverbände gegenseitig abgestimmt. Ich kann deswegen zum Sachlichen das unterstreichen und unterstützen, was er gesagt hat, was die Notwendigkeit einer inhaltlichen Standortbestimmung anbelangt. Aber ich warne auch hier, Kollege Blüm, davor, jetzt durch Entscheidungen der Spitzengremien in Einzelheiten Festlegungen zu treffen, ehe die Diskussion in der Partei darüber stattgefunden hat. Wir können Eckpunkte setzen. Ich meine, die hätten wir gesetzt. Ich meine, wir hätten ein Programm von Wiesbaden, wir hätten die Fraktionsbeschlüsse hinsichtlich der Richtung, wir hätten Beschlüsse auch über das Verfahren zwischen CDU und teilweise auch CSU. Dazu stehe ich. Das unterliegt bei mir keinem Zweifel. Wenn sich das noch etwas mehr konkretisieren läßt im Rahmen dieser unbestrittenen Grundsatzbeschlüsse, kämen wir einen Schritt weiter. Dagegen hätte ich nichts einzuwenden, aber ich warne davor, jetzt zu verlangen, daß wir die Diskussion und die Entscheidung vorwegnehmen, die durch die Diskussion in der Partei ja erst getroffen werden soll. Ich möchte das unterstreichen, was Köppler und andere zum Verhältnis zur CSU gesagt haben. Und ich möchte das unterstützen, was Herr Köppler und andere gesagt haben. Aber das ist inzwischen schon überholt durch den eigenen Vorschlag des Vorsitzenden zum Vorziehen der Wahlen zum Bundesvorstand. Wie gesagt, ich kann auf einen Landesparteivorstandsbeschluß nicht zurückgreifen, aber ich habe mit allen erreichbaren Vorstandsmitgliedern Verbindung aufgenommen. Die weit überwiegende Auffassung der für mich erreichbaren Freunde der westfälischen Landespartei geht auch in Übereinstimmung mit dem Vorsitzenden auf eine Verkürzung des Interregnums. Ich möchte das also auch von mir aus hier unterstützen.

Dregger: Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren! Ich kann nicht nur Kritik austeilen, sondern auch entgegennehmen. Ich möchte folgendes sagen: Ich habe meine Reaktion nicht als einen Akt des Angriffs angesehen, sondern als eine Gegenwehr. Ob

⁷³ Vgl. „Spiegel“ Nr. 19 S. 26–30 „Diese Union muß sich bewegen“.

man die Grenzen des Erforderlichen bei der Gegenwehr eingehalten hat, ist eine kritische Frage, die man sich als Jurist und als Betroffener stellen muß. Und ich stelle sie selbstverständlich auch mir. Und ich meine, jeder, der an dieser Diskussion beteiligt war, sollte sich die Frage stellen, ob alle seine Formulierungen glücklich und nützlich waren. Ich tue es auch. Ich will noch einmal sagen, ich bin wie die Mehrheit der Fraktion – und dazu gehört auch Herr Windelen, das klang eben an – betroffen worden durch die Feststellung in der Erklärung des Vorsitzenden, nachdem die Bedingungen erfüllt worden seien – das war streitig in der Fraktion –, sei es ein Gebot der Redlichkeit gewesen, zuzustimmen. Ich habe sicherlich viele Fehler, aber daß ich unredlich bin, wird niemand sagen können. Das war vielleicht auch nicht gewollt, aber es wirkte so. Und der Satz mit der UNO-Charta in diesem Zusammenhang, daß wir alle zusammen auf dem Boden der UNO-Charta stehen und ihre Grundsätze bejahen, soll nicht zweifelhaft sein. Ich hätte trotz dieser Erklärung und ihrer Veröffentlichung in allen deutschen Tageszeitungen geschwiegen, weil es ein Wort des Vorsitzenden war und dann noch in dieser Stunde.

Was meine Reaktion ausgelöst hat, Herr Kraske – ich sage das jetzt ohne Vorwurf gegen Sie –, war Ihr Brief. Nicht weil Sie die Erklärung des Vorsitzenden abgedruckt und sich hinter ihn gestellt haben, das ist selbstverständlich, sondern weil Sie es auch unterlassen haben, eine ausgewogene Darstellung der Mehrheitsmeinung der Fraktion zu geben. Und so mußte das ganze unausgewogen wirken, das ging draußen in meiner Landespartei bis zu den Kreisgeschäftsführern hin. Ich war der Meinung, das nicht so stehenlassen zu können. Und deswegen habe ich einen Brief an den gleichen Verteilerkreis begrenzt an meinen Landesverband geschrieben. Ich habe nun in diesem Brief auch geschrieben, daß ich diese Äußerung mit der Redlichkeit und mit der UNO-Satzung als schädlich empfunden habe. Nun, wenn man das durchdenkt nach allen Richtungen, dann ist die Assoziation zum parteischädigenden Verhalten nicht fern. Ich möchte das ganz ausdrücklich erklären. Ich habe auch eine Äußerung von Ihnen gelesen. Einige behaupten, Sie seien ein Spaltpilz. Ich möchte also ausdrücklich erklären, daß es unter uns weder Parteischädlinge oder parteischädigendes Verhalten gibt – noch Spaltpilze, noch Heckenschützen, noch sonst etwas. Wir sind alle christliche Demokraten, die das Beste für unsere Partei zu tun versuchen. Ich wäre dankbar, wenn man auch mir und mit mir der Mehrheit der Fraktion bestätigen würde, daß wir redlich gehandelt haben, versucht haben jedenfalls, vielleicht falsch, aber redlich, und daß wir alle auf dem Boden der UNO-Charta stehen und sie nie in Zweifel stellen wollten.

Das nächste, was ich sagen möchte, betrifft meine Ausführungen, Herr Vorsitzender, die Sie angesprochen haben, in der hessischen Landesgruppe und im Fraktionsvorstand. Ich kann Ihnen diese Ausführungen schriftlich geben, weil ich ein Manuskript zur Verfügung habe. Ich war entsetzt in der „Frankfurter Neuen Presse“, die für meinen Landesverband ja nicht gleichgültig ist, eine völlige verzerrte und diffamierende Darstellung darüber gelesen zu haben.⁷⁴ Ich weiß nicht, aus welcher Giftküche das gekommen ist. Ich habe überhaupt etwas gesagt vor meiner Landesgruppe und

74 „Frankfurter Neue Presse“ vom 12. Mai 1973 „Dregger im offenen Kampf gegen Barzel“.

dem Fraktionsvorstand, weil ich mir sagte, wenn du schon mit Nein gestimmt und sogar dafür plädiert hast, dann hast du auch eine gewisse Mitverantwortung, und jetzt mußt du dir doch Gedanken machen, wie diese Entscheidung der Fraktion nun einzuordnen ist in eine weitere Ostpolitik dieser Fraktion. Deshalb habe ich versucht, verschiedene politische Optionen, die sich daraus ergeben, verschiedene, zwischen denen man wählen kann, aufzuzeigen. Ich glaube, bei der Landesgruppe ist das begriffen worden. Im Vorstand habe ich weniger Interesse als Ablehnung gefunden. Das war der Sinn meiner Ausführungen. Vielleicht sollte man doch ab und zu doch mal politische Optionen durchdenken auf eine weitere Sicht und nicht meinen, wenn einer das tut, dann wollte er Führungsansprüche anmelden oder Kritik üben oder sonst etwas. Ich kann Ihnen das schriftlich zur Verfügung stellen, Herr Vorsitzender.

Dann die Frage mit dem Präjudizieren. Das ist eine Sachfrage der Fraktion. Ich schneide das jetzt an, um nicht erneut Kritik an Ihnen zu üben. Aber es hat natürlich Präjudizierungen gegeben, nicht nur beim UNO-Beitritt, sondern auch beim Gang nach Karlsruhe. Sie alle erinnern sich an die Sache auf der Vertriebenenkundgebung.⁷⁵ Ich sage es nicht im Hinblick auf die Vergangenheit, sondern auf die Zukunft, ob es wirklich zweckmäßig ist, daß der Vorsitzende, wer es auch immer sein mag, bevor in der Fraktion eine Position bezogen worden ist, seine Meinung in aller Öffentlichkeit ausdrückt. Je höher jemand steht in der Hierarchie, für um so mehr Leute spricht er, und um so größer muß die Disziplin sein in diesen Fragen. Ich meine, das wäre nicht besonders gut.

Das zweite – ich stimme Herrn Stoltenberg zu –, es ist sehr schwierig, die Koordination von Präsidium, Ministerpräsidenten und Fraktion herzustellen. Und bei der Fülle der politischen Themen kann das nicht bei allen Themen in der Weise geschehen, daß man ständig gleichzeitig tagt, bevor sie im Bundesrat votieren. Aber wenn es sich um Grundfragen handelt – und ich meine beim UNO-Beitritt, bei dem es ja gleichzeitig auch um die Einheit oder Teilung dieser Nation geht –, bei einer solchen Frage sollte man wirklich den Mechanismus verbessern, wie Sie sagen, und sollte solche Fragen in der Fraktion nicht erst am Tag vor der Abstimmung diskutieren oder entscheiden. Deswegen bin ich Herrn Schröder dankbar für seinen Vorschlag, daß wir doch sobald wie möglich einmal über den Atomsperrvertrag und über Prag reden – in der Fraktion jetzt schon, ehe sich unsere Freunde draußen im Lande äußern, ehe Meinungen festgelegt werden. Das müssen wir lernen, denn sonst kommen wir in diese Schwierigkeit, obwohl wir die parlamentarische Verantwortung tragen als Abgeordnete, entweder andere zu desavouieren, was wir nicht wollen, oder eben in einer Lage zu sein, die uns eigenes Denken und Entscheiden nicht ermöglicht.

Ich möchte ausdrücklich unterstreichen, das gilt jetzt für unseren Bundesvorstand, was Herr Windelen gesagt hat. Der Vortrag des Vorsitzenden, das Anhören dieses Vortrags ohne Widerspruch bedeutet keine Zustimmung, das ersetzt keine Beschlüsse. Ich möchte dringend darum bitten – ich habe es schon einmal gesagt, ich wiederhole das –, daß man, wenn man eine Tagesordnung verschickt, nach aller Möglichkeit auch

75 Vgl. Nr. 33 Anm. 35.

die verschiedenen Sachthemen dort nennt oder noch besser Vorlagen macht. In meinem hessischen Landesvorstand gibt es Vorlagen, die kann man vorher durchlesen, und Beschlußvorschläge. Das geht nicht immer, es geht aber weit häufiger, als es hier geschieht. Das meine ich, wäre wichtig, damit wir wissen, was wir eigentlich beschlossen haben. Wir sind ja doch ein Führungsorgan, habe ich immer gemeint, und nicht ein Akklamationsorgan, das irgendwelche Bekundungen nur entgegennimmt.

Nun noch eines, etwas Grundsätzliches, Gegensätze auszuräumen; besser ist es, Gegensätze gar nicht entstehen zu lassen. Ich stimme Ihnen zu, daß es keinen Richtungsstreit in der Union gibt, der alle Fragen umfaßt. Ich sage das, Herr Blüm, ganz offen. Sehen Sie mal, ich erlebe es seit meiner Düsseldorfer Rede – die ich Sie noch einmal nachzulesen bitte, da sie, glaube ich, fair war –, daß ich permanent als ein Gegner der Mitbestimmung der Gewerkschaften, der Sozialausschüsse, und was weiß ich, hingestellt werde, einmal von unseren politischen Gegnern außerhalb der Partei, aber das wirkt auch bis in diese Partei hinein. Ich habe mich ein einziges Mal zu diesem Thema geäußert, nämlich in Düsseldorf, und die Mehrheit des Parteitages hat dem zugestimmt, einschließlich des größten Teils dieser Runde. Der Vorsitzende hat dem zugestimmt, Herr Kohl hat dem zugestimmt und viele andere mehr. Das ist doch nicht so, daß hier ein Kreis von Leuten ist, da braucht der Dregger nur mal etwas zu sagen, dann stimmen die dem alle zu. Das ist doch sicherlich nicht der Fall. Ich meine, das sollte man doch nicht tun. Wenn Sie mal in meine Versammlungen kämen und mich hören würden zu Fragen der Gewerkschaften und des Streikrechts, dann würden Sie wahrscheinlich dieses Feindbild nicht haben und Sie würden es vielleicht abzubauen helfen.

Wenn wir nun weiterkommen wollen in der Gesellschaftspolitik, dann, glaube ich, dürfen wir uns nicht nur an Interessen orientieren. Denn eine Volkspartei, in der es viele Interessen gibt, kann sich nicht auf ein Interesse festlegen, weil es dann ein Teilinteresse ist und die Interessen der anderen mißachtet werden. Man muß in der Politik Interessen beachten, aber man muß Maßstäbe haben, die außerhalb der Interessen liegen oder jedenfalls nicht nur die Interessen beinhalten. Und diese Maßstäbe entstehen aus moralisch-politischen Wertentscheidungen und Sachgesetzlichkeiten. Und daraus ergeben sich Ordnungssysteme, und daran muß man Mitbestimmung, Vermögensbildung und alles andere messen. Mein Landesverband hat in 14 Tagen einen offenen Kongreß mit der Beteiligung von Wissenschaftlern, wo wir in vier Arbeitskreisen das Thema behandeln Freiheit und Demokratie in Staat und Gesellschaft, in der Wirtschaft, in der Bildung und für Gesamtdeutschland.⁷⁶ Das ist ein offener Kongreß, und ich glaube, die Partei – da stimme ich Ihnen auch völlig zu, das ist ja auch Ihre Auffassung – muß wieder die geistigen und politischen Hintergründe deutlich machen,

⁷⁶ Offener Kongreß der CDU Hessen zum Thema „Leben in Freiheit“ am 26. Mai 1973 in Rüsselsheim. Vgl. zum Verlauf Broschüre des Landesverbandes „Leben in Freiheit. Freiheit und Demokratie in der Gesellschaft-, Wirtschafts-, Bildungs- und Deutschlandpolitik“; „Hannoversche Allgemeine Zeitung“ vom 28. Mai 1973 „Hessische CDU will Schrittmacher in der Union werden“.

damit wir Maßstäbe haben, auf die wir uns alle einigen können, die über Interessensbereiche hinausgehen. Also bitte reden wir nicht von Richtungsstreitigkeiten, die gibt es nicht, ich bin jedenfalls nicht ein Mann einer bestimmten Richtung, und mich schmerzt es immer, wenn ich dargestellt werde als jemand, der nun ausgerechnet Kapitalisteninteressen vertritt, mit denen ich überhaupt nichts zu tun habe. Ich habe in meinem ganzen Leben lang noch nicht für die Kapitalisten gearbeitet. Ich gehöre keinem Aufsichtsrat an, Sie vielleicht. Ich habe auch nichts dagegen. Ich distanziere mich von niemandem. Nicht wahr, ich bin Kleinstverdiener, mit 8.000 DM am Vermögen der deutschen Wirtschaft beteiligt. Also bitte, machen wir doch keine Feindbilder. Das ist doch völliger Unsinn. Wir wollen versuchen anhand von Wertentscheidungen, von Maßstäben nun zu einer gemeinsamen Auffassung zu kommen. Warten wir doch einmal ab, wenn wir das neue Mitbestimmungsmodell haben und das Wettbewerbsmodell, Kartellrechtsmodell, wie dann die Fronten verlaufen.

Kraske: Ich bin mit dem Kollegen Dregger der Meinung, daß dies nicht die Zeit ist, wo wir Streit untereinander brauchen. Ich bedanke mich für das, was er an meine Adresse gesagt hat. Ich bin bereit, das zu akzeptieren. Wenn er von vornherein seine Kritik darauf beschränkt hätte, daß ich mit meinen Brief ja offenbar die Motive der anderen in der Fraktion hätte darstellen sollen, hätte ich diese Kritik akzeptiert. Wogegen ich mich gewehrt habe und weiter wehren würde, ist die Art, wie er diesen Brief seiner Partei gegenüber dargestellt und qualifiziert hat. Ich denke sicher, Herr Dregger, daß Sie Mittel und Wege finden, um das, was in der Beurteilung dieses Briefes nicht zutrifft, richtigzustellen, so wie Sie das hier jetzt getan haben. Ich möchte jetzt ausdrücklich sagen, daß ich heute öffentlich in einem Rundfunkinterview folgendes gesagt habe: „Ich habe mich zu allen Zeiten, auch in diesen letzten Tagen, ganz entschieden gegen ein imperatives Mandat ausgesprochen. Das heißt, gegen den Versuch von Parteigremien, frei gewählte Abgeordnete in ihrer Entscheidung zu binden oder zu majorisieren. Ich habe nie irgendeinen Zweifel daran gelassen, daß unsere Kollegen in der Bundestagsfraktion, wie sie sich auch in der Abstimmung verhalten haben, aus der Überzeugung gestimmt haben, der Sache nach das Beste zu machen und daß sie zu dieser Abstimmung ein uneingeschränktes Recht haben, wann immer Gremien der es Partei festgelegt haben.“ Ich glaube, dies ist in der Sache und im Verhältnis von Partei und Fraktion genau die Klärung, um die es geht. Aber darf ich Sie dann auch bitten, Herr Dregger, das ist der einzige Punkt, auf den Sie nicht eingegangen sind, daß Sie in Zukunft intern und nach außen davon absehen, die auch heute in unserer Partei noch wichtigen Ereignisse vor einem Jahr anders darzustellen, als sie tatsächlich gewesen sind, so, als hätte es hier eine hessische CDU gegeben und deren Vorsitzenden, die immer auf einem ganz geraden Weg gewesen wären und andere, die hier Weichmänner gewesen wären. Dies vergiftet. Dies meine ich, sollte ganz klar sein, daß wir damals miteinander in sich verändernden Situationen um die beste Lösung gerungen haben und daß wir das auch in diesem Kreise getan haben. Ich meine, das sollten wir uns auch heute noch gegenseitig zugutehalten, ganz gleich zu welchen endgültigen Entscheidungen wir womöglich am Ende dieses Ringens unterschiedlich gekommen sind.

Dregger: Herr Kraske, ich habe nicht von Weichmännern gesprochen. Ich bitte, das

zur Kenntnis zu nehmen. Ich fragte, wer hat denn da gesagt, daß die Mitbestimmungsfreunde der Parität Sozialisten seien? Haben Sie das nicht gesagt? Ich habe es nie gesagt, dann hat es vielleicht Strauß gesagt. Meine Freunde, ich habe nie gesagt, daß die Anhänger der Parität Sozialisten seien, sondern ich habe in Düsseldorf gesagt, daß unsere Freunde von den Sozialausschüssen die Auseinandersetzung mit den Sozialisten zu führen haben, daß im Grunde an der Front diese Aufgabe zu behandeln sei. Wir sollten doch mit solchen Geschichten aufhören.

Nun ist heute morgen mein Telegramm erwähnt worden. Ich möchte noch kurz darauf eingehen. Ich habe, nachdem ich vorher als Zuhörer an den Beratungen teilgenommen habe, und als ich aus dem Rundfunk erfuhr, daß hier eine Entschließung erarbeitet war, geglaubt, dem Vorsitzenden, wenn eine kritische Situation das zweckmäßig erscheinen ließe, etwas an die Hand geben zu sollen, weil es mir zweckmäßig erschien, daß die Fraktion möglichst geschlossen sei. Ich habe das dem Herrn Kiep gegeben, und Herr Kiep hat es Ihnen oder Herrn Kraske gegeben, und dann wurde dieses Telegramm, das Herr Kraske vorhin richtig verlesen hat, einige Tage später veröffentlicht mit der Behauptung, ich hätte dem Vorsitzenden die Zustimmung empfohlen. Wenn Sie es noch mal durchlesen, das steht da nicht drin. Inzwischen war auch einiges passiert, nämlich es war die Wehner-Rede⁷⁷ gewesen, es war die Intervention des Herrn Falin⁷⁸ da gewesen und vieles andere mehr. Sie können überzeugt sein, daß ich jedem Vorsitzenden jede Hilfe gebe, um eine möglichst einheitliche und geschlossene Position zu ermöglichen. Aber das, was dann daraus gemacht worden ist einige Tage später, entsprach nicht den Tatsachen. Wollen wir die Sache abschließen mit der Vergangenheit. Ich glaube, daß ich Ihnen Genugtuung gegeben habe. Ich unterstelle dabei, daß Sie auch nicht daran zweifeln, daß die Mehrheit der Fraktion redlich war und auf dem Boden der UNO-Charta steht.

Müller-Hermann: Von verschiedenen Freunden ist heute, wie ich meine, mit Recht darauf hingewiesen worden, daß die Situation makaber ist. Makaber nicht alleine, weil wir in einer Zeit, in der die Koalition sich in der schwersten Sachkrise seit ihrem Bestehen und in einer so desolaten Situation befindet, sondern weil wir uns in einer Zeit, in der es doch ernste Gefahren für unsere freiheitliche Grundordnung gibt, in den Fragen der Außen- und Deutschlandpolitik so auseinanderzumanövrieren suchen. Herr Vorsitzender, ich interpretiere Sie und all die, die jetzt bei der Frage des UNO-Beitritts mit ja gestimmt haben, so, daß wir zu irgendeinem Zeitpunkt bei einem eini-

77 Wehner hatte am 10. Mai 1972 vor der SPD-Bundestagsfraktion zum Charakter der gemeinsamen Entschließung erklärt, es handele sich um eine Stellungnahme des Deutschen Bundestages. Vgl. „Die Welt“ vom 13./14. Mai 1972 „Heute neues Gespräch Regierung – Opposition“; Rainer BARZEL: Die Tür blieb offen. Mein persönlicher Bericht über Ostverträge – Mißtrauensvotum – Kanzlersturz. Bonn 1998 S. 139.

78 Falin hatte zunächst am 9. Mai 1972 in einem Gespräch mit Brandt, Scheel, Barzel und Stücklen dem Text der gemeinsamen Entschließung des Bundestages zugestimmt und den Text nach Moskau übermittelt. Die sowjetische Regierung hatte kurz darauf gegen zwei Paragraphen Einwände erhoben. Vgl. AAPD 1972 Dok. 126; GRAU S. 325–333; Valentin FALIN: Politische Erinnerungen. München 1993 S. 197–200.

germaßen günstigen Anknüpfungspunkt den Versuch machen müssen, den Anschluß an die Realitäten zu finden, die ohne und oder gegen uns geschaffen worden sind. Dies Problem bleibt weiter bestehen. Ich finde, wir müssen uns um der größeren zentraleren Aufgabe willen, der wir als derzeitiger Opposition uns verpflichtet fühlen müssen, von dieser Last der kontroversen Auseinandersetzung in der Deutschland- und Außenpolitik befreien. Und je früher das gelingt – bei voller Respektierung der Meinungsverschiedenheiten und der Sorgen, die wir haben –, desto besser ist das für die zentrale Aufgabe, der wir uns gestellt sehen müssen. Herr Stoltenberg hat mit Recht darauf hingewiesen, daß wir beispielsweise in der Frage der Stabilitätspolitik nun sehr schnell zwischen Partei, Fraktion und Bundesrat ein gemeinsames Konzept entwickeln müssen, eine gemeinsame Haltung. Ich mache gar keinen Hehl daraus – Herr Vorsitzender, wir haben darüber verschiedentlich gesprochen –, daß ich es im Grunde bedauere, daß wir in den letzten Monaten nicht von uns aus ein alternatives Stabilitätskonzept auf den Tisch gelegt haben ohne Wenn und Aber, mit allen Konsequenzen, die von der Sache her geboten wären, an das sich die Regierungskoalition hätte anschließen müssen. Während wir heute genötigt sind mit einigen Vorbehalten, im Grunde uns an das anzuhängen, was die Koalition, was die Regierung jetzt vorbringt, obwohl wir alle wissen, daß das Thema Stabilitätspolitik noch lange auf dem Tisch bleiben wird, und auch das, was die Regierungskoalition jetzt ausgebrütet hat, das Problem nicht lösen wird. Um so dringender scheint mir, daß wir die Kraft und die Geschlossenheit und den Mut aufbringen, in dieser Frage wieder gemeinsam Tritt zu fassen und unsere ganze Kraft dareinzulegen.

Die Frage der Gemeinschaft, die wir als CDU und CSU im Bundestag pflegen und erhalten wollen, ist meines Erachtens deshalb ein so schwieriges und ernstzunehmendes Thema, weil wir aus den Erfahrungen nicht nur der letzten Monate, sondern der letzten Jahre wissen, daß eine geschlossene Minderheit in unserer Fraktion es fertigbringt, in den entscheidenden Fragen ihren Willen durchzusetzen, während es andere Minderheiten gibt, die sich fügen müssen. Das ist mit ein Grund des Ärgernisses, der in Teilen der Fraktion besteht. Das müssen wir sehr deutlich sehen. Es wird für die zukünftige Arbeit wirklich unbedingt nötig sein, daß wir für die Form und den Stil und die sachlichen Fragen des Abstimmens untereinander neue Wege gehen, vielleicht auch dadurch, daß wir eine noch stärkere Verzahnung in den Führungsgremien der Fraktion für die Zukunft sicherstellen. Die Kontroversen in den Sachfragen, die ja vorhanden sind – ich will hier durchaus nicht von Richtungskämpfen sprechen, aber es sind Kontroversen in bestimmten, sicherlich sehr schwierigen Themen – werden wir meines Erachtens um so eher ausräumen, wenn wir uns wieder – was Herr Dregger mit Recht gesagt hat, wie das auch vorher Stoltenberg gesagt hat – uns wieder zurückorientieren und zurückbesinnen auf unsere ordnungspolitischen Vorstellungen. Wenn wir hier einen klaren Weg haben, dann wird es auch um so leichter sein, nachher in diesen kontroversen Sachfragen zu einer vernünftigen Kooperation, zu einer vernünftigen Alternative und zu vernünftigen Lösungen zu kommen. Und deswegen möchte ich die Anregung unterstützen, die Stoltenberg hier vorgetragen hat, daß wir auf dem Parteitag neben der Grundsatzkommission auch diesem Thema unserer ordnungspoliti-

schen Vorstellungen in Wirtschaft und Gesellschaft ein besonderes Gewicht in Hamburg geben.

Eine letzte Anmerkung: Von den Vorsitzenden in der Fraktion und in der Partei haben wir vieles an Wünschen mit auf den Weg zu geben, aber ich möchte ganz gleich, wer die beiden lastenvollen Ämter tragen wird, eine Empfehlung mit auf den Weg geben, daß die Kandidaten als Hilfe für die Partei die Chance nutzen, bevor sie gewählt werden, sich nicht nur auf die Kraft ihrer künftigen Autorität zu verlassen, sondern gerade, was die Formen, den Stil und die sachlichen Themen der Zusammenarbeit anbetrifft, sehr klare Bedingungen zu stellen bzw. ihre Positionen sehr klar herauszuarbeiten. Es ist vielleicht eine einmalige, wer sehr pessimistisch ist, mag auch sagen, eine letztmalige Chance. Deshalb dieser Appell an alle, die wenigen, die sich um die eine oder andere Funktion bemühen oder für sie zur Verfügung stehen, daß sie die Chance im Interesse der Sache in unserer Parteiarbeit rechtzeitig nutzen.

Langguth: Ich möchte mich möglichst kurz fassen, damit ich noch zum Schluß meines Beitrages feststellen kann, daß die Beschlußfähigkeit dieses Gremiums noch vorhanden ist. Ich will auch nicht darauf hinweisen auf das unguete Bild, in das die CDU hier gekommen ist durch den Rücktritt des Fraktionsvorsitzenden, weil das andere in sehr viel plastischeren Worten haben machen können, auch nicht auf die Verschleierung der wirtschaftlichen Instabilität, wie sie ungewollt dadurch hervorgerufen wurde. Ich halte in der Tat den Rücktritt des Fraktionsvorsitzenden auf der einen Seite für konsequent, auf der anderen Seite, und das möchte ich doch hier noch pflichtgemäß gesagt haben, halte ich aber die Folgen für unabsehbar und von daher zum gegenwärtigen Zeitpunkt einen solchen Rücktritt für nicht richtig. In diesem Zusammenhang möchte ich die Frage stellen – ich konnte leider nicht an der letzten Sitzung des Bundesvorstands teilnehmen –, ob denn z. B. diese Frage des UNO-Beitritts auf der letzten Bundesvorstandssitzung überhaupt in irgendeiner Form so behandelt worden ist, daß man hier von einem Beschluß auch des Bundesvorstands als solchem hätte sprechen können. Die zögernden Antworten, die mir gegeben wurden, deuten darauf hin, daß z. B. auch in dieser Frage der Bundesvorstand sich nicht genügend damit beschäftigt hat.

Ich möchte zweitens sagen, es ist dringend geboten, daß wir möglichst rasch zu einer Wahl eines neuen Fraktionsvorsitzenden und möglichst rasch auch zur Wahl eines Bundesparteiorgans kommen aus den verschiedensten Gründen. Ich bin überhaupt erstaunt, daß die CDU die miese Situation, die seit dem letzten Mittwoch entstanden ist, noch so gut hat überstehen können und das nicht zuletzt vielleicht mit Hilfe unseres Ehrenvorsitzenden Kiesinger.

Nun zur Frage der Grundsatzdiskussion: Es ist die Frage, wollen wir zuerst die Diskussion führen und dann den Parteivorsitzenden wählen oder umgekehrt? Es ist doch in diesem Raum uns allen in etwa klar, welcher mögliche Parteivorsitzende welchen politischen Standort besitzt. Es wird mir jeder abnehmen, daß ich für eine sehr ausführliche Grundsatzdiskussion bin. Aber ich habe eigene Erfahrungen auch in meinem eigenen Verband, was grundsätzliche Diskussionen angeht, wenn sie verbunden sind mit Personalentscheidungen und unter dem Eindruck solcher Personalentscheidungen

stehen. Hier möchte ich ganz offen folgendes sagen: Ich habe die Befürchtung, daß wir aus dem nächsten Bundesparteitag möglicherweise so herauskommen wie aus dem Mitbestimmungsparteitag im Januar 1971. Ich möchte eindeutig sagen, wenn wir z. B. in der Frage der Mitbestimmung das als eine Entscheidung zwischen Personen machen und das Ergebnis dann so ausschaut, der eine mögliche Vorsitzende vertritt das Modell und der andere vertritt jenes Modell, haben wir dann zum Schluß das Ergebnis, die CDU ist ja wieder eine Arbeitgeberpartei. Deshalb möchte ich darum bitten, daß wir uns alle sorgsam als Bundesvorstand überlegen, was wir tun können. Ich möchte sagen, daß wir alles tun müssen, eine solche kontroverse Diskussion, wie sie damals war, jedenfalls nicht zum Gegenstand personalpolitischer Erörterungen in dem Sinne zu machen, daß ein schiefes Bild der CDU herauskommen kann.

Nun noch ein allerletztes: Ich möchte darauf verweisen, wir haben ja auf einem solchen Parteitag das Mittel der Kandidatenbefragung. Hier wird sicherlich ein Gutteil der Grundsatzdiskussion vorweggenommen werden können. Insofern meine ich, steht eigentlich nichts einem rasch durchgeführten Parteitag im Wege.

Zur Frage der CSU: Jeder in dem Kreis wird zu Fragen der vierten Partei einer Meinung sein. Wir müssen als CDU hier künftig geschlossener und deutlicher auftreten. Wir müssen uns aber auch genauso auch die Frage stellen, wieso konnte denn jetzt in der Öffentlichkeit der Eindruck entstehen, daß die CSU wieder diejenige sei, die die CDU lenkt. Nach meinem Dafürhalten nicht, weil die CSU eine so gute und vortreffliche Partei ist, oder weil gar Franz Josef Strauß über unabsehbare Führungsqualifikationen verfügt – auch er hat seine Probleme –, sondern weil die CDU ihrerseits derartig hemmungslos zerstritten ist. Deshalb ist auch aus diesem Grunde möglichst zwingend eine baldige Personalentscheidung nötig. Wenn eine solche Entscheidung getroffen ist, dann muß dieser Entscheidung auch entsprechende Autorität gezollt werden, denn wir können uns dann keine weitere Personaldiskussion erlauben. Unser Verhältnis zur CSU muß ein anderes, ein klareres werden als bisher. Nicht daß wir einen Anti-CSU-Kurs steuern, aber wenn ich z. B. sehe, wie die Ausschüsse des Bundestages besetzt wurden im Verhältnis CDU-CSU, daß beispielsweise in den wichtigen Ausschüssen, in denen man wirklich was machen kann, Bildung und Wissenschaft, eben nicht ein Vertreter der CDU, sondern der CSU sitzt, auch im Bereich des Städtebaus, dann frage ich mich, ob es, weil es hier sich um zwei besonders wichtige Bereiche handelt, klug war, hier nicht deutlicher die Position der CDU zu vertreten. Ich sage das, ohne daß ich hier jetzt eine Separierung der CDU von der CSU will.

Katzer: Wenn ich mich zurückerinnere an die Parteivorstandssitzungen, die wir gehabt haben unmittelbar nach dem Wahlergebnis des 19. November, und die heutige Aussprache damit vergleiche, dann ist genau das eingetreten, was ich damals befürchtet habe. Damals haben wir Wahlanalysen gehabt. Ich habe gesehen, daß wir ein beachtliches Wählerpotential noch haben mobilisieren können, daß uns aber der entscheidende Durchbruch nicht gelungen ist. Wir haben dann gesagt, wir müssen unsere Position neu überdenken, damit wir für 1976 antreten können. Wir haben folgerichtig gesagt, auf welchen Punkten sollte das geschehen, und sind zu zehn Punkten gekommen, die dann auch in einer Klausurtagung der CDU/CSU-Fraktion in Berlin

beschlossen worden sind, wo wir Aufträge erteilt haben, unsere Vorstellungen zu gewissen gesellschaftlichen Fragen – alle zehn Punkte sind gesellschaftspolitische Fragen – zu vertiefen und weiter zu erörtern. Ich damals gewarnt, Herr Kollege Echternach, vor vorzeitigen Personaldiskussionen, weil ich Sorge hatte, daß hinter dieser Personaldiskussion dann die Sachdiskussion zurücksteht. Jetzt sind wir nun leider in dieser Sache mittendrin. Der Vorsitzende konnte gar nicht anders entscheiden, und das Präsidium hat ja auch einstimmig diese Haltung begrüßt – einstimmig ohne Gegenstimme.

Kollege Windelen hat ja in der Vorbesprechung gesagt – Sie haben es jetzt etwas differenziert dargestellt, wenn ich das richtig im Ohr habe –, wenn es richtig wäre, daß bei dieser Entscheidung eben nicht nur die Sachfrage zur Entscheidung stünde, sondern auch personelle Dinge mitwirkten, dann müßten Sie Ihre Haltung davon abhängig machen. So war Ihre Einlassung vor der Abstimmung in der Fraktion, wenn ich das richtig im Gedächtnis behalten habe. Ich kann nur sagen, daß ich und niemand hier glücklich sein kann über diese Entwicklung. Das Ergebnis, das wir im Geschäftsführenden Vorstand der Sozialausschüsse lange erörtert haben, ist doch im Grunde dies: Es gibt zwei Meinungen, ob das Richtungen sind oder nicht. Es gibt zwei grundverschiedene Auffassungen über das, was zu tun ist. Die eine Auffassung ist die, daß man sagt, nun wir wählen eine neue Führungsspitze. Der Kollege Heck war es, der in einem beachtenswerten Interview/Artikel gesagt hat⁷⁹, die CDU löst alle ihre Probleme immer dadurch, daß sie einen neuen Mann wählt und im Grunde alles beim alten läßt. Er hat das als das Kernübel für die Vergangenheit herausgestellt. Ich teile diese seine Auffassung und würde von daher meinen, wir sollten daraus etwas lernen. Ich bin nicht der Meinung, daß wir jetzt eine neue Führungsspitze wählen, und dann ist alles in Ordnung, sondern ich bin der anderen Auffassung, die sagt, wenn wir jetzt nicht uns über gewichtige Sachprobleme einig werden, dann werden die Probleme der neuen Führungsspitze – wie immer sie aussehen wird – schon vorprogrammiert sein. Dann kann es sehr leicht vorkommen, daß wir morgen, übermorgen wiederum über diesen Punkt oder jenen Punkt in eine solche Situation hineinstolpern. Davor möchte ich uns bewahren. Herr Kollege Schröder hat gesagt, im außenpolitischen Feld sind schon zwei Konfliktprobleme auf dem Tisch. Die Frage Atomsperrvertrag, die Frage Prag, von der er meinte, das ist schon entschieden mit Nein, obwohl noch nichts auf dem Tisch gelegen hat. Im Felde der Gesellschaftspolitik weiß jeder die Probleme, die vor uns stehen.

Zur Frage der Mitbestimmung⁸⁰ Herr Kollege Dregger, ich habe Ihre Rede von Düsseldorf genau im Ohr. Ich habe auch genau im Ohr, was ich Ihnen, als Sie herunterkamen unter sehr großem Beifall, gesagt habe. Ich habe gesagt, Herr Kollege Dregger, diese Rede werden wir alle noch einmal sehr bereuen. Denn diese Frage der Mitbestimmung hat uns doch im Wahlkampf und in der zugespitzten Auseinandersetzung

79 Interview mit der „Deutsche Zeitung/Christ und Welt“ vom 5. Januar 1973 „Warten bis die SPD sich verschlissen hat?“.

80 Zur Mitbestimmungsdiskussion auf dem Düsseldorfer Parteitag vgl. CDU, 18. BUNDESPARTEITAG S. 246–318.

Arbeitgeber-Gewerkschaften gerade an Rhein und Ruhr den Stimmenanteil versagt, den wir brauchten. Unsere Wahlanalyse hat doch gezeigt – darüber waren wir doch bis zur Stunde weitgehend wohl einig –, daß wir mit diesem Wahlergebnis nicht leben können, weil es gezeigt hat, daß wir überrepräsentiert sind in Bevölkerungsschichten, die abnehmen, und unterrepräsentiert sind in Bevölkerungsschichten, die zunehmen, daß wir uns also auf diese zunehmenden Bevölkerungsschichten einzustellen haben. Was die Frage UNO angeht, verehrter Herr Kollege Dregger, darf ich nur dies eine sagen, der CDU-Teil hat mit Mehrheit Ja votiert. Das Nein ist eine Mehrheitsentscheidung der CDU/CSU-Fraktion. Weil also die Mehrheit des CDU-Teiles der Fraktion mit Ja gestimmt hat, sind sie als CDU-Kollege hier in der Minderheitsposition, in der CDU/CSU-Position in einer Mehrheitsituation. Das ist ja wohl so, und das muß ja wohl klar so gesehen werden. Da läßt sich auch gar nicht drüber streiten.

Die zweite Bemerkung: Herr Kollege Stoltenberg hat, glaube ich, für mein Empfinden die weitestgehenden Aussagen für unser Verhältnis für die Zukunft gemacht. Denn wir haben doch festgestellt, daß, wenn wir einmal die Gesetze allein nur aufzählen, die wir vorgelegt haben, wir durchaus eine positive Bilanz hatten. Daß aber wir in der Bevölkerung nicht ankamen mit der Kraft, die wir brauchten, weil die Oberüberschrift nicht funktioniert hat. Darauf hat Herr Stoltenberg dankenswerterweise hingewiesen. Die rein negative verteidigende Position der Marktwirtschaft reicht nicht aus. Wahr ist doch, daß in der CDU gravierende Unterschiede über ganz gewichtige gesellschaftspolitische Fragen seit eh und je bestanden und daß wir sie immer wieder zugekleistert haben und daß wir jetzt diese offene Wunde haben. Das war doch ein Signal, wenn der Vorsitzende der Fraktion zurücktritt nach zehn Jahren. Dann tut er das doch nicht so aus leichter Hand. Er wollte ein Signal setzen und die Partei damit zwingen, sich geistig auseinanderzusetzen über die Position, die wir für die Zukunft einnehmen. Deshalb bedauere ich – ich bin nicht gegen einen vorgeschobenen Parteitag, das ist für mich sekundär –, daß wir die Sachfragen im Kern erst in Hamburg klären können. Aber vielleicht gelingt uns das nachher noch heute in der Sitzung, einige Positionen deutlicher zu zeichnen. Wir wählen also die Interpretation der Sozialen Marktwirtschaft, wir wählen soziale Partnerschaft, wir werden die Frage der Mitbestimmung aus der sozialen Partnerschaft ableiten. Dies Modell, das Sie vertreten haben, Herr Dregger, ist eben kein partnerschaftliches Modell. (*Zwischenruf.*) Ich vertrete ja hier meine und nicht Ihre Auffassung. Sie hatten ja länger Zeit gehabt zu reden als ich.

Was wir zur Vermögensbildung vorgelegt haben, langte bis dahin und hat uns sogar an die Spitze gebracht, reicht aber jetzt unter dem Parteitag der SPD überhaupt nicht mehr aus. Deshalb werden wir auch von Wurzel der partnerschaftlichen Lösung ausgehend die Frage angehen müssen, wie steht es mit dem Gewinn in einer Sozialen Marktwirtschaft, wem kommt dieser Gewinn zu. Von hier aus werden wir eine Verbindung zur Mitbestimmung schaffen und von hier aus, wenn Sie so wollen, eine radikale Position der Sozialen Marktwirtschaft sehen, die jeden Bürger überzeugt, daß das eine Alternative gegenüber dem Sozialismus ist. Das ist übrigens keine Aufgabe nur der Sozialausschüsse, den Sozialismus anzugehen, sondern ich glaube, das ist eine Aufgabe, die die gesamte Partei hat. Und in diesen Rahmen gehört natürlich die Frage

Problem des Wettbewerbs, die Frage Kartellgesetz, die Frage Preisbindung zweiter Hand.

Tun wir doch bitte nicht so, als wenn wir da größter Einigkeit seien. Wir tun jetzt hier so, wenn wir einen Parteitag machen, dann sind alle diese Probleme auf dem Tisch, und der neue Vorsitzende – wie immer er heißt – und der neue Vorstand wird mit diesen Problemen konfrontiert und wird von da aus vorprogrammiert in Schwierigkeiten hineinkommen. Von daher würde ich meinen, wir müssen versuchen, unsere Positionen wenigstens in grundsätzlichen Ansätzen weiter zu klären. Und dann müßte es doch eben auch möglich sein, über eine allgemeine Zustimmung zu reden, überwiegend wie es hier getan worden ist, zu dem Einführungsbericht des Vorsitzenden auch konkret zu sagen – er hat ja sehr konkrete Andeutungen gemacht zu den Positionen, die ich aufgezeigt habe –, wie wir konkret dazu stehen.

Damit komme ich zum dritten und letzten Teil: Die Frage der CSU. Es gibt da ein Interview des amtierenden Fraktionsvorsitzenden, wo Herr Dr. Kiesinger sagt – auf Aufspaltungstendenzen innerhalb der Union angesprochen –, Derartiges ginge nur von einer verschwindenden Minorität aus. Eine Spaltung sei absolut unsinnig und müsse verhindert werden. Ich kann nur sagen, in diesem Kreis ist eine solche Sache überhaupt nie angesprochen worden. (*Kiesinger*: Darf ich gleich korrigierend einsetzen? Damit Sie sehen, wie es ist. Ich habe gesagt, hier gar nicht und draußen gegebenenfalls ganz kleine Minoritäten, von denen ich höre, daß sie dafür plädieren, daß die Fraktionsgemeinschaft aufgehoben werden soll.) Ich weiß ja, wie mit solchen Dingen umgegangen wird. Aber umgekehrt, wenn der Vorsitzende etwas sagt, und es wird etwas herausgestrichen, das wird alles genauso gewertet, als wenn er es ganz gesagt hätte. Folglich muß, wenn wir schon Kommentare heranziehen und gegenseitig bescheinigen lassen, für jeden gelten, daß er nicht vollständig zitiert wird von den Leuten, die draußen sitzen und das Geschäft betreiben. Das sind ja nicht lauter Freunde der Union, sondern die haben ja was ganz anderes im Kopf mit ihrer Berichterstattung aus unserer Sitzung heraus. Ich kann nur sagen, niemand in diesem Kreis will die Spaltung der CDU/CSU-Fraktion. Herr Filbinger meinte, man müsse auch institutionell das Zusammenspiel besser sicherstellen. Ich wäre für eine konkrete Anregung sehr dankbar, wie man sich das vorzustellen hätte. Ich kann nur sagen aus leidvoller Erfahrung, nach dem 19. November war es doch der Kollege Strauß, der auf eine Trennung der Fraktionsgemeinschaft hingearbeitet hat. Wir wissen, daß er bei seinem Fußvolk keine Mehrheit gefunden hat. Dann hat er doch permanent, nachdem dies mißglückt war, von der vierten Partei gesprochen, zuletzt in der Tat am vergangenen Freitag in einem Fernsehinterview.⁸¹ Er hat gesagt, als ihm die Frage vorgelegt wurde: „Wie sehen Sie die Frage des vierten Fraktionssystems?“ Er hat geantwortet: „Selbst wenn die kleine Partei ihre Gunst der einen oder anderen schenkt, dann erlangt die kleinere Partei immer einen politischen Einfluß, der mit dem Gesetz der Demokratie, nämlich der Ausgewogenheit und Verhältnismäßigkeit, nicht übereinstimmt.“ Das ist eine allgemeine Feststellung gewesen. Ob sich daraus in absehbarer Zeit Schlußfolgerungen ergeben, das

81 Vgl. Anm. 72.

ist eine andere Frage. Das ist geschehen am Mittwoch dieser Woche. Dann bin ich etwas erstaunt, daß wir uns Sorgen machen, ob da irgendein Kreisverband der Jungen Union oder der Sozialausschüsse mit diesen Gedanken spielt, und daß wir so tun, als wenn das unser Problem wäre. Dies ist unser Problem nicht. Wir gehen davon aus, daß wir zusammenbleiben, aber das kann doch nur funktionieren, wenn es hier wirklich so zugeht, daß man miteinander sich zusammenrauft und nicht – wie im Fall, Dr. Stoltenberg, Kriegsoffer, das ist ein Musterbeispiel, wie es nicht sein kann – an uns vorbei der Entwurf des bayerischen Arbeitsministeriums von der CSU-Fraktion, ohne Konsultation mit uns, einfach vorgelegt wird. In der Sache waren wir uns einig, in der Frage des Termins, das war die andere, sind wir überrollt worden.

Dann ist die Frage §218. Herr Kollege Kohl hat das als besondere Fortschrittlichkeit gepriesen, ich will jetzt zur Sache nicht darüber sprechen. (*Kohl*: Ich habe überhaupt nicht gepriesen, ich habe nur darauf hingewiesen.) Ich will nur darüber sprechen, daß ich es nicht als sehr angenehm empfinde, wenn die CSU hingeht in dem Augenblick, wo wir eine Fraktionssitzung vorbereiten über dieses Thema, und einen eigenen Gesetzentwurf vorlegt und damit die CDU/CSU-Fraktion präjudiziert, wie es ja in der Ankündigung dieses Entwurfes geschehen ist. Herr Kollege Vogel, das wissen Sie genauso wie ich. Es ließen sich diese Beispiele in einer Fülle weiterführen. Wir haben eine ganze Reihe von Fällen, nehmen wir mal an: Beteiligungslohngesetz. Wer die Diskussion in der Fraktion in Erinnerung hat: Ein Jahr lang hat die CSU das zu verhindern versucht, dann hat sie zugestimmt. Nehmen Sie das Krankenhaus-Papier: Ein Jahr lang hat es gedauert, und da wundern wir uns, wenn wir im Wahlkampf ausgelacht werden, wenn wir das als unsere Leistung darstellen, weil die Leute in der Öffentlichkeit nur die kontroverse Diskussion zwischen uns in Erinnerung haben, nicht aber nachher den Beschluß, den wir dann auch publizistisch gar nicht mehr in dieser Kraft haben durchsetzen können.

Jetzt stehen wir doch vor folgender Situation, Herr Vorsitzender, wir haben den ganzen Tag hier palavert, und jetzt geht das Präsidium am Montag in eine Diskussion mit der CSU. Die CSU sagt ihre Gremien ab. Das kann sie ja ganz bequem in Kenntnis der Diskussion, wie sie sich hier vollzieht. Dann Herr Kollege Filbinger, es ist doch einfach folgendes: Wer für die Einheit der Fraktion ist – und ich bin es, weiß Gott, aus der praktischen Erfahrung –, der kann aber nicht den Satz hinzufügen, um jeden Preis. Denn wenn man dies, wie Sie es getan haben, fast um jeden Preis zufügt, der sagt damit ja schon, ihr könnt ja machen, was ihr wollt, wir werden dann zugeben, denn diese Einheit steht uns über allem anderen. Und dann kommt – ich glaube das ist jetzt der Punkt, in dem wir doch mal leidenschaftslos sprechen müssen – ein Kompromiß heraus. Die Stärke der CSU liegt doch nicht nur in den zahlenmäßigen Dingen. Sie liegt doch darin, daß sie in der CDU, in Teilen der CDU, auch Unterstützung findet – trotz Parteitagsbeschlüssen, die wir gefaßt haben. Die Sozialausschüsse haben sich in der Mitbestimmungsentscheidung loyal zur Partei verhalten. Jedermann kennt die Auftritte, die wir gehabt haben, und unsere Aussagen dazu. Ich habe im Plenum und in der Öffentlichkeit das Modell vertreten, was gegen meinen Willen beschlossen worden ist. Wir haben auf dem Düsseldorfer Parteitag, wie es unter Demokraten üblich ist,

gesagt, das ist zu respektieren, aber wir ringen um unser Modell für die Zukunft, und so ist es ja für den nächsten Parteitag vorgesehen. Aber das muß doch für alle Gruppen der Union gelten. Ich habe die ganz große Sorge, lassen Sie mich das mit letztem Freimuth sagen, daß, wenn wir jetzt wieder anfangen, mit einem großen Kleistertopf zu arbeiten, dann haben wir das Wahlergebnis vergessen. Dann jubeln wir uns in Einheit – wir sind doch alle freundliche Leute, wir müssen das integrieren – und verlieren. Das ist der entscheidende Punkt. Wahlen werden doch nicht entschieden acht Tage oder 14 Tage vor der Wahl oder einem Wahlkampf acht Wochen vorher. Das weiß jeder. Ihre Wahl, Herr Stoltenberg, in Schleswig-Holstein oder in Rheinland-Pfalz oder Köppler in Nordrhein-Westfalen, die werden doch nicht entschieden in der Wahlkampagne, die wir vier Wochen oder acht Wochen vorher führen, sondern die werden heute und hier vorentschieden. (*Zwischenruf.*) Das war aber doch eine genaue Strategie, die wir hier besprochen und beschlossen haben, als wir sagten, wir machen das erste Jahr Aufarbeitung unserer Punkte, wo wir in Bevölkerungsschichten hinein müssen, das nächste Jahr werden dann, gestützt auf Beschlüsse des Bundesparteitages, konkrete Vorlagen sein im Plenum, und dann können wir uns in der Öffentlichkeit darstellen. Das war doch unsere Position, die beschlossen war und die nun jetzt leider gestört ist. Ich kann das Drängen verstehen, daß man sagt, man möchte über die Personalsache Einigung bekommen. Nur, hilfreich ist das nur für den Augenblick. Meine große Sorge ist, daß wir damit die Probleme nicht lösen, diese Konflikte umschreiben und daß wir damit einen erheblichen Rückschritt begehen und erheblich an Vertrauen verlieren, insbesondere in den Wählerschichten der Arbeitnehmerschaft.

Sie müssen sich doch im klaren darüber sein, wie immer wir jetzt hier votieren, ich glaube jetzt nicht, daß das jetzt hilfreich gerade für die breiten Schichten der Arbeiter- und Angestelltenschaft ist, in die wir hinein müssen. Insbesondere, ich sage das mit Bedacht und Nachdruck, in die katholische Arbeiterschaft, die einstmals unser ganz solides Fundament an Rhein und Ruhr war. Warum konnten wir die Sozialdemokraten ein Jahrzehnt lang überflügeln? Weil wir hier einen treuen Wählerstamm hatten, der jetzt von uns gegangen ist. Warum? Nicht, weil wir ihnen sagen konnten, wir haben doch dies und dies Gesetz gemacht – das haben sie akzeptiert –, sondern weil sie gesagt haben, in der Grundposition steht uns sozialdemokratische Politik näher als CDU-Politik. Das geht ja bis in den katholischen Klerus und heute nicht mehr nur den niederen, sondern den höheren hinein. Dies kann man nur überwinden, wenn sichtbar wird, daß wir aus dieser Wahniederlage Konsequenzen ziehen. Und das können nicht nur personelle Konsequenzen sein, sondern müssen Konsequenzen in der Sache sein, was Stoltenberg mit Recht als ordnungspolitischen Rahmen genannt hat. Wenn wir am Montag also mit der CSU sprechen, dann haben wir wieder nichts auf dem Tisch. Dann gehen wir hin, wir wollen die Einheit, und geht ihr hin und macht das. Dann wird wieder ein fauler Kompromiß gefunden, von dem ich fürchte, daß er uns nicht weiterbringt, sondern zurückbringt. Aber vielleicht ist es möglich, nachdem wir hier gehört haben, Herr Vorsitzender, daß Ihre Ausführungen im wesentlichen gebilligt worden sind von allen Beteiligten am Tisch. Sie haben einige wichtige konkrete Aussagen hier gemacht, nämlich die weitergehen über die Parteitagsbeschlüsse und unser Regie-

rungsprogramm von Wiesbaden. In der Frage der Mitbestimmung, daß wir ausbilden sollen zuerst auf dem Grundsatz der Gleichwertigkeit der Sozialpartner. Wenn das so ist hier allgemein geteilt, wird dann würde ich glauben, wäre das ein Sachergebnis, mit dem wir am Montag dann mit unseren Freunden der CSU sprechen können. (*Zwischenruf*)

Nach der bisherigen Diskussion gibt es doch Übereinstimmung, daß die Position von Düsseldorf nicht aufrechterhalten bleibt, sondern daß wir uns auf etwas Neues zubewegen. In Düsseldorf war die klare Begründung von Herrn Dregger, es muß ein Übergewicht der Kapitalseite sein. Wenn wir von dieser Position abrücken – das ist hier allgemein gesagt worden –, dann würde ich sagen, dann ist es eine neue Position. Meine Formulierung, Herr Dr. Kiesinger, nach der Sie gefragt haben, lautete: Gleichwertigkeit von Kapital und Arbeit. Der Herr Vorsitzende hat gesagt, Gleichwertigkeit der Sozialpartner. Wenn das die Meinung dieses Vorstands ist, daß man sich in dieser Richtung bewegt, dann wird damit nicht präjudiziert das Modell der Sozialausschüsse, sondern ist nur ein Grundsatz aufgestellt. Wenn das die Meinung ist, dann wäre das immerhin ein Sachpunkt, den wir am Montagmittag dann erörtern können, gestützt auf ein Votum des Vorstands. Dann würde ich mich auf sehr viel sicherem Felde mit der CSU bewegen, als wenn wir in eine allgemeine Diskussion eintreten und dann wiederum drei Stunden Vergangenheitsbewältigung machen. Ich glaube, das alles kann doch nur einen Sinn haben – so habe ich den Rücktritt des Vorsitzenden verstanden –, daß wir freie Bahn bekommen für ein Überdenken unserer Positionen, daß wir uns selbst in Zugzwang setzen und von da aus neues Land anstreben. Ich habe deshalb die herzliche Bitte, daß wir uns über diesen Punkt und über den Punkt – wenn es geht heute – berufliche Bildung und über den Punkt Eigentum wenigstens im Ansatz verständigen. Und daß man von dieser Basis aus den ersten Einstieg macht auch in unsere Beratungen mit der CSU.

Im übrigen, Herr Kollege Filbinger, diese Verhandlungen mit der CSU, die ich im Auftrag des damals erkrankten Vorsitzenden geführt habe, waren nicht sehr leicht. Es nützt auch nicht sehr viel, mit Härte aufzutreten. Wenn der andere Partner einen Standpunkt hat, an dem er partout festhält, dann ist das sehr schwer; mit Härte allein ist nichts getan. Deshalb würde ich noch mal auf Sie zurückkommen. Ich bedanke mich, daß Sie zustimmen, vielleicht können wir nachher noch im persönlichen Gespräch, Herr Kollege Filbinger, klären, was Sie an Möglichkeiten institutioneller Art sehen. Denn ich wäre sehr interessiert, dies in ein solches Gespräch miteinzubringen.

Meine letzte Bemerkung ist, ich lasse mir nicht aufreden, daß hier irgendeiner eine Spaltung der Fraktion will. Wenn ich gefragt werde, und ich habe das heute in der „Kölnischen Rundschau“ auch klipp und klar und eindeutig für jedermann gesagt, das gibt es in Führungskreisen der Union überhaupt nicht. Wir waren es nicht und werden es nicht sein, die von der vierten Partei sprechen. Ich bin mit Kraske der Meinung, daß das natürlich Punkt eins sein muß, wenn man sich mit unseren Freunden der CSU zusammensetzt, zu sagen, das muß aufhören. Man kann nicht dauernd mit einem Partner zusammenarbeiten, der dieses Schwert hochzeit und sagt: Wenn Du nicht brav bist, dann mache ich doch eine vierte Partei, dann wirst Du schon mal sehen,

wie Du Dich zu fügen hast. Das geht nicht. Wir sind für eine partnerschaftliche Ordnung, aber das hat nichts damit zu tun, daß ich bereit wäre, mich jedem Votum, was von daher uns aufgezwungen wird, zu unterwerfen. Für uns entscheidend sind die Beschlüsse, die der Parteitag gemacht hat. Da müssen entscheidend sein die Beschlüsse des Vorstands der Partei und über den Teil der CDU-Fraktion eingehen in die Gesamtfraktion.

Wenn die CSU, wie in der Frage UNO, mitten in einer Debatte der Gesamtfraktion eine Sondersitzung des CSU-Teiles verlangt, dann würde ich meinen, wäre es angebracht, wenn auch der CDU-Teil dann zu einer Sondersitzung zusammenkommt. Denn sonst sind unsere Freunde heillos uninformiert in einer solchen Diskussionsrunde. Das wäre institutionell etwas. Der täuscht sich nämlich, der meint, derjenige ist der beste CDU-Mann, der um der Einheit willen allem nachgibt. Wie jeder von uns aus eigener Erfahrung weiß, derjenige, der bequem ist, der ist angenehm, aber bringt die Politik nicht weiter. Die Politik weiterbringen, das sind die unbequemen Leute, über die man sich ärgert. Ich bin dafür, daß dies nicht in der Öffentlichkeit, sondern hier passiert.

Und der letzte Punkt, Herr Kollege Dregger: Sie haben einen Ansatz gemacht zu sagen, ich will mich selbst überprüfen. Das wollen wir alle tun. Am Ende dieser Diskussion bleibt für mich nur eine einzige, allerdings schmerzliche und betrübliche Schlußerfahrung, daß es trotz aller Mahnungen des Vorsitzenden und des Ehrenvorsitzenden der Partei – jeder weiß, in welcher schwereren Situation wir stehen – möglich ist, daß aus dieser Sitzung heraus Dinge an die Presse gebracht werden, die ein Bild in Öffentlichkeit verbreiten, das weder dem Ablauf hier entspricht noch der Union dienlich ist. Ich kann beides von mir aus nur bedauern.

Barzel: Bevor ich das Wort weitergebe, möchte ich zwei Bemerkungen machen. Einmal mit dem Blick auf die Uhr, ohne jetzt zu drängen, sondern Herr Langguth hat die Beschlußfähigkeit am Schluß rechtzeitig auf den Tisch gelegt. Wir haben zehn Wortmeldungen und sollten einander nicht beschneiden. Es werden sicher mehr. Das ist das eine. Das zweite ist – nur damit wir das Bild immer haben – die deutsche Presseagentur meldet, daß der Kollege Strauß den allgemeinen Konjunkturzuschlag gefordert hat. Ich möchte sagen, daß dies ausdrücklich das Gegenteil dessen ist, was unser Wirtschaftsausschuß sagt, daß diese Frage am Montag in dem wirtschaftlichen Arbeitskreis auf der Tagesordnung steht und sie in dem Gespräch zwischen CDU und CSU und Ministerpräsidenten hätte beschlossen werden sollen. Das nur hier zwischendurch.

Kiesinger: Ich möchte es möglichst kurz machen. Ich will versuchen, einen Beitrag dazu zu geben, daß wir weiterkommen. Wenn gesagt worden ist in dem Beitrag von Herrn Kraske, eine Wahl des Fraktionsvorsitzenden könne erst nach gründlichen Beratungen erfolgen und unter diesen Beratungen programmatische Beratungen verstanden werden, habe ich mich sofort gefragt, wie sollen wir das fertigbringen. In der Fraktion ist die weit überwiegende Meinung, soweit ich es feststellen kann, die, daß der Fraktionsvorsitzende in der kommenden Woche gewählt werden soll. Sie möchte nicht gerne warten, und ich stimme dem nachdrücklich zu. Man kann das Ganze so

sehen, daß man sagt, bevor man eine Personalentscheidung trifft, müssen andere Dinge geklärt werden. Man kann aber auch sagen, triff eine gute Personalentscheidung, dann wird es dieser Mann sein, der – genauso wie wir – weiß, daß man nun wirklich sehen muß, daß man zusammenkommt. Dem letzteren würde ich zustimmen. Ich möchte aber fragen, wie weit können wir kommen. Was können wir denn Neues auf dem Gebiet der Außen- oder der Innenpolitik, der Gesellschaftspolitik usw. jetzt hier in diesem Gremium beschließen, was nun als verbindliche Grundlage dienen könnte? Wir haben ein Parteiprogramm, an das sind wir zunächst einmal gebunden. Ich würde sagen, wenn ich die Stimmung in diesem Kreis richtig einschätze, dann sind wir alle überzeugt davon, daß die immer mehr zunehmende Kompliziertheit der politischen Problematik und die Beschleunigung, mit der diese Kompliziertheit wächst, uns zwingt, sehr beweglich zu sein, sehr wach zu sein. Nichts könnte dabei schädlicher sein als das Auf-der-Stelle-Treten, was vielleicht in früheren Jahren sogar eine Tugend gewesen sein mag. (*Beifall.*) Wenn wir das schon festhalten, d. h., wenn wir entschlossen sind, auf allen Gebieten nach vorn zu gehen, dann werden wir eine Möglichkeit haben, miteinander zu beraten und dann auch zu entscheiden, wohin wir gehen, mit welchem Tempo wir gehen, in welchen Etappen wir nach vorne gehen. Mit anderen Worten, ich glaube nicht, daß wir mit ein paar Bruchstücken von Vorentscheidungen auf irgendeinem Gebiet jetzt unter Außerachtlassung der ganzen Palette dessen, was zu entscheiden ist, auch in die Gespräche mit der CSU gehen können.

Wenn wir am Montag mit der CSU sprechen, dann muß das mit folgendem Willen geschehen: Erstens der CSU muß tatsächlich klargemacht werden, wenn wir zusammenleben wollen, dann kann das nicht so geschehen, daß die eine oder andere Partei oder gar der eine oder andere Teil der Fraktion Sondertänze macht, ohne daß der andere etwas davon weiß. Es muß eine Solidarität sich entwickeln, die, das müssen wir alle zugeben, bisher nicht bestanden hat. Dasselbe gilt weniger stark, aber es gilt auch für die CSU in sich. Wenn Kollege Katzer gesagt hat, wir sollten auf dem Gebiet der Mitbestimmung schon jetzt eine konkrete Entscheidung treffen, dann warne ich auf das Dringendste davor. Das ist ein untauglicher Versuch, er muß untauglich erklärt werden, er kann nur schädlich wirken. Nach der Zeit der Düsseldorfer Entscheidung – das Wort von Katzer damals, wir kommen eines Tages doch zu unseren Vorschlägen zurück, ist mir noch deutlich im Ohr – habe ich mir gesagt, vielleicht hat er recht. Ich kann es nicht sagen. Man hat bei solchen Entscheidungen nicht einfach immer nur das Gefühl, nur das ist richtig, was du jetzt sagst, das andere ist falsch.

Wenn wir den Willen haben, miteinander zu prüfen, (*Zwischenruf.*) wie wir da vorwärts kommen können, dann ist es das, was wir heute beschließen können. Mehr ganz sicher nicht, sonst fassen wir wieder einen Beschluß, der wirklich was leistet oder der hinterher wieder von irgendwelchen anderen desavouiert wird. Daher würde ich sagen, überlegen wir uns die Punkte mit der CSU genau. Das sind zwei. Erstens: Dieses Liebäugeln mit einer vierten Partei mit dem Argument, das wird uns mehr Stimmen bringen, ohne werden wir niemals die absolute Mehrheit erringen können, muß endlich aufhören. Das muß durchgekämpft werden, das ist das erste. Das zweite ist, es muß aufhören mit Sondertänzen in entscheidenden Fragen. Das gilt für uns beide

und für uns alle. Da können wir uns zwei Dinge hier heute vornehmen. Nämlich erstens nichts mehr zu verkleistern, nicht versuchen, zu rasch einen faulen Kompromiß zu schließen, sondern so lange miteinander zu reden, bis wir sehen können, ohne Kompromisse – aber dann keinen faulen – geht es nicht, oder es setzt sich die eine oder andere Auffassung durch. Das heißt führen, das heißt wirklich führen und im Verhältnis der Parteigremien zur Fraktion mit Behutsamkeit zu verfahren. Das heißt, die Fraktion, die eine sehr gute Fraktion ist – nach meiner Meinung, die beste, die wir je im Bundestag hatten – daran zu gewöhnen, (*Zwischenruf*) der Fraktion das Gefühl zu nehmen, daß man Entscheidungen, die die Fraktion verantwortlich tragen muß, antizipiert. Das ist etwas, was wir tun können. Wenn wir uns etwas anderes vornehmen, dann können wir monatelang, mindestens aber wochenlang Tag um Tag hier sitzen und eine Art neues Parteiprogramm miteinander ausarbeiten. Das schaffen wir nicht. Wir sollten heute versuchen, das, was im Ergebnis aus der Diskussion schon vorliegt, zusammenzufassen. Wir sollten nicht so tun, als könnten wir mehr erreichen, als was zur Zeit in unserem Vermögen steht.

Filbinger: Ich möchte folgendes zur Klarstellung sagen. Ich habe hinzugefügt, keine Willfährigkeit von unserer Seite, keine Weichheit, sondern hart verhandeln. Kollege Katzer, nicht nur Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein, Nordrhein-Westfalen wären genötigt, wegen der bevorstehenden Wahlen den Akkord wirklich in der Sache zu suchen, sondern auch und ganz besonders der Freistaat Bayern, der hat nämlich auch Wahlen⁸², und dem steht einiges bevor. Es ist also nicht so, daß irgendeiner aus der CSU, der es gerne möchte, diese Politik der Kontroverse fortsetzen könnte, sondern aus der CSU wissen wir, daß die Kräfte sehr stark sind, die sich dagegen verwehren und die verlangen, auch um dieser Wahl willen, daß man akkordiert. Deshalb haben wir gute Voraussetzungen, bessere vielleicht als im Dezember letzten Jahres, wenn wir jetzt verhandeln. Verhandlungsziel muß unter allen Umständen sein, daß das Wort von der vierten Partei aus dem Verkehr gezogen wird und zwar ausdrücklich und stark auch von der CSU. Das meine ich mit der Härte, die dabei angewandt werden muß. Da werden unsere Freunde den Rückhalt der gesamten Partei haben und den Rückhalt auch eines ganz großen Teils, wie ich weiß, der CSU.

Zum Institutionellen: Ich habe gehört, Sie sind ja viel sachkundiger als Mitglieder der Fraktion, daß es jetzt vorgekommen wäre, was nie üblich war, daß die CSU-Landesgruppe vor einer Fraktionssitzung zusammengekommen ist und dort beraten und beschlossen hat. Ich bin der Meinung, daß wir uns dagegen verwehren müßten und daß institutionell sichergestellt wird, daß jedenfalls zum Sinne der Vorberatung von Fraktionsgegenständen solche Sondersitzungen in der Fraktion nicht stattfinden sollen. Wenn es früher nicht der Fall gewesen ist ... (*Barzel*: Nie während der Fraktionssitzung unmittelbar vor der Abstimmung. Am 16. Mai des vergangenen Jahres wurde

82 Am 1. Juli 1973 fand ein Volksentscheid über das Dritte und Vierte Gesetz zur Änderung der Verfassung des Freistaates Bayern (Landtagswahlrecht und Rundfunkfreiheit) statt. Vgl. zum Ergebnis die Broschüre des Landeswahlleiters vom 12. Juli 1973; „Die Welt“ vom 3. Juli 1973 „Fünf-Prozent-Klausel jetzt in der Verfassung verankert“.

die Debatte um 10.00 Uhr auf Antrag der CSU beendet, obwohl es noch 20 Wortmeldungen gab, weil die CSU den Wunsch hatte, eine Sitzung zu haben.⁸³) Ich meine, darüber müßte in allem Ernst gesprochen werden. Institutionell wäre ich der Meinung, daß die Spitze der Fraktion so organisiert werden müßte, daß der Vorsitzende der CSU erster stellvertretender Vorsitzender der Gesamtfraktion ist, daß mit ihm in Dauerkontakt die Führungsgeschäfte betrieben werden können. (*Beifall.*)

Von Weizsäcker: Ich möchte ein paar Bemerkungen machen, was am Montag eigentlich bei der CSU besprochen werden soll. Nur eine Vorbemerkung über das Verhältnis von Parteigremien und Fraktion. Natürlich können wir ein Parteigremium, z. B. den Vorstand oder den Bundesausschuß, nicht daran hindern, zu irgendeiner aktuellen Politikfrage Stellung zu nehmen, wenn er das will. Aber wenn ein solches Gremium eine solche Stellungnahme beschließt und zwar öffentlich, dann muß das Gremium natürlich auch wissen, welche Wirkungen es damit auslöst. Und, Herr Vorsitzender, wenn ich noch einmal an unsere berühmte Bundesausschußsitzung zum Thema Karlsruhe erinnern darf.⁸⁴ Sie wissen, wie entschieden ich gegen jede Erwägung des Ganges nach Karlsruhe war. Gerade deshalb bin ich dagegen gewesen, daß der Bundesausschuß so einen Beschluß faßt. Denn Beschlüsse dieser Art tragen dazu bei, daß sich eine Koalition in der Fraktion verstärkt, die dem Zusammenhalt nicht gut tut. Da ist einerseits die CSU, die sich nicht gerne von der CDU präjudizieren lassen möchte und andererseits diejenigen CDU-Kollegen von uns, die der Sache nach mit diesem Beschluß ihres eigenen Bundesausschusses nicht übereinstimmen. Das ist die Konstellation, die wir in der Fraktion dadurch natürlich nicht geschaffen, aber ohne jede Frage verstärkt haben.

Nun aber zu dem, was da am Montag behandelt werden soll. Wir müßten hier ja doch wohl wissen, wer da eigentlich verhandelt. Sie haben vorhin gesagt, das Präsidium und ein paar Sachverständige. Mit welchem Ziel und über welche Themen im Einzelnen? Ich möchte dazu nur ein paar Vorschläge machen und auch Stellung nehmen zu Vorschlägen, die inzwischen schon gemacht worden sind. Erstens die Rolle des CSU-Vorsitzenden: Herr Filbinger hat mir das Wort durchaus aus dem Mund genommen. Nicht die Verminderung, sondern die bessere formale Verantwortung für die Mitwirkung in der Fraktionsführung wäre meiner Meinung nach ein Punkt, der angesprochen werden muß. Im Zusammenhang damit ist aber dann auch die Frage anzusprechen, wie die Wirtschaftssprecherrolle ist. Das ist zwar eine Fraktionsmaßnahme im engeren Sinn. Aber der Eintritt in die Reihe der stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden würde doch die Rolle des Wirtschaftssprechers tangieren.⁸⁵ Daß wir auf dem Gebiet nicht besonders glücklich sind in der Fraktion – ich lasse mal dahingestellt durch wessen Schuld –, darin sind wir ja wahrscheinlich alle einig.

83 Protokoll in ACDP 08–001–1030/1.

84 Am 12. Februar 1973. Vgl. Nr. 33 Anm. 5.

85 Franz Josef Strauß war in der Fraktionssitzung am 4. Mai 1971 zum wirtschaftspolitischen Sprecher der Fraktion berufen (Protokoll in ACDP 08–001–1025/2). Ab 1973 wurde Strauß als finanzpolitischer Sprecher bezeichnet, ein Beleg für die Umorganisation findet sich in den Akten nicht.

Es wäre auch zu erwägen die Frage, ob es wirklich richtig ist, daß nicht nur der Fraktionsvorsitzende und der erste stellvertretende Vorsitzende, sondern auch die stellvertretenden Vorsitzenden ihre Position zur Verfügung stellen sollten.⁸⁶ Ich behaupte nicht, daß das im jedem Fall nötig ist, aber in einem Gespräch wäre das durchaus mit zu erwägen. Die Rolle der eigenen Sitzung ist schon hinlänglich hier im Gespräch hin und her gegangen.

Ich möchte jetzt, was die Sachthemen betrifft, auch noch einmal auf das Thema Außenpolitik eingehen. Ich glaube, wir haben in den letzten sechs Monaten immer wieder den völlig untauglichen Versuch gehabt, nun endlich den Schuldigen oder die Schuldigen für den 17. Mai 1972 zu finden. Ereignisse dieser Art und Entwicklungen dieser Art, wie sie der 17. Mai 1972 gebracht hat, haben für uns große Probleme gemacht, die wir überleben, aber nicht nachträglich lösen können. Dagegen halte ich es für sehr wichtig, sich darüber klar zu werden, was eigentlich mit diesen Reizworten gemeint ist, die die einen vorbringen und denen andere gerne widersprechen – nämlich Anschluß an Realitäten, Anschluß an Weltpolitik oder Isolierung überwinden. Das muß möglichst präzise gefaßt werden, was man damit meint und was man damit nicht meint. Nach meinem Eindruck, nur um dazu einen Beitrag zu leisten, ist es so, daß unsere Alliierten sich entschlossen haben, die Verträge der Regierung sich zu eigen zu machen, unter Einschluß des Grundvertrages und des bevorstehenden Prager Vertrages. Dagegen ist bei den Alliierten eine wachsende Skepsis über diejenigen Folgen festzustellen, die wesentliche Teile der SPD diesen Verträgen zu geben im Begriff sind. Sie trauen uns eine größere Nüchternheit in der Analyse der welt-, europa- und ostpolitischen Lage zu und erwarten von uns, daß wir diese größere Nüchternheit nun einbringen in die kommende Politik. Das heißt, nicht wir müssen uns anpassen an die Realitäten, sondern wir müssen die von uns erkannten Realitäten auf die Verträge richtig anwenden. Wenn wir uns auf diesem Gebiet etwas genauer verständigten als nur mit diesem etwas mißverständlichen Begriff des Anschlusses an die Realitäten, dann ist ein Gespräch möglich, was dann aber auch gewisse konkrete Folgen hat. Das bedeutet eine Fortsetzung der außenpolitischen Beiträge der Opposition. Eine innenpolitische Debatte über die Verträge ist eben nicht der richtige außenpolitische Beitrag. Wenn der Prager Vertrag kommt – vorbehaltlich natürlich einer Prüfung dessen, was wirklich drin steht –, vermute ich jetzt schon, daß wir in bezug auf den Prager Vertrag nicht zu einem einheitlichen Votum kommen werden. Wenn das aber so ist, Herr Vorsitzender, dann sollten wir uns nicht vornehmen, nun über den Prager Vertrag dasselbe Geräusch, denselben großen Aufwand innerhalb der Fraktion und nach außen zu machen, den wir ja aus noch so verständlichen Gründen aus allen bisherigen Verträgen gemacht haben. Es liegt an uns und sonst an niemandem, ob eine letzten Endes unterschiedliche Bewertung des Prager Vertrags für die Union in ihrem Verhältnis zur Welt und zu den Alliierten eine Katastrophe ist oder nicht. Es liegt an uns

86 Die Neuwahl des Fraktionsvorstandes fand am 19. September 1973 statt. Vorsitzender war seit dem 17. Mai 1973 Karl Carstens, stv. Vorsitzender wurde Richard Stücklen, Parlamentarischer Geschäftsführer Leo Wagner (Protokolle in ACDP 08–001–1033/2, –1034/1).

und sonst an niemandem, ob wir eine solche Kontroverse gewissermaßen auf kleiner Flamme kochen oder daraus eine cause célèbre machen. Darüber können wir uns aber jetzt schon verständigen, das brauchen wir nicht auf später zu verschieben.

Und ein anderer Punkt, der auch immer eine große Rolle spielt: Natürlich wollen wir an unseren deutschlandpolitischen Prinzipien festhalten, aber das sollte nicht geschehen in dem gelegentlich auftauchenden Mißverständnis, als sei nun die SPD diejenige, die die Spaltung Deutschlands endgültig anerkannt habe und nun darauf zumarschiere, die Wiedervereinigung nach kommunistischem Muster demnächst zu ihrer eigenen politischen Marschlinie zu machen. Nein, das wird natürlich im Ausland insofern realistischer beurteilt, als man der SPD zwar vorwerfen kann, sie betreibe eine Politik, in deren Konsequenz Westverträge und Ostverträge nicht mehr vereinbar sind, aber es ist nicht vernünftig, ihr vorzuwerfen, ihr sei der Zusammenhalt der beiden deutschen Staaten egal. Die Gefahr ist für mein Gefühl vielmehr die, daß da so eine Art von deutsch-gaullistischem Neutralismus mit dem Ziel des Zusammenrückens der beiden deutschen Staaten kommt. Aber haben wir Aussicht auf großes Gehör, wenn wir immer sagen, wir sind nur die, die ein Zusammenrücken der beiden deutschen Staaten wollen und die anderen haben die Spaltung endgültig anerkannt? Ich glaube, diese Art von Differenzierung muß vorgenommen werden, wenn wir aus der Isolierung herauswollen, in die wir bis zu einem wesentlichen Grad hineingeraten sind. Insofern können wir uns auf die bessere Bewertung der Realitäten in der tatsächlichen Politik berufen.

Im übrigen gilt das natürlich auch für den Breschnew-Besuch, der jetzt bevorsteht.⁸⁷ Die CDU sollte natürlich nicht aus einem noch so wohlverstandenen Bedürfnis, daß die Wahrheit gegenüber der Sowjetregierung auch ausgesprochen wird, nun ihrerseits sich auf eine Linie begeben, es wegen Herrn Breschnew so heimzuzahlen, wie die Regierung Brandt gegenüber Thieu⁸⁸ gehandelt hat. Natürlich müssen wir auch unsererseits die Gespräche mit Breschnew begrüßen und das auch sagen. Bloß, was in den Gesprächen zu sagen ist, darauf kommt es an. Es gibt gewisse Teile in der Union, die aus einem verständlichen Gefühl eine falsche Reaktion ableiten in diesem Zusammenhang. Diese Dinge müssen besprochen werden, auch am kommenden Montag.

Insgesamt möchte ich sagen, zusammenbleiben ja natürlich, Bedingungen dafür stellen, ja natürlich auch. Aber um jeden Preis alles beides nicht. Wenn wir nicht zusammenbleiben, dann ist ja die Folge nicht nur bei uns, sondern für unsere Demokratie im ganzen gar nicht abzusehen. Sie wissen alle, wieviele vernünftige Sozialdemokraten Sorge haben, welche Rückwirkungen bei ihnen eintreten können, wenn bei uns diese Entwicklung so weitergeht. Der Integrationsprozeß unterschiedlicher Meinungen ist in jeder großen Partei etwas ungemein Mühsames, aber die Folgen einer Spaltung sind

87 18. bis 22. Mai 1973. Vgl. Nr. 34 Anm. 19.

88 Nguyen Van Thieu (1923–2001), vietnamesischer Offizier und Politiker; 1967–1975 Staatspräsident von Süd-Vietnam. – Thieu hielt sich am 10. April 1973 in Bonn auf, vgl. AAPD 1973 Dok. 103 (hier insbes. S. 494 Anm. 5. Brandt soll gesagt haben: „Es gibt Besucher, die sieht man lieber gehen als kommen.“).

weit mühsamer als dieser Integrationsprozeß. Ich möchte im ganzen die Formel von Herrn Müller-Hermann aufnehmen: So wenig, Herr Fraktionsvorsitzender, wir am Montag, also vor der Wahl des Fraktionsvorsitzenden, nun alle Probleme vorher in Form eines Koalitionsvertrages lösen können und sollen, so sehr muß doch die Gelegenheit vor der Wahl dazu genutzt werden, um in ein paar Punkten deutlich zu sagen, wie wir uns die Zukunft vorstellen. Denn die Gelegenheit dazu vor der Wahl ist besser als danach.

Vogel: Da wir seit geraumer Zeit von der Zukunft sprechen, möchte ich mich auch daran halten. Ich möchte nicht etwas sagen zu der Klärung der Personalprobleme, die vor uns liegen, weil wir über das Verfahren weitgehendes Einverständnis haben; nur, was ich zum Komplex Klärung von Sachproblemen sagen möchte, hat auch etwas zu tun mit der Frage, wie Personalprobleme zu klären sind. Was in den letzten Tagen uns etwas Sorge bereitet hat, ist das aufkommende Wort „Konfliktstrategie“ gewesen. Oder Strategie eines begrenzten Konfliktes oder eines irgendwie begrenzten Konfliktes. Das ist hier verschiedentlich angeschnitten worden. Ich persönlich bin der Auffassung, daß aus unserem Sprachgebrauch dieses Wort „Konfliktstrategie“ verschwinden sollte, daß wir statt dessen von Integrationsstrategie sprechen sollten. Das bedeutet natürlich, daß wir es dabei auch mit der Bewältigung von Konflikten zu tun haben. Aber wenn wir von Konfliktstrategie sprechen, habe ich ein bißchen die Sorge, daß dabei auch an die Richtung gedacht werden kann und daß aus der Konfliktstrategie sehr schnell ein Richtungskampf wird. Und wenn wir in einem Richtungskampf sind und die eine Richtung versucht, sich über die andere Richtung hinwegzusetzen, dann allerdings brauchen wir uns über das Thema vierte Partei sehr wahrscheinlich nicht mehr zu unterhalten.

Ich möchte unterstreichen all das, was gesagt worden ist zu der Frage: Ist das nur ein Problem CDU-CSU? Es geht, darüber soll sich niemand täuschen, darüber hinaus. Es ist auch ein Problem der CDU in einigen Fragen sehr deutlich geworden. Ich habe das Gefühl, daß Fragen, die keine Richtungsfragen sind, zu Richtungsfragen hochstilisiert werden. Ich persönlich habe den Eindruck – ich möchte damit niemanden belasten –, daß die Frage UNO-Beitritt ja oder nein auch ein Stück als Richtungskampf hochstilisiert worden ist. Das können wir uns ganz sicher nicht leisten. Es ist völlig selbstverständlich, daß in einer Partei, die Volkspartei ist, bei den Sachproblemen, die zu lösen sind, die Kräfte in verschiedene Richtungen ziehen. Aber ich glaube, daß wir sehr aufpassen müssen, daß nicht durch Austragen von Richtungskämpfen hinterher das Ganze in die falsche Richtung gezogen wird. Das ist auch ein Punkt, den wir zu bedenken haben, wenn es um die Klärung von Personalproblemen geht. Wir können die Klärung um Sachprobleme nicht um jeden Preis herbeiführen, weil das bedeuten müßte, daß die eine Gruppe oder die andere in den Entscheidungen fundamental belastet ist.

Herr von Weizsäcker hat darauf hingewiesen, daß Integration etwas ungemein Schwieriges sei. Herr Kollege Katzer, im Gegensatz zu Ihnen bin ich der Auffassung, daß wir bei der Problematik § 218 durch die CSU und durch ihre Beschlüsse nicht beschwert worden sind. (*Zwischenruf.*) Nein, ich glaube, daß sogar in ihrer Tendenz diese

Beschlüsse hilfreich gewesen sind. Das ist vielleicht ein Beispiel bei einer Problematik, wo Konfliktstoff in jeder Menge vorhanden ist, daß es möglich ist, untereinander eine solche Frage zu klären, ohne daß es zu Brüchen kommt. Ich glaube, wir haben gezeigt, daß das Ganze auch eine Frage der Methode ist, wie man Sachprobleme klärt, daß das Ganze auch eine Frage eines Führungsmechanismus ist. Vielleicht sollten wir bei der einen oder anderen Frage dann auch einmal überdenken, ob der Führungsmechanismus in der Vergangenheit funktioniert hat. Das Problem Franz Josef Strauß ist hier angesprochen worden. Es gibt eine Reihe anderer solcher Probleme. Ich persönlich bin der Auffassung, daß wir hier aus Fehlern eine ganze Menge für die Zukunft lernen könnten. Ich bin nicht der Auffassung, daß es jetzt möglich wäre, bis in Detailfragen hinein Sachprobleme zu lösen, daß man aber sich einigen müßte darüber, wie künftig Konflikte ausgetragen werden sollen. Deshalb darf ich noch einmal sehr herzlich darum bitten, nicht mehr von Konfliktstrategie zu sprechen.

Hasselmann: Wir haben die Notwendigkeit des Zusammenhalts der Fraktionsgemeinschaft und damit der Partei hier zu Recht beschworen. Ich glaube, daß Zusammenhalt nicht von vornherein Selbstzweck ist. Es bedarf aus diesem Grunde der Basis verbindlicher gemeinsamer Standpunkte. Und solche Standpunkte sind nur in der Sache zu suchen und auch nur in der Sache zu finden. Deshalb möchte ich bitten, wenn Sie am Montag mit der CSU Gespräche führen, die auf der Fraktionsebene anberaumt sind, durch Gespräche unseres Präsidiums – das ist unser zuständiges Gremium – ergänzt, daß die wesentlichen Punkte vorher geklärt werden. Als erstes größeres Land haben wir in Niedersachsen Wahlen im Juni nächsten Jahres. Insoweit möchte ich all jenen beitreten, die das Ende des Redens von vierter Partei angekündigt haben. Wenn die Diskussion über die vierte Partei und auch die Drohung der CSU, in anderen Landesverbänden aufzukreuzen, nicht aufhört, dann kann das in einem Land wie unserem, in dem wir mit Mühe über Jahre die Fusion von DP zur CDU fertiggebracht haben, zu fünf Parteien kommen. Deshalb muß diese Debatte oder dieses Gerede von vier Parteien endgültig aufhören. Ich würde auch Herrn Strauß sagen, daß es einfach nicht geht. Denn sonst brauchen wir uns nichts einzubilden über die Wahlaussichten.

Natürlich gehören zu diesen Voraussetzungen, die noch erst erfüllt werden müssen, neben den Sachdiskussionen auch die Personalfragen. Bis Mittwoch haben wir gewußt, daß es nur um den Parteivorsitz geht. Jetzt wissen wir, es geht auch um den Fraktionsvorsitz. Wir sind uns im Vorstand der CDU in Niedersachsen⁸⁹ dahingehend einig geworden, die Fraktion zu bitten, möglichst schnell einen neuen Fraktionsvorsitzenden zu wählen. Und wir haben hinzugefügt, und ich möchte das gerne hier vortragen, daß wir der Ansicht sind, daß das nicht ein Fraktionsvorsitzender sein darf, der eine Gruppe oder einen Flügel repräsentiert, sondern der die Integrationsfähigkeit besitzt und die Gesamtfraktion und nichts anderes vertreten kann. Über die Person selbst sind keine Aussagen gemacht worden. Vielleicht haben wir bezüglich des Parteitagess uns

89 Ein Protokoll der Sitzung liegt im ACDP nicht vor.

selbst zu viel vorgenommen. Auch für die beiden Kandidaten ist es eine Überforderung, aber auch für die Partei, wenn wir geglaubt haben, daß das Ganze bis Oktober Zeit habe. Wir waren mehrheitlich gestern der Ansicht, nach diesem gegenwärtigen uns bekannten Diskussions- und Informationsstand, nein zu einer Vorverlegung zu sagen, im Gegensatz zu der Mehrheit, die sich hier zeigt. Wir sind aber so frei, wenn das hier so sein soll, dann auch ja. Deshalb müßten wir hierüber eine klare Entscheidung haben.

Der Rücktritt Dr. Barzels vom Fraktionsvorsitz, eine Position, auf der ich Herrn Dr. Barzel gerne gesehen habe und sehen würde, hat natürlich die Diskussion auch bei uns wieder angefacht, ob man zeitweilig sich von der CSU-Gruppe trennen soll. Diese Frage des Trennens ist ja hier verneint. Ich bin auch dieser Meinung. Aber wir haben doch festgestellt, daß zwei Dinge beachtet werden müssen. Erstens: Die Lösung liegt bestimmt anhand der Probleme nicht in einer Trennung, sondern im Versuch, die Gemeinsamkeiten wiederzufinden. Aber eins sollten wir wohl zweitens noch dazu sagen, daß diese CSU-Gruppe eine beachtliche Geschlossenheit mitbringt, die wir in der gleichen Weise nicht haben. Eine größere Gruppe hat diese Geschlossenheit immer viel schwieriger zu erstellen. Die CSU hat uns dies voraus. Dadurch wird das Kräfteverhältnis der Gesamtfraktion beeinflußt. Es hat den Anschein, als ob die CSU die eigentliche Richtung bestimmt.

Wir in Hannover sind der Ansicht, daß wir bei der Presse und bezüglich des Umgangs mit der Presse uns größerer Vorsicht befleißigen sollten. Wir selbst haben nichts veröffentlicht, auch nicht über die gestrige Sitzung. Daß die Presse interessiert ist, von uns einzelnen immer wieder etwas zu hören, haben wir hinreichend erfahren. Aber vielleicht ist gerade das für die nächsten Wochen von großer Wichtigkeit, hier uns größerer Zurückhaltung als bisher zu befleißigen und nicht landauf und landab in eigenen Erklärungen uns zu ergießen

Dann möchten wir gerne, daß wir in der Klausurtagung des Bundesvorstands anreißen, wie wir über die eine oder andere Sachfrage in diesem Vorstand denken, wenn das möglich ist und zeitlich eingeplant werden kann. Denn ich habe z. B. in der Frage der Mitbestimmung Sorge, daß wir in Hamburg ein zweites Düsseldorf erleben, nur mit anderen Mehrheiten. Deshalb müssen wir, glaube ich, früh genug, Herr Katzer, auch von unseren hier engagierten Gruppen hören, welche Lösungen stehen denn an. Oder ist es doch der gleiche Standpunkt, den wir schon in Düsseldorf vorfanden? Was hat sich denn auf allen Seiten in dieser Frage geändert? Oder hat sich nichts geändert? Wir sind nicht sicher, ob das so ist. Zum Teil wird in einer ungeheuren Unkenntnis der wirklichen Dinge diskutiert. Die ganze Diskussion scheint mir zu sehr emotional aufgeladen zu sein. Deshalb ist sicher hier ein klärendes Wort des Vorstandes notwendig, um eine gewisse Hilfestellung den Gremien zu geben und zu sagen, wie weit wir sind. Es kann doch nicht angehen, Herr Katzer, daß man mir sagt, wie Sie es im einzelnen sehen, aber solange Herr Katzer oder Dr. Blüm – ich nehme Sie mal stellvertretend für andere – nicht anders votieren als Herr Vetter, brauchen wir uns doch nicht zur CDU bewegen, dann können Sie sich ja auch zur SPD bewegen. (*Blüm*: Nur wer das sagt, der ...) Ja das ist eben nicht hinreichend. Eure Leute sind ja in dieser Frage überhaupt

nicht zu unterscheiden von den Vorstellungen von Vetter, Loderer⁹⁰ u. a. Deshalb müssen wir da eine Linie hineinbringen. Das wäre meine Bitte zu diesem Punkt.

Genauso wie wir vielleicht, Herr Dr. Kraske – ich weiß nicht, ob das geht –, als eine ausgezeichnete Grundlage für die Bodensachdiskussionen die von beiden Kirchen herausgegebene Broschüre sowie die „Beschlüsse zum Eigentum“ des Deutschen Bauernverbandes⁹¹ verschicken müßten, um die Diskussion draußen zu versachlichen und die Emotionalität wieder herauszunehmen. Ich weiß nicht, ob wir das machen könnten oder ob wir die kirchlichen Gremien und den Deutschen Bauernverband bitten sollten, an unsere Entscheidungsträger die Broschüre zu verschicken, soweit wir sie nicht haben. Wenn Sie also heute einen Beschluß fassen wollen für die Vorverlegung eines Teils dieses Parteitages, weil der Sachparteitag durchgeführt werden muß, würde der niedersächsische Vorstand dazu ja sagen können, aber wir bitten in dieser Frage um Abstimmung, weil ich glaube, daß das mit den Sachfragen zusammenhängt.

Barzel: Bevor ich Frau Wex um Entschuldigung bitte und das Wort gebe, möchte ich nur die neuesten Nachrichten aus unserer Sitzung in wenigen Schlagzeilen bekanntgeben: „Hessens CDU-Chef und Barzel sagten sich die Meinung. Der hessische CDU-Vorsitzende und Bundestagsabgeordnete Dregger sagte zur Entscheidung über den Fraktionsvorsitzenden im Hessischen Rundfunk am Samstag, er sehe den ehemaligen Außenminister Gerhard Schröder als einen guten Mann für die Nachfolge Rainer Barzels in der Fraktion an. Der Politiker sprach sich ferner gegen eine Trennung der Fraktionsgemeinschaft aus.“ Kaum Mitteilung darüber, daß wir uns hier die Meinung gesagt hätten usw. Nächste Meldung: „In einer Sitzungspause des in Bonn tagenden CDU-Bundesvorstands sagte Echternach, die Junge Union vertrete die Ansicht, daß der Bundesabgeordneten Richard von Weizsäcker als Nachfolger von Rainer Barzel zum neuen Fraktionsvorsitzenden der CDU/CSU im Bundestag gewählt wird.“⁹² Und es wird dann aus Teilnehmerkreisen eine Mitteilung gemacht über das, was Herr Kohl mir gesagt haben soll. Die Mitteilung ist korrekt. Es ist aber ein völlig aus dem Zusammenhang gerissener Satz. Meine Damen und Herren, entweder stimmt das über den

90 Eugen Loderer (1920–1995), Metallgewebemacher; 1951 SPD, ab 1947 Tätigkeit als hauptamtlicher Gewerkschaftsfunktionär, 1963–1968 Bezirksvorsitzender DGB Baden-Württemberg, 1968–1972 stv. und 1972–1983 Vorsitzender der IG Metall, Juli–Dezember 1979 MdEP. Vgl. Klaus KEMPTER: Eugen Loderer und die IG Metall. Biografie eines Gewerkschafters. Filderstadt 2003.

91 Zum Memorandum der beiden christlichen Kirchen vom Februar 1973 vgl. Hermann DIETZFELBINGER/Julius DÖPFNER: Soziale Ordnung des Baubodenrechts. Ein gemeinsames Memorandum der Kammer für soziale Ordnung der Evangelischen Kirche in Deutschland und des Arbeitskreises „Kirche und Raumordnung“ beim Kommissariat der katholischen deutschen Bischöfe. In: „Die Neue Ordnung“ 27. Jg. Heft 2/1973 S. 81–95; „Rheinische Post“ vom 22. Februar 1973 „Eigentum ist nicht heilig und unantastbar“. – Der Deutsche Bauernverband hatte am 1. Februar 1973 seine „Thesen und Vorschläge zur Eigentums- und Baubodenordnung“ vorgelegt. Vgl. „DBV Informationen“ 7/31 vom 1. Februar 1973; „General-Anzeiger Bonn“ vom 2. Februar 1973 „Bauernverband-Thesen zum Bodenrecht“.

92 Zu den dpa-Meldungen vom 12. Mai 1973 vgl. Anm. 68. Vgl. auch dpa vom 13. Mai 1973 „Junge Union für von Weizsäcker als Fraktionsvorsitzenden“.

Ernst, von dem hier vorher gesprochen worden ist und die Notwendigkeit von Loyalität und Geschlossenheit, oder es stimmt nicht.

Wex: In dieser Lage ist ja wohl festzustellen und auch aus dem Gang der Diskussion zu fragen, woher nehmen wir denn eigentlich die Hoffnung, daß das anders weitergeht? Wenn Sie in den letzten Tagen doch alle gehört haben, daß gerade die Menschen, die nach der Wahl und kurz vor der Wahl als Mitglieder zu uns gestoßen sind, verzweifelt fragen, wozu sind wir denn eigentlich eingetreten? Dann kann man jetzt doch nur sagen, es gibt noch eine Hoffnung, wenn wir auch die Diskussionsbeiträge hören, wir wollen keine fremdbestimmte Partei. Wir wollen das sachliche Gespräch mit der CSU. Wir wollen im Grundsatz zusammenbleiben. Wir wollen uns nicht mit der Vergangenheit beschäftigen. Wir wollen den Blick nach vorne richten. Dann kann ich doch nur fragen, was ist das eigentlich Neue? So lange ich in dem Präsidium und so lange ich im Bundesvorstand bin, ist das die Feststellung. Es gibt doch jetzt nur die Frage, wie machen wir das denn eigentlich? Und ich möchte hier anregen, ohne noch lange zu reden, daß wir über die Punkte, die das Präsidium mit der CSU am Montag besprechen will, hier sprechen. Denn sonst gibt es überhaupt keine Chance weiterzukommen. Ich kann dazu nur feststellen, daß die Geltung des Präsidiums angegriffen ist, angeschlagen ist. Die Gründe will ich hier gar nicht untersuchen. In der Situation, die in der Nacht vom Mittwoch auf Donnerstag in der Fraktion geherrscht hat, (*Zwischenruf*: Donnerstag auf Freitag.) war es kaum möglich, den Präsidiumsbeschluß, der ja einstimmig war, zu vertreten, ohne eine Abwehr all dieser Funktionen, die das Präsidium legalerweise ja akzeptiert hat. Außer Herrn Kraske habe ich alleine gesprochen, und Sie, Herr Kiesinger, haben ein sehr verbindliches Wort für die Entwicklung der Zusammenarbeit gefunden. Aber, Herr Kiesinger, Sie werden nicht verkennen, in welcher Erregung sich die Fraktion im Verhältnis zum Präsidium befunden hat. Ich will Ihnen gerne bestätigen, daß Sie einen Teil davon vorausgesagt haben, aber das ändert die Lage im Moment gar nicht. Ich kann nur sagen, das Verhältnis zwischen Präsidium, Bundesvorstand, also Partei und Fraktion, wird sich nur dann ändern, wenn das Gespräch am Montag mit der CSU ein Ergebnis aufgrund von konkreten Aussagen hat, daß es überhaupt eine Neuorientierung auf der Basis der Sache geben kann. Ich beantrage also, die Punkte von Herrn von Weizsäcker, die er vorgeschlagen hat, jetzt hier – soweit es möglich ist – zu besprechen und einen Teil der Aussagen von Herrn Barzel aus der Rede – das können wir ja besprechen – für unsere Beratung im Präsidium hier wenigstens soweit anzudiskutieren, daß das Präsidium am Montag mit der CSU wirklich eine Art von Marschrichtung festlegen kann. Denn bei dem Blick nach vorne – wir können das natürlich immer wieder sagen –, hat es überhaupt keinen Sinn zu sagen, wir wollen zwar einen Blick nach vorne, aber wohin denn? Die Wahl des Fraktionsvorsitzenden steht ja in der nächsten Woche wahrscheinlich an, und wenn wir den Parteitag vorverlegen, wird das noch alles viel drängender. Dieses alles wird niemals zu einer gründlichen Klärung führen, wenn nicht auch in kurzer Zeit über ein Teil der Sachfragen schon gesprochen werden kann. Wir wissen ja alle, was in dem nächsten halben Jahr oder im nächsten Jahr ansteht, darüber sind lange genug vorbereitende Gespräche geführt worden.

Barzel: Sie haben den Antrag gehört.

Dregger: Ich bin in einen Anklagezustand versetzt worden. Darf ich folgendes dazu bemerken. Ich habe ein Interview gegeben dem Hessischen Rundfunk, das gestern vereinbart worden war. Ich habe nur selten diesen Vorzug, im Hessischen Rundfunk zu Wort zu kommen, weil das eine besondere Rundfunkanstalt ist. In diesem Interview habe ich mich zum Fraktionsvorsitzenden geäußert auf Befragen. Das war kein Beratungsgegenstand der Bundesvorstandssitzung. Ich glaube, das kann man nicht beanstanden. Ich habe schließlich nach allem, was vorausgegangen ist – das will ich wieder aufgreifen – erklärt, Herr Barzel und ich haben die Lage besprochen. Wir haben uns die Meinung gesagt. *(Zwischenruf.)* Entschuldigen Sie mal, ich spreche jetzt nach Hessen. Jetzt ist die Atmosphäre bereinigt. Sie ist gut und aufgeschlossen. Ich glaube, daß das für unsere Freunde in Hessen sehr nützlich war. Sie sind ganz glücklich zu hören, daß der Bundesvorsitzende und der Landesvorsitzende jetzt in einer aufgeschlossenen Atmosphäre miteinander reden. *(Beifall.)*

Echternach: Ich möchte nur fragen, woher Sie den Vorwurf haben, daß ich der Presse den Beschluß des Bundesvorstandes der Jungen Union von gestern mitgeteilt habe, sich für Herrn von Weizsäcker als neuen Fraktionsvorsitzenden auszusprechen.

Barzel: Ich habe erstens keinen Vorwurf gemacht. Ich bitte nur, an folgendes zu denken: Jetzt werden wir also heute nach langen Bemühungen ein Kommuniqué haben, das möglicherweise – die Bemühungen sehen Sie ja – gerne einstimmig verabschiedet wird. In der Öffentlichkeit interessiert das überhaupt niemanden, weil wir nur diese beiden Namen haben. Ich habe niemandem einen Vorwurf gemacht, der sich dazu äußert. Überhaupt nicht. Dies möchte ich nur dazu sagen. Und wenn das ein Beschluß des Bundesvorstandes der Jungen Union ist, dann will ich den gar nicht kritisieren. Was mich interessiert, ist, daß es während einer Sitzungspause gesagt worden ist.

Schwarz-Schilling: Ich möchte auf die verschiedenen Beiträge hier jetzt nicht näher eingehen, um die Zeit nicht zu verlängern. Ich möchte nur einige kurze Worte sagen. Es ist doch für einen Menschen, der aus der Landespolitik hierher kommt, schwer, dazu hier zu schweigen. Erstens: Wir sind alle mit großer Unruhe in den Landesverbänden und erwarten von diesem Bundesvorstand heute eine Entschließung nach draußen, die diese Unruhe einer gewissen Weise besänftigt. Zweitens: Fragen, die die Fraktion betreffen, sind zwar im Moment interessant, aber sollten in dieser Situation hier nicht Gegenstand ausführlicher Besprechungen sein. Ich glaube, es geht in diesem Moment wirklich nur um die Unruhe in der gesamten Partei. Also um die Frage, wie jetzt in der Fraktion in dem einen oder anderen Punkt hier auf lange Sicht taktiert werden sollte. Dazu müßte man dann eine entsprechende Unterlage haben als Beratungsgegenstand, wozu man sich dann auch vorbereiten könnte als Bundesvorstandsmitglied.

Um hier nur keine Fehlschlüsse aufkommen zu lassen, möchte ich doch folgendes sagen und das möchte ich gerade Ihnen, Herr Kollege Katzer, sagen. Ich glaube, wir sollten uns sehr vorsehen, eine monokausale Erklärung für die Niederlage vom 19. November hier zu verkünden. Man könnte genau umgekehrt die Meinung vertreten. Man

könnte sagen, es war dieser Grund oder jener Grund. Ich glaube, wir sollten alle etwas mehr Verständnis für geschichtliche Situationen haben. Die SPD hätte im Jahr 1957 oder im Jahre 1961 das beste Programm haben können, das hätte uns bei weitem überall überflügeln können in Vermögensbildung, in allen möglichen Dingen, und dennoch wäre Konrad Adenauer und niemand anders gewählt worden. Es gehören zu einem Wahlsieg mehrere Komponenten dazu. Dazu gehört die allgemeine politische Lage. Es gehört die Reputation derjenigen, die regieren, dazu. Es gehört der Erfahrungsstand der Bevölkerung dazu zu wissen, ob bestimmte Ereignisse tatsächlich eintreten oder nicht, und das dauert einige Jahre. Wir können feststellen, daß vieles, was wir am 19. November oder zum 19. November gesagt haben, mit einem gewissen Zeitverzug mehr und mehr Erfahrungsschatz der Bevölkerung wird. Es wäre geradezu verhängnisvoll, wenn wir diese Komponenten, die wir damals gelegt haben, nunmehr aus einer überstürzten Hektik, jetzt muß alles neu werden, jetzt muß alles verändert werden, in dem Moment hier vom Tisch wegziehen, wo die Bevölkerung mehr und mehr auf diese Dinge zu hören beginnt.

Die Regierung beginnt genau auf diesen Punkten mehr und mehr Nachteile und Prestigeverluste zu erleiden. Ich fürchte, daß eine Diskussion in diesem Vorstand in dieser Weise zu einer entsprechend gegenteiligen Wirkung führen kann und wir geradezu die Bevölkerung irritieren, die ja schließlich uns zum 19. November mit diesem Programm gewählt hat mit diesem hohen Prozentsatz. Ich möchte das hier deutlich sagen, weil Sie, Herr Kollege Katzer, jetzt einen Punkt vorwegnehmen wollen, ohne daß wir in der Lage sind, hier ganz konkret und sachlich über diese Dinge zu sprechen. Das hielte ich für ein sehr unfaires Verfahren. Ich glaube, wir stehen alle – und das möchte ich doch mit Deutlichkeit betonen, auf dem Boden der Partnerschaft in unserer Wirtschaft. Das ist in unserem Parteiprogramm bereits formuliert. Und wer sagt, wir müssen jetzt endlich Partnerschaft betreiben, und bestimmte neue Modelle vorschlägt, der unterstellt ja geradezu, als hätten wir 20 Jahre lang die Partnerschaft noch nicht entdeckt. Ich möchte also wirklich sagen, daß wir das doch nicht in einen Zusammenhang bringen müssen. Die Frage des Aufsichtsrates ist ja doch nur ein Teilproblem. Wir blicken auf diesen Aufsichtsrat geradezu wie das Kaninchen auf die Schlange. Wir müssen doch sehen, daß es hier um einen ganz breiten Komplex handelt. Ich könnte dann genauso sagen, so lange nicht Mitglieder der Unternehmer im Betriebsrat mit sitzen, handelt es sich hier nicht um Partnerschaft. Man kann immer solche Dinge konstruieren. Oder wenn wir sagen, wenn nicht in den Gewerkschaften entsprechend die Tarifpartner ebenfalls mitbestimmen, dann ist eben keine Partnerschaft da. Meine Damen und Herren, wenn wir so monokausal vorgehen, werden nie zu einer sachlichen Lösung kommen. (*Blüm*: Unternehmen der Gewerkschaften?) Entschuldigen Sie, wenn wir von den Tarifpartnern sprechen – und die Unternehmen sind ja auf der einen Seite Tarifpartner –, dann muß man sich auch überlegen, wenn diese Seite durch einen entsprechenden Abstimmungsmechanismus neutralisiert wird, dann gibt es nicht mehr den anderen Partner. Das sind alles Fragen, die wir jetzt hier nicht erörtern können, aber die man, glaube ich, doch in einem umfassenden Gespräch klären muß. Ich kann nur sagen, ich warne vor einer Entwicklung wie vor Düsseldorf, in der auch

mit gewissen Schlagworten und mit einer entsprechenden oberflächlichen Betrachtung in diesem Bundesvorstand die Diskussion in echter Weise hier nicht geführt wurde. Und man sich dann darüber beklagte, daß sie auch auf dem Bundesparteitag so geführt worden ist. Das möchte ich doch einmal mit aller Deutlichkeit hier sagen. Es gab hier einige, die sich bis zuletzt gewehrt haben, weil dieses Thema nicht auf der Klausurtagung damals echt behandelt worden ist. Und diese wurden damals mit Mehrheit überstimmt. Und die, die damals mit Mehrheit dagegen gestimmt haben, möchte ich bitten, doch ganz klar zu bekennen, daß Sie es dann auch zu vertreten haben, wenn diese Frage auf dem Bundesparteitag zu einer so kontroversen Auseinandersetzung geführt hat.

Ich möchte aber über diese vergangenen Fragen jetzt hier nicht weiter sprechen. Ich möchte nur darum bitten, daß wir jetzt den Blick nach vorne richten. Ich habe gehört, hier ist etwas vorbereitet worden, wie wir nach außen vorgehen. Zunächst nach innen: Ich glaube, wir sind uns alle einig, daß wir nicht von Richtungskämpfen sprechen, sondern von Sachauseinandersetzung. Ich würde es für unklug halten, in das Gespräch mit der CSU nun gerade mit den Fragen einzutreten, wo sicherlich die größten Sachauseinandersetzungen sind. Das kann man dann machen, wenn eine gewisse Vertrauensbasis wiederhergestellt ist. Das ist ein Gebot der politischen Klugheit. Oder man will die Auseinandersetzung so führen, daß sie zum Bruch führt? Dann möchte ich eigentlich sagen, was Herr Kollege Kohl vorhin angesprochen hat. Ich glaube nicht, daß wir als lebende aktive Politikergeneration noch in der Lage sein werden, diese beiden Parteien dann wieder zusammenzuführen. Wir werden in Geschichtsbüchern nachher nachlesen, was für Eigengesetzlichkeiten sich daraus entwickelt haben. In dieser Frage muß sich jeder selbst und ganz klar vor seinem Gewissen entscheiden, was er hier mit beschlossen oder was er gesagt hat.

Ich habe jetzt den Entwurf des Kommuniqués vorliegen und wollte nur von meiner Seite aus sagen, was in einem solchen Entwurf noch vorhanden sein sollte. Erstens, daß wir eine freimütige und offene Aussprache gehabt haben über die Situation, die durch den Rücktritt des Fraktionsvorsitzenden entstanden ist, Mißverständnisse, die durch verschiedene Rundschreiben und Presseerklärungen ausgelöst worden sind, konnten bereinigt werden. Und ich würde auch sagen, daß der Bundesvorstand mit Befriedigung zur Kenntnis genommen hat, daß die Fraktion in aller Kürze einen neuen Fraktionsvorsitzenden wählen wird. Zweitens: Der Bundesvorstand hat angesichts der entstandenen Situation beschlossen, bereits im Juni einen Bundesparteitag einzuberufen, um die satzungsmäßig für dieses Jahr vorgesehenen Personalwahlen vorzuziehen. Drittens: Die vom Bundesvorstand eingesetzten Kommissionen, welche die notwendigen Sachentscheidungen für den Parteitag im Herbst vorbereiten sollen, erhalten den Auftrag, ihre Arbeiten ohne Unterbrechung fortzusetzen. Die Ergebnisse werden nach ausreichender Diskussion auf allen Parteiebenen auf einem weiteren Bundesparteitag, der nach wie vor für diesen Herbst terminiert ist, zur Entscheidung gestellt werden. Das wäre mein Vorschlag nach vorn.

Windelen: Auch jetzt nur noch zur Zusammenfassung: Ich stimme den Vorschlägen und den Vorstellungen zu, die es für notwendig halten, im Gespräch mit der CSU

einen bestimmten Rahmen zu setzen, etwa so wie Dr. Kiesinger es formuliert hat. Das heißt also in Grundsätzen Vierte Partei usw. Ich würde aber sehr davor warnen, dieses Gespräch jetzt mit Dingen zu belasten, die bei uns nicht ausdiskutiert sind und heute und hier nicht mehr ausdiskutiert werden können. Das heißt also z.B. aufgrund des verständlichen Vorschlags von Herrn Katzer, jetzt durch die Einführung des Begriffes der Gleichgewichtigkeit der Partner eine Aussage zu treffen, die natürlich dann zu Reaktionen in der Partei führen müßte. Kollege Katzer beruft sich mit Recht auf eine Aussage des Parteivorsitzenden, die er ja auch heute und hier gemacht hat. Aber die Frage kam ja dann auch sofort auf das Wort Partnerschaft, ob das Parität bedeutet. Worauf der Vorsitzende gesagt hat, wenn er Parität gemeint hätte, hätte er Parität gesagt. Das heißt also, wir lösen doch hier nicht Fragen, sondern wir lösen neue Fragen aus. Das sollten wir nicht tun. Ich hatte damals in Düsseldorf bei dem Punkt Mitbestimmung das Präsidium des Parteitages inne. Deswegen ist mir der Verlauf dieser Debatte noch in lebhafter Erinnerung. Herr Kollege Katzer, Sie werden mir sicher nicht widersprechen, wenn es zur Abstimmung über das Biedenkopf-Modell hier gekommen wäre, hätte der Parteitag mit etwa 80 % dem zugestimmt. Es kam ja nur über die Alternative zu diesem knappen Ergebnis. Aber eine solche Grundlage kann man natürlich jetzt nicht dadurch aufheben, daß der Parteivorstand einen Beschluß faßt. Und das ist ja gesagt worden, wir wären dann also von Düsseldorf weg und hätten eine neue Grundlage. Ich glaube, daß das eher als Sprengstoff denn als Kitt wirkt.

Ein letztes: Wir würden damit am Ende der Sitzung den Parteivorsitzenden desavouieren, der am Anfang der Sitzung gesagt hat – und soweit ich höre, ist seine Rede inzwischen bei der Presse ja auch verteilt –, ich will der Sitzung vom Ende des Monats nicht vorgreifen. Ich werde Ihnen dann empfehlen, eine Kommission einzusetzen. Ich meine, daß diese neue Aussagen, die wir suchen, ausgehen muß von den Grundsätzen unseres Programms zum Gleichgewicht der Partner usw. Das heißt, das soll dann gemacht werden, dann können wir doch jetzt nicht am Ende der Sitzung dem vorgreifen, was der Vorsitzende am Anfang der Sitzung längst ausgeführt hat. Er sagt dann, ich möchte Sie einladen, der Formel des Gleichgewichts der Partner Ihr Augenmerk zuzuwenden. Er sagt dann weiter zum Bodenrecht, da ist eine Kommission. Sie steht unmittelbar vor dem Abschluß. Ich glaube, daß das auch den Kreisparteien zugeleitet werden kann. Wenn wir dem jetzt vorgreifen, desavouieren wir ihn doch. Das gleiche gilt für die berufliche Bildung, wo er ja auch Aussagen gemacht hat, was hier noch konkretisiert werden müßte. Ich glaube also, daß wir diesen Prozeß nur erschweren, wenn wir jetzt präjudizieren und in diese Diskussion eingreifen (*Zwischenruf*: Soll er denn beschlossen werden, dieser Redetext?) Nein, darüber haben wir doch ausreichend gesprochen, und das war jetzt klargestellt. Ich möchte also sehr herzlich bitten, daß wir im Sinne der Rede des Vorsitzenden vom Anfang der Sitzung nicht am Ende der Sitzung das Gegenteil von dem tun, was er uns am Anfang empfahl, d. h. also auf eine inhaltliche Beziehung von einzelnen Programmpunkten in dieser Stunde, zu verzichten.

Blüm: Ich bin sicher, daß heute abend meine Freunde mich in nicht weniger Zahl anrufen werden und fragen, was denn dabei herausgekommen sei, wenn wir hier heute

acht Stunden zusammen verbracht haben. Die werden sich nicht damit begnügen, wenn ich sage, wir hätten beschlossen, einiger zu sein und netter zueinander, auch gegenüber der CSU. Ich glaube, die werden auch weniger Interesse an der Vergangenheitsbewältigung haben, sondern die sind mehr interessiert an der Zukunft, an Integration durch Sachpositionen. Das scheint mir zum Thema Gesellschaftspolitik nicht mehr in dieser Entschließung zu stehen, als daß wir vor wichtigen Entscheidungen stehen. Auch das war schon bekannt. Das wird nicht sehr überraschend für die Betriebsräte seien, daß wir vor wichtigen Entscheidungen stehen, wie das ja meistens in der Politik ist. Ich würde aus diesem Grund dafür plädieren, Fahne zu zeigen und Signale zu setzen. Dazu gehört, das Gleichgewicht der Partner in der Mitbestimmung, zumal die beiden Kandidaten, wie ich mit Freuden festgestellt habe, in dieser Frage ja gar keinen Dissens haben. Warum wollen wir diese Einigkeit hier nicht auch dokumentieren? Im übrigen ist das noch keine Entscheidung, Herr Schwarz-Schilling, zu einem Modell. Gleichgewicht der Partner ist ja fast für mich eine Tautologie. Ich kenne nämlich keine Partner, die sich im Ungleichgewicht befinden. Dann sind es keine Partner mehr. Dann ist der schwächere im besten Fall der Empfänger von Wohltaten, aber immerhin würde das schon sehr hilfreich sein, wenn wir über diese Hürde kommen. Deshalb meine ich, wir hätten noch nicht zu viel vorweggenommen. Vor allen Dingen hätten wir zumindest einen Ansatz einer sachlichen Integration mit der CSU. Ich weiß nicht, wie lange das Gespräch mit der CSU dauern soll, wenn man sich nur den Willen der Zusammenarbeit wechselseitig bestätigt. Das kann man per Postkarte machen. Es wird doch wichtiger sein, daß wir ein paar Punkte nennen, mit denen diese Zusammenarbeit gefestigt wird. Zu diesen Punkten gehört eben auch, daß der Bundesvorstand das Spielfeld möglicher Entscheidungen eingrenzt, weil das ein Beitrag zur Integration durch Sachentscheidung ist. Und für die plädiere ich nachdrücklich.

Dregger: Herr Katzer, nur damit wir uns näherkommen. Lassen Sie mich das noch einmal aufgreifen. Sie haben gesagt: Herr Dregger, Ihre Rede in Düsseldorf hat uns Stimmen gekostet. Das haben Sie gesagt. Das wird häufig gesagt. (*Katzer:* Ich habe gesagt, das wird noch dauern.) Wenn das richtig wäre, dann hätte ich eine parteischädigende Rede gehalten. Ich glaube, daß eine Rede nicht parteischädigend wirken kann in einem solchen Ausmaß, sondern allenfalls die Entscheidung des Parteitages und die Rede, die diese Entscheidung begründet hat. Insofern hätten wir alle Verantwortung dafür, außer denen, die dagegen waren.

Und das zweite: Die Wahlanalyse weder nach Wahlkreisen noch nach Landesverbänden rechtfertigt eine solche Vermutung. Sie widerlegt sie auch nicht, meinerwegen. Ich bin also sehr zurückhaltend, aber man sollte doch wirklich solche Behauptungen nicht aufstellen. Wir haben nicht nur an Rhein und Ruhr Arbeiter, sondern auch im Untermain-Gebiet. Und eine Analyse der SPD hat ja ergeben, daß wir zwar 40.000 Stimmen dort an die SPD verloren, ihr aber 58.000 Stimmen abgenommen haben. Wir hatten die größten Gewinne im Untermain-Gebiet und in den kreisfreien Städten. Und wir sind heute in Hessen eine Stadtpartei und nicht eine Landkreispartei, denn wir sind in den kreisfreien Städten stärker. Bitte sagen Sie das nicht. Und sagen Sie bitte auch nicht, Sozialpartnerschaft ist erst dann verwirklicht, wenn Parität im Auf-

sichtsrat verwirklicht ist. (*Zwischenrufe Kater.*) Ich habe ja nur eine Bitte geäußert. In Form einer Bitte, denn diese Kampfbehauptung bedeutet doch, daß alle anderen, die nicht für die Parität sind, gegen die Sozialpartnerschaft sind. (*Kater: Meine Meinung!*) Das ist eine Aussage, die, wenn wir sie auch nach außen äußern, natürlich Munition für unsere Gegner ist. Und wenn die Mitbestimmungsrede überhaupt nur negative Wirkung gehabt haben sollte, dann allenfalls deshalb, weil man die Motive zu dieser Rede im Kreise der Partei nicht einheitlich verteidigt hat, die Motive, nicht die Ergebnisse. Ich habe mich immer vor Sie und Herrn Blüm gestellt.

Es war für mich interessant, daß Sie die Vermögensbeteiligung jetzt unter dem Gesichtspunkt des Gewinns sehen. Ich habe mich immer gefragt, warum bringen wir eigentlich das Investivlohngesetz nicht endlich wieder ein. Und zwar verbessert, indem man höhere Raten vorsieht im Hinblick auf die Inflation. Das ist doch stabilitätspolitisch und gesellschaftspolitisch notwendig. Ich wäre dafür, Herr Vorsitzender, wenn wir das so bald wie möglich tun würden. Oder ist das der Grund, daß wir die Sache neu überdenken? Denn es wäre doch wunderbar – ich versuche es in allen meinen Reden immer wieder –, wenn wir nach diesem Kollektiventwurf der SPD⁹³ nun endlich unseren konkreten Gesetzentwurf wieder vorlegen könnten. Mir scheint das eine wichtige politische Frage zu sein. Wenn Sie sagen, die Sozialpartner müssen im Gleichgewicht stehen, unterstreiche ich das völlig. Lieber Herr Windelen, das ist eine Voraussetzung der Tarifautonomie, die Frage ist nur, ob das Gleichgewicht der Sozialpartner dann gewahrt ist, wenn sie bei Tarifverhandlungen auf der einen Seite die Gewerkschaften haben und auf der anderen Seite Unternehmen, die paritätisch besetzt sind, auch in ihren Vorständen, und deren Vorstandsmitglieder vom Veto der anderen Seite abhängen bei ihrer Wiederbestellung, die alle fünf Jahre stattfinden soll. Das ist doch das Problem, daß das Gleichgewicht gewahrt werden muß. Das kann doch gar keine Frage sein. Schließlich meine ich, daß wir das Parteiprogramm überprüfen müssen. Das sollte so schnell wie möglich geschehen. Hoffentlich legen die bald mal was auf den Tisch zur Vermögensbildung, zur Mitbestimmung. Dann reden wir hier darüber, und dann versuchen wir nach Wertmaßstäben zu Entscheidungen zu kommen.

Wenn ich diesen letzten Punkt noch aufgegriffen habe, dann auch deshalb, weil beim Vergleich der beiden Entschließungsentwürfe der Entwurf Schwarz-Schilling konkreter gewesen ist. Ich würde ihm den Vorzug geben, weil dieser Entwurf, der hier vorgelegt wurde, in seinem zweiten Absatz von mir gar nicht gebilligt werden könnte. Dieser Entwurf, der mit dem imperativen Mandat beginnt, und dann sagt, die gewählten Abgeordneten sind frei, und dann sagt, die Tatsache, daß eine Mehrheit der Fraktion in der Frage des deutschen UNO-Beitritts anders entschieden hat als das Präsidium der Partei, wirft in Fraktion und Partei Fragen auf, die beantwortet werden

93 Die Kommission „Vermögensbildung“ beim Parteivorstand der SPD hatte auf dem Parteitag in Hannover (10. bis 14. April 1973) ihre „Leitsätze der SPD zur Beteiligung der Arbeitnehmer am wachsenden Produktivvermögen“ vorgelegt. Vgl. Parteivorstand der SPD, Abt. Öffentlichkeitsarbeit (Hg.): Vermögensbildung. Bonn o. J. (ACDP Dokumentation 0/060/25).

müssen. Wenn wir schon ein Kommuniké herausgeben, dann nicht, um zu sagen, daß wir Fragen haben, sondern wie wir sie beantworten. Wenn sie das schon behandeln wollen, dann würde ich sagen durch eine bessere Koordinierung der Gremien, von Führung und Partei. Lassen wir das weg. Ich meine, wir sollten den Entwurf von Schwarz-Schilling zugrundelegen.

Barzel: Ich sehe nicht genau, wie jetzt die Lage sich bei dieser Beratung entwickelt. Der Antrag der Kollegin Wex lautete, wenn ich ihn verkürzt wiedergeben darf, einzutreten in eine Beratung der Punkte und deren Konkretisierung, soweit dies möglich ist, die wir mit der CSU am Montag besprechen wollen. Wenn wir dies wollen, dann werden wir jetzt uns über die Punkte einigen. Ich versuche hier zu einem Beschluß zu kommen. In der Frage der CSU sind wir also einig. Man muß sprechen. Der Fahrplan, den der amtierende Fraktionsvorsitzende mit dem Generalsekretär ausgearbeitet hat, beinhaltet ja auch das Gespräch am Montag. Zu dem ist eingeladen, und es ist endlich akzeptiert. Wir bemühen uns ja seit fünf Monaten um ein Gespräch beider Parteipräsidien. Es wäre ein fundamentaler Fehler, das jetzt nicht zu machen.

Es stellt sich also die Frage, was soll dort besprochen werden? Wir können natürlich sagen, das brauchen wir jetzt nicht erörtern. Herr Kiesinger hat gesagt, keine Sonderzüge. Wir wollen keine vierte Partei. Und im übrigen müssen wir uns in all den Fragen, die da anstehen, finden und möglichst keine gegenteiligen Beschlüsse fassen. Gut, kann man machen. (*Kiesinger:* Schon viel, wenn wir das können.) Ob dies natürlich ausreicht, ist eine zweite Frage. Wenn wir dies machen wollen mit diesen drei Punkten – was hier bekannt geworden ist, wird ohnehin seine Wirkung haben –, könnten wir natürlich auch in den Entwurf des Kommunikés hier eintreten, wobei ich dazu einfach sagen möchte, ich bin überhaupt kein Entwurfsverfasser. Wenn wir möglichst nach vorn blicken, haben wir Sätze, wie wurde das und das bereinigt, eigentlich gar nicht nötig, Herr Schwarz-Schilling. Das ist selbstverständlich, wenn wir am Schluß ein solches Kommuniké verabschieden. Das ist meine Meinung dazu. Vielleicht halten Sie das nicht für besonders wichtig. Treten wir dann ein in eine Beratung der Punkte, die wir mit der CSU erörtern wollen, die wir möglichst konkret zu formulieren versuchen? Oder begnügen wir uns mit diesem Beschluß, der mehr Tendenz mit Ausnahme der Ziffern Parteitag usw. hier bezeichnet? Zu dieser Frage der Generalsekretär.

Kraske: Ich bin jederzeit für eine politische Debatte, und wenn der Vorstand zusammenbleibt, ist das sicher nützlich. Ich würde nur sagen, auch das Ergebnis dieser Debatte sollten wir nach dem Stand der Dinge nicht im einzelnen in dieses veröffentlichte Kommuniké hereinschreiben. Denn dann ist die Frage gleich wieder, ob damit die Gespräche erleichtert oder erschwert werden. Nach gemachten Erfahrungen sollte dieses etwas sein, was das Präsidium mit auf den Weg nimmt. Deswegen würde ich sagen, in jedem Falle sollten wir uns zunächst über dieses Kommuniké verständigen. Dazu möchte ich folgendes sagen: Herr Dregger, man mag zu den Rechten des Präsidiums stehen, wie man will, es hat mindestens ein paar Pflichten, und diese sind geschäftsleitender Art. Dieser Entwurf ist abgestimmt, was, wie Sie mir sicher glauben werden, nicht ganz leicht war zwischen dem Herrn amtierenden Fraktionsvorsitzen-

den und Herrn Kohl und Herrn Barzel und anderen. Was hier keinen verpflichtet, aber was ein Minimum an koordinierender Vorarbeit verrät. Zu dem Entwurf von Herrn Schwarz-Schilling sehe ich nur einen gravierenden Unterschied, nämlich daß er darauf verweist, daß Mißverständnisse über Rundschreiben ausgeräumt worden seien. Dagegen wehre ich mich überhaupt gar nicht, ob das aber herein soll oder nicht. Ich würde es nicht für so nötig halten, aber das kann man ergänzen. Was er über die Sachkommission sagt, dazu kann ich nur sagen, dies ist ein Beschluß der Fraktion und des Vorstands. Diese Sachkommissionen sind an der Arbeit. Der Bundesvorstand trifft sich in 14 Tagen wieder, um deren Ergebnisse zu prüfen für den Oktoberparteitag. Das ist, finde ich, eine bare Selbstverständlichkeit, die nicht in das Kommuniqué hineingehört. Das entscheidende ist, daß dieser Sachparteitag im Oktober stattfindet, und das wäre hier zu beschließen und ist hier vorgesehen. Und schließlich war es eine dritte Bemerkung, daß dieses eine gründliche Aussprache war. Auch da bin ich zu Ergänzungen bereit. Ich frage mich nur, ob dies nicht eigentlich auch eine Selbstverständlichkeit nach dem zeitlichen Ablauf ist. Deswegen meine herzliche Bitte, daß wir vielleicht doch zur Beratungsgrundlage den ihnen nach Abstimmung im Präsidium vorgelegten Entwurf machen und ihn dann streichen oder ergänzen. Das ist in Ihrer Souveränität.

Barzel: Darf ich, damit wir weiterkommen, zunächst nur das Wort erbitten zu der Frage, die der Generalsekretär jetzt wie folgt formuliert hat, wenn ich das richtig verstanden habe. Wie immer wir nachher entscheiden, ob wir mit den CSU-Fragen noch konkreter werden wollen, was auf keinen Fall zu veröffentlichen ist – müßten wir uns zunächst verständigen über ein Kommuniqué. Das war seine Haltung, glaube ich. Darf ich mit dem Blick darauf zunächst fragen, ob das so gemacht wird, und nur dazu um Wortmeldungen bitten. Also zunächst das Kommuniqué und dann die andere Frage.

Stoltenberg: Ich würde vorschlagen, daß auf der Basis der Gedanken, die von Herrn Schwarz-Schilling eingeführt werden, man einen vernünftigen Text erarbeiten könnte. Ich werde mir erlauben, auch selbst noch zwei, drei Änderungsvorschläge zu machen, aber ich glaube, das kann eine Grundlage sein.

Müller-Hermann: Ich wollte eigentlich zu der Frage CSU etwas sagen, und zwar, daß wir uns jetzt nicht festlegen in einzelnen Punkten. Aber das machen wir nachher.

Kohl: Ich meine, das was hier als Entwurf vorliegt, kann sicherlich noch Änderungen vertragen. Es kann die Grundlage sein. Nur darüber gibt es keinen Zweifel, wenn wir diesen Entwurf bejahen, ist indirekt die Frage der CSU mit angesprochen. Das ist ganz klar. Also man muß sich hier auch über den Ablauf der Geschäfte im klaren sein. Denn wenn wir dann ins Detail gehen, wenn wir beschließen würden, im zweiten Gang, wir gehen ins Detail, dann ist das natürlich nicht mehr tragfähig. Auch darüber muß man sich im klaren sein. (*Barzel:* Doch, was wir hinsichtlich der CSU vielleicht nachher noch verdichten, wenn wir uns nur über die Punkte verständigen, die wir besprechen sollten.) Ich glaube, psychologisch bei der politischen Lage ist das tatsächlich eine Alternative.

Barzel: Nein, dem vermag ich nicht zu folgen. Ich würde wirklich glauben, daß ich den Generalsekretär nicht zu wiederholen brauche.

Von Weizsäcker: Ich habe das eben nicht ganz verstanden, warum Sie beide nicht

einer Meinung waren. Ich finde, wenn wir über die Punkte für die Montagsbesprechung mit der CSU uns hier beraten wollen, dann gehört nach meinem Verständnis weder die Liste der Punkte noch überhaupt die Tatsache, daß wir hier ausführlich darüber beraten, in ein Kommuniké. Die Frage ist nur, ob wir der Meinung sind, daß wir bei einer Erörterung solcher Punkte auf einen konkreten Gegenstand kommen könnten, der hier schon enthalten ist und der jetzt im Rahmen eines solchen Gesprächs dann inhaltlich vielleicht verändert würde. (*Kohl*: Genau das ist die Frage.) Ich muß allerdings gestehen, daß ich so einen Punkt eigentlich kaum sehe. (*Kohl*: Ich auch nicht.) Das mit der vierten Partei werden wir ja hoffentlich nachher nicht anders beschließen.

Köppler: Ich wollte nur den Vorschlag des Generalsekretärs unter einem anderen Aspekt nochmal unterstützen. Wir müssen auch jetzt langsam mit dem Blick auf die Uhr uns davor hüten, daß über die Dauer unseres Beisammenseins Spekulationen angestellt werden, die das, was wir beabsichtigen mit dem Kommuniké, schon wieder in Frage stellen. Ich würde also dringend bitten, daß das Kommuniké jetzt vorgezogen und verabschiedet wird.

Kraske: Darf ich gerade nur einen Satz, wie ich glaube, zum Mißverständnis mit Herrn Kohl sagen. Was hier in der drittletzten Zeile heißt „grundlegende Sachgespräche“, ist die Frage, ob wir im Anschluß uns darüber noch ein bißchen aussprechen, was da drin stecken soll.

Müller-Hermann: Zum letzten Satz in dem Abs. 3, Seite 1, vor der Neuwahl des Fraktionsvorsitzenden soll also in den Sachfragen eine Übereinstimmung erzielt werden. Das ist meines Erachtens zeitlich unrealistisch, wenn wir in der nächsten Woche wählen wollen. Das muß man sehen. Mir scheint viel wichtiger zu sein, daß man das Thema vierte Partei vom Tisch bekommt, daß man anstrebt – das braucht man im Kommuniké nicht zu sagen –, daß Herr Strauß eingebunden ist in der Fraktionsführung, und das dritte, daß man einen Modus vivendi oder eine Modalität findet, daß die Minderheit der CSU sich in einem bestimmten Rahmen halten muß, um nicht Entscheidungen der Fraktion in ihrer Majorität zu blockieren. Das ist der schwierige Punkt. Und über dieses Verfahren muß man sich verständigen, dann ist auch alles andere an Sachproblemen leichter zu lösen. Aber eine Verständigung in den kritischen Fragen zu erreichen in der nächsten Woche, das ist unmöglich.

Stoltenberg: Zur Geschäftsordnung, Herr Vorsitzender, wollte ich nur vorschlagen, wenn wir in die Beratung eintreten, dann abschnittsweise vorzugehen. Denn wir sind jetzt schon in der Sachberatung.

Barzel: Ich denke, wir nehmen den Entwurf zur Hand unter dem Vorbehalt, daß wir auf das Gespräch am Montag hinterher zurückkommen. Nehmen wir jetzt das zur Hand, was heute zu veröffentlichen ist. Ich rufe zunächst den ersten Absatz auf.

Dregger: Ich habe einen Einwand zu Satz zwei. Es heißt dort: „Er spricht ihm für seine Politik und für diese konsequente Haltung, mit der er die eigene Person hinter der Sache zurückgestellt hat ...“ Nach allem, was vorangegangen ist, klingt das so, als wenn der Fraktionsvorsitzende das Opfer einer Intrige der Mehrheit der Fraktion geworden sei und daß er daraufhin seine Person hinter die Sache zurückgestellt habe. Ich

meine, wir sollten die Sache jetzt abgeschlossen sein lassen nach der Diskussion. Wenn es hier heißt, „er spricht ihm für seine Politik seinen Respekt aus, er dankt ihm für die hingebungsvolle und erfolgreiche Arbeit, die er zehn Jahre lang geführt hat im Dienste der Union und als Fraktionsvorsitzender geleistet hat“, würde ich vorher sagen, daß wir seinen Rücktritt bedauern. Dann ist das doch, glaube ich, ein Ausdruck unseres Respekts und unserer Dankbarkeit. Ich bitte, das doch einmal zu erwägen.

Barzel: Meine Damen und Herren, Sie werden verstehen, daß ich diese Wortmeldung des Kollegen Dregger aufs beste verstehe, sie auch vollkommen zu würdigen weiß, aber nicht bereit bin, bei einem Absatz, der mich betrifft, selbst diese Sitzung zu leiten, sondern es Ihnen überlassen werde, hierzu eine Formulierung zu finden, die unzweideutig ist. Und nach der Intervention von Herrn Dregger würde ich bitten, daß der Generalsekretär, der nach der Satzung zuständig ist, den Vorsitz übernimmt.

Dr. Kraske übernimmt den Vorsitz der Sitzung.

Köppler: Ich habe eine Bitte an den Kollegen Dr. Dregger. Ich glaube, wenn man in Ruhe diese Passage, die hier vorformuliert worden ist, durchliest, dann ist das, glaube ich, das mindeste, was auch ein Parteivorstand unbeschadet der Vorgänge in der Fraktion seinem Parteivorsitzenden schuldet. Ich würde Sie bitten, das noch einmal ruhig zu überdenken, ob wirklich die Befürchtung, die Sie aus der Textanalyse gewonnen haben, zwingend ist oder ob die auch nur naheliegend ist. Ich glaube es nicht. Ich meine, wir sollten an diesem ersten Absatz, so wie er vorgeschlagen ist, festhalten.

Kraske: Meine Damen und Herren, darf ich Ihnen folgendes sagen, was vielleicht für den Gang der weiteren Beratung wichtig ist. In dem ersten Absatz steht keine Formulierung außer der technischen Einleitung drin, die im vollen Wortlaut dem veröffentlichten Beschluß des Parteipräsidiums entspricht mit Ausnahme dieses Zusatzes in der dritten Zeile „ihm für seine Politik“. Dies ist ein Zusatz. Dafür ist aus dem Präsidiumskommuniqué nicht übernommen die Entscheidung aus guten Gründen über den UN-Beitritt. Aber ich war der Meinung – und ich kann sagen, nicht nur ich war der Meinung –, wenn wir hier jeden politischen Bezug aus guten Gründen herausstreichen, dann sollten wir diese drei Worte, auf die Herr Barzel selber gar keinen ausdrücklichen Wert legt, wie ich von ihm gehört habe, hinzunehmen. Darüber hinaus aber aus der Respekt- und der Dankformulierung kann ich diesem Bundesvorstand nur empfehlen, daß wir die einstimmigen Formulierungen des Präsidiums übernehmen sollten, weil alles andere nun also wirklich Fragen aufwerfen würde, die wahrscheinlich nicht gestellt werden.

Echternach: Ich glaube, man sollte hier zwei Dinge auseinanderhalten. Die subjektive Überzeugung von Herrn Dr. Barzel für eine bestimmte Politik, eine bestimmte Konsequenz ziehen zu müssen, und objektiv die Divergenzen, die es in der Sache gegeben hat. Deswegen möchte ich den Abänderungsantrag stellen, die Worte „der Sache“ zu ersetzen durch die Worte „seine Überzeugung“. Dann wird klar, daß wir ihm Respekt bezeugen für seine persönliche Überzeugung und natürlich für die objektive Politik, die er geleistet hat. Und wenn wir sagen „der Sache“, dann könnte es eine

Identifikation mit seiner politischen Auffassung sein. Ich meine, daß man das so nicht tun kann.

Kohl: Herr Echternach, nehmen Sie es mir nicht übel. Ich halte es nicht für logisch richtig, diesen Einschub zu machen. Es wirkt meines Erachtens noch mehr. Ich bin der Meinung, daß dieser Text – wir haben in dieser Sache schon einmal im Präsidium gesprochen – besser ist wie der im Präsidium. Ich bin zum zweiten der Meinung, daß – ob man jetzt sagt, was interessiert mich das, was die im Präsidium gesagt haben oder nicht – der Vorgang in der Öffentlichkeit da ist. Und jetzt meine ich, wir sollten doch zu vorhandenen Schärfen nicht noch ein paar weitere auf den Tisch schichten. Deswegen meine herzliche Bitte, mehr will ich gar nicht sagen, hier das nicht mit der letzten Intuition des Tiefenpsychologen anzugehen, sondern mit dem normalen politischen Sachverstand auch eines politischen Pragmatikers. Es gibt den Vorgang der Präsidiumserklärung. Diese ist besser, ich sage das noch einmal, wie die Eingangsformel im Präsidium. Und Herr Dregger, meine Bitte, stellen Sie diese Bedenken an diesem Punkt zurück, zumal doch die Debatte ausdrücklich hier – auch das ist ein Aktivismus der Debatte – deutlich gemacht hat, daß das, was Sie befürchten, damit nicht gemeint sein kann.

Dr. Barzel verläßt den Saal.

Dregger: Ich bedauere, daß Herr Barzel rausgegangen ist. Ich hatte nicht die Absicht, einen Affront gegen ihn auszuüben, und ich glaubte auch nicht, daß das ein Affront sei. Mir lag nur daran, eine Bezugnahme auf die Entscheidung der Mehrheit der Fraktion auch nicht andeutungsweise hier zu haben. Ich möchte ausdrücklich betonen, daß ich die Auffassung des Vorstands teile, daß er Dank, Respekt und Anerkennung nicht nur für seine Arbeit, sondern auch für seine Leistungen verdient, damit darüber kein Mißverständnis auftaucht. Wenn Sie mich bitten, in Gottes Namen, nehmen Sie es also weg.

Stoltenberg: Ja, die Sache ist erledigt. Hier handelt es sich um die Bekundung des Respekts, hier wird nicht eine materielle Übereinstimmung mit der Entscheidung gefordert. Und ich glaube, deshalb sollte jedermann nach dem, was gesagt ist, dem zustimmen.

Kraske: Vielen Dank, ich glaube, damit können wir über den Abs. 1 abstimmen. Wer für die Ihnen vorliegende Formulierung ist, bitte ich um ein Handzeichen. – Gegenstimme? – Enthaltungen? Das ist einstimmig gebilligt. Darf ich bitten, Herrn Dr. Barzel zu unterrichten, daß das abgestimmt wäre und wir fortfahren. Ich rufe auf den Abs. 2.

Dr. Barzel betritt wieder den Raum.

Stoltenberg: Herr Kollege Kraske, Herr Vorsitzender, wenn ich mich an Sie wenden darf, wir sind gerade bei Abs. 2. Dies finde ich nun in der Tat nicht ganz glücklich formuliert, weil es in ein Problem hineinführt, das man mit wenigen Sätzen auch nach unserer Diskussion nicht beschreiben darf. Den ersten Satz halte ich für richtig. Aber

wenn man das fortsetzt mit der Entscheidungsfreiheit der Abgeordneten, dann wirft das eben nicht nur Fragen auf, sondern es besteht auf der anderen Seite auch die Notwendigkeit, die man dann ganz klar aussprechen muß, nämlich in einer Partei, in einer Fraktion sich um ein Maximum an Einvernehmen in politischen Handlungen zu bemühen. Ich glaube, daß wir in diese hier erörterte Problematik nicht so hineingehen sollten, sondern ich würde hier empfehlen, den ersten Satz kurz zu bekräftigen, den kann man so stehenlassen, aber das folgende so nicht weiterzubehandeln. Denn dieser letzte Satz mit den Fragen, die aufgeworfen werden, ist als Ergebnis einer achtstündigen Sitzung nicht sehr gut in einem ohnehin kurzen Kommuniqué. Ich würde nach dem ersten Satz etwas anderes sagen. Ich würde sagen: „Der Bundesvorstand unterstreicht die Notwendigkeit, zu wirksamen politischen Abstimmungen in der Meinungsbildung der Organe der Partei und Fraktion in allen wichtigen Gesetzgebungsfragen zu kommen.“ Das ist also das Korrelat dazu, daß wir kein imperatives Mandat haben. Eine weitergehende Behandlung dieser Problematik würde ich vermeiden, sonst müßte man vollkommen neu formulieren.

Von Weizsäcker: Herr Vorsitzender, ich empfinde, das, was Herr Stoltenberg vorgeschlagen hat, als eine entschiedene Verbesserung, aber ich bin doch nicht genügend davon überzeugt, daß wir den zweiten Absatz überhaupt brauchen. Also ich würde dem vorhin gemachten Vorschlag, den Absatz zu streichen, den Vorzug geben.

Kraske: Für mich steckt mit diesem zweiten Absatz in der Sache ein bißchen was drin, was der Kollege Schwarz-Schilling mit seiner Bemerkung zur Ausräumung der Mißverständnisse von Rundschreiben bezweckt hat. Denn das entscheidende Mißverständnis war doch, soweit es mir aus der Fraktion entgegengeschlagen ist, daß wir die freie Entscheidung von Abgeordneten bestritten haben und die Leute majorisieren wollten. Deswegen halte ich es für wichtig, daß das hier ausdrücklich steht. Gleichzeitig finde ich aber, daß wir den entstandenen Konflikt, der ja ein Faktum ist, nicht unter den Teppich kehren können. Wir haben zwar hier acht Stunden debattiert, aber über eine ganze Palette von Themen, und die Fragen, die hier aufgeworfen worden sind, müssen natürlich auch zwischen Fraktion und Partei erörtert werden, was hier heute gar nicht möglich war. Insofern muß diese Diskussion trotz allen Fleißes fortgesetzt werden, und das würde ich auf alle Fragen auch so beantworten. Auch diese von Ihnen genannte Koordinierung können wir ja nicht alleine hier besprechen.

Barzel: Darf ich Herrn Stoltenberg zunächst hören. Das ging ein bißchen schnell für einige.

Stoltenberg: Der erste Satz würde den Gedankengang von Herrn Kraske, wie ich glaube, decken. Aber nachdem nun dieses Rundschreiben in die öffentliche Debatte gekommen ist, sollte auch nicht der Eindruck entstehen, daß hier nun das Gegenteil gesagt wird. Es muß sozusagen die Modifikation erfolgen. Ich sage das auch im Interesse des Autors dieses zitierten Schreibens. Es muß also sozusagen die Modifikation erfolgen, aber nicht eine Interpretation zum Gegenteil. Ich würde also den ersten Satz in Ihrem Sinne für ausreichend halten. Und zweitens sagen: „Der Bundesvorstand unterstreicht die Notwendigkeit, zu wirksamen politischen Abstimmungen der Meinungsbildung der Organe von Partei und Fraktion in allen wichtigen Gesetzgebungs-

verfahren zu kommen.“ Das ist eine Feststellung, die nichts völlig Neues bedeutet, aber die, wie ich glaube, doch wichtig ist.

Barzel: Meine Damen und Herren, dies letztere ist natürlich doch ein bißchen selbstverständlich. Wenn ich ein Journalist wäre, würde ich den ersten Absatz und den zweiten doch in einen erheblichen Widerstand setzen. Was für den Vorstand gilt, ist sicher richtig. Nachdem gesagt wurde „die könnten sich in der Fraktion mal räuspern“, ist doch hier eine andere Stimmung entstanden, als sie vor vier Wochen noch war. Darf ich immer noch an den §29 des geltenden Parteistatuts⁹⁴ erinnern, wo der Bundesparteitag immerhin verbindliche Grundlagen für die Politik in Bund und Ländern bestimmt. Das ist also selbstverständlich in der Partei. Wir wollen doch die Verhältnisse jetzt hier nicht umdrehen, weil es hier eine Schwierigkeit gibt. Der Bundesparteitag hat Ansprüche auf Vorlagen und Entscheidungen des Bundesparteivorstands, Herr Kollege Dregger. Dies ist, glaube ich, bekannt. Ich glaube, wir sollten bei dem bleiben, was hier liegt. Es hat seinen guten Grund nach den Vorbereitungen, die hier gewesen sind.

Stoltenberg: Ich widerspreche Ihnen ungern. Ich bin auch mit der Streichung des Absatzes einverstanden. Ich habe keinen Autorenehrgeiz, aber die vorliegende Formulierung befriedigt mich auch im Licht unserer Diskussion nicht ganz, und diese von mir ist verbesserungsfähig. Sie ist, wie manches, was wir hier sagen, im Grunde eine Selbstverständlichkeit, aber in gewissen Situationen – vor allem, wenn es nicht funktioniert hat –, muß man Selbstverständlichkeiten unterstreichen. Ich habe hier alles vermieden – Herr Kollege Barzel, das habe ich mir sehr wohl überlegt –, was als eine Kritik an der bisherigen Praxis verstanden werden kann für die eine oder andere Seite. Es ist nicht von „wirksamer“ oder „besser“ die Rede, das wäre dann ein bißchen mehr, das würde aber falsch verstanden. Es ist die Unterstreichung eines Grundgebotes unseres Selbstverständnisses und der Arbeit unserer Organe. Aber von mir aus kann der ganze Absatz gestrichen werden. Daß wir kein imperatives Mandat kennen, ist auch eine Selbstverständlichkeit, genauso wie das zweite.

Barzel: Herr Stoltenberg, ob genau dieser Punkt, der Sie beschwert, durch den Satz da vorne dazu kommt oder verändert wird oder weggenommen wird, das weiß ich nicht ganz genau. Aber das ist eine Frage des Gefühls.

Stoltenberg: Dies wird doch in allen Kommentaren diskutiert, in allen Parteiversammlungen. Das hier ist ein Kommunikationsproblem – wie immer man die Ursachen sieht – das es gegeben hat. Das ist ein Problem der Meinungsbildung. Ich finde, daß das hier doch ein wichtiger Punkt ist, über den man noch einmal in einem solchen Satz klar sprechen sollte.

Barzel: Eine Sekunde. Ein Kommunikationsproblem war es nicht. Das ist eine mangelnde politische Übereinstimmung in der Sache, wenn wir bei dem bleiben. (*Stoltenberg:* Nicht nur.)

94 §29 beschreibt die Aufgaben des Bundesparteitages, die Wahlen der Mitglieder des Bundesvorstands und seine Zusammensetzung, das Bundesparteiengesetz usw.

Weitere Einwürfe von Filbinger, Müller-Hermann, Seiters, Stoltenberg, Schröder.

Barzel: Meine Damen und Herren, mir scheint, je länger wir darüber nachdenken, die Frage von Herrn von Weizsäcker, zu sein, sollen wir den Absatz überhaupt streichen. Darüber müßte zuerst als dem weitergehenden Antrag abgestimmt werden. Und dann wollen wir, je nach dem, wie entschieden wird, in den Absatz noch einmal eintreten. Wer dafür ist, diesen Absatz zu streichen, bitte ich um ein Zeichen. Neun Stimmen dafür. Meine Damen und Herren, ich stelle zuerst die Frage für Streichung – der Antrag von Herrn von Weizsäcker –, weil es der weitestgehende Antrag ist. Warum sollen wir uns sonst in Einzelformulierungen verlieren? Wer dafür ist, diesen Absatz ganz zu streichen, bitte ich um ein Zeichen. Neun Stimmen dafür. – Wer ist dagegen? – Zwölf Stimmen dagegen. Das letztere ist die Mehrheit bei einer Enthaltung in diesem wichtigen Fall. Das, was uns stört, sind die Fragen. Wir geben ja Antworten. Das ist der Punkt. Aber der Satz, der da vorgeschlagen ist, ist natürlich nicht so zutreffend, wie ich glaube. Das Wort wird nicht gewünscht. Dann darf ich zunächst fragen, wer diesem Absatz, ohne den Zusatz, so wie er jetzt erst mal steht, zuzustimmen bereit ist. Dann stellen wir die Frage, den Satz Stoltenberg hinzuzufügen. Es würde Satz zwei werden. Dann hieß es aber, es würde ein Zusatz an den vorhandenen.

Stoltenberg: Ich bin ja, meine Damen und Herren, für alle Verbesserungen offen. Mein ursprünglicher Gedanke war in der Tat zu sagen, die CDU kennt kein imperatives Mandat. Das heißt ja nicht, daß es das bisher nicht gegeben hat, das möchte ich einmal ganz deutlich sagen. Aber es hat jetzt ein Problem gegeben, das haben wir nun alle erlebt. „Der Bundesvorstand unterstreicht die Notwendigkeit, zu einer wirksamen politischen Abstimmung der Meinungsbildung der Organe von Partei und Fraktion in allen wichtigen Gesetzgebungsfragen zu kommen.“ Das ist das generelle Problem, das mit einem kurzen Satz, vereinfacht natürlich, angesprochen werden soll. Als zweiter Satz nach dem ersten. Das war der Vorschlag. (*Barzel:* Und was wird mit dem Rest?) Der wird gestrichen. (*Gelächter.*)

Hasselmann: Ich möchte gerne, daß der zweite Satz stehenbleibt, und dann erst folgt der Vorschlag Stoltenberg.

Stoltenberg: Gut, ich mache den Kompromißvorschlag mit, wenn auch ein bißchen ungerne, weil der zweite Satz ja nur eine Wiederholung ist. Ich gehe also auf den Kompromißvorschlag ein, den zweiten Satz stehen zu lassen, und dann meinen Satz anzufügen.

Barzel: Also, meine Damen und Herren, hinsichtlich des Satzes eins, kein imperatives Mandat, einverstanden. Zweiter Satz, gewählte Abgeordnete, einverstanden. Dritter Satz, Stoltenberg, einverstanden. Letzte Frage, ob der vierte Satz dann wegfallen soll. Wird das auch einverständlich festgestellt. Damit ist der vierte Satz entfallen. Ich rufe den Abs. 3 auf.

Stingl: Ich habe Bedenken gegen den dritten Satz. Ich bin der Meinung, er sollte wegfallen. Er ist nach meiner Überzeugung, nach dem, was ich von Strauß gelesen habe, falsch. Er verlangte eine vierte Partei, eine vierte Fraktion, wenn schon eine fünfte Partei. Wenn das so stehenbleibt, heißt das, daß Strauß die Trennung der Frak-

tion verlangt hat, (*Zwischenruf*: Oder nicht.) und das habe ich nirgendwo gelesen. (*Zwischenruf*: Gelesen?)

Stoltenberg: Ich würde diesen Gedanken nicht gerne vollkommen rausnehmen, aber ich würde eine andere Formulierung vorschlagen, die ich selbst noch nicht ganz habe. Ich würde etwa so sagen: „Der Bundesvorstand spricht sich entschieden für eine Fortführung dieser Gemeinschaft aufgrund der gegebenen Strukturen der Partei und in einer Fraktion aus.“ Also ich würde eine Formulierung wählen, die dies Problem der vierten Partei anspricht, ohne zu sagen, daß von der immer wieder geredet wurde, was wir ablehnen.

Kraske: Meine Damen und Herren, erstens wird niemand leugnen, daß in den letzten Monaten diese Diskussion, an der Herr Strauß sehr maßgeblich beteiligt war, unter dem Stichwort vierte Partei geführt worden ist. Denn Herr Strauß hat auch in seinem Interview mit dem „Tagesmagazin“⁹⁵ am Mittwoch ausdrücklich gesagt, dies sei nicht die Frage des Bindestrichs zwischen CDU und CSU, sondern er hat impliziert, daß es eine Trennung quer durch gibt. Das ist eine ganz klare Sache, von der immer wieder geredet wird, es haben ja auch genug andere Leute geredet. Nur hier muß ich nun doch auch ein Minimum an Eigeninteresse geltend machen. Wir haben in einigen Zeitungen unter völliger Verdrehung aller Tatsachen gelesen, daß Herr Barzel und Herr Katzer und ich und ich weiß nicht wer noch, auf die Trennung dieser beiden Fraktionen zumarschierten und daß wir die Totengräber wären. Dann muß man doch mal sagen, was ja auch in dieser Diskussion immer wieder zum Ausdruck gekommen ist, daß seit dem 19. November über solche Trennungsideen nicht aus unseren Reihen gesprochen worden ist, sondern aus anderen. Ich muß nun sagen, diese Erinnerung ist so höflich, höflicher geht es nicht. Aber ein bißchen sollten wir auch mal in unserem eigenen Interesse deutlich sein.

Barzel: Ich möchte versuchen, einen Hinweis auf eine Lösung zu geben. Wenn wir das Wörtchen vierte Partei in Anführungszeichen setzen, weiß jeder, was gemeint ist, und es deutet an, daß das so nicht präzise definiert ist, wie wir uns sonst auszudrücken bemühen. Was uns nicht immer gelingt.

Blüm: Ich möchte mich nachdrücklich für die Beibehaltung dieses Satzes einsetzen, auch unter Hinziehung der Gänsefüßchen, und deshalb dafür einsetzen, weil wir keine Erklärung machen für irgendwelche Schriftgelehrten oder für Diplomaten, sondern das muß jeder draußen verstehen. Und wenn wir da implizieren und einschließen, dann wird das zu kunstvoll. Es muß klar gesagt werden, daß wir diesen Vorschlag, der nun mal in der Diskussion ist, oder diesen Gedanken, ablehnen ohne Umschweife.

Seiters: Ich möchte mich auch aussprechen für die vorsichtige Formulierung über die vierte Partei.

Schröder: Ich stimme dem zu, was Herr Dr. Blüm vorgeschlagen hat, gehe aber noch eine Kleinigkeit weiter. Ich glaube, eine vierte Partei in Anführungszeichen leh-

95 Vgl. Anm. 72.

nen wir ab. Wenn wir eine Parenthese einfügen und einen solchen Eklat schreiben, ist das viel eindrucksvoller.

Dregger: Das muß stehen bleiben. Die Frage ist nur, ob man in einem demokratischen Staat, wo Parteigründungen frei sind, eine neue Partei ablehnen kann. (*Unruhe.* – *Zwischenruf:* Die Einheit der Union muß gewahrt bleiben. Wir lehnen jede Sondergruppierung und die Auflösung der Fraktionsgemeinschaft ab.)

Kohl: Ich finde, wenn das jetzt so läuft, eine vierte Partei – und das in Anführungszeichen – lehnen wir ab, ist das optimal. (*Zwischenruf:* Gut, einverstanden.)

Barzel: Meine Damen und Herren, darf ich dann zunächst einmal feststellen: erster Satz zu beschlossen, zweiter Satz zu beschlossen, dritter Satz beschlossen. Zum fünften Satz Herr Müller-Hermann.

Müller-Hermann: Wenn ich als unbefangener Leser diesen Satz richtig interpretiere, heißt das, sie werden in der nächsten Woche nicht den Fraktionsvorsitzenden wählen. (*Unruhe.*)

Kiesinger: Ich habe Herrn Kraske empfohlen, er solle korrigieren, „der Bundesvorstand empfiehlt“. Vorher hieß es „der Fraktionsvorsitzende sollte nicht vorher gewählt werden“. Wir in der Fraktion können ja nur eine Empfehlung aussprechen. Ich gebe zu, Herr Müller-Hermann, es könnte Ärger geben, auch dann noch, weil in der Fraktion die Meinungen geteilt sind. Soweit ich es sehe, ist die Mehrheit der Fraktion dafür, daß es dabei bleibt, daß in der nächsten Woche der Fraktionsvorsitzende gewählt wird. Das ist auch meine eigene Meinung. Ein anderer Teil sagt, lassen wir das doch ruhig ein bißchen so weiter laufen, das kann man ruhig machen. Und es könnte Ärger geben, wenn die andere Gruppe meint, wir hätten uns auf die Seite derer gestellt, die meinen, man sollte ruhig noch ein bißchen zuwarten. Wenn das vermieden werden kann, dann bin ich allerdings auch für eine Verbesserung – es geht mir jetzt wie Herrn Stoltenberg vorher –, dann kann ich nur sagen, der Bundesvorstand empfiehlt, daß vor der in der kommenden Woche vorgesehenen Wahl die Gespräche geführt werden. Damit kein Irrtum mehr besteht.

Katzer: Mit dem was Herr Dr. Kiesinger sagt, könnte ich einverstanden sein.

Dregger: Ich habe den Text vor mir. Wenn man das durchliest, ist das sehr kompliziert. Da heißt es: „Der Bundesvorstand empfiehlt, daß vor der Neuwahl des Fraktionsvorsitzenden in gründlichen Sachgesprächen Übereinstimmung in CDU und CSU über die Politik der Union nach Inkrafttreten des Grundvertrages“ – und jetzt scheint ein neuer Gedanke zu kommen – „und vor wichtigen gesellschaftspolitischen Entscheidungen herbeigeführt werden sollte.“ Die Einigung über die gesellschaftspolitischen Entscheidungen soll nicht vor der Neuwahl des Fraktionsvorsitzenden herbeigeführt werden, sondern das soll wohl in Zukunft immer vorher geregelt werden. Aber das regelt doch die Fraktion. Das ist eine eigenartige Logik. Wir können kaum, wie die alten römischen Kaiser, eingehende Wahlkapitulation mit dem jeweiligen Fraktionsvorsitzenden schließen.

Kraske: Ich darf nur den Satz erklären und begründen, Herr Dregger. Ich fand es zu wenig, nur zu sagen, „in gründlichen Sachgesprächen Übereinstimmung zu erzielen“. Ich wollte hiermit andeuten, daß es in diesen Gesprächen zwei Kernprobleme gibt,

nämlich erstens, was verstehen wir unter der allgemeinen akzeptierten Formulierung. Durch die Annahme der Verträge, *pacta sunt servanda*, sind Realitäten geschaffen, die auch für unsere Politik von Bedeutung sind. Das meint der erste Satz.

Zweiter Punkt: Wir stehen mit den bevorstehenden Entscheidungen unserer Parteigremien und dieser Kommissionen vor wichtigen gesellschaftspolitischen Entscheidungen – Bodenrecht, berufliche Bildung –, die kann man nicht antizipieren. Aber ich finde, daß ein Vorgespräch über die Behandlung dieser Themen dringend erforderlich ist. Damit es nicht bei nächster Gelegenheit wieder einen Bruch gibt. (*Zwischenruf*) Darf ich mal ein ganz konkretes Beispiel nennen. Unser Wiesbadener Regierungsprogramm bezieht sich meines Wissens in der Mitbestimmungsfrage auf unseren Entwurf, den wir in der zweiten Lesung Betriebsverfassungsgesetz als Fraktion votiert haben.⁹⁶ Es könnte jemand herkommen und sagen, wir haben uns zu Beginn der Legislaturperiode immer auf dieses Wiesbadener Regierungsprogramm bezogen. Dabei sind wir aber einschließlich Herrn Strauß der Meinung, daß wir über diese Mitbestimmungsfrage neu nachdenken müssen und daß das auch in dieser Legislaturperiode eine Bedeutung hat. Dies ist eine Frage, die ich z. B. ganz gerne klären würde. Das ist eine Frage von sicher auch manchen anderen, weil nämlich theoretisch und formal heute jemand kommen und sagen könnte, das steht nicht im Wiesbadener Regierungsprogramm, also kommt das in dieser Legislaturperiode nicht in Frage.

Stoltenberg: Es ist ein bißchen kompliziert, aber ich glaube, mit dieser Formulierung geht es. Ich würde dann nur, damit es wieder keine Mißverständnisse gibt, empfehlen, daß bei der Veröffentlichung dieses Kommuniqués mündlich bekanntgegeben wird, daß darüber Einvernehmen mit der CSU besteht und daß Anfang der Woche ein solches Gespräch vorgesehen ist. (*Barzel*: Das ist bekannt, Herr Stoltenberg.)

Echternach: Ich habe noch Bedenken gegen diesen Satz. Ich halte das für unrealistisch, das kann zeitlich gar nicht geschafft werden, eine sachliche Übereinstimmung mit der CSU in Verbindung mit der Neuwahl des Fraktionsvorsitzenden herbeizuführen.

Dregger: Ich schließe mich dem Einwand von Herrn Echternach voll und ganz an. Die Dinge können gar nicht gekoppelt werden. Man müßte die Frage stellen, wenn keine Erklärung herbeigeführt wird, was geschieht denn dann. Ganz abgesehen davon, daß wir ja selbst nicht klar sind in all diesen Fragen. Wie wollen wir denn den Partner veranlassen, mit uns eine Klärung herbeizuführen, wenn wir selbst nicht genau wissen, was wir wollen. Das kann doch nur in einem laufenden Prozeß geklärt und entschieden werden. Das hat mit der Wahl des Fraktionsvorsitzenden gar nichts zu tun, meine ich.

Barzel: Ich verstehe ja nicht sehr viel, aber eins kann ich Ihnen sagen. Wenn wir uns sechs Monate bemühen um ein Gespräch mit dem Präsidium der CSU über künftige Politik und die CSU endlich in dieser Lage dem zustimmt, dafür extra sich vorbereitet in einer Vorstandssitzung, am Montagvormittag dann hier dazu anreist und wir das nicht mit allem Gewicht aufnehmen würden als eine Chance in einer auch sachlichen

⁹⁶ Zur zweiten und dritten Beratung sowie zur Schlußabstimmung am 10. November 1971 vgl. Sten.Ber. 6. WP 150. Sitzung S. 8546–8685 (Gesetz vom 15. Januar 1973, BGBl. 1973 I S. 13).

besseren Atmosphäre, einen neuen Fraktionsvorsitzenden zu wählen, dann tun Sie dem neuen Mann den schlechtesten Dienst.

Zweiter Punkt: Vorige Woche, als noch nichts zu ahnen war von den Problemen, vor denen wir heute stehen, kommt Leo Wagner – Sie wissen, das ist der Parlamentarische Geschäftsführer der Gesamtfraktion – und sagt, wir haben ein Problem, durch einen Zufall, den wir nicht wollen, denn der CSU-Parteitag ist leider vierzehn Tage vor dem euren terminiert. Und wir haben natürlich die Fragen, die da sind, zusammen aufgegriffen. Also werden wir auch dazu beschließen müssen. Meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn jetzt nicht zumindest ein verbindliches Verfahren erreicht wird mit den Themen und der Marschrichtung, dann kann ich Ihnen nur sagen, ist das Wort der Explosion, die sie nach drei Monaten dem neuen Fraktionsvorsitzenden ins Bett legen, ohne es zu wollen, ein ganz gelindes Wort. Dies sollte niemand sich für seine zukünftige Arbeit auferlegen. Deshalb sage ich schon jetzt an dieser Stelle, wenn dieses Kommuniqué fertig ist, werde ich, falls wir darüber abstimmen – ich will das jetzt, damit ich nachher nicht noch eine Rede darüber halten muß –, für den Antrag von Frau Wex stimmen, um in diesen Fragen Verfahren, Themen, Marschrichtung die hinlängliche Präzision zu finden. Sonst fürchte ich, daß sie sich an diese für die späte Stunde vergleichsweise temperamentvolle Wortmeldung noch eine ganze Weile später werden erinnern können. Ich habe dies hier vorgetragen aus Kenntnis auch der Schwierigkeiten in den Kommissionen, der Zusammenarbeit, der Gründung eigener Kommissionen in München und ähnlicher Probleme.

Blüm: Ich habe schon vorhin bei der Frage Parteitag gesagt, bei Personalwahlen gehört ein Mindestmaß von sachlicher Vorklärung dazu. Das ist ja schließlich kein Lotteriespiel. Was für den Parteivorsitzenden gilt, das gilt in verstärktem Maße für den Fraktionsvorsitzenden, da er so etwas Ähnliches wie eine Koalition zusammenhalten muß. Das werden Sie jetzt alle entrüstet ablehnen. Es ist aber so. Denn die CSU bereitet ja ihre Entschlüsse vor. Ich weiß nicht, wie man das machen will. Wenn gewählt ist, muß doch im Vorhinein das Sachliche geklärt sein. Denn sonst stehen wir in vier Wochen dort, wo wir fünf Wochen vorher gestanden haben. Wer das will, so eine Echternach-Prozession⁹⁷ der Fraktion, der soll wählen, ohne daß dieser Konsens zumindest versucht wird. Ich würde vorschlagen, daß wir auch die Themen nennen, die hier die heißen Eisen sind, die Mitbestimmung, das Bodenrecht und die berufliche Bildung, damit jeder weiß, was wir unter den wichtigen Fragen verstehen, die zu klären sind auch für die Fraktionsarbeit. Ich würde mir da ein Beispiel nehmen, Herr Dregger, an der CSU, die immer sehr lauthals sagt, was sie mit uns klären will. Und zwar sagt sie das nicht nach den Gesprächen, sondern meistens schon vor den Gesprächen. Da das sehr wirksam war, möchte ich an dieser Wirksamkeit partizipieren und das jetzt so machen wie die CSU, unsere Position gegenüber unseren Mitgliedern zumindest andeuten. Ich habe nicht gesagt, daß wir da alle Detailfragen klären können. Da sind wir überfordert, und das ist auch nicht unseres Amtes, aber das Spielfeld muß abgegrenzt werden.

97 Religiöse Prozession zum Dienstag nach Pfingsten in Echternach in Luxemburg in Tanzschritten, zwei Schritte vor, einen zurück.

Müller-Hermann: Ich wiederhole, was ich vorhin gesagt habe, vor der Wahl des Fraktionsvorsitzenden müssen wir die einmalige Chance nutzen, mit der CSU Klarheit über das Verfahren der Meinungsbildung in der Fraktion zu finden. Punkt zwei: das Verfahren. Eine sachliche Übereinstimmung in den beiden genannten, gewichtigen Themenkreisen innerhalb der nächsten Woche zu finden, halte ich für völlig illusionär. Deshalb möchte ich vorschlagen, etwa zu formulieren: „Der Bundesvorstand empfiehlt, daß vor der Neuwahl des Fraktionsvorsitzenden in gründlichen Sachgesprächen der Weg zur Übereinstimmung usw. eindeutig geklärt werden soll.“ Es geht um das Verfahren. Wenn wir das klar haben, daß die Minderheit nicht die Mehrheit ständig majorisieren kann, (*Barzel:* Das geht doch gar nicht.) dann können wir weiterarbeiten.

Katzer: Es geht nicht um das Verfahren. Es geht auch um die Themen. Es geht auch darum, wie die Linie von uns sein wird. Deshalb muß das in der Tat geklärt werden mit dem Vorschlag von Frau Dr. Wex. Ich würde auch diesen Vorschlag unterstützen, daß wir uns anschließend darüber unterhalten, wie wir das praktisch am Montag angehen. Ich würde also vorschlagen, den Satz so zu lassen, wie er ist. Ich würde nicht sagen, daß wir die Themen jetzt reinschreiben. (*Beifall.*) Ich würde vorschlagen, daß wir uns intern klar werden über die Marschrichtung. (*Lebhafte Unruhe.*) Hinterher müssen wir uns über diese Punkte klarwerden. Ich würde dann vorschlagen, daß wir diesen Text so annehmen und in der Tat den Vorschlag des Vorsitzenden aufgreifen.

Kiesinger: In derselben Richtung wie Herr Müller-Hermann. Es ist doch unrealistisch, in einem Kommuniké anzunehmen, daß wir vor der Wahl des Fraktionsvorsitzenden Übereinstimmung erreichen. Wir selber stimmen ja nicht überein. Da hat doch Herr Dregger vollkommen recht in diesen Fragen. Aber was gemacht werden muß, sind die notwendigen Sachgespräche. Im übrigen will ich noch eine Formulierung vorschlagen, die ich für etwas besser halte als die Ihrige. Ich würde sagen, daß „vor der in der kommenden Woche stattfindenden Neuwahl des Fraktionsvorsitzenden“, lassen wir doch das „gründlich“ weg, „die notwendigen Sachgespräche zwischen CDU und CSU über die Politik der Union“ usw. stattfinden. Damit haben wir das realistisch, (*Unruhe.*) das ist erreichbar.

Barzel: Würden Sie die Güte haben, das noch einmal vorzutragen.

Kiesinger: Meine Formulierung würde lauten: „Der Bundesvorstand empfiehlt, daß vor der in der kommenden Woche stattfindenden Neuwahl des Fraktionsvorsitzenden die notwendigen Sachgespräche zwischen CDU und CSU über die Politik der Union nach Inkrafttreten des Grundvertrages und zu wichtigen gesellschaftspolitischen Entscheidungen geführt werden.“ (*Unruhe. – Barzel:* Nein! Nein!) Das ist doch gar kein Problem. (*Unruhe.*) Es ist doch kein Gespräch, in dem Übereinstimmung erzielt werden soll. (*Lebhafte Unruhe.*)

Dregger: Die Fraktion hat beschlossen, daß die Neuwahl in der kommenden Woche stattfinden sollte, wenn ich Sie jetzt so interpretieren darf, Herr Bundeskanzler, daß dieser Beschluß nicht etwa bedeutet, daß wir in allen Fragen Klärung herbeiführen. (*Kiesinger:* Das ist ja genau der Sinn meines Vorschlags.) Wenn das allgemein so interpretiert wird, habe ich keine Einwände.

Kiesinger: Herr Kollege Dregger, ich habe extra das Wort Übereinstimmung heraus genommen.

Kraske: Herr Barzel, darf ich den dritten Absatz, so wie er jetzt aussieht, noch einmal im ganzen vorlesen: „Die Fraktionsgemeinschaft von CDU und CSU war die Voraussetzung für die Erfolge der Union seit ihrer Gründung. Der Bundesvorstand spricht sich entschieden für eine Fortführung dieser Gemeinschaft aus. Eine vierte Partei lehnen wir ab. Der Bundesvorstand empfiehlt, daß vor der in der kommenden Woche stattfindenden Neuwahl des Fraktionsvorsitzenden die notwendigen Sachgespräche zwischen CDU und CSU über die Politik der Union nach Inkrafttreten des Grundvertrages und zu wichtigen gesellschaftspolitischen Entscheidungen geführt werden.“ Einverstanden. *(Zwischenruf.)* Lehnen wir ab, das habe ich gesagt.

Barzel: Meine Damen und Herren, ich würde empfehlen, wenn wir das schaffen könnten, zu der aktuellen Kritik an der Regierung und der konjunkturpolitischen Lage vielleicht nachher Herrn Stoltenberg mit Müller-Hermann und drei, vier Wortmeldungen zu hören. Zum Abs. 3 liegen jetzt weitere Wortmeldungen nicht vor. Wer stimmt ihm zu? Die Gegenprobe? Ist eine Enthaltung? Einstimmige Annahme. – Abs. 4. *(Unruhe.)*

Kraske: Ich wußte, daß diese Frage eines Parteitages vor der Sommerpause natürlich sehr interessiert. Aber dies bedarf nun auch der Grundlage dieses heutigen Beschlusses und eines Minimums an organisatorischer Vorklärung. Meine dringende Bitte ist, daß Sie den Mitarbeitern am Wochenende Gelegenheit geben, das zu durchdenken, und das Präsidium beauftragen, am Montag das zu machen. Wir können nicht hier und heute über Montag oder Dienstag, Köln oder Godesberg, sprechen, weil dazu wirklich die nötigen Vorklärungen noch nicht abschließend da sind.

Köppler: Ich würde bitten, so zu verfahren, wie Herr Dr. Kraske vorgeschlagen hat. Das Wichtigste ist der Beschluß, den wir auf Vorschlag des Vorsitzenden hier gefaßt haben. *(Zwischenruf.)* Für Tag und Stunde sollten wir uns wirklich nicht stark machen, jetzt zu beschließen mit der Notwendigkeit, dann wieder zu korrigieren. Das soll das Präsidium nach Vorklärung machen.

Kohl: Herr Kraske, ich habe den Eindruck, daß hier schon viel gedient wäre, wenn Sie sagen würden, daß die Woche zwischen dem 12. und 15. Juni in Frage kommt.

Barzel: Meine Damen und Herren, ich glaube, es ist nicht möglich, daß eine solche Entscheidung jetzt hier über die Hand gebrochen wird. Wir müssen zunächst alle Landesverbände fragen, ob alle Delegierten gewählt sind. Das müssen wir doch amtlich feststellen. Da müssen wir sehen, wie ist es mit Ladungsfristen, wann kriegen wir einen Tag. Das kann gar nicht anderes sein, als daß das Präsidium am Montag das festlegt und wir übers Wochenende versuchen, das herauszuarbeiten. Das kann hier gar nicht gelingen.

Kraske: Ich kann nur als Richtpunkt sagen für die, die nicht in dem bevölkerungsstärksten Bundesland wohnen, am Donnerstag, dem 14. Juni, ist in Nordrhein-Westfalen der letzte Schultag. Sie können sich denken, daß dies in unseren Überlegungen eine gewichtige Rolle spielt. Aber das muß nun im einzelnen auch anhand des Bundes-

tagsfahrplanes überlegt werden, und deswegen bitte Schonfrist bis Montag in dieser Frage.

Stoltenberg: Ich würde empfehlen, etwas kräftiger zu formulieren und zu sagen, daß „die programmatischen Aussagen der Union zu wichtigen Fragen der Innen- und Gesellschaftspolitik erarbeitet worden sind“. Wir werden über das Thema ja zu sprechen haben, daß es etwas mehr sein muß als die drei Kommissionsergebnisse, wozu hier in der Diskussion von vielen etwas gesagt worden ist. Das ist auch, wie ich meine, die Meinung des Generalsekretärs.

Barzel: Herr Kollege Stoltenberg, dem Wort „Aussagen“ begegnen Bedenken. *(Zwischenrufe.)* Sehr schön, nicht „Aussagen“, sondern „Beschlüsse“. Letzter Absatz ist so beschlossen. Wer dem Kommuniké zustimmen will, den bitte ich um Zeichen. Bitte um die Gegenprobe. Keine Enthaltungen? Ich habe mich beim ersten Absatz enthalten, das will ich natürlich auch mitteilen, sonst ist das einstimmig, wofür ich danke.

Wir kommen jetzt, wenn wir also hier noch weiter beraten, zum Antrag der Frau Kollegin Wex. Ich habe dazu meine Auffassung dazu. – Zur Geschäftsordnung, Herr Dregger.

Dregger: Es wäre gut, wenn das, was wir hier beschlossen haben, jetzt abgezogen und verteilt wird. Es ist ohnehin klar. Damit alle dasselbe sagen. *(Unruhe.)*

Kraske: Ich bin in einer seltenen Lage, darum zu bitten, für die nächste Debatte mich einige Augenblicke zu entschuldigen, um erstens dieses der Presse mitzuteilen, aber als zweites nun das anzufahren, was wichtig ist für Montag. *(Unruhe.)*

Barzel: Darf ich dann den Antrag von der Frau Kollegin Wex zur Debatte stellen. Ich habe vorgetragen, daß ich es begrüßen würde, sich jetzt über die Punkte des Verfahrens und das Marschziel noch zu verständigen. Ich glaube, daß dies in nicht zu langer Zeit möglich wäre und würde es für einen Fehler halten, das nicht zu versuchen.

Kohl: Ich glaube, bevor wir überhaupt abstimmen, ist mal die Frage wichtig, was wir dabei wollen. Darf ich fragen, ob ich es richtig verstanden habe: Ich habe den Termin am Montag mit der CSU bei unserem Präsidiumsgespräch so verstanden, daß wir reden müssen mit der CSU. Generalüberschrift: Gilt das Wiesbadener Regierungsprogramm der CDU/CSU noch? Das war die Arbeitsgrundlage, mit der wir in die Regierung gegangen wären. Dann ist dadrin aktualisiert – siehe auch die heutige Erklärung – eine Unterabteilung Stabilitätspolitik. Ich sage das jetzt ganz allgemein. Dann ist das die Frage der Themen, die heute schon den ganzen Tag hier genannt werden: Bodenrecht, berufliche Bildung, Mitbestimmung, Vermögensbildung und im Bereich der auswärtigen Politik Atomsperrvertrag und Abkommen über die ČSSR. Das ist, glaube ich, die Liste, die wir besprechen müssen. *(Zwischenruf.)* Es geht ja um Sachfragen aus der Politik. Ich glaube, das sind auch alle Themen. Wenn wir sagen, darüber müssen wir reden, dann ist es bei einer Reihe von Themen noch gar möglich, abschließend zu sagen, wie wir votieren. Denn das Abkommen über die ČSSR kenne ich nicht. Das liegt nicht vor im Text. Da muß man über die Modalitäten des späteren Verfahrens reden, wenn das Abkommen da ist. Eine ähnliche Situation ist beim Atomsperrvertrag. Das kann man auch nicht von jetzt auf nachher sagen. Wenn ich Sie also recht

verstehe, Frau Wex, geht es im wesentlichen doch darum, daß die Liste klar ist. Über die müssen wir mit der CSU reden. Wir sind uns auch darüber im klaren, daß das nicht in drei Stunden am Montagabend abzuhandeln ist. Da wird in der Praxis darauf hinauslaufen, wie wir das Verfahren sicherstellen, daß wir gemeinsam in der Zukunft die Entscheidungen treffen und nicht präjudiziert werden.

Barzel: Meine Damen und Herren, mir scheint die Frage, ob wir jetzt im Sinne des Antrages der Frau Kollegin Wex, den ich unterstütze, weiterdebattieren oder nicht, eigentlich eine Entscheidungsfreiheit zu sein. Wir brauchen nach den beiden Interventionen hier nicht erneut darüber zu sprechen, wenn ich das richtig verstehe. (*Zwischenruf:* Ja!) Also darf ich fragen, wer für den Antrag der Kollegin Wex ist? Ich bitte um ein Zeichen. (*Unruhe.*) Moment mal, eine Sekunde, wollen wir mal die Abstimmung? Wenn nun hier alles zugleich möglich ist, dann muß ich erst einmal Klarheit schaffen. Der Kollege Kohl hat einige Punkte genannt. Ich habe gesagt, ich würde es begrüßen, wenn wir uns über die Punkte, das Verfahren und das Marschziel aussprechen können. Hinsichtlich der Punkte scheint es keinen Streit zu geben oder keine Meinungsverschiedenheiten mehr. Aber ich hoffe, daß man sich dann auch noch unterhält, ob wir nicht doch noch trotz aller Aufbruchstimmung hinsichtlich des notwendigen Verfahrens und hinsichtlich der Marschrichtung noch eine Verständigung herbeiführen. Darf ich dann die Frage so stellen, ob das Verfahren verbindlich gemacht werden soll und wir hinsichtlich der Marschrichtung uns noch für geraume Zeit zusammenhalten sollen, um das auch noch festzulegen. Darf ich das zur Abstimmung stellen? (*Zustimmung.* – *Zwischenruf:* Marschrichtung ist inhaltlich. Das können wir nicht. – *Unruhe.*)

Meine Damen und Herren, nehmen wir also das britische Wort tentative line. Ohne tentative line werden wir natürlich auch gar nicht weiterkommen können. (*Beifall.*) Ich glaube, meine Damen und Herren, wir sollten versuchen, das jetzt durch eine Abstimmung zu klären, d. h., wer glaubt, daß das, was Kohl als Punktation gegeben hat, für diesen Augenblick genügt. Wer sagt schön, es genügt, wer sagt, es muß mehr sein, wie ich glaube, muß sagen weitermachen. Ist das zur Sache richtig formuliert? (*Zustimmung.*) Ich glaube, daß die Kollegen, die die Absicht haben, dann zu gehen, jetzt die Fairneß in der Abstimmung haben werden zu sagen, wir können nicht weitermachen. (*Zwischenruf:* Das muß man vorher fragen.)

Meine Damen und Herren, wir haben in einer besonderen Lage zu einer Sitzung eingeladen. Ich will nicht noch einmal alles das wiederholen. Ich glaube nicht, daß im Aufbruch jetzt hier noch irgend etwas sich ereignen sollte. Wer dafür ist, daß wir mit den beiden angegebenen Punkten diese Beratung hier noch fortsetzen, bitte ich um ein Zeichen. Das erstere war die Mehrheit. Ich darf noch einmal präzisieren, das, was wir abzustimmen haben: Antrag, die Beratungen fortzusetzen, um nicht nur die Punktation zu haben, sondern auch die Meinung des Bundesvorstands über das verbindliche Verfahren mit der CSU und über die Marschrichtung, die ich eben als tentative line verdeutscht habe. Das ist der Antrag. Ist das jetzt klar?

Kohl: Das sind im Prinzip drei Fragen. Bei den ersten zwei Fragen bin ich entschieden dafür, daß wir hier ja sagen und das heute erledigt wird. Bei der dritten Frage halte

ich es für völlig ausgeschlossen, daß wir bei der Liste, die ich vorgetragen habe, in allen Punkten die Marschrichtung der CDU bereits bestimmen können.

Katzer: Also, ich halte es für völlig ausgeschlossen, daß wir in ein Gespräch mit der CSU gehen, ohne zu wissen, was wir denen eigentlich sagen wollen. Da muß sich doch drüber klar werden, und die Zeit werden wir jetzt ansetzen müssen.

Kohl: Wir können doch heute nicht über die Mitbestimmung hier beschließen.

Müller-Hermann: Lieber Hans Katzer, das wäre sehr schön, aber wir ringen ja selbst um diese schwierigen Positionen. Wir sind an ein Programm gebunden, das ein Parteitag uns als Pflicht aufgetragen hat. Mir scheint es wirklich das Allerwichtigste zu sein, daß wir ein Verfahren entwickeln, daß wir frei sind in unserer Entscheidung, ohne uns – will ich mal sagen – von einer Minderheit ständig blockieren zu lassen. Das ist in meinen Augen jetzt das zentrale Thema.

Barzel: Meine Damen und Herren, ich will meinen Satz nicht noch einmal wiederholen. Ich glaube der Abstimmungsinhalt ist jetzt klar. (*Kohl:* Das können wir natürlich machen.) Über die Punktation ist ja keine Frage mehr. Das haben wir eben erledigt. (*Unruhe.*) Also wer dafür ist, daß wir die Beratung fortsetzen, um ein verbindliches Verfahren und zu den genannten Punkten eine Marschrichtung noch hier festzulegen, den bitte ich um ein Zeichen. – Bitte um die Gegenprobe. – Enthaltungen? Die Diskussion wird also fortgesetzt. Wir werden die Presse über den bisherigen Stand unterrichten und dann fortsetzen.

Kohl: Bevor Sie jetzt hier diesen Punkt aufheben, bitte ich, daß ich eine knappe Erklärung abgeben kann, die einfach hier nicht in den Duktus gehört, aber sie muß hier sein. Mit dem Beschluß, den wir gerade eben gefaßt haben, wird der Parteitag vorverlegt. Damit gehen auch die Personaldiskussion, was die Kandidaten betrifft, und bestimmte Fragen natürlich in eine heiße Zone. Ich gehe davon aus, daß beide Kandidaten dann auch gefragt werden, was ist ihr Vorschlag für den Fall ihrer Wahl zum Amt des Generalsekretärs? Das sind möglicherweise noch vier Wochen. Ich halte es für fair und will dies jetzt hier tun, daß ich das nicht irgendwann und irgendwo tue, sondern diesen Vorschlag, den ich im Fall einer Wahl zum Bundesparteitag machen werde, hier bekanntgebe. Ich werde Herr Professor Kurt Biedenkopf zum Generalsekretär für den Fall meiner Wahl vorschlagen.

Barzel: Das ist eine Mitteilung an den Vorstand.

Kraske: Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren, es ist ja nie ausgeschlossen, klüger zu werden. Bevor wir vor die Presse gehen, möchte ich Sie bitten, einer kleinen Änderung zuzustimmen, die ich mit Herrn Stoltenberg verabredet habe. Er hatte in seinem Text vorgeschlagen „Parteitag soll programmatische Beschlüsse fassen zu wichtigen innen- und gesellschaftspolitischen Fragen“. Damit würden wir jetzt festlegen, daß alle außenpolitischen Fragen ausgeschlossen sind. Deswegen mein Vorschlag „Beschlüsse zu wichtigen politischen Fragen, insbesondere der Gesellschaftspolitik“. Auf Fragen der Presse, was heißt „insbesondere“, werde ich sagen, wir haben eine Ad-hoc-Kommission Bodenrecht, eine Ad-hoc-Kommission berufliche Bildung usw. Dann ist das, glaube ich, klar. Darf ich nur Ihre Zustimmung erbitten?

Barzel: Dann machen wir ein paar Minuten Pause. (*Unruhe.*)

Kiesinger: Darf ich nur eine Erklärung abgeben, sonst gibt es nachher Konfusion. Meine Damen und Herren, ich bin hierhergekommen, nachdem ich eine schwere Zahn- und Kieferoperation hatte. Ich sollte eigentlich schon nach zwei Tagen wieder zurück zu meinem Zahnarzt. Ich konnte das wegen der überraschenden Ereignisse hier nicht tun. Ich habe eine Zwischenbehandlung hier gemacht. Mein Zahnarzt hält sich in Tübingen bis heute Mitternacht mir zur Verfügung. Morgen geht er zum Segeln auf den Bodensee. Ich muß jetzt unbedingt zu ihm, sonst wird die Geschichte eine Katastrophe. Damit sich also nicht nachher jemand wundert, wenn ich weggehe. Es ist also wirklich höhere Gewalt. Ich werde dann so rausgehen, daß es sich nicht tatsächlich um eine Demonstration erscheint. Denn das, was Sie jetzt noch beraten wollen, wird ja dann in der Präsidiumssitzung am Montag berichtet werden. Und ich sehe keine Gefahr für Ihre Beratungen. Ich finde es schade, daß ich heute abend nicht dabei bin, aber es bleibt mir tatsächlich nichts anderes übrig. (*Kurze Unterbrechung.*)

FESTLEGUNG DER INNEN- UND AUSSENPOLITISCHEN GRUNDSÄTZE DER CDU

Barzel: Ich möchte gerne die Sitzung wieder fortsetzen können. Meine Kolleginnen und Kollegen, ich glaube, es ist ein Erfahrungssatz, daß es richtig ist, daß wir an der ersten Frage – und da nehmen wir uns am besten die schwierigste – gleich mal prüfen, wie können wir mit Verfahren und Marschzahl weiterkommen. Wenn ich den Katalog der Punkte, die Punkte, die ich nannte und die Ergänzungen, die Kohl – auch Schröder, wenn ich das richtig verstanden hatte – aufgenommen hat, richtig sehe, dann ist aus meiner Sicht der schwerste Punkt die Mitbestimmung. Wir haben eben mit Mehrheit entschieden zu versuchen, Verfahren und Marschzahl festzulegen. Ich habe mich dazu in meinem Einführungsreferat geäußert, das natürlich jetzt auch eine gewisse Rolle spielt, weil ich ja doch überwiegend gehört habe, daß eigentlich ganz vernünftige Formulierungen darin waren. Darüber muß man reden. Ich habe es nicht noch einmal jetzt gelesen. Da sind viele Hör- und Schreibfehler. Es bedarf also der Korrektur. Und es ist ja eine Fassung, wenn ich es richtig sehe, für die reifere Jugend, weil alles das, was Anstoß geben könnte – wie Regierungsfähigkeit und CSU – ja doch säuberlich eliminiert ist, jedenfalls im Augenblick. Ich würde also glauben, daß wir anfangen mit der Frage Mitbestimmung, weil wir dann gleich sehen, wie weit wir kommen; das ist vielleicht noch die beste Besetzung in diesem Augenblick. Ich habe mich also zur Sache und zum Verfahren geäußert; das ist – wie wir alle wissen – gewiß kein Dogma, es ist ein Vorschlag. Wird dazu das Wort gewünscht?

Schröder: Ich würde dem Thema zustimmen. Mir läge nur daran, daß jemand einmal darstellt, was gesagt werden könnte im Augenblick. Das muß, glaube ich, noch einmal dargestellt werden, wo man sagen kann, so sollten wir es auch am Montag machen.

Barzel: Ich will gerne mich noch einmal wiederholen oder besser präzisieren. Denn das, was ich gesagt habe, ist natürlich noch in Erinnerung. Wir hatten als einen der

zehn Punkte die Mitbestimmung genannt. Wir waren übereingekommen – ich weiß jetzt nicht, ob im Präsidium oder auch im Vorstand, da muß ich in den Akten nachsehen –, hierzu eine Kommission einzusetzen, aber zunächst dem Vorsitzenden den Auftrag für Vorgespräche zu geben – ich glaube, es war hier im Vorstand –, damit es nicht alle möglichen Festlegungen gibt, und wir kriegen die Enden nicht zusammen. Ich habe also gesprochen, nicht nur mit Herrn Biedenkopf und nicht nur mit Herrn Sohl⁹⁸ und mit Herrn Wolff von Amerongen, mit allen Herren, die es da gibt. Ich habe auch gesprochen mit Bekannten in der Wirtschaft, mit den Banken, mit Herrn Friedrich⁹⁹, mit Herrn Eichler¹⁰⁰. Ich habe ein noch Gespräch mit Herrn Schnitker¹⁰¹ (*Zwischenruf*: Mit Horn!). Dann haben wir ein Gespräch gehabt mit Horn, wir hatten ein Gespräch, an dem auch Herr Stücklen, Herr von Bismarck, Herr Katzer, Herr von Wezsäcker und ich beteiligt waren – einmal mit Herrn Horn und ein anderes Mal eben mit Herrn Biedenkopf. Das ganze führte dazu, daß ich dann vor dem Bundesparteiausschuß zunächst die beiden Fragen, die der Sachverständigenrat dazu zusätzlich aufgeworfen hat, ja auch noch aufgegriffen habe, und ich bin dann einen Schritt weitergegangen, indem ich zuerst vor dem Bundesparteiausschuß dieses Wort von dem „Gleichgewicht der Partner“ gesagt habe.

Ich glaube, daß wir dann überlegen müssen – und das ist dieser Punkt, den wir mit der CSU besprechen müssen –, daß wir doch Ende des Monats, wenn wir den Parteitag vorbereiten, uns entscheiden müssen, wie weit kommen wir auf dem Parteitag, was schlägt dieser Vorstand dem Parteitag vor? Setzen wir vorher eine Kommission oder auf dem Parteitag eine Kommission ein? Mein Rat ist, vorher, weil eine gewisse Vorklärung auch der Vorschläge der Sozialausschüsse eine Rolle spielt. Dann müßten wir versuchen, mit der CSU zu klären, können wir das zusammen machen? Da haben wir z. B. eine Verfahrensfrage. In der Verfahrensfrage ist dann beantwortet, ob man die Notwendigkeit der Überprüfung der bisherigen gemeinsamen Aussage einbezieht, ob daß das beinhaltet oder nicht? Eine wichtige Verfahrensfrage. Da ist zweitens zum Verfahren zu klären, daß beide Parteien, bevor sie in die Parteitage gehen, sich nochmals, auch mit den Parteiführungen, darüber zusammensetzen.

Und nun der Inhalt der Sache und die Marschroute. Ich glaube, in der Tat können wir sagen, unsere Prinzipien plus „Gleichgewicht der Partner“ plus Prüfung der Vorschläge, wie ich das genannt habe, sind schon eine Tendenz, die wir versuchen, hier etwas deutlicher zu umschreiben. So ungefähr war mein Vortrag, wenn ich es richtig in Erinnerung habe.

Schröder: Vielen Dank, Herr Kollege Barzel. Ich würde Sie um eine einzige Ergän-

98 Hans-Günter Sohl (1906–1989), Industriemanager; 1953–1973 Vorstandsvorsitzender des Thyssen-Konzerns. Vgl. PROTOKOLLE 5 S. 182 Anm. 20.

99 Otto Andreas Friedrich (1902–1975), Kaufmann; 1969–1973 Präsident der BDA. Vgl. PROTOKOLLE 5 S. 960 Anm. 49. – Das Gespräch mit Barzel fand am 16. März 1973 statt, vgl. ACDP 01–093–109/1.

100 Dr. Wolfgang Eichler (1908–2005), Jurist; 1963–1974 Hauptgeschäftsführer der BDA.

101 Paul Schnitker (geb. 1927), Malermeister; 1973–1987 Präsident des Zentralverbandes des Deutschen Handwerks, 1979–1984 MdEP.

zung bitten, nämlich dahin, was liegt auf seiten der CSU bisher vor? Kommissionen oder dergleichen? Das muß man, glaube ich, wissen, um das abwägen zu können.

Barzel: Interviews, sonst habe ich nichts gesehen.

Schröder: Keine Kommissionen?

Barzel: Nein, Stücklen war in beiden Vorgesprächen mit dabei.

Katzer: Zu der Frage, was von seiten der CSU vorliegt: Da gibt es erstens ein Interview des Kollegen Strauß im „Stern“¹⁰², in dem ebenfalls von der Gleichgewichtigkeit ausgegangen wird, (*Zwischenruf:* Und „Board-Modell“.) und „Board-Modell“.¹⁰³ Und es gibt zweitens eine mir gegenüber gemachte Äußerung von Herrn Stücklen, in dem er mir sagte, also, bei dem Düsseldorfer Beschluß, den wir ja übernommen haben in das gemeinsame Regierungsprogramm in Wiesbaden, wird es nicht bleiben. Das sind die zwei Äußerungen, die bisher von der Seite vorliegen.

Blüm: Zu der Frage Mitbestimmung, und dann auch allgemein: Wir haben ja Kommissionen in anderen Bereichen. Ich habe gerade wiederum festgestellt, daß sich die CSU sehr engagiert auch an unserer Diskussion über die berufliche Bildung beteiligt mit Vertretern dieser Kommission, die auch dem Parteitag zuarbeitet, sich auch an den Abstimmungen beteiligt und da die Bestimmungen auch mittrifft. Wenn unsere Mitbestimmungskommission, um der Gemeinsamkeit mehr Raum zu geben, mit Vertretern der CSU besetzt wird, dann würde ich auch allerdings vorschlagen, daß CDU-Vertreter in die entsprechende Kommission der CSU gehen, die dort den Mitbestimmungsvorschlag für deren Parteitag vorbereitet. (*Kraske:* Verzeihen Sie, darf ich, weil es gar zu wichtig wird für Montag, Kollegen Seiters bitten. Wir kriegen sonst nämlich kein Protokoll mehr für die Sitzung am Montag. Da er Parlamentarischer Geschäftsführer und hier im Vorstand ist, sind Sie einverstanden, Herr Seiters, daß wir ein paar Notizen dann haben.) Um es kurz zu machen, mein Verfahrensvorschlag: Dort, wo die CSU bei den entsprechenden Themen mit Vertretern mitstimmt in unseren Kommissionen, mitarbeitet bei denselben Themen, müßte auch die CDU beteiligt werden, was die Vorbereitung des CSU-Parteitages betrifft, zumal er ja 14 Tage vor unserem stattfindet. Zur inhaltlichen Frage meine ich, würden wir uns die Diskussion sehr erleichtern, wenn wir uns auf den Hauptnenner einigen könnten: „Gleichgewicht der Partner“. Ich weiß, daß dieser Hauptnenner noch keine Festlegung im Modell ist, aber ich glaube, die Diskussion ist um vieles erleichtert, wenn das als Ausgangspunkt hier für die CDU und damit auch für das Gespräch mit der CSU akzeptiert wird.

Köppler: Ich würde in dieser Frage, die Linie, die Sie vorgetragen haben – heute morgen schon vorgetragen haben und jetzt nochmal zusammengefaßt haben – für richtig halten. Ich würde auch die Ergänzung zu dem Gespräch, den konkreten Punkt, den Herr Blüm angemeldet hat, unterstützen. Ich glaube, man sollte mit der CSU darüber offen reden, wie die CSU denkt, wenn die Meinung von Stücklen, was ich

102 Vgl. „Stern“ vom 1. März 1973 „Ich bin doch kein Polit-Mannequin“.

103 Vgl. dazu die Erläuterung im Protokoll des Düsseldorfer Parteitags (CDU, 18. BUNDESPARTEITAG S. 270): Statt des bisherigen Aufsichtsrats in einem Unternehmen wird ein mit Arbeitnehmer- und Arbeitgebervertretern paritätisch besetzter Verwaltungsrat gebildet, der zur Verhinderung einer Pattstellung durch Vorstandsmitglieder ergänzt wird.

annehme, Meinung der CSU ist. (*Schröder*: Das war zwar die Privatmeinung, ich kann das nur hier lassen.) Es sollte geklärt werden, ob Übereinstimmung zwischen CDU und CSU darüber besteht, daß wir nicht einfach bei dem in Wiesbaden noch einmal notariell bestätigten Beschluß von Düsseldorf bleiben, sondern daß wir zu einer neuen Konzeption kommen wollen. (*Zwischenruf*: So ist es.) Ich unterstelle, auch die CSU wird sagen, ja. Denn wenn sie nein sagen würde, würde ich in der Tat dann nur ein getrenntes Vorgehen für möglich halten, und dann erübrigte sich die Frage mit der gegenseitigen Verschränkung der Kommissionen. Dann hat es nämlich keinen Sinn, wenn sie sagt nein, wir wollen nicht weiterdenken in der Sache, daß wir dann CSU-Leute in eine Parteikommission bringen, wo es dann ohnehin einen Zwei-Phasen-Arbeitsgang geben wird, wie erarbeitet die Partei ihr Konzept und wie wird das dann in der Fraktion in irgendeiner Form Politik oder nicht Politik. Ich unterstelle also: Die CSU will auch weiterdenken. Dann sollte man die Verschränkung der Kommissionen vornehmen. Ich würde nicht, wenn auch jetzt der Vorschlag käme, eine einzige Kommission für beide Parteitage für richtig halten, sondern den Vorschlag für besser halten, daß Freunde der CSU bei uns dabei sind und genau in demselben Maße auch CDU-Vertreter in der CSU-Kommission drin sind. Dann sollte man sich nur darüber verständigen, wie man – das ist ja nicht mehr allzu lange Zeit – die Aussage auf den Parteitag im Herbst, d. h. also, wie man auf dem September-Parteitag der CSU und dem Oktober-Parteitag der CDU miteinander – das sollte man heute schon durch Beschluß festlegen – den Redaktionsschluß und die Aussagen auf dem Parteitag, was da die Vorstände vorschlugen, nach dem Stand der Kommissionsberatungen miteinander berät. Nachdem wir die Erfahrung haben, wenn Sie mich den Satz noch sagen lassen, daß es so schwer ist, zu Terminen zu kommen, halte ich in dieser wichtigen Frage die Festlegung eines Termins, d. h. also, die Absicht, sich unter allen Umständen rechtzeitig vor den beiden Parteitagen zu treffen in den beiden Präsidien, nicht für nutzlos.

Barzel: Meine Damen und Herren, Ich sehe keine Wortmeldungen. Darf ich dann folgendes sagen. Dies ist also hier eine Zustimmung zu der Linie, wie ich sie heute morgen bezeichnet habe. Was für das Gespräch mit der CSU, um es zu präzisieren, bedeutet: 1. Wir wollen weiterentwickeln; 2. die Basis ist das „Gleichgewicht der Partner“; 3. Frage: Wollen wir eine gemeinsame Kommission einsetzen? Wenn ja, wann? Nämlich, wie ich empfehlen würde, vor beiden Parteitagen. Wenn nein, müssen wir das finden, wenn wir uns in der nächsten Vorstandssitzung treffen.

Ich glaube, das ist so präzise, wie man das jetzt überhaupt machen kann. Das ist ein Gespräch. Das ist ein Knochen mit ein bißchen Fleisch dran, noch nicht so viel wie bei Blüm, da kommt dann noch Fett und so etwas vielleicht, aber das sind Knochen zum Besprechen.

Windelen: Zur Geschäftsordnung: Wir werden ja hier keine Beschlüsse mehr fassen können, aus zweierlei Gründen, erstens weil nicht eingeladen ist satzungsgemäß mit den Punkten und zweitens, weil wir nicht mehr beschlußfähig sind. Aber ich bin sehr dafür, deswegen bin ich auch hier, daß wir uns darüber verständigen. Natürlich bin ich bereit dazu, das zu vertreten. Zur Sache selbst: Sie haben ja das Wort vom „Gleichge-

wicht der Partner“ draußen geprägt und sind dann auch danach gefragt worden, ob das Parität bedeutet. Sie haben dann erklärt, wenn Sie Parität hätten sagen wollen, dann hätten Sie Parität gesagt. Ich möchte nicht, daß das hier mit reingeht, aber ich wollte nur fragen, ob ich das korrekt wiedergegeben habe.

Barzel: Das war in diesem Zimmer hier bei einem Gespräch. Aber ich glaube, es ist immer falsch, für politische Aussagen die Vokabel – wenn es sich vermeiden läßt – des Gegners zu übernehmen. Das ist, glaube ich, nicht notwendig. Wir haben ja hier zunächst auch die Erklärung von anderen Freunden über die Gleichgewichtigkeit von Kapital und Arbeit. Dagegen habe ich in der bekannten Erklärung ja argumentiert. Aber nun hat der Kollege Windelen gesagt, wir könnten eigentlich keine Beschlüsse fassen, a) weil es nicht auf der Tagesordnung stand und b) weil wir nicht beschlußfähig seien. Wenn dies beides natürlich gilt, dann frage ich mich, ob es einen Sinn hat, ein Gespräch zu führen. (*Windelen:* Ich wollte nur Anfechtungen vorbeugen, Herr Vorsitzender.) Ja, ich rüge das überhaupt nicht. Ich habe noch gar nicht gezählt. Das müssen wir natürlich dann zur Kenntnis nehmen. Daß wir nicht etwa ins Blaue hier arbeiten.

Katzer: Das erste ist, daß wir selbstverständlich hierüber diskutieren können. Wir haben den Tagesordnungspunkt generell: Aussprache. Wir haben ja tausend Punkte hier behandelt. Es gibt ja keine dezidierte Tagesordnung. Und hier hatten wir mit Mehrheit beschlossen, bei voller Beschlußfähigkeit, daß wir dieses Gespräch mit der CSU vorbereiten wollen. Folglich ist dieser Einwand, glaube ich, nicht berechtigt, den Herr Kollege Windelen zur Sache gemacht hat. Was die Beschlußfähigkeit anlangt, stelle ich fest, daß wir beschlußfähig sind, wenn wir die Herren, die draußen augenblicklich noch Pressegespräche haben, hier hereinbitten, was man vielleicht veranlassen kann. Dann ist die Beschlußfähigkeit sofort da.

Es wird die Beschlußfähigkeit der Sitzung überprüft.

Barzel: Lassen Sie uns einen Augenblick warten. Wir wissen alle, was aus solchen Fragen sich entwickeln kann. (*Unruhe.*) Wollen wir mal eine Sekunde warten, ob wir mehr werden. (*Zwischenruf:* Siebzehn.) Wieviel müssen wir denn eigentlich sein? (*Zwischenruf:* Sechzehn oder siebzehn, zweiunddreißig hat der Vorstand. – *Wex:* Herr Kiesinger ist vorhin gegangen.) Jetzt haben wir fünfzehn. (*Kraske:* Herr Dregger gibt draußen eine Pressekonferenz.) Wieviel brauchen wir denn für die Beschlußfähigkeit jetzt? (*Unruhe.*)

Kohl: Wir machen jetzt weiter, wir können jetzt nicht nochmal anfangen.

Barzel: Verzeihen Sie, Herr Kollege Kohl, wir haben eben versucht, die Beschlußfähigkeit herzustellen. Wir waren soweit, daß wir abstimmen wollten, weil es zur Sache keine Wortmeldung mehr gab. Da hat der Kollege Windelen – ich sage dankenswerterweise – den Einwand erhoben, er sei dafür, daß wir uns weiter unterhalten, weil er es wichtig fände, aber verbindliche Beschlüsse könnten nicht gefaßt werden, weil die Beschlußfähigkeit nicht mehr stimme. Das ist natürlich ein wichtiger Hinweis in der gegenwärtigen Lage der Partei, bei allem, was sich da entwickeln kann. Ich habe extra

die wichtigste Frage zuerst genommen in der Hoffnung, diese noch beschlußfähig zu entscheiden. Wir waren in der Sache eigentlich vor einem sehr weitgehenden Votum mit einer großen Mehrheit. (*Unruhe.*) Die Frage ist, ob wir beschlußfähig sind. Unterhalten können wir uns ganz sicher, und verhandeln können wir auch ganz sicher. Machen wir mal fünf Minuten Pause.

Katzer: Ich bin hiermit einverstanden. Wenn wir beschlußfähig sind, können wir abstimmen.

Barzel: Sind wir ja eben nicht. Wir warten ja doch. Wenn ich jetzt abstimmen lasse, muß ich als Vorsitzender feststellen, wir sind nicht beschlußfähig.

Katzer: Kann man die Herren denn nicht hereinbitten?

Kraske: Ich habe Herrn Dregger gebeten, meine Damen und Herren. Er kommt. (*Barzel:* Das macht aber auch erst 16.) Wir brauchen 17, der Vorstand hat 32 Mitglieder. Unser Statut hat hier eine Unklarheit, die erst auf dem nächsten Parteitag beseitigt werden kann, nämlich, ob die Ehrenvorsitzenden bei Berechnung der Beschlußfähigkeit mitzählen. Ohne Ehrenvorsitzende, aber mit Herrn Dregger, sind wir 17.

Barzel: Natürlich sind die dabei. Konrad Adenauer hat gesagt, er nimmt das nur an, wenn er auch Stimmrecht hat. Sitz und Stimme. Da haben wir alle gesagt, warum stellen Sie die Frage, das ist doch selbstverständlich.

Köppler: Der Ehrenvorsitzende hat natürlich das Recht, an Sitzungen teilzunehmen und dann mit Stimme, aber doch nicht die Verpflichtung teilzunehmen. Folglich kann er nicht mitgezählt werden bei der Berechnung. (*Unruhe.*)

Kraske: Dann sind wir beschlußfähig. Meine Herren, darf ich folgendes sagen. Der Bundesvorstand hat nach der Satzung 30 Mitglieder. Das heißt, er ist bei 16 Anwesenden beschlußfähig. Sobald Herr Dregger meiner Bitte folgt, was er in kurzer Zeit in Aussicht gestellt hat, sind wir 16. Die Ehrenvorsitzenden sind im Statut bisher überhaupt nicht erwähnt. Ich würde deswegen Herrn Köppler in seiner Auslegung recht geben, wenn sie nicht teilnehmen, ist das Quorum 30.

Blüm: Aber wir haben doch jetzt die Wahl, ob wir die Bundesvorstandssitzung unterbrechen. (*Kraske:* Da kommt einer. – *Unruhe.*)

Barzel: Wieviel sind wir denn jetzt, Herr Kraske. (*Zwischenruf:* 17, nein Mikat nicht. 16.)

Kraske: 16 und es scheidert an Herrn Dregger. Ich habe ihn auf den Ernst der Lage hingewiesen und ihn gebeten hereinzukommen. Er hat mir das zugesagt.

Blüm: Wir stehen doch jetzt vor der Wahl, entweder die Bundesvorstandssitzung zu unterbrechen oder die Pressekonferenz.

Katzer: Es gibt noch eine dritte Möglichkeit. Wir können jetzt abstimmen. Denn wenn der Herr Dregger dagegen stimmt, wird das ja an dem Votum, je nachdem wie es ausfällt, nichts ändern, es sei denn wir würden pari abstimmen.

Barzel: Jetzt sind wir 17. Punkt 1 der Liste war Mitbestimmung, bisheriger Diskussionsstand: verfahren wie der Vorsitzende heute morgen vorgetragen hat. Das bedeutet für das Gespräch mit der CSU zur Präzision: 1. Wir wünschen weiterzuentwickeln, was in Wiesbaden und in Nürnberg beschlossen worden ist; 2. dies auf der Basis des „Gleichgewichts der Partner“; 3. wollen wir dazu eine gemeinsame Kommission ein-

setzen? Wenn ja, wann? Falls nein zur gemeinsamen Kommission, bleibt die Frage, wann wir für den CDU-Teil eine einsetzen.

Die Frage von Herrn Windelen, ob Gleichgewicht Parität hieße, hat der Vorsitzende aus seiner Sicht wie folgt beantwortet: Ich habe mich gewandt gegen das Wort. Und da habe ich eine Unterscheidung des Kollegen Katzer der Gleichgewichtigkeit von Kapital und Arbeit. Weil ich diese beiden nicht in einen solchen Bezug setze, da es verschiedene Größen sind, spreche ich vom „Gleichgewicht der Partner“. Ich nenne das nicht Parität, weil für die Öffentlichkeit Parität allein das Starren auf den Aufsichtsrat bedeutet. Ich habe oft genug dargetan, daß allein das Starren auf den Aufsichtsrat das Problem nicht löst, daß aber die Antwort im Aufsichtsrat dazu gehört und wir uns um die nicht herumdrücken dürfen. Das ist die verkürzte Ausführung der sachlichen Diskussion bisher.

Kohl: Bedeutet diese Interpretation auch den weiteren Gedanken, daß das beinhaltet – vor allem das letzte, was Sie gesagt haben –, daß da auch möglicherweise das Konzept eines völlig neuen Unternehmensrechts mitabgedeckt wird?

Barzel: Das deckt Horn und die Junge Union von früher ab¹⁰⁴, die ja vor Riemer war.

Kohl: Dann habe ich keine Bedenken, alle drei Beschlüsse zu fassen.

Barzel: Das deckt alles ab. Das deckt ab, was jetzt im Montanbereich betrieben wird.

Dregger: Ich möchte unterscheiden, was Gleichgewicht der Sozialpartner bedeutet.

Barzel: Der Partner, „sozial“ lasse ich hier weg, aus meiner Sicht.

Dregger: Meine Frage war, ob das Gleichgewicht bedeutet, daß die Sozialpartner insgesamt im Gleichgewicht stehen müssen. Nicht bezogen auf einen Punkt, sondern insgesamt. Nicht nur auf das Unternehmen, sondern auf die Gewerkschaftsposition, die Arbeitgeberposition, auf das ganze Verhältnis der Partner. Dann stimme ich voll zu.

Blüm: Ich weiß nicht, welches Mitbestimmungsmodell Sie dabei im Kopf haben. Ich kenne kein Mitbestimmungsmodell, in dem die Sozialpartner verankert sind, nämlich der Arbeitgeberverband, die Gewerkschafter. Deshalb ist das Wort „Sozialpartner“ im Zusammenhang mit der Mitbestimmung – es sei denn, Sie hätten irgendein jugoslawisches Modell oder so etwas im Auge – terminologisch falsch. Wenn ich inhaltlich noch etwas nachschieben darf, zum Verfahren, weil das ja offenbar auch eine wichtige Sache ist. Wenn es keine gemeinsame Kommission gibt, die CDU-Kommission allerdings von CSU-Teilnehmern bereichert wird, dann verlange ich, daß das gleiche auf der Gegenseite geschieht, also auch für die CSU-Kommissionen CDU-Vertreter hingeschickt werden.

104 Zum Entwurf von Horn vgl. Nr. 7 Anm. 67; zum Entwurf von Riemer vgl. Nr. 32a Anm. 9. – Die JU hatte auf ihrem Deutschlandtag in Braunschweig (25.–27. September 1970) ein Konzept zur Mitbestimmung beschlossen, vgl. „Die Entscheidung“ Nr. 10 vom 10. Oktober 1970 S. 12–15.

Barzel: Die Entscheidung, Herr Kollege Blüm, was wir machen für den Fall einer negativen Antwort auf die Frage „gemeinsame Kommission“, können wir nur fassen in den nächsten Bundesvorständen.

Katzer: Der Vorschlag ist anders zu verstehen. Er meint, wenn es in der Mitbestimmungsfrage zu einer Beteiligung der CSU kommt, daß wir gemeinsam das machen, dann muß das auch in den anderen Kommissionen, den anderen zehn, passieren, wo wir umgekehrt von der CDU-Seite an CSU-Kommissionen beteiligt werden. Das ist doch der Vorschlag, oder?

Blüm: Nein, ich habe gemeint, wenn es in der Mitbestimmungsfrage eine CDU-Kommission gibt, so wie es in der beruflichen Bildung eine CDU-Kommission gibt, dann müssen wir im Falle, daß diese CDU-Kommission eine bzw. zwei Stimmen von der CSU noch dabei hat und die mitstimmen – wie in der CDU-Kommission berufliche Bildung – auch mitstimmen in den CSU-Kommissionen, die den Parteitag vorbereiten. Das halte ich für erforderlich.

Barzel: Meine Frage ist eine gemeinsame Kommission. Wenn das nicht zustande kommt, besteht eine neue Lage für uns.

Kraske: Darf ich, Herr Blüm, nur ein Mißverständnis ausräumen. Berufliche Bildung ist keine CDU-Kommission, sondern eine Fraktionskommission mit dem Vorsitzenden aus dem Bereich der CDU, Herrn Gölter. Die Wertung der Stimmergebnisse brauchen wir jetzt nicht hier zu vertiefen.

Blüm: Die macht aber Vorlagen für den CDU-Parteitag.

Köppler: Sie macht Vorarbeiten für Vorlagen des Bundesvorstands.

Windelen: Noch einmal zur Klarstellung, jetzt nicht inhaltlich, sondern formal. Und nicht nur für diesen Punkt, sondern auch für die anderen. Wir formulieren hier jetzt Grundlagen für das Gespräch am Montag. (*Zwischenruf:* So ist das.) Das ist eine Verhandlungsgrundlage oder eine *conditio sine qua non*. Das heißt, wenn das nicht vollinhaltlich erreicht wird, dann ist das Gespräch gescheitert oder unser Verhandlungsziel für eine gemeinsame Arbeit.

Katzer: Die lange Diskussion vorhin hat folgendes ergeben. Wir wollen jetzt hier den Antrag von Frau Dr. Wex vorbesprechen, mit welchen Intentionen wir in das Gespräch gehen. Dazu haben wir die Marschrichtung hier gesagt. In diesem Punkte würden wir das aufgreifen, was der Vorsitzende mehrfach und heute morgen wiederholt zu der Frage gesagt hat. Das werden wir behandeln. Dann werden wir ja sehen, wie wir herauskommen aus der Geschichte.

Barzel: Kann ich abstimmen lassen?

Dregger: Ich wollte nur deutlich machen, wenn ich von Sozialpartnern sprach, daß ich kein Modell vor Augen hatte. Ich habe noch keins, Herr Blüm. Ich wollte nur sagen, daß man bei der Regelung des Unternehmensrechts natürlich auch das Verhältnis der Sozialpartner zueinander sehen muß. Denn das kann man ja nicht isoliert sehen. Und indem man das Ganze sieht, bin ich sehr dafür, von Gleichgewicht zu reden.

Katzer: Das sind natürlich zwei Probleme. Man muß das erste nicht betriebsbezogen sehen. Und da bin ich für Gleichgewichtigkeit. Darüber hinaus stellt sich in der Tat auch noch das Problem der Sozialpartner, wie es vorhin von Schwarz-Schilling ange-

sprochen worden ist. Diese beiden Probleme muß man sehen. Ich verstehe darunter das eine und das andere.

Barzel: Meine Damen und Herren, damit ist die Diskussion beendet. Wer für diesen von mir formulierten Vorschlag zur Sache und zum Verfahren ist, bitte ich um ein Zeichen. – Ich bitte um die Gegenprobe. – Enthaltungen. – Ich stelle eine einstimmige Annahme fest.

Nächster Punkt, wie Herr Kohl möchte – ich wollte einen anderen Punkt aufrufen –, die berufliche Bildung. Dazu darf ich mich wie folgt kurz äußern, a) nehme ich Bezug auf das, was ich heute morgen gesagt habe, b) das Papier Gölter¹⁰⁵ habe ich gestern nachmittag, also nach Büroschluß – es konnte nicht mehr vervielfältigt werden – bekommen, c) dieses Papier, das ich insgesamt als gut qualifizieren möchte. Aber in der Sprache ist es noch ein bißchen von bildungspolitischen Experten gefaßt; selbst die des Latein und des Griechischen Kundigen und des Soziologismus nicht Unerfahrenen und auch der pädagogischen Diskussion nicht ganz Fernen bedürfen eines Wörterbuchs oder eines guten Gedächtnisses. Aber dies werden wir dann sicherlich überarbeiten. Zur Sache selbst, und das ist jetzt ebenso wichtig, auch für die CSU – nur darauf hebe ich jetzt immer ab, Herr Windelen – enthält der Gölter-Vorschlag (Kommission der Fraktion, also mit CSU) an einem Punkt drei Alternativen. Die freilich haben es in sich, weil bei ihnen der Rang von Schule und Betrieb, der Rang Kammern oder andere und der Rang der Staatsaufsicht – darf ich das so verkürzt formulieren – angesprochen sind. Das sind Fragen, wo ich nur jedem sagen kann, die werden sehr heiß und schwierig. Ich erinnere an das Vorgeplänkel von Düsseldorf zu diesem Punkte, einschließlich, wie ich glaube, des hervorragenden Beitrags des damaligen Fraktionsvorsitzenden zur Lösung dieses Programmpblems. Die Kommission Gölter empfiehlt, alle drei Alternativen über den Vorstand an die Parteien zu leiten. Ich würde von mir aus heute empfehlen – aber das ist eine Frage, die wir Ende Mai besprechen, das, was die CDU betrifft, falls wir mit der CSU eine andere Verständigung kriegen –, daß wir sagen sollten, der Vorschlag meint, man muß sich für eine der Alternativen entscheiden. Dann wollen wir die Mehrheit im Vorstand dazufügen und fair genug sein, die Minderheitenvoten, die das dann ja geworden wären, aus der Kommission auch mitzugeben. Wir haben eine Meinung, denke ich. Das ist jetzt ein Verfahrensvorschlag, der für die CSU zu hören wichtig ist. Nur erlaubt ein geschulter mittelfristiger Blick zu erkennen, daß gerade an dieser Stelle mit einer nicht unberechtigten Wahrscheinlichkeit der CDU-Parteitag leichter zu einer Mehrheit kommt, die anders ist in einer der Alternativen als der CSU-Parteitag. Deshalb wird das Verfahren hierzu wichtig sein. Ich würde empfehlen für das Gespräch am Montag, die Punkte a) im Verfahren wirklich zu klären, sonst kriegt der neue Fraktionsvorsitzende die Enden nicht zusammen, und b) in der Sache einmal festzustellen – und das ist ja bei uns noch lange nicht abgestimmt –, ob es da etwa für eine Partei „Dollpunkte“ gibt. Dann kann man gar nicht darüber reden. Soweit, glaube ich, kann man hier kommen. Wobei für den Fall, daß die Alternative – jetzt nehme ich Blüms Gedanken auf, wenn die CDU in der

105 Vgl. Anm. 58.

Kommission alleine gesessen hätte und eine Mehrheit gehabt hätte, von der CSU zum „Dollpunkt“ erklärt würde – eine schwierige Frage ist, die weiterer Verhandlungen bedarf. Ich glaube, jetzt haben wir den Punkt klar genug herausgeschält.

Blüm: Ich selbst weiß nicht, ob man die Klärung noch einen Schritt weiter treiben kann – zumindest in der Negation –, indem wir mal klarstellen, daß in diesen ganzen Diskussionen die Fragen nicht tabuisiert werden können. Ich will sogar die Lösung jenseits der Kammern sehen.

Barzel: Aber ich glaube, es ist deutlich genug, als ich sagte, daß, wenn die CDU allein gewesen wäre, ein Modell eine Mehrheit gefunden hätte. Es ist zu erwarten. Das Papier kennt eben keiner. Deshalb lege ich ja hier den Wert auf das Verfahren. *(Unruhe.)*

Blüm: Wir reden nicht um die Regelungen, sondern nur – und das versteht ja jeder – ob die Kammern weiterhin in der Kontrollfunktion bleiben oder nicht. Das ist die Entscheidungsfrage.

Kohl: In der Sache, damit das hier klar ist, ist das für mich gar kein „Dollpunkt“. Ich bin ganz entschieden der Meinung, daß das der eigentliche Punkt der Reform der Berufsausbildung wird und der andere Punkt in dem Ausräumen des Vorwurfs liegt, das duale System zu retten, in der Ausräumung des Vorwurfs, daß die Kontrolleure sich selbst kontrollieren. Und da ist die CDU weiter, wie wir hier unterstellen.

Barzel: Was wir für möglich halten.

Katzer: Ich würde vorschlagen, daß Herr Kollege Stingl zuerst spricht, weil er in der Kommission mit war und von der Sachverständigenseite noch sachverständiger etwas zum Thema sagen kann.

Kraske: Darf ich nur eine Bemerkung zum Verfahren machen? Ich halte es nicht für richtig, an der Frage, ob bei einer Kommissionsentscheidung mit CSU das Ergebnis 16:15 oder ohne CSU 15:16 wäre, etwas Entscheidendes aufzuhängen, denn die Zusammenstellung dieser Kommissionen, an der ich ein bißchen beteiligt war, war nicht so, daß man etwa sagen könnte, diese Kommissionen sind ein komplettes Spiegelbild der Kräfte. Wenn also hier 16:15 oder 15:16 vorliegt, ergibt sich klar, daß hier zwei wichtige Linien nebeneinanderstehen, die nachher abgestimmt werden müssen. Aber was da eine halbe Nase vor und zurück ist, das ist in der Kommission sicher nicht maßgeblich.

Stingl: Ich wollte eigentlich nur zum Verfahren etwas sagen, Herr Vorsitzender. Sie haben vorhin gesagt, wir müssen dann über das Verfahren einig werden. Da habe ich keine so rechte Vorstellung, was darunter gemeint ist. Soll dann noch eine Zwischenkommission hinterher eingesetzt werden, wenn man sich also da nicht einig ist vor dem Parteitag oder sollen dann zwei Vorstandsbeschlüsse nebeneinanderstehen? In der Sache geht es ja um mehrere Probleme. Es geht nicht nur um die Frage duales System oder nicht. Ich glaube durch den Zwischenbericht von Edding¹⁰⁶ ist das ausgeräumt.

106 Dr. Friedrich Edding (1909–2002), Erziehungswissenschaftler; 1936–1943 Mitarbeiter im Statistischen Reichsamt, 1943–1948 Militärdienst und Kriegsgefangenschaft, 1948–1959 Tätigkeit im Institut für Weltwirtschaft der Universität Kiel, 1959–1963 Professor für Bil-

Dohnanyi hat sich selber zum dualen System bekannt.¹⁰⁷ Es geht im Grunde genommen um die Frage, wie verteilt man die Lasten gerecht und wer verteilt dann das Geld. Ich sage ganz offen, wenn, dann muß man etwas nehmen, was darin schon Erfahrung hat, und das scheint am besten meine Verwaltung zu sein.

Wex: Darf ich jetzt zum Gang der Verhandlung noch folgendes sagen. Es ist doch sicher nicht beabsichtigt, eventuelle Punkte hier ganz eindeutig festzulegen. Da komme ich auf das, was Herr Windelen sagte, Dinge, die wir jetzt hier besprechen, können ja nicht gegen die Vernunft sein. Aber bei der beruflichen Bildung, Herr Barzel – was Sie beschrieben haben, was wir überhaupt in der Verhandlung mit der CSU, auch in anderen Themen, herauskriegen wollen –, sind doch die Schwierigkeiten und die Möglichkeiten der Abstimmung. Habe ich das falsch verstanden? Das wäre doch genau das Verfahren, was wir jetzt anwenden wollen. Gerade in diesem Fall wollte ich nur sagen, daß natürlich bei diesem ganzen Verfahren auch notwendig ist zu klären, ob wir zu einem regelmäßigen Rhythmus der Beratungen kommen können mit dem CSU-Präsidium. Denn dieses wird ja Folgen haben, auch in anderen Zusammenhängen. Das möchte ich hier nur schon anmerken.

Barzel: Dazu bedarf es einen neuen Beschlusses nicht, weil unser Partei-Statut die Bildung einer Arbeitsgemeinschaft vorsieht. Ich habe vorher vorgetragen, daß wir uns erneut darum bemühen wollen, das zustandezubringen. Ich glaube, das ist so selbstverständlich, daß das unser aller Meinung ist.

Köppler: Ich habe den Eindruck, wir könnten diesen Punkt abhaken, indem wir dem zustimmen, was der Vorsitzende dazu von sich aus vorgeschlagen hat. Ich würde an den Kollegen Blüm die Bitte richten, seinen zusätzlichen Vorschlag für den Beschluß hier zurückzuziehen. Ich gehe davon aus, daß unsere Präsidiumsmitglieder diese wichtige Frage auch in diesem Gespräch stellen. Aber ich würde es nicht als eine Beschlußbefragung für richtig halten, wenn wir hier einstimmig oder mit Mehrheit beschließen. In dieser – und es gibt ja auch noch andere Fragen, die wichtig sind – speziellen Frage muß das Präsidium mit einem Beschluß in dieses Gespräch hineingehen. Ich würde also vorschlagen, stimmen wir dem zu, was Herr Barzel vorgeschlagen hat.

Barzel: Das Wort wird nicht gewünscht. Es ist so beschlossen.

Nächster Punkt Bodenrecht. Ich habe vorher Bezug genommen auf das, was ich vor dem Bundesparteiausschuß gesagt habe. Ich will das nicht wiederholen. Die Kommission „Bodenrecht“ ist noch nicht fertig, wird aber nach menschlichem Ermessen in diesem Monat fertig werden. Die Richtung ist unzweifelhaft erkennbar aus dem Vor-

dungsökonomie an der Hochschule für Internationale Pädagogische Forschung Frankfurt/Main, 1964–1977 Direktor an Max-Planck-Institut für Bildungsforschung, 1966–1972 Mitglied der Bildungskommission des Deutschen Bildungsrates. – Zum Bericht, der am 2. Februar 1972 vorgelegt wurde, vgl. „Süddeutsche Zeitung“ vom 5. Februar 1973 „Unternehmer sollen Berufsausbildung finanzieren“; „Frankfurter Rundschau“ vom 9. Februar 1973 „CDU begrüßt Edding-Bericht“.

107 Vgl. „Süddeutsche Zeitung“ vom 9. Mai 1973 „Dohnanyi fordert neues Konzept für die berufliche Ausbildung“.

trag, den Herr Göb anlässlich der Sitzung des Bundesparteiausschusses abgegeben hat.¹⁰⁸ Das heißt, es ist kein Zweifel, daß wir am sozialverpflichteten, breiter gestreuten privaten Eigentum auch des Grund und Bodens festhalten, daß wir Spekulationsgewinne erheblich besteuern, daß wir also hier die planerischen und städtebaulichen und sonstigen Dinge fördern wollen. Es gibt hierzu eine Erklärung des Kollegen Schneider¹⁰⁹, Nürnberg, von der gesagt worden ist, ohne daß ich sachkundig genug bin, daß diese Erklärung, falls das die Meinung der CSU wäre, nicht ausreichend wäre, und dies sei eine wichtige Frage dann für die CDU. Das heißt, hier wäre, wenn ich es richtig sehe, am Montag, wenn wir den Beschluß der Kommission noch nicht haben, die CSU zu fragen, ob etwa das, was Herr Schneider da geschrieben hat, die verbindliche Meinung der CSU sei, weil wir in einigen Fragen etwas weiter zu gehen die Absicht hätten. Kurzfassung: Was die beiden Kirchen sagen, ist grundsätzlich unsere Richtung, aber es besteht die Befürchtung, daß hier in dem CSU-Teil man dahinter zurückbleiben wollte. Mein Eindruck: Für den, der an einer gemeinsamen Politik hier interessiert ist, ist dies eine Frage, in der wir einigen bei der CSU, die sich entwickeln wollen, einen Gefallen tun, wenn wir einen sehr strengen CDU-Standpunkt hier einnehmen. Weil es eine Minderheit ist, die dort überstimmt werden soll, auch wohl von der Führung, um hier zu der gemeinsamen Auffassung zu kommen.

Kohl: Ich muß sagen, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bin in der Frage nicht pessimistisch. Was wir tun müssen, ist natürlich auch bei unserem Gespräch das Potential der Kommunalpolitiker in der CSU nutzen. Und die sind überhaupt nicht von uns in dem Punkt entfernt, wenn Sie einmal mit den Leuten in der CSU-Stadtatsfraktion in München reden. Da werden Sie eine Reihe von Perspektiven sehen, die unterscheiden sich von denen in Frankfurt überhaupt nicht. Die wollen sowieso zur CDU. Es ist doch gar kein Unterschied. Ich schlage also vor, daß wir das so beschließen, wie Sie es vorgeschlagen haben. (*Unruhe.*)

Dregger: Ich meine, es ist schwer für uns zu beschließen. Herr Vorsitzender, Sie haben ausgeführt, es gibt da Gegensätze. Welche Gegensätze es gibt, ist nicht klar. Und da sollen die nicht weit genug gehen und sollen das machen. Ich bin für eine sehr gute Bodenrechtslösung, das ist entscheidend für die Stadt. Aber ich weiß jetzt gar nicht, was ich beschließen soll.

Kohl: Also, ich bin ganz sicher, daß das, was hier drin ist, so ist, daß Sie es nach dem, was Sie früher im Städtetag sagten, nach meiner Information voll abdecken können.

Dregger: Das sage ich doch.

Kohl: Das weiß ich doch, Herr Dregger. Deswegen ist ja hier eines der schönen Beispiele, wo Sie nach links gehen, und andere ganz rechts bleiben. Das finde ich doch prima.

Dregger: Das ist ein ganz neues Gefühl.

108 Vgl. Protokoll der Bundesausschußsitzung vom 2. April 1973 (ACDP 07-001-612).

109 Dr. Oscar Schneider (geb. 1927), Jurist; 1953 CSU, 1969-1994 MdB (1972-1982 Vorsitzender des Ausschusses für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau), 1982-1989 Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau. Vgl. KEMPF/MERZ S. 619-621. - Vgl. FAZ vom 26. April 1973 „Union: Eigentumsordnung gefährdet“.

Katzer: Wenn ich richtig informiert bin, war es so, daß der Kollege Schneider unserem Papier zugestimmt hat. Damit wäre ja unser Problem an sich erledigt. Dann ist er nach München gefahren zu der Pressekonferenz¹¹⁰ mit Strauß und hat da eine andere Aussage gemacht als die, der er hier zugestimmt hat. Es käme für uns also jetzt darauf an, am Montag um 14.00 Uhr zu erfahren, welche Version gilt. Und dann ist es für uns relativ einfach. Wir bleiben bei der Version, der Herr Schneider ursprünglich zugestimmt hat und müssen dann nur über die Differenz mit der CSU uns unterhalten. Ich glaube, das ist eine ganz einfache und klare Position.

Barzel: Meine Damen und Herren, nachdem hier Übereinstimmung zwischen Herrn Dregger, Herrn Katzer, Herrn Kohl und mir besteht, und der sachkundige Herr Bilke das nicht also in Grund und Boden verdammt hat, was der Vorsitzende hierzu vorgetragen hat, würde ich empfehlen, dieser Linie zuzustimmen. Es ist so beschlossen.

Nächster Punkt: Medien. Es liegt ein gemeinsames Papier vor, das ist noch vertraulich gewesen, aber Herr Zimmermann hat dies heute veröffentlicht.¹¹¹ (*Zwischenruf:* Was war los?) Ich will das nicht rügen, um Gottes Willen, ich weiß nicht, wie das Verfahren beschlossen ist. (*Zwischenruf:* Was war das? –*Unruhe.* – *Zwischenruf:* Herr Vorsitzender, welches Thema?) Zu Medien, es gibt eine Kommission unter Vorsitz von Herrn Zimmermann. Die Kommission ist fertig. Das Papier habe ich am Donnerstagabend oder Freitagfrüh bekommen amtlich, vorher hatte ich natürlich Vorexemplare, aber es war kleiner Dienstweg. Heute hat Herr Zimmermann das Papier veröffentlicht. Ich weiß nicht, ob das verabredet ist oder nicht. Ich bin im Augenblick überfragt. Hier stellt sich zunächst im Verfahren eine Frage, nämlich die, wer kann für den Fall der Übereinstimmung – die ja noch nicht hergestellt ist, weil erst dieser Vorstand Ende Mai wird tagen müssen – dem dann Geltung verschaffen. Wir hatten einmal in Aussicht genommen, wenn ich die Arbeitsplanung von Herrn Kraske richtig im Kopf habe, das Medienpapier auf unserer Seite durch den Bundesparteiausschuß beschließen zu lassen, (*Zustimmung.*) weil das zu viel wird für den Bundesparteitag. Hier wäre also zu sprechen a) ob das auf beiden Seiten genügt mit Ausschüssen, oder ob die Parteitage daran müssen und b) ob es noch notwendig ist, wegen eventueller Streitpunkte später miteinander zu sprechen. Die Frage a) scheint mir im Augenblick die wichtigere zu sein. Ich weiß, wie schwierig das ist, jetzt darüber zu reden, wo keiner das Papier kennt. Ich verlange auch von niemandem hier etwa eine Zustimmung zur Sache, sondern hier rede ich ja ausschließlich vom Verfahren.

Echternach: Herr Dr. Barzel, ich meine, daß dieses Thema so gewichtig ist, auch angesichts der kontroversen Sache zur anderen Seite, daß ich meine, daß es vielleicht

110 Vgl. „Die Welt“ vom 8. Mai 1973 „CSU gegen das von der SPD angestrebte ‚Nutzungseigentum‘“.

111 Zimmermann legte das „Medienpapier der CDU/CSU 1973“ (ACDP 07–001–934) auf der Arbeitstagung des Arbeitskreises „Juristen der CSU“ in München vor. Vgl. „Welt am Sonntag“ vom 13. Mai 1973 „CDU/CSU gegen jede Art von Pressezensur“; „Münchener Merkur“ vom 14. Mai 1973 „Union lehnt Nachzensur-Presseausschüsse ab“; „Süddeutsche Zeitung“ vom 14. Mai 1973 „Ein ‚Medienpapier‘ von CDU und CSU“.

etwas zu wenig wäre, wenn wir das nur im Bundesausschuß beschließen. Die Idee, die schon einmal hier und dort in der Öffentlichkeit diskutiert worden ist, das Ganze über einen medienpolitischen Kongreß zu verkaufen, wäre eine viel wirkungsvollere Art als eben nur über eine schlichte Pressemitteilung zum Anschluß an eine Bundesausschußsitzung.

Barzel: Es spricht manches dafür.

Kraske: Das Problem war bisher folgendes. Wir waren überzeugt, daß der Parteitag im Oktober überfrachtet wäre von der Sache her. Auf der anderen Seite brennt dieses Problem auf den Nägeln. Wir können nicht uferlos sagen, wir sind an der Arbeit. Deswegen dachten wir an den Bundesausschuß im Juni in Berlin, der aber nunmehr ausfallen muß. Denn man kann nicht zehn Tage vor dem Parteitag eine Bundesausschußsitzung am anderen Ort machen. Im übrigen bin ich in einem Vorgespräch mit Herrn Kohl nach dem Ende der Kommission – Sie wissen, daß Herr Kohl im Präsidium diesen Sachbereich vertritt – zu der Überlegung gekommen, ob man nicht den Bundesausschuß in irgendeiner prinzipiellen Form dazu ja sagen lassen kann, um es dann veröffentlichen zu können, aber unabhängig davon danach einen Medienkongreß mit Journalisten, mit Verlegern, mit Leuten der Öffentlichkeit zu machen, um das ganze Thema auf der Basis dieses Papiers noch einmal zu diskutieren. Diese Planung ist im Augenblick überholt wegen des Ausfalls der Bundesausschußsitzung. Im Oktober-Parteitag haben wir mittlerweile einen vollen Tag gewonnen, den ich vorgesehen hatte für Wahlen, Regularien usw., so daß nun auch für die Kapazität dieses Oktober-Parteitages in der Sache neue Überlegungen erforderlich sind. Deswegen würde ich hier offen sein. Und das sollte man erörtern.

Echternach: Ich würde das also gerne unterstützen, weil ich meine, daß gerade in Hamburg, der Pressestadt, sich das sehr gut machen würde, wenn wir dort auch das Medienpapier beschließen und verkaufen.

Barzel: Außerdem ist das auch ein hervorragender Punkt für Diskussionen der Basis und der Partei. Das können wir nicht anders machen, bei dieser Entwicklung ganz sicher nicht. Wir sollten im Grunde der CSU gleich sagen, wir brauchen einen Parteitag dazu. Das ist, glaube ich, die Intention hier.

Wex: Darf ich Herrn Kraske einmal fragen nach der leidvollen Vorarbeit oder Vorgeschichte dieses Medienpapiers. Ich weiß nur, daß wir beim Besprechen dieser Frage Medien – auch in Verfolgung des Saarbrücker Beschlusses¹¹² – gesagt hatten, das wird wichtig werden. Wir wollten es auf jeden Fall im Bundesvorstand, wenn die Kommissionsarbeit abgeschlossen ist, vor der Veröffentlichung sehen. Ist das durch die Absprache mit Herrn Kohl, der dafür zuständig ist, irrelevant, oder bekommen wir es noch? Denn wenn es jetzt veröffentlicht ist, müssen wir ja selber irgendeine Einstellung dazu haben.

Kraske: Frau Wex, ich zwingen mich nun, freundlicher, als der Vorsitzende das getan

112 Auf dem Saarbrücker Bundesparteitag (4./5. Oktober 1971) wurde beschlossen, eine „Kommission Massenmedien“ beim Bundesvorstand zu bilden (CDU, 19. BUNDESPARTEITAG S. 235).

hat, zu sagen, daß das, was Herr Fritz Zimmermann gemacht hat, nicht mit den Verabredungen übereinstimmt. Denn der CDU-Teil hat sich daran gehalten und von diesem Papier bisher nur Kenntnis gegeben dem Parteivorsitzenden, dem zuständigen Präsidiumsmitglied und dem Generalsekretär, um es in der nächsten anstehenden Präsidiumssitzung zu behandeln zur Vorbereitung für den Bundesvorstand am 24. Mai. Nach meinen Plänen sollte es frühestens nach diesem 24. Mai veröffentlicht werden. Wenn die CSU sich an diese Verabredung nicht hält, bitte ich Klagen an die richtige Adresse zu richten. Das war nicht so vorgesehen.

Barzel: Meine Damen und Herren, dazu keine Wortmeldungen? Wir können so verfahren. Aus meiner Sicht der nächste – und glaube ich auch letzte – innenpolitische Punkt. Die Frage der Vermögensbildung. Hier geht es um zwei Punkte. Der eine ist konkret und der andere ist ein Grundsatz. Der konkrete Punkt heißt, wir halten als Ausgangspunkt fest an dem, was man „Burgbacher-Plan“¹¹³ nennt. Daran sollte kein Streit sein, denn es gibt ja inzwischen nichts Besseres. Zum anderen habe ich heute ein paar weiterführende Sätze über die Notwendigkeit von Gewinn und der Ausdehnung der Programmdiskussion unter uns in dieser Frage gesagt. Ich will mich nicht wiederholen, das liegt ja vor. Ich glaube, daß es sehr wichtig ist – und ich hätte hier beinahe gesagt, fundamental, denn ich sehe uns in den gesellschaftspolitischen Auseinandersetzungen hier wirklich einen Kontrapunkt setzen zu dem linken Lager –, daß Sie dieser Erweiterung des Gesichtskreises an dieser Stelle Ihre prinzipielle Zustimmung geben sollten, auch für das Gespräch am Montag. Da hat ja noch keiner ein Modell etwa in der Hand. Aber wir können nicht ohne die Ausweitung auf diesen Punkt am Schluß bestehen und sollten eigentlich, weil das bei uns eine Rolle spielt – wir bemühen uns, fair und sachlich mit der CSU umzugehen –, ihr das am kommenden Montag sagen. Weil es keinen Zweck hat, daß sich hier unsere Partei oder die Fraktion an die Arbeit gibt und wir nachher in eine Kontroverse kommen und sagen: Um Gottes willen, „Burgbacher“ haben wir eigentlich schon nicht gewollt, und jetzt kommt ihr noch mit etwas anderem? Wir müssen davon sprechen. Ich will das, was ich heute morgen ausgeführt habe, nicht wiederholen. Ich glaube, dies war klar genug. Ich spreche überhaupt nur so lange dazu, weil ich glaube, daß in dieser Frage wir mit dem Blick auf 1975/76 und den Landtagswahlen zu einem fundamentalen Kontrapunkt zur Regierung kommen.

Katzer: Ich bin in der Sache absolut einig mit dem, was der Vorsitzende hier vorgetragen hat. Ich würde nur eine andere Betrachtung noch hinzufügen dürfen. Wenn es mit der CSU darüber eine Einigung gäbe, wäre das natürlich glorreich. Denn das würde für 1976, wie ich glaube, die wirklich entscheidende Stoßrichtung sein. Wenn es mit der CSU da keine Übereinstimmung gibt, dann würde ich allerdings sagen, müßten wir auf dem Parteitag diesen Punkt mit in unsere Überlegungen einbeziehen, ohne daß wir gesetzgeberische Maßnahmen natürlich für diese Legislaturperiode ankündigen

113 Vgl. Nr. 4 Anm. 27. – Entwurf des „Vermögenspolitischen Grundsatzprogramms“ der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und der CDU-Bundespartei in UiD Nr. 23 vom 5. Juni 1973 S. 5–8 und 25–28.

können, sondern dann muß das eben in die nächste genommen werden. Aber ich würde diesen Punkt unter gar keinen Umständen aufgeben. Ich halte das, wenn wir die Soziale Marktwirtschaft wirklich nicht nur hinhaltend verteidigen, sondern ins Bewußtsein der Leute bringen wollen, für den entscheidenden, zentralen Punkt der Auseinandersetzung der Zukunft, zumal wenn wir ihn mit der Mitbestimmungsfrage koppeln können.

Dregger: Wir sind alle in einer guten Stimmung. Ich glaube, wir sind alle der Auffassung, daß die Vermögensbildung entscheidend ist für die Stabilisierung der Sozialen Marktwirtschaft. Aber was wir hier dazu hören, das sind ja immer nur ganz allgemeine Thesen. Mir ist nicht klar, was mit dem Gewinn geschieht. Sollen daraus Anteilsrechte entstehen am Unternehmen oder was denn geschehen? Da gibt es Unterschiede beim Investivlohn, das sind Kosten, die sind steuerlich wirksam, die sind abzugsfähig. Beim Gewinn ist es anders, und das Modell der SPD ist ja im Grunde ein Gewinnsystem, also hier ist kein Kontrapunkt. Die Gewinne sollen zu Kapitalerhöhungen benutzt werden, und diese Kapitalerhöhungen sollen dann in einen zentralen Fonds gehen. Das geht vom Gewinn aus, das ist der fundamentale Unterschied zum Burgbacher-Plan, der nicht vom Gewinn ausgeht, sondern einen Investivlohn zahlt, der Kostenbestandteil ist. Ich kann mich jetzt nur mal mit dem Gedanken befreunden, aber ich kann mir das noch nicht vorstellen im einzelnen.

Barzel: Herr Kollege Dregger, ich will noch einmal verdeutlichen, was ich hier meine. Die Meinung ist zunächst geboren aus einer ganz primitiven publizistischen und demoskopischen Erfahrung. Wir haben wieder einmal, auch für Herrn Burgbacher, die falsche Bezeichnung gefunden, nämlich Beteiligungslohn. Darunter verstehen die Mitbürger, weil sie uns nicht trauen, jetzt wollen die die auch noch beteiligen an unserem Lohn. In Wirklichkeit wollen wir die Arbeitnehmer beteiligen am Ertrag. Wenn ich jetzt von Gewinn in dieser Weise spreche, nach dem letzten Sachverständigengutachten, von dem ich oft genug hier geredet habe, ist dies nicht mehr und nicht weniger als der Gedanke, den wir eines Tages hatten, wir müssen breitere Eigentumsstreueung machen. Keiner wußte, was das ist. Ich erinnere mich genau, da kriegten Herr Arnold¹¹⁴ und Herr Erhard Aufträge, die nahmen die an und wußten auch nicht, was das ist. Dann hatte ich das Vergnügen, mit Herrn Schiettinger¹¹⁵ das zu definieren. Heute

114 Karl Arnold (1901–1958), Schuhmachermeister; 1947–1956 Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen (CDU). Vgl. PROTOKOLLE 5 S. 86 Anm. 30. – Zur Einsetzung eines Bundesausschusses der CDU für Eigentum auf dem Berliner CDU-Parteitag 1952 (Protokoll S. 90) vgl. PROTOKOLLE 2 S. 462f.

115 Dr. Fritz Schiettinger (1909–1984), Volkswirt; 1942–1945 Hauptgeschäftsführer der IHK Metz, 1952–1955 Bundesgeschäftsstelle der CDU, 1955–1957 Geschäftsführer der IHK Düsseldorf, 1958–1963 Bundesministerium der Finanzen (1958–1961 in der Finanzpolitischen und Volkswirtschaftlichen Gruppe Leiter des Referates I/Finanz- und wirtschaftspolitische Grundsatzfragen in der Bundesrepublik, 1960–1963 Leiter der Finanzpolitischen und Volkswirtschaftlichen Gruppe), 1964–1970 Bundesministerium für Wirtschaft (1964–1966 Leiter der Abteilung II/Gewerblicher Mittelstand, Absatzwirtschaft, Leistungssteigerung, 1966/67 Leiter der Abteilung VI/Geld und Kredit, 1968–1970 Leiter der Abteilung V/Außenwirtschaft und Entwicklungshilfe), 1970–1972 Vorsitzender des Tür-

weiß keiner, was eine Methode sein kann, um diesen Gewinnpunkt so zu erreichen, wie ich ihn hier formuliert habe. Aber daß dies geschehen muß und ein Auftrag an beide Parteien ist, das ist das, was mir heute notwendig war zu sagen, und dem sollten eigentlich alle versuchen können zuzustimmen.

Katzer: Herr Kollege Dregger, ich kann Sie verstehen, daß Sie sagen, ich habe an sich ein Faible dafür, aber man müßte ein bißchen mehr wissen. Für dieses Mehr-Wissen möchte ich drei oder vier Sätze Ihnen sagen, zumal der Satz kam, das ist doch so ähnlich wie bei der SPD. Genau das Gegenteil ist der Fall. Bei der SPD bedeutet die Abgabe, die Zwangsabgabe in einen Fonds, der auch nicht ausgezahlt werden kann, sondern in Papieren gewährt werden muß, in Anteilsscheinen, auf Sicht das Ende dieser Eigentumpolitik überhaupt. Dagegen muß ein Kontrapunkt gesetzt werden. Dazu reicht Burgbacher nicht mehr aus. Weder in der Höhe noch der Konstruktion in dem Punkte, weil wir ja den stärksten Widerstand leider haben bei unseren Mittelstandsfreunden, die natürlich jetzt sagen, das ist Lohnbestandteil. Die wehren sich ja immer bei uns, das war der Streit der Sozialpolitik über zehn Jahre, daß der Lohnbestandteilpunkt zu groß würde, weil lohnintensiv. Und hier sagen wir – und hier gibt es bei den Sachverständigengutachten, der Vorsitzenden hat es vorhin gesagt, eine Reihe von Denkansätzen, denen sind wir nachgegangen, weil die Sachverständigen darauf gestoßen sind –, wie ist das eigentlich, derjenige der Kapital hat und dieses Kapital in ein Unternehmen gibt, der muß für dieses Kapital eine Verzinsung bekommen, und er muß eine Risikoprämie bekommen, wenn er es statt sicher woanders unsicher anlegt. Das ist klar. Das jetzt abgezogen, verbleibt ein Rest, der wird normalerweise investiert und der soll auch weiter investiert werden. Nur ist die Frage, wem gehört der Rest, neu zu überdenken. Und hier kann man sich eben vorstellen, daß dieser Rest verteilt wird auf beide Teile partnerschaftlich. Er bleibt im Unternehmen, wird dann auf sieben Jahre festgelegt für die Arbeitnehmer und das plausibel gemacht. Das ist der zentrale, entscheidende Unterschiedspunkt. Und ich sage ehrlich, lassen Sie uns das jetzt draußen nicht furchtbar zerreden, lassen Sie uns nur diese Idee einmal hereinbringen, das finde ich wirklich so gut, daß wir das mit der CSU besprechen. Ich habe das mit vielen Leuten besprochen, auch mit Müller-Armack¹¹⁶ und den Herren, die sagten, das ist wirklich eine Geschichte, die man angehen kann, wenn die CSU es mitmacht. Es ist gerade für den kleinen Unternehmer, der keine Gewinne hat, besser als der Burgbacher-Plan, so sagen mir diese Leute, mit denen ich gesprochen habe. Aber das ist die Grundidee. Nicht mehr und nicht weniger können wir heute hier sagen. Denn das andere Detail habe ich auch nicht. Nur müssen wir an die Arbeit gehen. Und deshalb wäre es gut zu wissen, ob der Vorstand mit so einer Linie einverstanden ist, daß wir sie verfolgen. Wenn es die CSU überhaupt mitmacht, ist es großartig. Wenn sie es nicht

kei-Konsortiums der OECD, Paris, 1972–1976 Präsident der Landeszentralbank Baden-Württemberg.

116 Dr. Alfred Müller-Armack (1901–1978), Hochschullehrer; 1952–1958 Leiter der Abteilung Wirtschaftspolitik sowie der Grundsatzabteilung im Bundesministerium für Wirtschaft. Vgl. PROTOKOLLE 5 S. 621 Anm. 40.

mitmacht, würde ich der CDU dringend empfehlen, das für ihre Politik mit nach vorne zu schieben. Das ist also in ganz kurzen Sätzen der Hintergrund.

Barzel: Ich darf dazu noch aus meiner Kenntnis als früherer Fraktionsvorsitzender mitteilen, daß in der Fraktionskommission „Eigentum“ man bei einer Grundsatzdiskussion dieses Problems auf die Notwendigkeit gestoßen ist, diese Grenze zu überschreiten, die ich hier genannt habe, und das ist, glaube ich, auch ohne Widerspruch bisher.

Köppler: Also, ich teile die Auffassung, daß das angesprochen werden muß im Sinne der Überschreitung der bisherigen Festlegungen in dieser Richtung. Ich würde nur bitten sicherzustellen, daß auch die übrigen mit der CSU gemeinsam – neben dem Burgbacher-Plan – in Wiesbaden festgelegten eigentumpolitischen Dinge nach wie vor Bestandteil sind.

Barzel: Kolleginnen und Kollegen, können wir in diesem Punkt in der skizzierten, heute morgen vorgetragenen Richtung, verfahren? Danke schön. Damit sind wir fertig außer dem Punkt „Wettbewerbsrecht“, zu dem wir nichts Neues zu sagen brauchen, weil wir da die Düsseldorfer Leitsätze¹¹⁷ haben. Da wird nur die Fraktion sich überlegen müssen, daß in dieser Programmklarheit auch bleibt an der Schwelle zu den außenpolitischen Punkten.

Hier darf ich mit dem verfahrensmäßig einfachsten, in der Sache nachher am schwersten Punkt beginnen. Das ist die Frage des Sperrvertrages. Hierzu hatten wir uns in der Vergangenheit überwiegend mit Bedenken geäußert, also mit eher negativer Tendenz. Inzwischen gibt es, was wir nicht erwartet haben, was einige von uns nicht erwartet haben, das Verifikationsabkommen¹¹⁸ zwischen Brüssel und Wien, so daß sich auf dem Hintergrund dieses Abkommens die Frage stellt, ob der eine Einwand, den wir hatten, nämlich der Diskriminierung der deutschen zivilen atomaren Entwicklung, vielleicht überholt ist. Dazu hat der Kollege Schröder heute morgen etwas gesagt. Das war ein Vorschlag zur Sache und zum Verfahren, dem ich mich nur anschließen kann. Es bleiben dann, wenn ich es richtig in Erinnerung habe, zwei weitere Einwände, die wir früher formuliert haben. Der eine betraf den Zusammenhang mit Ostpolitik, Aufwertung DDR usw.; das wird genau zu prüfen sein. Der dritte Einwand, es waren vier, betrifft das europäische Problem. Das ist der härteste. Der vierte Einwand betrifft die künftige verteidigungspolitische Entwicklung in Europa und der fünfte die Brennstoffversorgung.

Wir haben im Präsidium uns darüber unterhalten, nachdem ich mit dem Kollegen Schröder, der im Präsidium zuständig ist, das erörtert hatte. Er hat den Auftrag gerne

117 Vgl. „Düsseldorfer Leitsätze über Wirtschaftspolitik, Landwirtschaftspolitik, Sozialpolitik, Wohnungsbau vom 15. Juli 1949“ (Text im Internet: http://www.kas.de/upload/themen/programmatik_der_cdu/programme/1949_Duesseldorfer-Leitsaetze.pdf).

118 Übereinkommen vom 5. April 1973 zwischen Belgien, Dänemark, der Bundesrepublik Deutschland, Irland, Italien, Luxemburg, den Niederlanden, der Europäischen Atomgemeinschaft und der Internationalen Atomenergie-Organisation in Ausführung von Art. III Abs. 1 und 4 des Vertrages vom 1. Juli 1968 über die Nichtverbreitung von Kernwaffen (BGBl. 1974 II S. 794). Vgl. AAPD 1973 S. 415 Anm. 12.

übernommen, in dieser Sache die besondere Federführung zu haben. Der Fraktionsvorstand hat bereits mit Zustimmung der CSU beschlossen, hier eine Kommission einzusetzen unter Beteiligung der Parteien, weil auch hier Bundesratsprobleme und Landesprobleme sich stellen. Ich kann uns nur raten, diese Linie am Montag zur Sprache zu bringen, weil das ganze Verfahren, das sich hier andeutet, und die sachliche Prüfung der fünf Punkte, die ich nannte, natürlich abhängig sind davon, ob hier nicht jemand aus allgemeinen, eher philosophisch-politischen Gründen sagt, das ist sowieso eine Kröte, die man nicht fressen darf. Das sollte besprochen werden mit dem Ziel, eine solche Position nicht zu haben, sondern in den Einzelheiten das zu prüfen unter dem Vorsitz des Kollegen Schröder. Ich glaube, daß das nur bedeutet, daß wir hier unsere bisherigen Einlassungen überprüfen aufgrund der bisher nun eingetretenen Wirklichkeiten. Und ich würde auch an dieser Stelle, wenn wir klug beraten sind, tentative line noch nicht sagen. Wir prüfen das mit einer Hoffnung auf positive und negative Entscheidung. Ich weiß zwar, daß die Auswärtige Kommission der Partei uns empfehlen würde, wenn sie jetzt – sie ist anwesend durch ihren Vorsitzenden¹¹⁹ – mit einer positiven Tendenz an die schlußendliche Prüfung nach dem Wiener Abkommen nun heranzugehen. Wir sollten das zur Vermeidung von überflüssigem Streit offenlassen, aber hierbei, und deshalb rede ich so lange, natürlich die allgemeinen Punkte zur Außenpolitik, die ich versuchte zu sagen, nicht übersehen und nicht vergessen. Wenn wir das also mit der CSU erreichen – unter Vorsitz von Schröder prüft diese Kommission anhand der bisherigen Einlassungen von uns und von den Beteiligten Wissenschaft und Wirtschaft die Lage –, wäre dies gut. Ich würde nicht für Montag – ich weiß sehr gut, wovon ich rede – empfehlen, die Tendenz der schlußendlichen Abstimmung vorher deutlich zu machen. Und jeder von uns wird sagen, nun lassen wir das doch positiv jetzt auch entscheiden. Das wollen wir uns genau ansehen. Aber ebensowenig, dann höre ich auch auf, können wir die gegenteilige Tendenz a limine von der kleineren Partei entgegennehmen.

Kiep: Wir sind offen in dieser Frage.

Barzel: Aber beide Seiten offen. Es kann nicht sein, daß es in dem Gespräch heißt, ja gut, aber wir wollen das sowieso ablehnen oder sowieso zustimmen. Das wäre die verkürzte Darstellung.

Kiep: Ich weiß nicht, Herr Vorsitzender, ob wir vorhaben, etwas in die Details einzusteigen. Wahrscheinlich wäre es dazu zu spät. Ich möchte nur einen Gedanken noch hier anmelden, der in der Prüfung des Atomsperrvertrags natürlich eine besondere Rolle spielt. Das ist die Frage, inwieweit in Zukunft das Geschäft unserer englischen und unserer französischen Freunde – für die weitere Zukunft der englischen und französischen atomaren Kapazität – und im Hinblick auf mögliche Ergebnisse der zweiten oder dritten SALT-Runde¹²⁰ denkbare Entwicklungen die weitere finanzielle Betei-

119 Walther Leisler Kiep.

120 Die zweite Runde der zweiten SALT II-Gesprächsreihe zwischen den USA und der UdSSR fand vom 12. März bis 17. April 1973 in Genf statt. Die dritte Runde der zweiten Gesprächsphase begann am 4. Mai 1973 ebenfalls in Genf (vgl. AAPD 1973 S. 648 Anm. 3). Die vierte Runde der zweiten Gesprächsphase fand vom 18. bis 25. Juni 1973 in

ligung der Bundesrepublik Deutschland in diesem Zusammenhang mitüberlegt werden müssen. Das wollte ich nur einmal sagen. Im übrigen glaube ich, daß wir in den Gesprächen vielleicht auch zu allen außenpolitischen Fragen – und das war an sich auch die Meinung der Außenpolitischen Kommission – einen Punkt erreichen wollten oder erreicht haben, wie ich meine, wo wir weder unter einem Zwang zum Ja noch einer Verpflichtung zum Nein stehen, sondern wo wir eigentlich die kommenden außenpolitischen Fragen mit großer Offenheit prüfen sollten und wo wir nicht in irgendeiner Weise uns von vornherein in die eine oder andere Richtung festlegen sollten. Das scheint mir deshalb wichtig, damit wir Wiederholungen all der Dinge, die wir erlebt haben, und über die wir heute gesprochen haben, nicht erleben, sondern wenn wir Meinungsverschiedenheiten erkennen, dann eben die Dinge auf einer kleinen Flamme kochen können, und erst einmal untereinander besprechen.

Vogel: Ich kann vielleicht anschließen an das, was Herr Kiep gesagt hat. Wenn die Auffassung ist, wir sollten die Frage jetzt offenhalten, auch keine bestimmte Tendenz in dieses Gespräch einführen, kann ich das nicht beurteilen. Das ist eine Sache, die die Sachverständigen beurteilen können. Ich meine aber, daß dazu gehört, man sollte vor allen Dingen mit Herrn Strauß und einigen anderen aus der CSU besprechen, daß nicht durch den Gebrauch eines bestimmten Reizvokabulars Tendenzen in die Diskussion kommen, die sich hinterher wie eine Festlegung auf eine bestimmte Tendenz auswirken könnten. Ich halte das für eine ganz wichtige Sache. Wenn wir also offen in die Diskussionen gehen, dann auch ehrlich, dann auch im Gebrauch des Vokabulars. Ich will jetzt nicht sagen „Super-Versailles“, das wird vielleicht ein bißchen frech sein, aber ähnliches könnte ja wieder aufkommen.

Schröder: Ich möchte das unterstreichen, was Herr Vogel und vorher Herr Kiep ähnlich gesagt haben. Das wichtigste bei dieser Sache ist, daß wir nicht konfrontiert werden mit Äußerungen vorweg. Das muß natürlich auf beiden Seiten gelten. Das ist ja klar. Denn manche Schwierigkeiten haben wir nur deswegen, weil Kollegen sich vorher schon so dramatisch festgelegt haben, daß es eben nicht mehr auszuräumen war.

Barzel: Keine Einwendungen. Es wird so gemacht.

Nächster Punkt: Prag. Hier müssen wir, wenn ich jetzt mal vom eigenen Interesse der CDU spreche, vor einem Gespräch mit der CSU daran denken, daß die Fragen unserer sudetendeutschen Mitbürger, um die geht es ja im Grunde, keine Prämie für einen von uns beiden werden. Das ist nicht bei der CSU besser aufgehoben als bei der CDU, obwohl da viele Sudetendeutsche wohnen. Ich kann nur sagen, das kann überhaupt erst entschieden, geprüft werden, wenn der Text daliegt. Denn hier kennt jeder, daß es nicht nur aufs Wort, sondern auch aufs Komma und auf das Wort davor und dahinter, also auf das, was man im guten neuen Deutsch Kontext nennt, ankommt. Ich würde also auch hier sagen, wir werden dies prüfen anhand der Prinzipien unseres Programms. Da gibt es ja dazu einige Sachen im Berliner Programm, ohne vorher die Tendenz festzulegen, weil uns das nicht gerecht wird. Das wäre unsachlich, eine Ten-

Washington und die fünfte Runde vom 25. September bis 16. November 1973 in Genf statt (vgl. AAPD 1973 S. 1412 Anm. 3).

denz festzulegen, ohne den Text zu kennen. (*Zwischenruf.*) Der Text ist überhaupt nicht bekannt. Ich würde jede Information, die ich habe, geben, ich weiß nichts, außer dem, was ich in den Zeitungen lese, Gerüchte, die ich höre. Ich weiß nichts.

Kiep: Ich kann nur einen Bericht von Herrn Becher wiedergeben, mit dem ich darüber gesprochen habe. Herr Becher hat ein Gespräch mit Herrn Frank gehabt, und die Tendenz dieser Information, die er dort bekommen hat, von der er aber sagt, daß sie noch nicht den endgültigen Inhalt wiedergibt, ist, daß eine Art von „ex tunc“-Lösung für die Bundesrepublik Deutschland abgegeben wird. Ich habe Herrn Becher, glaube ich, richtig verstanden dahingehend, daß er sagt, wenn sich dies tatsächlich als wahr erweisen sollte, dann wäre das eine Grundlage der Diskussion, so etwa Becher.

Barzel: Wobei dann natürlich Herr Becher informiert worden ist oder konsultiert worden ist als Vorsitzender der Landsmannschaft. Für uns als Politiker bleibt selbst bei dieser Formel die fundamentale Frage zu lösen, zu beantworten, ob damit etwa in einem völkerrechtlichen Vertrag zum ersten Mal die Rechtsnachfolge des Deutschen Reiches aufgegeben ist. (*Unruhe.*) Ich bin immer vorsichtig.

Vogel: Ich kann nur aus einem Gespräch, das ich mit dem Kollegen Bismarck¹²¹ über diese Frage hatte, der bei dem Gespräch bei Herrn Frank wohl dabei war, entnehmen, daß sie beide unterschiedliche Auffassung sind in der Bewertung dessen, was Herr Frank dort als möglich vorgelegt hat. Das heißt also, bei denen, die hier unmittelbar betroffen sind und unmittelbar auch in der Materie stecken, gibt es bereits unterschiedliche Beurteilungen, ob man es machen kann oder nicht. Der eine neigt mehr dazu, man könne es machen, der andere, man könne es nicht machen. Deshalb auch hier wirklich Mahnung zur Vorsicht, wenn die Auseinandersetzung darüber beginnt.

Schröder: Ich möchte daran anknüpfen. Nach meiner Meinung ist es auf jeden Fall gut – mindestens sollten wir es erwägen –, ob man nicht doch ein Gremium zusammenbringt, so unzulänglich das im Augenblick erscheinen mag, das sich eben rechtzeitig mit der Frage beschäftigt hat. Wenn etwas passiert, wenn formuliert wird, publiziert wird, wenn dann die Äußerungen losgehen, können wir uns wieder unter Umständen schädlicher Weise festlegen. Deswegen würde ich im Grunde eine vorsichtig an die Sache herangehende Kommission ganz gut finden, wenn das möglich ist.

Stingl: Ich muß leider bestätigen, was der Herr Vorsitzende sagt – nicht aus der Information von Herrn Becher –, daß die Gefahr besteht, daß eine Formel gesucht wird, die die Rechtsnachfolge der Bundesrepublik für das Reich gefährdet. Da glaubt man am besten herauszukommen. Das hat im übrigen zur Folge, daß dann natürlich die Tschechoslowakei ihre Kontinuität damit wiederherstellen will, die sie selbst aufgegeben hat. Ich meine, es ist ja bekannt, daß sie selber z. B. Herrn Paul¹²² einen Fremdenpaß ausgestellt hat in Prag nach der Besetzung des Sudetenlandes und ähnliches, wobei sie selber als für uns ihre Kontinuität bescheinigt bekommen, während unsere aufgelöst wird. Das ist die große Gefahr. Dies ist dann kein sudetendeutsches Problem mehr.

121 Philipp von Bismarck.

122 1938. – Vgl. S. 273 Anm. 100.

Barzel: Ich will einmal die Gefahr sagen: Die Sudetendeutschen kommen in Ordnung und die gesamtdeutschen Probleme gehen baden.

Stingl: Das ist genau der Stand, den ich einnehme.

Barzel: Völkerrechtlich, was wir bisher bei der Regierung gehört haben, sie könne das nicht, weil da die Alliierten angesiedelt seien.

Stingl: Die Information ist also nicht nur die von Herrn Becher und Wittmann¹²³.

Dregger: Wir prüfen es offen, aber ich glaube, wir können doch sagen, daß man zurückhaltend offen das prüft. Wir haben keine besondere Verpflichtung gegenüber Herrn Husak¹²⁴ und gegenüber dieser Tschechoslowakei, die unsere Landsleute vertrieben hat. Beim Atomsperrevertrag konsolidieren, zurückhaltend offen. (*Unruhe.*)

Barzel: Keine Festlegung vorher, das hat gar keinen Zweck.

Kraske: Ich bin sehr für gründliche Prüfung, aber, Herr Dregger, die Formel „zurückhaltend offen“ geht wirklich in eine andere Richtung, als es meine Überzeugung ist. Ich sage Ihnen ganz offen: Die Tschechen haben sich verbrecherisch benommen bei der Austreibung unserer Landsleute. Die Nazis haben sich vorher mindestens so verbrecherisch benommen. Und deswegen ist dies für mich nicht eine Seite, sondern zwei Seiten, die sich gegenseitig aufheben. Und wir müssen jetzt, wenn die rechtlichen Voraussetzungen in einer anständigen Weise geklärt sind, auch hier nach vorne. Aber mit „zurückhaltend offen“ bin ich nicht der Meinung. Auch da würde ich – offen, gründliche Prüfung jawohl –, aber jetzt nicht hier programmatische Zurückhaltung vereinbaren.

Barzel: Meine Damen und Herren, ich habe ja gesagt, offen, und darauf hingewiesen – ich hätte es mir ja ganz leicht machen können, wenn ich etwas anderes wollte –, daß es nicht nur ein sudetendeutsches Problem ist.

Stingl: Ich will es noch einmal sagen, ich habe es unlängst schon geschrieben.¹²⁵ Gleichgültig wie übrigens eine Vertragsregelung für die Beziehungen kommt, muß ein Wort gesagt werden zur Frage Vertreibung. Ich habe vorigen Sonntag auch wieder vor Vertriebenen gesprochen. Es ist für die mindestens ebenso wichtig, daß man ihnen sagt, es wird euch nichts passieren, ihr werdet nicht eingesperrt, daß einmal auch gesagt wird, es bleibt ein Unrecht, daß die Vertreibung da ist. Also nach vorwärts etwas sagen, damit dies Schicksal Menetekel ist, daß nicht irgendwo wieder durch Vertreibung Regelungen erstrebt werden.

123 Dr. Fritz Wittmann (geb. 1933), Jurist; 1952 CSU, 1956–1959 Landessekretär der JU Bayern, 1961–1963 Richter am Landgericht München, 1963–1967 Referent im Bundesministerium der Justiz, 1967–1971 Ministerialrat im Bayerischen Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, 1971–1994 und 1996–1998 MdB.

124 Gustáv Husák (1913–1991), tschechoslowakischer Politiker; 1933 KP der Slowakei, 1946–1950 Chef der slowakischen Landesregierung, 1950 Enthebung aus allen Ämtern, Verhaftung und 1954 Verurteilung zu lebenslanger Haft, 1960 Amnestie, 1963 Rehabilitation, 1963–1968 Tätigkeit am Institut für Staat und Recht der Akademie der Wissenschaften, 1969–1987 Generalsekretär der KP, 1975–1989 Staatspräsident.

125 Stellungnahme der Ackermann-Gemeinde zu den deutsch-tschechoslowakischen Verhandlungen vom 24. Januar 1971 in ACDP Dokumentation 10/2.

Dregger: Ich will niemanden auf das „zurückhaltend“ verpflichten. Sagen Sie offen, für meine Person sage ich zurückhaltend offen.

Barzel: Also, gegen eine Stimme, offen.

Dregger: Noch nicht gegen eine Stimme. Das heißt kritisch. (*Unruhe.*)

Barzel: Wollen wir abstimmen? Es ist nicht nötig?

Katzer: Entweder die Sache ist offen oder sie ist nicht offen.

Kiep: Ich finde das auch.

Dregger: Einverstanden. Offen.

Barzel: Danke, meine Damen und Herren, damit kommt der Punkt, den ich kurz wie folgt ...

Kiep: Darf ich noch ein Wort sagen zur Außenpolitik? Ich wollte noch zu einem Punkt sagen, wo wir uns auch, glaube ich, vorbereiten müssen, daß die Regierung in nächster Zeit konfrontiert werden wird mit ganz erheblichen Forderungen auf Reparationen oder wie immer wir das nennen wollen. Vielleicht sollte das auch mit in die Überlegungen einbezogen werden.

Barzel: Das lehnen wir doch ab. Das ist bekannt. Meine Damen und Herren, ich bitte noch für wenige Minuten, weil das aus meiner, hier vorher abgestimmten Traktandenliste der letzte Punkt ist, und der umfaßt mehrere Probleme. Er umfaßt sowohl die Frage, die wir in dem Kommuniké angesprochen haben, die Lage nach Grundvertrag UNO-Beitritt usw., wie das Problem sich stellt auf dem Boden von Realitäten, die gegen uns geschaffen sind, wie die Notwendigkeit, wenn wir klug sind in der nächsten Woche, die Frage, die ich wirklich von den westlichen Nachbarn nicht mehr hören kann: Was ist mit Helsinki und Wien?¹²⁶ Seid ihr auch da dagegen, weil da die DDR am Tisch sitzt? Kurzum, die Frage in einer ausgewogenen und nach vorgehenden Formulierung zu beantworten. Ich habe deshalb ja heute morgen aus dem Bundesparteiausschuß vom vergangenen Juni vorgelesen. Daß wir natürlich keinen Zweifel daran lassen können, *pacta sunt servanda*, unsere Politik, die wir wollen und die wir auch völkerrechtlich und politisch vertreten können, ist in dem 17. Mai 1972 formuliert. Auf diesem Standpunkt stehen wir, und wir stehen auf dem Standpunkt einer prinzipiell positiven Würdigung der Konferenzen in Helsinki und Wien, wie dies unser Wiesbadener Programm ja ausweist, und wie ich dies im einzelnen vor dem Bundesparteiausschuß am 2. April¹²⁷ ja vorgetragen habe, und das ist ja auch in dem Text von damals enthalten. Ich will dazu keinen Satz mehr sagen, weil das dann Mißverständnisse geben könnte. Aber hierüber müssen wir natürlich sprechen, weil wir sonst nicht wissen, wie wir uns irgendwann – was Partei und Fraktion betrifft, das sind Fragen des Zeitpunkts, der Taktik, der Formulierung – in dieser Frage einlassen können. Aber die Marschrichtung, die wir hier – mehr können wir ja nicht – besprechen wollen, sollte auch noch klar sein. Da ich zu dieser Frage – es gab ja vorher eine einzige Anmerkung des Kollegen Lorenz zu einem Unterpunkt einer Formulierung aus dem gesamten Bereich der Deutschland- und Ostpolitik – Anmerkungen nicht gehört habe, würde ich

126 Vgl. Nr. 34 Anm. 13 und 14.

127 Protokoll in ACDP 07-001-612.

glauben, daß wir das als einen Besprechungspunkt mit dieser Richtung am Montag ansprechen sollten. Wien, Helsinki, also einmal die Sorge, daß wir nicht gegen diese Konferenzen sind, weil da die DDR ist. Und zweitens, daß wir natürlich die Verträge halten, aber sie interpretieren in der Richtung vom 17. Mai, und z. B. deshalb den Leuten in Helsinki sagen, stop, wenn ihr hier versucht, aus Grenzen, die vorläufig beschrieben sind, endgültige Regelungen zu machen. Also wie am 2. April. Das hatte ich auch vor der Fraktion gesagt. Das ist derselbe Text, das ist sehr abgewogen und auch juristisch vorher geprüft. Sind wir damit einverstanden?

Meine Damen und Herren, ich habe jetzt nur noch einen einzigen Punkt, der damit zusammenhängt. Es ist sicherlich notwendig, dies hat das Präsidium aus klimatischen Gründen empfohlen, auch mit der CSU zu sprechen, nämlich, daß das nun aufhört, und zwar hin und her wegen des 17. Mai des vergangenen Jahres einander Vorwürfe zu machen. Man soll niemanden zwingen, vor allen Dingen nicht einen ausgeschiedenen Fraktionsvorsitzenden, der im Vollbesitz aller Akten ist, nun etwa öffentlich die Geschichte vom 17. Mai darzustellen, dies ist in der „Frankfurter Allgemeinen“ ja schon hinlänglich, aber keineswegs ausführlich genug und in den Tendenzen der Wirklichkeit keineswegs ausführlich genug geschildert.¹²⁸ Dies sollten wir auch zur Sprache bringen. Ich glaube, daß diese Bitte des Präsidiums vernünftig ist. Wenn die Führung geschlossen ist, entschlossen ist, selbst wenn es dort Eiterbeulen geben sollte, die müssen mal zuwachsen, muß man sich entschließen, sie zuwachsen zu lassen, und sie nicht immer wieder zum Aufplatzen freizugeben. Das ist der Punkt, der hier auch noch eine Rolle spielt.

Meine Damen und Herren, damit kann ich also nach den Erörterungen zur Sache feststellen, daß wir in der Tendenz der künftigen Politik übereinstimmen und daß damit auch all das, was ich heute morgen gesagt habe, schmückende Beiworte weggenommen, keinen Widerspruch gefunden hat. Das ist das Ergebnis der Beratungen von heute abend.

Katzer: Ich gehe jetzt von der Annahme aus, daß das, was heute im Verlauf des Tages dazu gesagt worden ist, Bestandteil des Gesprächs bleibt. Ich habe hier notiert: 1. vierte Partei muß weg, der Punkt ist klar. 2. Dann hat der Kollege Filbinger eine Reihe von Anregungen gemacht, werden die aufgenommen? Das ist also die Sonder-sitzung der CSU während der Tagung der Fraktion. Daß dann CDU-Tagungen auf der andren Seite stehen. (*Zwischenruf.*) Entschuldigung, wenn während einer Fraktionssitzung ein Teil der Fraktion herausgeht, dann stellt sich die Frage für mich, ob der andere Teil der Fraktion dann dasselbe tut. (*Unruhe. – Barzel:* Wenn der Landesvorsitzende der hessischen CDU damit andeuten will, daß er also auch eine selbständige Einheit will, dann muß er dies hier sagen.) Ich spreche von den Anregungen, die der Kollege Filbinger gegeben hat, die ja überhaupt nicht abgestimmt worden sind. Das waren Anregungen, und ich mache jetzt hier, so wie in anderem Punkten, den Versuch einer Verdeutlichung, was habe ich darunter zu verstehen. Er hat auf meine Bitte hin gesagt,

128 Vgl. die ausführlichen Berichte zur Haltung der Union in der FAZ vom 16., 17. und 18. Mai 1972.

wenn das da auf der einen Seite geschieht, dann muß das auch auf der CDU-Seite geschehen. Soll das angesprochen werden? Er hat dann gesagt, der erste Stellvertretende Vorsitzende sollte der CSU-Vorsitzende sein. Sollte das angesprochen werden? Das ist ja offengeblieben, das ist ja weder so noch so abgestimmt worden, und deshalb muß es hier erörtert werden. 3. Stoltenberg hat die Frage der Rolle des Wirtschaftssprechers/Finanzsprechers angesprochen. Wie steht dies? Oder es war von Weizsäcker. Das sind ja drei Punkte, die für die Fraktion von erheblicher Bedeutung sind. Ich würde also der Meinung sein, wir müssen uns darüber jetzt doch unterhalten dürfen. Sollen diese Anregungen, die ja auf meinen Zwischenruf von Filbinger erfolgt sind bzw. von von Weizsäcker, als Anregungen bleiben oder wollen wir die in irgendeiner Form, wie auch immer, aufgreifen?

Windelen: Ich bin in der Sache in allen drei Punkten gleicher Meinung. Wie Herr Filbinger, Herr von Weizsäcker und Hans Katzer halte ich es auch nicht für gut, wenn Fraktionssitzungen unterbrochen werden und Gruppenentscheidungen fallen. Gleichmaßen hielte ich es für nützlich, daß eine engere personelle Verklammerung bei der Partei und der Fraktion erfolgte. Das dritte war Wirtschaftssprecher. Aber ich würde sagen, wir sollten uns für das Gespräch am Montag auf die Beschlüsse konzentrieren. Daß über diese Dinge Anregungen an den Vorstand und an das Präsidium gehen, halte ich für nützlich und zweckmäßig. Aber ich würde hier einen Unterschied machen zwischen den Beschlüssen, die wir hier ausdrücklich gefaßt haben, und den weiteren Punkten, die erörtert werden müssen.

Barzel: Wobei das bis dahin Beschlüsse waren.

Kraske: Ich möchte nur zu dem ersten Punkt von Herrn Katzer etwas sagen. Ich finde es ein nahezu historisches Recht der CSU-Landesgruppe, daß sie an einem bestimmten Zeitpunkt – früher, glaube ich Montagabend, 18.00 Uhr – irgendwann tagt, um die Woche vorzubereiten. Aber, unser Vorsitzender hat, als der eigentlich auf diesem Feld Erfahrene, gesagt, es hätte zwei Sonderfälle gegeben, nämlich Unterbrechung einer Abstimmungsprozedur für Sondersitzung der CSU 16. Mai 1972 und jetzt also 8. Mai 1973¹²⁹. Ich kann nur sagen, wir wären gut beraten, wenn wir sagen würden, wenn solche Anträge gestellt werden während einer Fraktionssitzung, bedeutet das in Zukunft automatisch, daß es eine CSU-Sondersitzung und eine CDU-Sondersitzung gibt. Und als Mitglied der nordrhein-westfälischen oder der rheinischen Landesgruppe würde ich sagen, wenn ich hier sagen wollte, daß es eine CSU-Sitzung und eine rheinische und eine westfälische und eine hessische Sitzung gibt, dann bedeutet das die Auflösung der CDU als Bundespartei. Hier geht es nun wirklich nicht um Bayern, Baden-Württemberg – das deutsche Volk vereinigt in seinen Stämmen –, sondern hier geht es um die CSU und die CDU und die CDU ist eine Partei für das Bundesgebiet außerhalb von Bayern. Ich sage allen, die die Ereignisse in dieser Woche beklagen und dabei ausgesprochen oder unausgesprochen den Rücktritt von Herrn Barzel – er hätte

129 Die Fraktionssitzung am 16. Mai 1972 wurde von 18.25 bis 19.32 Uhr unterbrochen (Protokoll in ACDP 08–001–1030/1). Zur Unterbrechung der Sitzung am 8. Mai 1973 vgl. Anm. 43.

uns das doch vorher sagen müssen –, und da gibt es ja einige: Wenn wir diese Praxis schon in dieser Woche gehabt hätten, und wir hätten während der CSU-Sitzung eine CDU-Sitzung gemacht, die wir allein aus Loyalität nicht gemacht haben, um nämlich unsererseits nicht der Spaltung der Fraktion Vorschub zu leisten, wäre vielleicht manches ein bißchen anders gelaufen. Das ist vergossene Milch, aber für die Zukunft kann ich nur sagen, wenn in solchen Situationen die CSU ausschert zu einer Sonderberatung, kann ihr das niemand abstreiten, aber das soll die automatische Folge haben, dann berät der CDU-Teil eben auch. Wir sollten uns nie danach drängen, aber dies muß die Konsequenz sein, und das muß feststehen.

Köppler: Zu der Frage Unterbrechung von Fraktionssitzungen auf Wunsch der CSU teile ich völlig die Meinung, die eben Konrad Kraske gesagt hat. Man sollte sich darüber einig sein, daß das nicht vorkommen sollte. Wenn es in gewichtigen Fragen wirklich einmal vorkommt, sollte Automatismus eintreten, daß dann die CDU, der Bestandteil CDU der Gesamtfraktion, tagt. Zu den anderen Vorschlägen, die Filbinger gemacht hat, also insbesondere die institutionelle Abrede, daß der Parteivorsitzende der CSU erster stellvertretender Fraktionsvorsitzender werden soll, da habe ich große Bedenken, das einzuführen. Ich denke auch an den Parteivorsitzenden der CDU dabei. Ich meine, man sollte sowohl diesen Punkt als auch den Punkt von Herrn von Weizsäcker, d. h. die Frage der Effizienz oder Nichteffizienz des Wirtschaftssprechers, jetzt nicht befrachten mit einem Beschluß des Bundesvorstands der CDU. Wenn ich richtig verstanden habe, sind wir uns alle darüber einig, daß im Grunde an den Anfang oder an passende Stelle des Montag-Gesprächs die Anregung von Herrn Kiesinger gehört, über den Umgang miteinander zu reden, über das Präjudizieren durch öffentliche Erklärungen, von denen der andere nichts weiß usw. Vielleicht sollte man, wenn dieses Thema läuft und der Verlauf der Diskussion das notwendig macht, auch auf das Thema Wirtschaftssprecher, auch auf die Frage der Einbindung – denn das war ja der Hintergrund von dem, was Herr Filbinger sagte, der Einbindung des Fraktionsmitgliedes, das zugleich Vorsitzender der CSU ist –, in die Solidarität der Fraktion dann ein offenes Wort reden. Aber ich warne davor, jetzt hier, wie wir zu allen anderen Punkten Marschrichtungen beschlossen haben, in dieser Frage dem Präsidium etwas mit in dieses schwierige Gespräch zu geben.

Blüm: Ich wollte nur auch der Vollständigkeit, der Information halber sagen: Wenn das Thema „selbständige Sitzungen der CDU“ nicht in dem Gespräch mit der CSU am Montag besprochen wird, wird es sicherlich in einer der nächsten Sitzungen der Fraktion besprochen werden, weil die Arbeitnehmergruppe in ihrer Sitzung in der vergangenen Woche sich sehr einmütig dazu entschlossen hat, dies der Fraktion vorzuschlagen, aus Gründen des Selbstbewußtseins dieser Partei. Denn es verschiebt ja völlig die Mehrheit und die Meinungsbildung in der Fraktion, wenn ein Teil auf Vordermann gebracht ist und dann sich mit der Minderheit des zweiten Teils verbündet, wenn der zweite Teil auf Vordermann gebracht ist – ich liebe es übrigens nicht, auf Vordermann gebracht zu werden. (*Unruhe.*) Ich bin für das Gleichgewicht der Partner auch in der Fraktion. (*Unruhe.*)

Dregger: Das sollte alles erörtert werden in der Fraktion, und die Anregungen dazu

heute abend waren interessant. Ich wollte nur hinzufügen, daß doch ein Bedürfnis dazu besteht, in einer kleineren Gruppe sich einmal zu unterhalten. Eine Diskussion ist schwierig, wenn sie in einem großen Kreis geschieht. Dieser Unterschied ist mir deutlich, weil ich aus einer Landtagsfraktion in die Bundestagsfraktion gegangen bin. Man erfährt sehr viel mehr, und man kann sich sehr viel besser aussprechen unter Kollegen, wenn man in einer kleineren Gruppe ist, und gerade auch in dieser letzten Frage, die wir erörtert haben, waren für mich Informationen (*Zwischenruf*) sehr interessant, die ich in der Gesamtfraktion nie bekommen habe, jedenfalls nicht bewußt, von meinen Kollegen von der Rechtsabteilung, die das beisteuern konnten. Aber das schließt sich ja nicht aus, die Gruppen können sich treffen.

Windelen: Ich wollte nur nachträglich sagen, daß meine Befürchtungen hinsichtlich dieses weiteren Ablaufs widerlegt worden sind. Ich wolle also nachträglich sagen, wenn ich das gewußt hätte, wie das hier läuft, hätte ich mit Ja gestimmt. (*Heiterkeit.*)

Echternach: Nachdem wir uns hier der Mühe unterzogen haben, die Marschroute für das Präsidiumsgespräch am Montag vorzubereiten, wäre es vielleicht sehr nett, wenn das Präsidium dann auch die nicht dem Präsidium angehörenden Vorstandsmitglieder vom Ergebnis informieren würde.

Barzel: Dies ist unser pleasure. Dankeschön.

VERSCHIEDENES

Stingl: Ich schließe mich Windelen an, ich habe ja auch dagegen gestimmt, bin ja auch wiedergekommen. Besteht die Gefahr oder – wie soll ich es nennen – die Überlegung, daß im Präsidiumsgespräch die Frage der ausländischen Arbeitnehmer drankommt? Die Bayern haben als einziges Land da eine Maßnahme ergriffen, die bayerische Staatsregierung, die anderen nicht.¹³⁰ In der öffentlichen Diskussion lag es nicht. Ich glaube, es wird nicht kommen. Dann eine Mitteilung mit der Bitte um Verständnis. Ich kann leider am 25. nicht hier sein, weil ich auf Einladung der türkischen Regierung in der Türkei bin.

Barzel: Die erstgenannte Frage, Kollege Stingl, werden wir behandeln. Ich weiß nicht, ob schon bei der nächsten Vorstandssitzung, es gibt dazu Empfehlungen unserer zuständigen Kommissionen, ich kenne sie auch noch nicht genau.

Kraske: Ich habe zum Punkt Verschiedenes nur folgende Bitte an den versammelten Rumpfvorstand. Wenn wir den Parteitag vom 7. bis 10. Oktober, zweiten Teil, so ernst nehmen, wie ich dies für nötig halte und wie wir dies beschlossen haben, kommt der Vorstandssitzung in 14 Tagen, und zwar der Klausursitzung von Freitagmittag bis einschließlich Samstag eine unvermindert große Bedeutung zu. Ich weiß von Anfang an, daß das für unsere hessischen Freunde ein Problem ist, das ließ sich nicht ausschlie-

130 Die bayerische Staatsregierung hatte beschlossen, ausländische Arbeitskräfte nur dann zu vermitteln, wenn inländische nicht zur Verfügung stünden, vgl. „Münchener Merkur“ vom 13. April 1973 „Opposition attackiert CSU-Konzept zur Ausländerbeschäftigungspolitik“.

ßen. Aber ich möchte für alle übrigen sagen, daß wir diesen Termin vor, glaube ich, drei Monaten festgelegt haben und daß ich deswegen sagen würde, auch wenn unmittelbar danach Personalentscheidungen stattfinden und dieser Vorstand sozusagen übergreifend nicht auf den Juni, sondern auf den Oktober zielt, daß dies wirklich eine allererste Priorität haben sollte. Denn wir haben hier eine Mehrzahl, eine Vielzahl von vorliegenden Papieren zu verabschieden, die dann nach diesem 25. Mai in die Partei hinausgehen sollen zur Diskussion, und deswegen bitte ich Sie also alle, dieses letzte Mal, ihr Mandat als gewählte Vorstandsmitglieder dieser Periode wahrzunehmen, auch wirklich voll wahrzunehmen, einschließlich der Präsidiumsmitglieder und -mitgliederinnen. (*Unruhe*)

Barzel: Meine Kolleginnen und Kollegen, dies war ein langer Tag, in der Sache ein guter Tag, alles andere wird man sehen. Ich danke Ihnen und schließe die Sitzung.